

Katarína Mallok

# **Frauen und politische Macht in der postkommunistischen Slowakei**

Dissertation

zur

Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Sozialwissenschaften

in der Fakultät

für Sozial- und Verhaltenswissenschaften

der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

2005

Gedruckt mit Genehmigung der  
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften  
der Universität Tübingen

Hauptberichterstatter:	Prof. Dr. Gerd Meyer
Mitberichterstatter:	Prof. Dr. Hans-Georg Wehling
Dekanin:	Prof. Dr. Regine Gildemeister
Tag der mündlichen Prüfung:	2. Mai 2005

## ***Danksagung***

Ich danke allen, die mir während meiner Arbeit behilflich zur Seite standen und mich mit Rat und Tat unterstützten.

An erster Stelle möchte ich mich bei meinem Doktorvater Prof. Dr. Gerd Meyer bedanken, für seine vielfältigen Anregungen und Diskussionen zu Beginn meiner Dissertation und seine unermüdliche fachliche und sprachliche Unterstützung während des Schreibens. Dank seines besonderen Engagements konnte diese Arbeit entstehen.

Danken möchte ich auch dem Herrn Prof. Dr. Hans-Georg Wehling für seine Bereitschaft die Arbeit zu begutachten und für sein Angebot bei Fragen jederzeit zur Verfügung zu stehen.

Herzlicher Dank geht an die acht Parlamentarierinnen, die mir wichtige Informationen über ihre Tätigkeit im Slowakischen Nationalrat und in den politischen Parteien lieferten. Ebenso danke ich allen Forschern aus der Slowakei, die sich mit der Lage der Frauen in der Slowakei auseinandersetzen und mir ihre Recherchen zur Verfügung stellten, besonders Frau M. Piscová aus dem Slowakischen Institut für Wissenschaft und Frau Z. Okruhlicová aus dem Sekretariat des Slowakischen Nationalrates.

Für zahlreiche sprachliche Korrekturen möchte ich mich bei Hartmut Schüßler bedanken.

Nicht zuletzt danke ich meinen Söhnen Lukas und Jakub für ihre grenzenlose Geduld während der Dissertation und meinem Mann für die technische Unterstützung.



# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>13</b>
1.1	Konsolidierte Demokratie ist Demokratie unter Einschluss von Frauen .....	13
1.2	Zielsetzung und Fragestellung der Arbeit .....	15
1.3	Untersuchungsgegenstand .....	16
1.4	Datenbasis und Methodik der Arbeit.....	17
1.5	Gliederung und Vorgehensweise.....	20
<b>2</b>	<b>Zur Klärung der Begriffe .....</b>	<b>25</b>
2.1	Demokratisierung – ein begonnener Weg .....	25
2.2	Phasen des Prozesses .....	25
2.3	Begriff und Funktionen politischer Partizipation .....	28
2.4	Formen und Typen politischer Partizipation .....	30
2.5	Determinanten politischer Partizipation .....	32
2.5.1	<i>Politische Kultur</i> .....	33
2.5.2	<i>Sozioökonomische Determinanten</i> .....	34
2.5.3	<i>Institutionelle Faktoren</i> .....	34
2.6	Zusammenfassung .....	36
<b>3</b>	<b>Politisch - kulturelle Faktoren.....</b>	<b>37</b>
3.1	Chancen politischer Aktivitäten im historischen Überblick.....	38
3.1.1	<i>Slowaken – ein unpolitisches Volk?</i> .....	39
3.1.2	<i>Die erste Staatlichkeit</i> .....	41
3.1.3	<i>Aufstieg der neuen Macht</i> .....	42
3.1.4	<i>Übergang zum Kommunismus</i> .....	44
3.1.5	<i>Phase der Entspannung – Chance für politische Freiheiten</i> .....	47
3.1.6	<i>Politische Aktivität und politische Opposition in der kommunistischen „Normalisierung“</i> .....	48

3.1.7	<i>Revolution und Zuwachs an bürgerlichen Aktivitäten</i> .....	50
3.1.8	<i>Zusammenfassung</i> .....	53
3.2	<i>Frauen im Spiegel der politisch-kulturellen Werte</i> .....	54
3.2.1	<i>Der europäische Einfluss in der Definition zur Frauenrolle im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts</i> .....	55
3.2.2	<i>Slowakische Spezifika in der Volkskultur der vorkommunistischen Ära</i> .....	58
3.2.3	<i>Der kommunistische Kulturwandel</i> .....	62
3.2.4	<i>Widersprüche der postkommunistischen Phase</i> .....	65
3.2.5	<i>Zusammenfassung</i> .....	87
<b>4</b>	<b>Sozioökonomische Faktoren: Zur Lebenslage der Frauen</b> .....	<b>91</b>
4.1	<i>Soziale Gleichheit – Vorstufe zu politischer Gleichheit</i> .....	93
4.2	<i>Erste Wege in die Öffentlichkeit</i> .....	94
4.2.1	<i>Bildung</i> .....	95
4.2.2	<i>Familienstand und Erwerbstätigkeit</i> .....	98
4.2.3	<i>Familiäre Gewalt</i> .....	99
4.2.4	<i>Der Slowakische Staat (1939-1944)</i> .....	99
4.2.5	<i>Die Bedeutung der vorkommunistischen Periode</i> .....	101
4.3	<i>Frauen im Kommunismus 1948 - 1989</i> .....	101
4.3.1	<i>Soziale und politische Gleichheit – das kommunistische Maximum</i> .....	102
4.3.2	<i>Ziele des Staates: Arbeitskräfte und Kontrolle der Frauen</i> .....	102
4.3.3	<i>Frauen und ihre Gründe für Erwerbstätigkeit</i> .....	106
4.3.4	<i>Lebenssituation der Frauen</i> .....	108
4.3.5	<i>Die Früchte der kommunistischen Ära – Eine Zwischenbilanz</i> .....	110
4.4	<i>Politische und soziale Wende</i> .....	112
4.4.1	<i>Bildung der Frauen</i> .....	113
4.4.2	<i>Erwerbstätigkeit der Frauen</i> .....	115
4.4.3	<i>Demographische Trends der Gesellschaft</i> .....	126
4.4.4	<i>Angegriffene Privatsphäre der Frauen</i> .....	128
4.4.5	<i>Fazit: Eine neue soziale Ordnung nach 1989/90 und neue Schwierigkeiten</i> ..	132

<b>5</b>	<b>Institutionelle Faktoren .....</b>	<b>135</b>
5.1	Frauen in den politischen Institutionen der Slowakei 1918 – 1989 .....	136
5.1.1	<i>Frauen in der Regierung .....</i>	<i>138</i>
5.1.2	<i>Frauen im Parlament .....</i>	<i>140</i>
5.1.3	<i>Frauen in den politischen Parteien .....</i>	<i>142</i>
5.1.4	<i>Zusammenfassung .....</i>	<i>144</i>
5.2	Frauen in den politischen Institutionen nach der Wende 1989 .....	145
5.2.1	<i>Elitenrekrutierung – unausgeschöpfte Chancen der Frauen? .....</i>	<i>146</i>
5.2.2	<i>Die neue demokratische Verfassung von 1992 .....</i>	<i>148</i>
5.2.3	<i>Das Regierungssystem und das Wahlsystem .....</i>	<i>149</i>
5.2.4	<i>Die Regierung und ihre Förderungsprogramme für Frauen .....</i>	<i>150</i>
5.2.5	<i>Frauen in den Parteien .....</i>	<i>153</i>
5.2.6	<i>Frauen in der Regierung .....</i>	<i>155</i>
5.2.7	<i>Frauen im Parlament .....</i>	<i>160</i>
5.2.8	<i>Zusammenfassung .....</i>	<i>163</i>
5.3	Neue Welle 1998 – 2002 .....	164
5.3.1	<i>Die Gesellschaft schließt sich an und verlangt neue Diskussion .....</i>	<i>164</i>
5.3.2	<i>Bemühungen der Regierung .....</i>	<i>165</i>
5.3.3	<i>Bemühungen der Parteien .....</i>	<i>168</i>
5.3.4	<i>Zusammenfassung .....</i>	<i>209</i>
<b>6</b>	<b>Schluss: Zusammenfassung und Ausblick .....</b>	<b>211</b>
6.1	Ergebnisse der Faktorenanalyse .....	211
6.1.1	<i>Apathisch und unpolitisch .....</i>	<i>211</i>
6.1.2	<i>Der Wandel gesellschaftlicher Vorstellungen über die Rolle der Frau .....</i>	<i>213</i>
6.1.3	<i>Frauen im Postkommunismus: zwischen Tradition und Moderne .....</i>	<i>216</i>
6.1.4	<i>Bescheidene Förderprogramme – bescheidene Ergebnisse .....</i>	<i>218</i>
6.1.5	<i>1998 – 2002 Die Unterrepräsentation der Frauen wird zum Thema .....</i>	<i>221</i>
6.2	Auf der Suche bleiben .....	223
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>229</b>

<b>Anhang .....</b>	<b>235</b>
Parteienabkürzungen .....	235
Slowakei – Daten im Überblick (Stand 2002).....	236
Zeittafel .....	237



## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1-1	Allgemeine Personalien der interviewten Frauen .....	20
Tabelle 2-1	Taxonomie politischer Partizipation .....	31
Tabelle 2-2	Einflussfaktoren der politischen Partizipation von Frauen .....	32
Tabelle 3-1	Wahlbeteiligung an den Parlamentswahlen seit 1990 (in %) .....	51
Tabelle 3-2	Einstellung und Interessen zur Politik .....	53
Tabelle 3-3	Interpretation des Feminismus (in %).....	67
Tabelle 3-4	Verstehen sie was in der Politik geschieht?.....	72
Tabelle 3-5	Sollten sich Frauen in die Politik einmischen? (in %).....	73
Tabelle 3-6	Spezifische Frauen- und Männereigenschaften (Erwartungen der Männer und Frauen) .....	76
Tabelle 4-1	Mädchenanteil an den Grundschulen mit 8 Jahren Bildungsdauer.....	96
Tabelle 4-2	Frauenanteil in den Gymnasien .....	96
Tabelle 4-3	Frauenanteil auf den Realschulen .....	97
Tabelle 4-4	Frauenanteil an den Berufsschulen .....	98
Tabelle 4-5	Natürliche Mobilität der Bevölkerung der Slowakei (Angaben berechnet auf 1000 Bewohner).....	98
Tabelle 4-6	Natürliche Mobilität der Bevölkerung in der Slowakei (Angaben berechnet auf 1000 Bewohner) .....	100
Tabelle 4-7	Entwicklung der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung in der Tschechoslowakischen sozialistischen Republik.....	104
Tabelle 4-8	Entwicklung von Kindergärten in der Slowakischen sozialistischen Republik .....	105
Tabelle 4-9	Entwicklung einer abgeschlossenen Bildung von Männern über 15 Jahre in der Slowakischen sozialistischen Republik (SSR) .....	107
Tabelle 4-10	Entwicklung einer abgeschlossenen Bildung von Frauen über 15 Jahre in der SSR .....	107
Tabelle 4-11	Entwicklung der Geburtenrate in der Slowakei .....	109
Tabelle 4-12	Entwicklung der Abtreibungsrate in der Slowakei .....	109
Tabelle 4-13	Heiratsrate in der Slowakei .....	110
Tabelle 4-14	Scheidungsrate in der Slowakei .....	110
Tabelle 4-15	Bildung der Frauen und Männer in der Slowakischen Republik (in %).....	113
Tabelle 4-16	Gymnasiumsstudenten neben dem Beruf (Teilzeit Studium) .....	114
Tabelle 4-17	Entwicklung der Zahl Erwerbstätigen in SR .....	115
Tabelle 4-18	Arbeitslose in der SR .....	117

Tabelle 4-19	„Falls ein Mangel an Arbeitsplätzen herrscht, sollten Männer bei den Arbeitgebern bevorzugt werden“ (in %)	118
Tabelle 4-20	Anteil der Frauen mit Hochschulbildung an allen Arbeitnehmern nach Lohnstufen im Jahr 1995	119
Tabelle 4-21	„Männer haben das Recht auf bessere Positionen am Arbeitsplatz und höheren Lohn als Frauen, weil sie die Familien finanziell versorgen müssen“ (in %)	120
Tabelle 4-22	„In welchem Maß ist ihre Familie von ihrem Lohn abhängig?“ (in %)	121
Tabelle 4-23	Ist die Fähigkeit, die Familie finanziell zu sichern, eine wichtige Eigenschaft? (in %)	121
Tabelle 4-24	„Wen würden sie zu ihrem Chef wählen?“ (in %)	122
Tabelle 4-25	„Wer hat auf dem Arbeitsplatz bessere Chancen zum Aufstieg?“ (in %)	123
Tabelle 4-26	Entwicklung von Kindergärten in der SR	125
Tabelle 4-27	Entwicklung von betreuten Kindern in den Kinderhorten	126
Tabelle 4-28	Soziale Mobilität nach 1990 (Angaben auf 1000 Bewohner berechnet)	127
Tabelle 4-29	Verübte Gewaltstraftaten an Frauen in der SR (1995 – 1997)	129
Tabelle 5-1	Abgeordnete in der nationalen Versammlung der Tschechoslowakei (1945-1971)	140
Tabelle 5-2	Abgeordnete in der föderalen Versammlung der Tschechoslowakei (1971 – 1981)	141
Tabelle 5-3	Abgeordnete im Slowakischen Nationalrat	141
Tabelle 5-4	Frauen im Parteivorstand der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in den Jahren 1920 – 1936	143
Tabelle 5-5	Frauenpartizipation in den Vorständen der KSČ – Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (später KSČS)	144
Tabelle 5-6	Frauenpartizipation in den Slowakischen Regierungen	156
Tabelle 5-7	Ministerposten der Frauen	157
Tabelle 5-8	Frauen in den Ämtern der Ministerialadministration, November 1999	159
Tabelle 5-9	Frauenpartizipation im Nationalrat der Slowakischen Republik (insgesamt 150 Abgeordnete)	160
Tabelle 5-10	Parlamentsabgeordnete nach den Wahlen 1990	161
Tabelle 5-11	Parlamentsabgeordnete nach den Wahlen 1992	161
Tabelle 5-12	Parlamentsabgeordnete nach den Wahlen 1994	162
Tabelle 5-13	Parlamentsabgeordnete nach den Wahlen 1998	162
Tabelle 5-14	Unabhängige Parlamentsabgeordnete im Überblick (1990-2002)	169

Tabelle 5-15	Mitglieder in den politischen Parteien der Slowakei, Stand Februar 2000 171	
Tabelle 5-16	Anzahl der Legislaturperioden, in denen Parlamentsabgeordnete ihr Mandat ausübten, nach den Wahlen 1998 (vierte Wahlperiode, Gesamtzahl der Abgeordneten: 150) .....	177
Tabelle 5-17	Anzahl der Legislaturperioden, in denen Parlamentsabgeordnete ihr Mandat ausübten, nach den Wahlen 2002 (fünfte Wahlperiode, Gesamtzahl der Abgeordneten: 150) .....	177
Tabelle 5-18	Entwicklung der parlamentarischen Parteien.....	182
Tabelle 5-19	Landkreisvorsitzende der Parteien und deren Frauenanteil auf den Posten (Stand: Februar 2000) .....	188
Tabelle 5-20	Frauenanteil unter den Präsidiumsvorsitzenden der Parteien auf der regionalen Ebene (Stand: Mai 2002) .....	189
Tabelle 5-21	Frauen in den Präsidien der Parteien auf Republikebene (Stand: Mai 2002).....	190
Tabelle 5-22	Frauen auf den Kandidatenlisten für die Nationalratswahlen der Slowakischen Republik (nur parlamentarische Parteien) im Jahr 1998.....	193
Tabelle 5-23	Frauen auf den Kandidatenlisten für die Nationalratswahlen der Slowakischen Republik (nur parlamentarische Parteien) – Wahlen 2002 194	
Tabelle 5-24	Veränderungen der Zusammensetzung des Nationalrates zwei Monate nach den Wahlergebnissen.....	196



# 1 Einleitung

## 1.1 Konsolidierte Demokratie ist Demokratie unter Einschluss von Frauen<sup>1</sup>

Mit der Novemberrevolution 1989 löste sich die Tschechoslowakei (nach der Trennung ab 1993 die Tschechische und Slowakische Republik) vom autoritären Herrschaftssystem des Kommunismus ab und begann einen langen Weg der Demokratisierung. Fünfzehn Jahre nach der Wende wird gefragt, an welchem Punkt sich der Transformationsprozess befindet und seine Ergebnisse werden kritisch diskutiert. Unterschiedliche Kriterien bilden den Maßstab für die Beurteilung des Standes der Transformation und seit wenigen Jahren spielen auch frauenbezogene Themen eine immer größere Rolle. Vor allem die Diskussion zur politischen Partizipation von Frauen, und hierbei insbesondere ihre Beteiligung an staatlicher Macht, erfreut sich seit Ende der 90er besonderer Aufmerksamkeit. Immer zahlreicher werden die Stimmen, die betonen, „dass eine rechtsstaatlich-liberale Demokratie aus feministischer Sicht [und nicht nur aus ihrer] ohne eine angemessene Beteiligung von Frauen an politischen Machtpositionen nicht vorstellbar ist.“<sup>2</sup>

Der Blick auf den niedrigen Frauenanteil in den zentralen politischen Organen der Slowakei hat Sorgen über Qualität und Inhalt des Demokratisierungsprozesses im Land geweckt. In der slowakischen Gesellschaft herrschte nach der politischen Wende lange die Überzeugung, dass die Lösung der „gender-Frage“ verschoben werden könnte.<sup>3</sup> Es wurde davon ausgegangen, dass erst andere Grundlagen (politischer Pluralismus, wirtschaftliche Freiheiten, Rechte der ungarischen und anderen ethnischen Minoritäten) gesichert sein müssten, um die junge Demokratie zu stärken. Zugleich breitete sich unter den Politikern und Akademikern der Glaube aus, dass Feminismus, als graue Ideologie der aufgezwungenen Gleichheit, in einer liberalen Demokratie nichts zu suchen hat. Vlasta Jalušič betont, dass keine von den osteuropäischen Demokratien sich

---

<sup>1</sup> Farkašová in Bútorová 2001: 309.

<sup>2</sup> Kraatz, de Néve, von Steinsdorf 5/2003: 637.

<sup>3</sup> Farkašová in Bútorová 2001: 308.

bei ihrer Gründung mit der Realisierung von Frauenrechten legitimierte - eher das Gegenteil war der Fall: einige „kommunistische“ Prinzipien der Geschlechtergleichheit wurden abgeschafft und nicht weiter diskutiert.<sup>4</sup> Dieses Vorgehen gilt auch für die Slowakei, wo „gender-Fragen“ ebenfalls erst einmal unbehandelt blieben.

Erst seit wenigen Jahren weisen Kritiker/innen darauf hin, dass es keine wirkliche Demokratie ohne die Gleichstellung von Männern und Frauen geben kann und betonen die Notwendigkeit, sich mit den Hindernissen beim Zugang von Frauen zu den Machtorganen zu beschäftigen.<sup>5</sup> Es ist ihrer Ansicht nach unmöglich, eine Demokratie zu konsolidieren und gleichzeitig ausgewählte Prinzipien der Demokratie (in diesem Fall gleicher Zugang zur Macht) bei ihrem Aufbau bewusst zu vernachlässigen. In diesem Zusammenhang wurde vor einer „abstrakten Demokratie“ gewarnt.<sup>6</sup>

Mit der Zeit hat sich die Diskussion zur politischen Partizipation von Frauen weiterentwickelt. Heute wird neben Spekulationen, ob Frauen prinzipiell in die Politik gehören, vor allem darüber diskutiert, wie ihre Partizipationsmöglichkeiten erweitert werden können. Es wird nach neuen Mitteln und Modellen gesucht, um den Frauenanteil in der nationalen Politik zu erhöhen. Die Möglichkeit einer Rückkehr zu Quoten, die das Land aus dem Kommunismus kennt, hat unter Politikern und Experten Konfrontationen ausgelöst. Neben den Mitteln werden auch Träger des Wandels gesucht. Einerseits wird gehofft, dass der „Vater Staat“ alles regeln wird und klare Rahmenbedingungen setzt, andererseits minimalisieren viele die Rolle des Staates und verneinen seine dominante Patronage über die Transitionsprozesse, stellen jedoch keine Alternative zu ihm dar. Wie wichtig die Behandlung der kontroversen Vorstellungen auch ist, Realität bleibt, dass zuerst die Grundfragen diskutiert werden müssen. Bevor eine sinnvolle Diskussion über den Beitrag formeller Regelungen zur Förderung von Frauen beginnen kann, müssen die Ursachen für die bisher geringe Partizipation von Frauen untersucht werden. Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine aktive politische Partizipation sind seit fast 100 Jahren im slowakischen Raum vorhanden, die Frauen nutzen sie aber nur wenig. Es bleibt unsere Aufgabe zu analysieren, warum dies so ist. Bevor man ein vermeintliches Desinteresse den Frauen an der Politik unterstellt, müssen die Hintergründe ihrer frühe-

---

<sup>4</sup> Jalušič 1997: 453-454.

<sup>5</sup> Farkašová, Szapuová. in Bútorová 2001: 289.

<sup>6</sup> Farkašová in Bútorová 2001: 309.

ren und heutigen politischen „Passivität“ untersucht werden. Diese Kenntnisse sind von zentraler Bedeutung für die Planung von Förderprogrammen. Es könnte fatale Folgen für die weitere Entwicklung haben, Regelungen zur Erhöhung der politischen Partizipation von Frauen einzuführen, deren Möglichkeiten nicht ausgeschöpft werden.

## 1.2 Zielsetzung und Fragestellung der Arbeit

Ziel dieser Arbeit ist es, den niedrigen Frauenanteil in den zentralen politischen Machtorganen der Slowakei empirisch zu erfassen und mehr faktoriell zu erklären. Durch eine historische Herangehensweise sollen die Auswirkungen mehrerer Regimes und vor allem die Chancen des Wandels 1989 verdeutlicht werden. Dieser Arbeit liegt die Überzeugung zugrunde, dass von vollständiger Demokratie nur dann gesprochen werden kann, wenn sie das Problem der niedrigen Partizipation von Frauen an der Macht angemessen behandelt. Dabei geht es jedoch nicht nur um die formale Repräsentation von Frauen, nach ihrem Prozentanteil in politischen Institutionen, sondern vielmehr um den hier entstandenen Prozess der Bewältigung traditioneller Vorurteile wie auch kommunistischer Hinterlassenschaften. Vorausgesetzt wird, dass sich das Partizipationsverhalten der Frauen und die Rollenzuteilung in jeder Zeitperiode nur durch mehrere Faktoren adäquat erklären lässt, und zwar durch: *a) institutionelle, b) politisch-kulturelle und c) sozio-strukturelle Faktoren.*<sup>7</sup> Keiner dieser Faktoren ist, für sich genommen, ausreichend, um den niedrigen Frauenanteil in der zentralen Politik zu erklären. Ziel dieser Arbeit ist es, das Spektrum der Faktoren mit ihrer variablen Einflussstärke zu beleuchten und damit auch die komplizierte Komposition des Wandels (Erhöhung der Partizipation von Frauen in der Politik) zu verdeutlichen. Die Analyse der Determinanten stellt Vorurteile über „die unpolitische Frau“ in Frage. Das Desinteresse der Frauen an der Politik darf nicht als Faktum hingenommen werden, sondern muss als Ausdruck und Reaktion der Frauen auf politische, soziale und kulturelle Erfahrungen verstanden werden. Diese Arbeit bietet keine eindeutigen Lösungsmodelle oder Förderprogramme für Frauen, jedoch deutet sie Perspektiven und Möglichkeiten des weiteren Prozesses an.

---

<sup>7</sup> Hoecker 1995: 28.

Zuerst wird die gegenwärtige Situation in historischer und systematischer Perspektive beschrieben: *Wie hoch war der Frauenanteil in den führenden politischen Organen der Slowakei seit Einführung der politischen Grundrechte für Frauen 1920 und wie hoch ist er fünfzehn Jahre nach dem Systemwandel 1989?*

Die vorliegenden quantitativen Daten sollen dann mit Hilfe institutioneller, politisch-kultureller und soziostruktureller Determinanten erklärt werden: *Welchen Einfluss hatten und haben die drei oben genannten Determinanten auf die politische (Unter-) Repräsentation von Frauen in der zentralen Politik der Slowakei?*

Da diese Arbeit auch als Reaktion auf die jüngste Diskussion zur politischen Partizipation der Frauen in der Slowakei verstanden werden will, fragt sie nach möglichen Entwicklungen: *Welche Perspektiven lassen sich für die Diskussion und Verbesserung der Frauenrepräsentation in der zentralen Politik aus den vorliegenden Erfahrungen entwickeln?*

### **1.3 Untersuchungsgegenstand**

Die Arbeit befasst sich mit der Beteiligung von Frauen in den zentralen politischen Institutionen der Slowakischen Republik. Dies wird anhand des Frauenanteils in der *Regierung*, im *Parlament* und in den parlamentarischen *politischen Parteien* skizziert. Damit beschränkt sich diese Arbeit auf die verfasste, konventionelle politische Partizipation von Frauen. Neueste Statistiken belegen zwar, dass nach der Wende vor allem die nicht-verfasste Partizipation von Frauen gestiegen ist. Da es hier aber um die Beteiligung der Frauen an der zentralen staatlichen Macht geht, werden nur die drei oben genannten Bereiche behandelt.

Der Weg von Frauen in Positionen in diesen drei Institutionen wird mit all seinen Hindernissen, aber auch förderlichen Momenten beschrieben. Dabei geht es sowohl um die Motive und die Bereitschaft der Frauen, sich an der zentralen Politik zu beteiligen, als auch um die konkreten Möglichkeiten, sie real umzusetzen. Dafür werden die sozialen, kulturellen und institutionellen Determinanten der politischen Partizipation, wie auch die allgemeinen Lebensbedingungen der Frauen untersucht.



Von großer Bedeutung sind die Jahre 1998 – 2002. Diese Periode wurde gewählt, weil in ihr Frauenthemen in den Vordergrund der politischen Diskussion traten. Frauenthemen blieben im Allgemeinen in der ersten Demokratisierungsperiode mehr oder weniger unbeachtet. Erst gegen Ende der 90er Jahre gewannen viele bis dahin unbeachtete Themen an Bedeutung, unter ihnen auch die sog. Frauenthemen: steigende Arbeitslosigkeit von Frauen; ihre immer markantere Ausschließung aus dem öffentlichen Bereich und ihre Unterrepräsentation in den zentralen politischen Organen; Gewalt an Frauen; wachsende Armut der Frauen. Die geringe politische Partizipation von Frauen wurde neu thematisiert. Deshalb ist diese Periode ein interessanter Abschnitt, in dem eine wachsende und reifende Diskussion und ihre Auswirkungen beobachtet werden können. Diese Phase kann als bedeutender Wendepunkt in der Partizipation der Frauen in den politischen Institutionen gesehen werden. Dabei muss sie als Resultat mehrerer historischer Erfahrungen betrachtet werden. Die Auswirkungen der postkommunistischen, kommunistischen und vorkommunistischen Geschichte sind deshalb zu berücksichtigen. Der historische Rückblick reicht bis in die Erste Tschechoslowakische Republik in den Jahren 1918-1938.

#### **1.4 Datenbasis und Methodik der Arbeit**

Diese Arbeit ist eine deskriptiv-analytische Länderstudie ohne Vergleich, die sich mit den slowakischen Spezifika auseinandersetzt, sie will und kann kein allgemeines Erklärungsmodell für andere postkommunistische Länder vorlegen. Ob es ein solches Modell geben kann, erscheint sehr zweifelhaft. Trotzdem können die entwickelten Ansätze für Analysen anderer Länder der Region hilfreich sein.

Die Tatsache, dass die niedrige Beteiligung von Frauen an der zentralen Politik erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre thematisiert wurde, spiegelt sich auch markant in der Datenlage zum Thema. Die in der Arbeit verwendeten *primären Daten* sind vor allem quantitative Daten zur Partizipation von Frauen in den politischen Institutionen (Parlament, Regierung, politische Parteien) sowie zur sozialen und ökonomischen Lage der Frauen (Bildung, Erwerbstätigkeit, Familienstand) in verschiedenen Zeitperioden in der Slowakei. Daten zur kulturellen Sphäre (gesellschaftliches Ansehen der Frauen, Rollenverteilung, Selbstbild der Frauen) standen in geringerem Maß zur Verfügung.

Eine große Lücke an Daten und Analysen besteht bei allen historischen Phasen. Bei der Ersten Tschechoslowakischen Republik ist es schwierig, vor allem die Lage in den Parteien zu überblicken, in der kommunistischen Periode wurde die quantitative Datenbasis besser, umso mehr fehlt es hier an ideologisch unbelasteten Analysen der vorliegenden Daten. Nur ausländische Experten haben versucht, objektive Betrachtungen der Lage in der Slowakei vorzulegen (vor allem Arbeiten von S. Wolchik). Nach der Wende 1989 wurden viele Daten nicht mehr systematisch gesammelt. Die Entstehung der Parteien, Elitenrekrutierung, die Einbindung der Frauen in die Machtstrukturen wurden als Themen lange nicht bearbeitet. Eine erste wichtige Studie brachte die feministische Organisation *Aspekt* heraus, als im November 1995 ein Band der gleichnamigen Zeitschrift mit dem Schwerpunkt *Frauen und Macht* erschien. Das Herangehen an das Thema war vorwiegend philosophisch und nur teilweise sozio-politisch, trotzdem brachte dies einen ersten Anstoß für die Gesellschaft. Ein Jahr später erschien eine wichtige soziologische Analyse der postkommunistischen Slowakei – *Ona a on na Slovensku* (Sie und er in der Slowakei), die systematisch geschlechtsbezogen durchgeführt wurde. Im Jahr 1998 wurden zwei weitere wichtige Sammlungen vorgelegt: ein Sammelband der Wissenschaftler der Slowakischen Akademie für Wissenschaft *Žena z pohľadu etnológie* (Frau aus der ethnologischen Sicht) und ein weiterer von renommierten Feministinnen aus Tschechien, Slowakei, Österreich und Polen – *Frauen in Mitteleuropa heute*. Im darauf folgenden Jahr wurden geschlechtbezogene Statistiken herausgebracht. *Ženy v politike – Dôsledok tranzície verejnej politiky?* (Frauen in der Politik – Folge der Transition der öffentlichen Politik?) erschien im Jahr 2000. Als letzte Arbeit dieser Reihe muss *Krehká sila* (Zarte Kraft) von Zora Bútorová erwähnt werden, ein Werk, das zwanzig Interviews mit Frauen aus verschiedenen öffentlichen Bereichen, unter anderem auch aus der Politik bot.

Einige von den neuesten Studien beruhen auf persönlichen Erfahrungen der politischen Akteure und damit auch teilweise sehr subjektiven Bewertungen des Geschehens. Das schränkt die Verifikation und Glaubwürdigkeit der Angaben ein. Trotzdem sind diese Beiträge sehr wertvoll, da sie bis jetzt das einzige vorliegende Material sind, auf das wir zugreifen können.

Da die einheimische *Literatur* über die politische Partizipation von Frauen in der Slowakei lediglich geringe Unterstützung bietet, wurde in dieser Arbeit häufiger auf

Analysen aus anderen postkommunistischen Ländern zurückgegriffen, die bestimmte Ähnlichkeiten zum Fall der Slowakei aufweisen. Wichtige Anregungen boten Arbeiten von V. Jalušič, S. La Font, S. Kraatz (allgemein zu Osteuropa), H. Havelková, M. Musilová, M. Čermáková (Tschechien), E. Kreisky, C. Lemke, G. Meyer (DDR) und vielen anderen, deren Überlegungen für diese Arbeit herangezogen wurden.

Zusätzlich wurden Ergebnisse weitgreifender Analysen der soziopolitischen, wirtschaftlichen, kulturellen Entwicklungen und Veränderungen in der Tschechoslowakei bzw. Slowakei und Tschechien nach der politischen Wende 1989 einbezogen. Im Zentrum lagen Studien von K. Vodička, R. Kipke, G. Meyer, R. Schönfeld, S. Szomolanyi, G. Mesežnikov, V. Krivý und vielen anderen.

Außerdem wurden, als dritte Datenquelle, die einheimischen *Medien* verwendet. Sie bieten zwar selten eine tiefgreifende Analyse zu Frauenthemen, allerdings entfalten sie bedeutsame Kommentare und Betrachtungen, die einerseits die in der Gesellschaft verbreiteten Einstellungen zum Thema reflektieren und andererseits eine meinungsbildende Rolle nach außen spielen und daher Aufmerksamkeit verdienen.

Die vorhandenen Daten aus offiziellen und öffentlich zugänglichen Quellen wurden schließlich durch *Interviews* ergänzt. Für diese Arbeit wurden acht Parlamentarierinnen interviewt. Diese Interviews dokumentieren lebendige und konkrete Erfahrungen von Frauen, die in den wichtigen vier Jahren 1998-2002, die im Fokus dieser Arbeit stehen, in der zentralen Politik tätig waren. Die Auswahl der Frauen wurde nach ihrer Parteizugehörigkeit getroffen (parlamentarische Parteien aus der Periode 1998-2002). Sie war außerdem durch die Zugänglichkeit der Parteien bedingt, nicht aus jeder Partei waren Frauen bereit, ein Interview zu geben. Die Interviews haben im November und Dezember 2001 stattgefunden. Zu diesem Zeitpunkt waren im slowakischen Parlament 6 Parteien vertreten. Interviews wurden mit je zwei Frauen aus der SMK<sup>8</sup>, der SDĽ und der HZDS, sowie je einer aus der SDKÚ und der KDH durchgeführt. Die Kontaktaufnahme zur SNS war nicht erfolgreich. Es wurden ausschließlich Parlamentsabgeordnete mit Parteizugehörigkeit befragt, da zur Zeit der Interviews im slowakischen Parlament keine parteilose Frau tätig war. Die Interviews haben nur eine ergänzende Funktion, sie sind für die Arbeit nicht zentral und wurden eingesetzt, wo andere Datenquellen nicht

---

<sup>8</sup> Erklärung der Abkürzungen siehe in Anhang.

vorhanden waren. Sie wollen kein Muster der allgemeinen Situation der politisch aktiven Frauen bieten. Einige persönliche Daten werden hier nicht freigegeben, damit die Anonymität der Frauen gewahrt bleibt (da es im slowakischen Parlament nur wenige Politikerinnen gibt, reichen wenige Angaben um die Einzelne wieder zu erkennen), andererseits sind die Personalien nicht von zentraler Bedeutung für die Analyse des Themas. Die Angaben, die für entscheidend gehalten wurden, sind in der Tabelle 1-1 zusammengefasst.

**Tabelle 1-1 Allgemeine Personalien der interviewten Frauen**

Alter	die Älteste wurde 1940, die Jüngste 1958 geboren
Familienstand	3 ledig, 3 geschieden, 2 verheiratet
Anzahl der Kinder	5 haben je 2 Kinder, eine hat 1 Kind, 2 sind kinderlos
Berufliche Ausbildung	Sozialpädagogin, Bibliothekwissenschaftlerin, Journalistin, Wirtschaftsingenieurin, Dipl. Ing. der Elektrotechnik, Gymnasialpädagogin, 2 Hochschulpädagoginnen
Im Nationalrat tätig seit	2 seit 1990, 2 seit 1992, 2 seit 1994, 2 seit 1998

## 1.5 Gliederung und Vorgehensweise

Die politische Partizipation wird im Kontext der *politisch-kulturellen*, *institutionellen* und *sozioökonomischen* Faktoren analysiert. Dem entspricht auch Gliederung der Arbeit in drei Teile.

Der erste Teil der Arbeit befasst sich mit den **kulturellen und politisch-kulturellen Determinanten**. Zunächst wird ein kurzes Exposé der slowakischen Geschichte erstellt, das auf die allgemeinen Voraussetzungen politischer Partizipation der Slowaken eingeht. Am Anfang einer gezielten Diskussion zur Partizipation von Frauen ist es wichtig zu verdeutlichen, welche Tradition politische Aktivitäten im Allgemeinen haben. „Begrift man das Geschlecht als ein Grundprinzip gesellschaftlicher Organisation, dann konstituiert ‚gender‘ nicht länger eine unabhängige Variable im Erklärungsmodell für politische Partizipation, vielmehr öffnet sich der Blick für die spezifische Determinati-

onsstruktur des Partizipationsverhaltens.“<sup>9</sup> Deshalb sollten zunächst die Möglichkeiten, Bedingungen und Einflüsse des Partizipationsverhaltens der gesamten Bevölkerung erläutert werden. Die Einbindung der Slowakei in das ungarische Königreich, in die Habsburger Monarchie, später in die Tschechoslowakische Republik mit Dominanz der Tschechen, nach 1948 die Unterstellung unter die kommunistische Zentrale in Moskau schränkten auf je unterschiedliche Weise die Möglichkeiten der Slowaken ein, eine selbständige Politik und Selbstverwaltung zu entwickeln. Dies verursachte eine Art Resignation, die sich auch im Verhalten der Frauen und der Männer bezüglich ihrer freiwilligen politischen Aktivitäten erkennen lässt. Eine gewisse Umstellung des Partizipationsverhaltens brachte die Gründung des eigenen Staates im Januar 1993 und das Volk, das früher „gewöhnnt war, sich an politische Änderungen überwiegend durch defensive, passive Lebensstrategien anzupassen,“<sup>10</sup> wurde politisch aktiver.

Nach dem Aufweis der blockierenden politischen Faktoren werden konkrete kulturelle Faktoren diskutiert, die insbesondere die Stellung der Frauen in der Gesellschaft und in der Politik beeinflusst haben. Hier werden zwei Entwicklungslinien betrachtet: erstens die *traditionelle*, die eine Unterstellung der Frau dem Mann gegenüber vorsieht, belegt anhand der Volksliteratur und alten Bräuchen; zweitens die *kommunistische* Kultur, die eine neue Definition der emanzipierten Frau brachte. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus erlebten die vorkommunistischen Traditionen, die in der Slowakei seit Jahrzehnten ununterbrochen mehr oder weniger präsent sind, eine Wiedergeburt. Sie vermischten sich dann mit den Resten der kommunistischen Ideologie und verursachten Verwirrungen beim Aufbau neuer Werte und der Neu-Definition der Frauenrolle. Die neu entstandenen Werte werden anhand ihrer Auswirkungen auf die jüngste Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen diskutiert. Eine wichtige Rolle nehmen dabei die Medien ein: sie formen Meinungen über Politik und Frauenthemen und die Einstellung zu politisch aktiven Frauen. Anschließend wird die Vermittlung von Werten an die junge Generation im Rahmen des Erziehungsprozesses untersucht.

Die zweite Dimension der Analyse untersucht die **sozioökonomische** Lage der Frauen: Bildung, Beteiligung am Arbeitsmarkt, Entlohnung der Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und die daraus resultierende Lebenssituation von Frauen sind wichtige

---

<sup>9</sup> Vgl. ebd.: 7.

<sup>10</sup> Vodička 2000: 146.

Voraussetzungen für deren politische Partizipation. Sie sind, wie die institutionellen Elemente, zeitgebunden und müssen daher jeweils für konkrete Zeitperioden (sofern es die Daten erlauben) untersucht werden. Der enorme soziale Wandel nach der Revolution 1989 wird durch einen Vergleich der kommunistischen und nachkommunistischen Situation geschildert. Viele soziale Vorteile aus der kommunistischen Zeit sind nicht mehr vorhanden, und es soll gezeigt werden, dass dies gerade die Frauen betroffen und damit auch Art und Ausmaß ihrer Aktivität in der Politik beeinflusst hat.

Die **institutionellen** Voraussetzungen untersucht der dritte Teil der Arbeit und ihre Analyse beginnt mit der ersten Staatlichkeit der Slowaken, die den Frauen im Jahr 1920 politische Grundrechte zugestand. Diese gesetzliche Grundlage wurde in den folgenden Perioden beibehalten und trotzdem blieben die zentralen Organe der Macht ein Feld politischer Unterrepräsentation von Frauen. Die Ergebnisse der Versuche, Frauen in die Politik einzugliedern, werden im historischen Zeitraum 1918-1989 anhand ihrer Präsenz in den staatlichen Institutionen (Regierung, Parlament) und in den Parteien und ihren repräsentativen Organen belegt. Die jüngste Entwicklung nach der politischen Wende 1989 mit ihren institutionellen Voraussetzungen wird anhand mehrerer Faktoren diskutiert.

Von zentraler Bedeutung ist die *Verfassung* und ihre Definition der Bedingungen der politischen Partizipation aller sozialen Gruppen, damit auch der Frauen. Eine wichtige Bedeutung für die politische Partizipation in der Slowakei hat das vorliegende *Wahlsystem, das Parteiensystem und das Regierungssystem*. Sie beeinflussen die Art, Wege und Motive der Rekrutierung von Politikern in die einzelnen politischen Organe auf der zentralen Ebene, und verringern oder erweitern damit die Möglichkeiten für weibliche Politiker.

Einfluss auf die Qualität der jüngsten politischen Partizipation haben auch die *Förderprogramme der Regierung*, die sich mit der Unterstützung der Partizipation von Frauen befassen. Da es sich jedoch nur um Förderprogramme handelt und nicht um Gesetze, ist ihre Wirkung relativ gering. Trotzdem ist in ihnen eine Tendenz der staatlichen Politik zu erkennen, die Aufmerksamkeit verdient.

Die Positionierung der Frauen in den *Parteien*, sowie auch ihre Förderung von Seiten der Parteien wirkt sich direkt auf den Frauenanteil in den Organen der staatlichen Macht

aus. Dabei kommen programmatische, organisatorische und strukturelle Elemente der Parteipolitik zum Tragen. Parteien sind nicht nur die zentralen Akteure, die die Diskussion zur politischen Partizipation von Frauen am Leben erhalten können, sondern auch deren Karrierenchancen durch konkrete Eingriffe steuern können. Quotenregelungen, die Erstellung der Wahllisten für die politischen Organe auf der nationalen Ebene, aber auch Verfahren innerhalb der parteieigenen Strukturen und die Einstellung zu Förderprogrammen sind Themen, die hier diskutiert werden.

Am **Schluss** der Arbeit werden die Befunde zusammengefasst, um die Auswirkung der verschiedenen Determinanten zu verdeutlichen. Es wird deutlich werden, wie vielfältig die Faktoren sind, die die politische Partizipation einer konkreten Sozialgruppe im konkreten Raum beeinflussen. Zu Anfang wurde gesagt, dass der Anteil der Frauen in den Machtorganen auch als Maßstab des Grades der Demokratisierung verstanden wird. Eine Demokratie kann nur dann vollständige, reale Demokratie sein, wenn sie den Frauen Zugang zur politischen Macht ermöglicht und das nicht nur legal-konstitutionell. Diese Arbeit versteht sich als Beitrag zur Analyse der Transition in der Slowakei. Eine höhere Partizipation von Frauen an der Macht ist eines der Transformationsziele und diese Arbeit hat nicht die Absicht, den niedrigen Frauenanteil in den zentralen politischen Organen zu rechtfertigen. Andererseits ist es auf Grund der hier auftretenden nationalen Besonderheiten zumindest vertretbar zu sagen, dass die momentane Unterrepräsentation von Frauen in der zentralen Politik nicht zwingend eine negative Aussage über den erreichten Grad der Demokratisierung bedeutet. Es ist schwierig, allgemeine Muster zu entwickeln, nach denen in jedem Land die postkommunistische Transformation verlaufen soll. Es ist vielmehr notwendig zu fragen, welche Möglichkeiten das Land aufgrund seiner politischen Tradition und Kultur und seiner sozioökonomischen und politisch-institutionellen Basis hat und wie es sich mit ihnen auseinandersetzt. In diesem Sinne werden auch die slowakischen Besonderheiten betrachtet und die Perspektiven für die weitere Entwicklung aufgewiesen.





## **2 Zur Klärung der Begriffe**

Zunächst werden die zentralen Begriffe der Arbeit geklärt. Dabei soll die Vielschichtigkeit der Demokratisierung als Prozess verdeutlicht werden. Für die Stabilisierung der Demokratie haben Ausmaß und Qualität der politischen Partizipation der Bürger zentrale Bedeutung, die von einer großen Zahl von Faktoren bestimmt wird. Insgesamt wird in diesem Teil der konzeptuelle Rahmen für die weitere Analyse vorgelegt.

### **2.1 Demokratisierung – ein begonnener Weg**

Wie Plasser, Ulram und Waldrauch andeuten, herrschen bei der Verwendung der Begriffe, die mit Demokratisierung mehr oder weniger verbunden sind, viele Unklarheiten, die zu Verwirrungen führen.<sup>11</sup> „Democratization is understood both as a goal and as a process“.<sup>12</sup> Dieses doppelte Verständnis der Demokratisierung fehlt in den meisten postkommunistischen Gesellschaften, die Slowakei inbegriffen. Viele verstehen unter diesem Begriff ein rasches Ergebnis der Revolution und nur wenige einen langen und schmerzhaften Weg. Es ist für den Rahmen dieser Arbeit wichtig, die lange Dauer des Prozesses in seiner Vielfalt (auch im Blick auf Frauenthemen) zu verdeutlichen. Dabei wird hier Vielfalt im Sinne des Minimalismus nach Michael Walzer verstanden, der sagt – es ist menschlich, bestimmte Dinge haben zu wollen bzw. zu haben, aber es existiert mehr als nur ein menschlicher Weg um die Dinge zu erreichen.<sup>13</sup> So verstanden, ist auch die Demokratie ein Ziel, zu dem unterschiedliche Wege führen.

### **2.2 Phasen des Prozesses**

Der Demokratisierungsprozess vollzieht sich, verschiedenen Theorien zufolge, in mehreren Entwicklungsstufen. Grundsätzlich werden zwei Phasen unterschieden: die erste kann als *Transition* und die zweite als *Konsolidierung* bezeichnet werden. Der Begriff *Transition* wurde ursprünglich von O'Donnell und Schmitter geprägt. Sie definieren ihn

---

<sup>11</sup> Plasser, Ulram, Waldrauch 1998: 6.

<sup>12</sup> Meyer 1991: 15.

<sup>13</sup> Walzer 2002: 26.

als „interval between two regimes“.<sup>14</sup> Später erweiterten sie die Bedeutung des Begriffes, in dem sie die Transition neu definierten „as a stage of regime change that ends with the establishment of democratic government, saying that a change over to democracy is not complete until consolidation has taken place“.<sup>15</sup> Somit wurde die Transition nicht mehr nur als Prozess, sondern auch als Ziel des Wandels verstanden.

Den Prozess der Demokratisierung beschreibt auch Ralf Dahrendorf in zwei Phasen.<sup>16</sup> Die erste Phase bezeichnet er als *Konstitutionalisierung der Demokratie*. Unter diesem Begriff wird die Verankerung der neuen Prinzipien im Rahmen der Verfassung verstanden, ein Prozess, der die Veränderungen der politischen Institutionen und Gesetze vorsieht. Die zweite Stufe beschreibt Dahrendorf als die *Authentisierung der Demokratie*, was auch als eine Art von Konsolidierung verstanden werden kann. In dieser Phase sollen die konstitutionell gesicherten Elemente im Alltag umgesetzt und verwirklicht werden.

Von dieser zweistufigen Darstellung des Übergangs zur Demokratie (Wandel, Konsolidierung) sind auch andere Theoretiker ausgegangen, und haben weitere Details im Ablauf des Prozesses herausgearbeitet. Anlass dazu war der Fakt, dass die allgemeinen Begriffe - Institutionalisierung, Konsolidierung oder Authentisierung - nicht präzise genug die verschiedenen Stufen des Prozesses kennzeichneten. Fuchs und Roller warnen beispielweise davor, das Einbringen demokratischer Regeln in die Verfassung mit der Konsolidierung der demokratischen Strukturen gleichzusetzen. Dies sind, ihrer Ansicht nach, zwei Etappen des Prozesses. Dabei müssen formelle und informelle Regeln und Prozesse unterschieden werden. „In modern democracies, the function of roles and the definition of rules are laid down in the constitution. Besides these legally formalized roles and rules, however, every democracy also operates in accordance with informal rules held between the actors. ... these informal rules can effect a distinction between the constitutionally based claim of democracy and reality.“<sup>17</sup> Solange eine Diskrepanz zwischen den formellen Regeln und dem realen Handeln der politischen Eliten als ihrer Träger besteht, sind die politischen Strukturen und Institutionen noch nicht konsolidiert.

---

<sup>14</sup> O'Donnell, Schmitter in Plasser, Ulram, Waldrauch 1998: 6.

<sup>15</sup> Vgl. ebd.: 14.

<sup>16</sup> Dahrendorf 1997: 6.

<sup>17</sup> Fuchs, Roller 1998: 39.

Die Unterschiede zwischen der Institutionalisierung der demokratischen Regeln und ihrer Konsolidierung bestätigt auch Anton Pelinka, indem er hervorhebt, dass „eine Demokratie nicht bloß eine demokratische Verfassung braucht, sondern auch demokratische Träger dieser Verfassung.“<sup>18</sup> Daraus kann geschlossen werden, dass eine Konsolidierung der Gesetze und Institutionen erst mit der Konsolidierung des Handelns der politischen Repräsentanten möglich ist.

Bei der Etablierung der Demokratie unter den Bürgern müssen ebenfalls zwei Phasen unterscheiden werden. Die erste kann als positive Einstellung zur Demokratie bezeichnet werden, die eine wichtige Voraussetzung einer erfolgreichen Konsolidierung verkörpert. Aber dies ist immerhin nur eine Vorstufe der zweiten Phase, der aktiven Authentisierung, die folgen muss, um die Konsolidierung zu verwirklichen.<sup>19</sup>

Dieses Verständnis vom mehrstufigen Prozess erlaubt eine genauere Beschreibung des Verlaufs der Demokratisierung. Wolfgang Merkel hat vier Stufen einer Konsolidierung der Demokratie unterschieden, die auf der Makro-Ebene beginnt, die Meso-Ebene durchschreitet und sich auf die Mikroebene auswirkt.

Die erste Stufe der Konsolidierung betrifft die *institutionelle* Konsolidierung, die in der Verfassung ihren Ausdruck findet. Die zweite deckt die *repräsentative* Konsolidierung ab, die das Handeln der politischen Elite, vor allem der Parteien und Verbände ins Auge fasst. Die dritte Stufe bezieht sich auf eine *behavioristische* Konsolidierung, die das Verhalten der informellen politischen Akteure beschreibt. Die letzte Stufe, die die Konsolidierung abschließt, vollzieht sich im *Wandel der politischen Kultur* und der Verankerung der neuen demokratischen Prinzipien in die Gesellschaft.<sup>20</sup> Dieser Transfer demokratischer Prinzipien „von oben nach unten“ birgt in sich ebenfalls die Institutionalisierung und die Authentisierung der Demokratie, die auch Dahrendorf und andere genannt haben. Im Gegensatz zu ihnen verdeutlicht das Modell von Merkel die Bedeutung der Akzeptanz der Demokratie durch alle gesellschaftlichen Schichten. Im Sinne erfolgreicher Konsolidierung dürfen die demokratischen Prinzipien nicht auf den ersten Stufen der Verfassungsgebung und deren Akzeptanz durch die politischen Eliten

---

<sup>18</sup> Pelinka 1976: 11.

<sup>19</sup> Harrison 2002: 29.

<sup>20</sup> Merkel, Sandschneide 1997: 11.

ins Stolpern geraten. Sie müssen auch von den anderen gesellschaftlichen Schichten aufgenommen und gelebt werden. Dies mag utopisch klingen, weshalb hier hinzuzufügen ist, dass hier eher an eine allgemeine Tendenz der gesellschaftlichen Einstellung gedacht ist, als eine Achtung der Demokratie durch alle Bürger. Die Inhalte staatlicher Politik sollen nicht nur apathisch geduldet, sondern sollen kritisiert und verweigert, oder aber akzeptiert und aktiv aufgenommen werden. Prinzipien und Regeln der Politik müssen im Fall der Akzeptanz gleichzeitig im Alltag der Bürger wiedererkennbar sein. Erst durch aktives Handeln der Bürger wird die Demokratie mit ihren Institutionen authentisch und damit konsolidiert. „Only when the central elements of the culture and structure of a democracy are implemented by law and have won consensus among the citizens can these central elements be regarded as institutions of a democracy.“<sup>21</sup>

### **2.3 Begriff und Funktionen politischer Partizipation**

„Unter Partizipation werden in demokratisch verfassten Ländern in der Regel alle Tätigkeiten verstanden, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.“<sup>22</sup> Damit wird „die Beteiligung an der Politik vor allem als instrumentelles, zielgerichtetes Handeln aufgefasst.“<sup>23</sup> Andere Theoretiker weisen darauf hin, dass die Beschränkung auf Ziele mit politischem Inhalt zu kurz greift. So hebt Bettina Westle hervor, dass innerhalb der politischen „Partizipation auch Fälle ohne eigene politische Zielsetzung vorkommen können.“<sup>24</sup> Das bedeutet, dass „Aktivität in einer Partei nicht ausschließlich zur Durchsetzung politischer Ziele, sondern auch aus beruflichen Karrieregründen“ denkbar ist.<sup>25</sup>

Die Bedeutung der Partizipation für die Demokratie hat schon J.J. Rousseau genauer in seinem *Du contrat social* diskutiert. Die leitende Idee seiner Überlegungen war, dass der Bürger durch Partizipation lernt, seine Bedürfnisse mit Rücksicht auf die Bedürfnisse seiner Mitbürger umzusetzen. Carol Pateman fasst Rousseaus Überlegungen so zusammen: „During this process the individual learns that the word ‚each‘ must be ap-

---

<sup>21</sup> Fuchs, Roller 1998: 37.

<sup>22</sup> Nie und Verba in Kaase 1995: 522.

<sup>23</sup> Kaase 1995: 522.

<sup>24</sup> Westle 1994: 140.

<sup>25</sup> Vgl. ebd.: 24.

plied to himself, (...), he learns that the public and private interests are linked. (...) As a result of participating in decision making the individual is educated to distinguish between his own impulses and desires, he learns to be a public as well as a private citizen.“<sup>26</sup> Durch konstruktive Partizipation an den politischen Prozessen entwickelt sich zwischen Staat und Bürger eine Bindung. Durch sie wird erfahrbar, dass der Staat nicht etwas Abstraktes ist, sondern die konkrete Gemeinschaft der Einzelnen, in der die Beteiligten nicht nur das private, sondern auch ein gemeinsames Wohl verfolgen können.

Rousseau fasste den Gewinn der Partizipation in drei Schlagworten zusammen – *Kontrolle*, *Freiheit* und *Integration*<sup>27</sup> - Kontrolle über den Staat, Freiheit für die Bürger, und Integration der Bürger in die staatliche Gemeinschaft.

Die Bedeutung der Partizipation hat weiter J.S. Mill diskutiert. Er hat die Überlegungen von Rousseau bestätigt und die *edukative* Funktion der Partizipation ebenso in den Vordergrund gestellt. Die erzieherische Wirkung der Partizipation sieht er darin, dass die individuellen Erwartungen mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten in Einklang gebracht werden. „... the individual has to weight interests not his own; to be guided, in the case of conflicting claims, by another rule than his private partialities; to apply, at every turn, principles and maxims which have for their reason of existence the common good.“<sup>28</sup> In Abwägung von privaten und öffentlichen Interessen wächst die Bindung zwischen den Einzelnen und der Gemeinschaft. Die Partizipierenden werden durch ihre Aktivitäten integriert und bekommen Anteil an gemeinsamen Entscheidungsprozessen. „... through political discussion the individual becomes consciously a member of a great community and whenever he has something to do for the public he is made to feel that not only the common weal is his weal, but that it partly depends on his exertions.“<sup>29</sup> Dadurch wird die Politik ein gemeinsames Projekt mit höherer Stabilität für das gesamte politische System.

Wenn wir uns nun ausgehend von der Diskussion über politische Partizipation im allgemeinen Sinne auf die Partizipation der Frauen im speziellen konzentrieren, stoßen wir

---

<sup>26</sup> Pateman 1970: 25.

<sup>27</sup> Rousseau in Pateman 1970: 25–27.

<sup>28</sup> Mill in Pateman 1970: 30.

<sup>29</sup> Mill in Pateman 1970: 33.

wieder auf die Ideen von J. S. Mill. In seinem Werk *The Subjection of Women* arbeitete er als Vorteil einer ermöglichten Partizipation von Frauen zwei Momente heraus. Erstens verdoppelt sich die Summe der mentalen Fähigkeiten einer Gesellschaft, weil nicht allein die Fähigkeiten der Männer, sondern auch die der Frauen genutzt werden können.<sup>30</sup> Und zweitens bringt die Schaffung eines offenen Zugangs von Frauen zur Macht mehr Gerechtigkeit in die menschlichen Beziehungen, da sie Chancengleichheit herstellt.<sup>31</sup>

Wegen diesen Profiten, sollte aktive politische Partizipation der Bürger im Interesse des Staates liegen. Das Interesse darf sich aber nicht nur auf institutionelle Grundlage beschränken, sie muss auch Aufklärung und Erhöhung des politischen Bewusstseins der Bürger erfassen.

## **2.4 Formen und Typen politischer Partizipation**

Diese Arbeit befasst sich ausschließlich mit der verfassten, konventionellen Form der politischen Partizipation, daher beziehen sich auch die oben diskutierte Gewinne und Auswirkungen einer Partizipation auf diese Form. Trotzdem sollten im kurzen auch andere Formen der politischen Partizipation wie auch ihre Auswirkungen beschrieben werden. Im Grunde werden zwei elementare Formen politischer Partizipation unterschieden, die konventionelle bzw. verfasste und die unkonventionelle bzw. unverfasste. Die zweite Partizipationsform wird noch auf legale und illegale differenziert, die illegale kann entweder gewaltlose oder gewaltsame Form annehmen.

---

<sup>30</sup> Mill 2003: 122.

<sup>31</sup> Mill 2003: 118.

<sup>32</sup> Mill 2003: 122.

<sup>33</sup> Mill 2003: 118.

**Tabelle 2-1 Taxonomie politischer Partizipation**

<b>Dimension politischer Beteiligung</b>	<b>Formen politischer Beteiligung</b>	<b>Konkrete Akte politischer Beteiligung</b>
Konventionell bzw. verfasst	- Staatsbürgerrolle	- Sich an Wahlen beteiligen
	- Parteiorientierte Partizipation	- In eine Partei eintreten, aktiv mitarbeiten
Unkonventionell bzw. unverfasst a) legal	- Problemorientierte Partizipation	- Mitarbeit in einer Bürgerinitiative - Teilnahmen an einer genehmigten Demonstration - Unterschriften sammeln - Sich an Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen
b) illegal -gewaltlos	- Ziviler Ungehorsam	- Teilnahme an einer verbotenen Demonstration - Beteiligung an wilden Streiks - Hausbesetzungen/ Blockaden
-gewaltsam	- Politische Gewalt	- Gewalt gegen Personen und Sachen

*Quelle: Uehlinger in Hoecker, B.: Politische Partizipation von Frauen. Opladen 1995, S. 18.*

Es ist anzunehmen, dass anhand der verschiedenen Formen politischer Partizipation auch ihre Auswirkungen auf die Stabilität des Regimes verschieden sind. Während die konventionelle Form eine effektive Kommunikation zwischen dem Staat und dem Bürger fördert und eine Art Bestätigung dem Regime leistet, stellt auf der anderen Seite die gewaltsame Partizipation die Legitimität des Regimes in Frage und bewirkt somit seine Instabilität.

Es gibt nicht nur verschiedene Formen politischer Partizipation, sondern auch verschiedene Typen von Partizipierenden. Das Ausmaß der politischen Partizipation der Bürger ist einerseits durch die durch Gesetz und Verfassung gegebenen Möglichkeiten gekennzeichnet, andererseits durch den Willen der Bürger, diese Möglichkeiten aktiv zu nutzen. Auf Grund der verschiedenen Grundhaltungen, Bedürfnisse und Möglichkeiten der Bürger, sich an der Politik zu beteiligen, wurden mehrere Klassifizierungen vorgenommen. Milbrath und Goel haben auf die amerikanische Bevölkerung bezogen drei Gruppen genannt: die *Apathischen*, die *Zuschauer* und die *Gladiatoren*.<sup>34</sup> Obwohl diese

<sup>34</sup> Milbrath, Goel in Kaase 1995: 522.

Einteilung viele Kritiken hervorgerufen hat, bleibt wichtig, dass unter den Bürgern nicht nur mit „Gladiatoren“ zu rechnen ist, sondern auch mit Apathischen und Zuschauern, deren politische Aktivität entweder sehr gering ist oder bei null liegt. Um die Bereitschaft der Bürger/innen zu politischer Partizipation und ihr tatsächliches Verhalten zu verstehen, müssen die sie beeinflussenden Faktoren untersucht werden.

## 2.5 Determinanten politischer Partizipation

Jede Analyse der Determinanten politischer Partizipation braucht einen festen Rahmen. Diese Arbeit geht von einer Dreiteilung der Determinanten aus, wie sie Beate Hoecker entwickelt hat.

**Tabelle 2-2 Einflussfaktoren der politischen Partizipation von Frauen**



*Quelle: Hoecker, B.: Politische Partizipation von Frauen. Opladen 1995, S. 28.*

Die hier vorgelegten Determinanten zur Untersuchung und Klärung der Partizipation von Frauen bieten ein Modell des Partizipationsverhaltens, das sich auf alle sozialen Gruppen anwenden lässt. Allerdings werden hier hauptsächlich diejenige Elemente der drei Determinanten untersucht, die einen geschlechtsspezifischen Bezug haben, da nur sie für diese Arbeit relevant sind.



### 2.5.1 Politische Kultur

Gabriel A. Almond definiert politische Kultur als „consisting of cognitive, affective, and evaluative orientations to political phenomena, distributed in national populations or in subgroups.“<sup>35</sup> Samuel Huntington versteht unter politischer Kultur „die Gesamtheit der Werte, Einstellungen, Glaubensüberzeugungen, Orientierungen und Grundvoraussetzungen, die Menschen einer Gesellschaft prägen.“<sup>36</sup> Diese Prägung bezieht sich auf die Bewertung der Politik und ihrer Prozesse, der politischen Akteure und ihres Handelns, und schließlich auch auf die Bewertung der eigenen Person und der eigenen Rolle in den politischen Prozessen. Clifford Geertz zieht die Grenzen politischer Kultur noch weiter. Er sieht politische Kultur als die gesamte Lebensweise einer Gesellschaft an, die nicht nur in Werten und Einstellungen, sondern auch in Praktiken, Institutionen und menschlichen Beziehungen erkennbar ist.<sup>38</sup> Martin Greiffenhagen versteht gleichfalls das politische Handeln als einen relevanten Aspekt der politischen Kultur.<sup>39</sup> Eine Ausschließung des politischen Handelns aus dem Rahmen der politischen Kultur und die Reduktion der Kultur auf „beliefs“, „attitudes“ und „values“ nach dem Muster von Almond und Verba wäre der Intention dieser Arbeit nicht dienlich. Denn in dieser Arbeit geht es einerseits um die Werte, Überzeugungen und Rollenzuteilungen, die in einer Gesellschaft vorherrschen und sie prägen; andererseits wird aber die praktische Bedeutung dieser politisch-kulturellen Einstellungen wie auch das Engagement der Frauen bei der Verwirklichung ihres Selbstkonzepts untersucht. Deshalb wird als Arbeitsdefinition die Darstellung von Karl Rohe genutzt, der auch die praxisbezogene Dimension der politischen Kultur aufgreift und sie als „Way of Life“ – das heißt, ein typisches Muster von Lebensweisen mit spezifischen Formen des politischen Habitus versteht.<sup>40</sup> Hierdurch werden die Werte mit dem Handeln eng verknüpft und beide als Elemente der politischen Kultur verstanden. Es ist somit nicht allein entscheidend, was über die Politik und ihre Akteure gedacht wird, sondern auch welchen Ausdruck die kulturellen Werte und Einstellungen im Handeln der Bürger finden.

---

<sup>35</sup> Almond 1980: 26.

<sup>36</sup> Huntington 2002: 9.

<sup>37</sup> Mickel 1983: 385.

<sup>38</sup> Geertz in Huntington 2002: 9.

<sup>39</sup> Greiffenhagen in Hoecker 1995: 29.

<sup>40</sup> Rohe in Dörner 1999: 96.

## 2.5.2 Sozioökonomische Determinanten

„Politische Partizipation ist nicht allein von prädispositiven Faktoren abhängig, sondern wird zugleich durch strukturelle und situative Faktoren bestimmt. Der individuelle sozioökonomische Status, (...), hat entscheidenden Einfluss auf die Chancen für eine politische Beteiligung wie auch für eine politische Karriere.“<sup>41</sup> Dem schließt sich auch Max Kaase ein, der in den sozialstrukturellen Faktoren eine entscheidende Rolle für Form und Ausmaß der Partizipation sieht. Zentrale Bedeutung hat innerhalb der Faktoren „der sozioökonomische Status der Bürger, der in erster Linie durch Schulbildung, Beruf und Einkommen bestimmt ist.“<sup>42</sup> Beate Hoecker geht bei den Determinanten der Partizipation noch weiter und nennt zusätzlich noch Konfession und Lebenssituation (die vor allem familienbezogen gedacht ist) wie auch das Alter als entscheidende Faktoren. Kaase bezieht sich bei seinen Überlegungen über den direkten Einfluss der unterschiedlichen sozioökonomischen Faktoren vorwiegend auf die konventionellen Beteiligungsformen. Da Frauen in den Bereichen Bildung und berufliche Erfahrung schlechter abschneiden als Männer, werden auch ihre Durchsetzungsmöglichkeiten im konventionellen Bereich der Partizipation geringer. Dies sollte sich im unkonventionellen Bereich wesentlich geringer auswirken.<sup>43</sup> Im Fall der Slowakei kann nicht davon ausgegangen werden, dass Frauen in Bezug auf ihre Bildung schlechter abschneiden als Männer. Allerdings ist die Überlegung von Kaase trotzdem bedeutsam, da sie die Partizipation als von der Bildung abhängige Variable darstellt.

## 2.5.3 Institutionelle Faktoren

Die institutionellen Voraussetzungen können als die wichtigste Basis für eine verfasste politische Partizipation bezeichnet werden. „The rule of law and the principle of constitutionalism which support it are absolutely necessary, since only they can guarantee basic rights and liberties.“<sup>44</sup> Die politischen Institutionen bilden den Rahmen politischer Partizipation. Deshalb wird bei einer Analyse der politischen Partizipation grundsätzlich auf die Konstitution des Landes geachtet, die durch Gesetze konkrete Möglichkeiten politischer Partizipation eröffnet.

---

<sup>41</sup> Hoecker 1995: 33.

<sup>42</sup> Kaase 1995: 524.

<sup>43</sup> Kaase 1995: 525.

<sup>44</sup> Plasser, Ulram, Waldrauch 1998: 17.

Neben der Bedeutung der gesetzlichen Bedingungen der Partizipation wird häufig auch die Rolle des Wahlsystems und des Regierungssystems diskutiert. Das Wahlsystem gewinnt an Bedeutung bei der Betrachtung der Partizipationschancen der unterrepräsentierten Gruppen, also auch der Frauen. Manche sehen in Verhältniswahlsystemen „zum Teil erheblich größere Wahlchancen als bei einem Mehrheitswahlsystem.“<sup>45</sup> Bezogen auf die Frauenpartizipation in den führenden politischen Organen bedeutet dies, dass in Verhältniswahlsystemen Frauen größere Chancen haben, den Einstieg ins Parlament und in die Regierung zu schaffen, da mehr Parteien nicht nur mehr Möglichkeiten bieten, sondern auch die Zusammensetzung der Listen zentral bzw. nach übergeordneten Gesichtspunkten (wie der Repräsentation bestimmter Gruppen) gesteuert werden kann. Dies gelingt kaum im Mehrheitswahlrecht. Trotzdem beweisen die Erfahrungen aus den westlichen Demokratien, dass dort trotz „unterschiedlicher Wahlsysteme Frauen erheblich unterrepräsentiert sind.“<sup>46</sup> Abgesehen von Erfahrungen aus den stabilen Demokratien, deutet vieles darauf hin, dass in einer Transformationsgesellschaft, in der Normen erst aufgebaut werden müssen und verschiedene Parteien auch unterschiedliche Auffassungen der Frauenpartizipation repräsentieren, das Wahlsystem (noch) eine wichtige Rolle spielt. Deshalb werden die Wahl- und Regierungssysteme als relevante institutionelle Determinanten betrachtet.

In Bezug auf den in der Slowakei herrschenden Parlamentarismus mit Verhältniswahlsystem zählen die Parteien zur Basis des gesamten politischen Systems. Die Parteien entscheiden zum großen Teil über die Besetzung des Parlaments und der Regierung, und damit auch über die Vermittlung von Frauen in die führenden politischen Organe. Deshalb ist entscheidend, welche Möglichkeiten, sich an der staatlichen Politik zu partizipieren, die Parteien den Frauen bieten. Mitwirkung in Parteien ist eine Etappe auf dem Weg in die Machtorgane, und somit haben sie eine erhebliche Bedeutung für die Partizipation der Frauen in der zentralen Politik.

---

<sup>45</sup> Rule und Zimmerman in Hoecker 1995: 35.

<sup>46</sup> Nohlen in Hoecker 1995: 35.

## 2.6 Zusammenfassung

Die Demokratisierung postkommunistischer Gesellschaften wie der Slowakei ist nicht nur ein Ziel, sondern auch ein langer Prozess der Umstrukturierung. Neue Institutionen, politische und soziale Strukturen müssen aufgebaut werden, neue politisch-kulturelle Prinzipien und Werte zum Tragen kommen. Für die Stabilität der neuen Ordnung ist die Akzeptanz und Zustimmung breiter Kreise der Gesellschaft nötig. Die demokratischen Prinzipien müssen in allen Schichten der Gesellschaft verankert werden. Der Beitrag der Bürger zur Konsolidierung und zur Stabilität besteht auch in ihrer politischen Partizipation. Sie ist eine Art Bestätigung nicht unbedingt der tatsächlichen Politik, aber der Ordnungsprinzipien des politischen Systems und seiner Strukturen. Für die Bürger wiederum bietet die Partizipation die Möglichkeit, eigene Vorstellungen – wenn auch in ganz unterschiedlichem Maße – vorzustellen und durchzusetzen.

Trotz dieser Vorteile und des Gewinns durch Partizipation auch für den Einzelnen, mangelt es in vielen sich wandelnden Gesellschaften an politisch aktiven Bürgern. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Komplexität beruht auf der Vielfalt der auf die Partizipation einwirkenden institutionellen, politisch-kulturellen und sozioökonomischen Faktoren, die hier analysiert werden. Diese bieten eine Hilfe, die Verhaltensmuster verschiedener sozialer Gruppen, damit auch der Frauen, zu verstehen.

### **3 Politisch - kulturelle Faktoren**

Was wir uns unter Politik vorstellen, was für Werte sie in unserer Wahrnehmung verkörpert und welche Symbole wir ihr zuordnen, entscheiden mehrere Aspekte, die mit individueller Erziehung, aber auch mit gesellschaftlicher Sozialisation zu tun haben. „Die politische Sozialisation ist also ein multivariabler Prozess, in dessen Verlauf in verschiedenen Altersphasen bzw. Lebensabschnitten Informationen, Affekte, Einstellungen, Werte und Normen gegenüber der Welt der Politik im weitesten Sinne erworben werden.“<sup>47</sup> Es bedeutet, dass wir unter Politik das verstehen und damit verbinden werden, was uns im Laufe des Lebens über sie vermittelt und präsentiert wurde. Im frühen Alter geschieht dies ohne bewusste Selektion, später unter dem Einfluss eigener Überlegungen. Auf diese Erfahrungen reagieren wir dann durch unser Verhalten und in gewisser Weise auch mit dem Ausmaß unserer Bereitschaft, uns politisch zu engagieren und das politische Feld zu betreten. Karl Rohe unterscheidet die praktischen Dimensionen von politischer Kultur, die sich als „Way of Life“<sup>48</sup>, als typische Muster von Lebensweisen mit spezifischen Formen von politischem Habitus herauskristallisieren können.

In diesem Kapitel soll betrachtet werden, welche Werte und Rollenvorstellungen sich in der slowakischen Kultur entwickelt haben und wie sie das politische Verhalten von Frauen bis zum heutigen Tag prägen. Bevor aber die Auswirkung politisch-kultureller Faktoren auf die politische Partizipation der Frauen untersucht wird, soll die allgemeine historische Entwicklung ausgewählter politisch-kultureller Werte in der Slowakei beschrieben werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, welche Erfahrungen die Gesellschaft mit politischen Aktivitäten und Partizipationsmöglichkeiten in der Geschichte gesammelt hat.

---

<sup>47</sup> Wasmund in Hörschele-Frank 1990: 37.

<sup>48</sup> Vgl. ebd.: 40.

### 3.1 Chancen politischer Aktivitäten im historischen Überblick

Thomas Hellén sagt, „history clearly matters and must be taken into account.“<sup>49</sup> Der heutige Stand der Zivilgesellschaft, und damit das Ausmaß politischer Partizipation, lassen sich nur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungen erklären. „Much has changed in Eastern Europe over the past hundred years, but this should not make us oblivious to the importance of historical heritage. (...) Social and political changes of a large magnitude often include an initial element of overshooting that tends to be corrected in the long run.“<sup>50</sup> In der Geschichte des slowakischen Volkes können Erklärungen für das politische Verhalten aller sozialer Gruppen, auch das der Frauen, gefunden werden. Schon allein die Tatsache, dass die Slowaken erst vor weniger als hundert Jahren als freies und selbständiges Volk anerkannt wurden und im Folgenden mehr als die Hälfte der Zeit unter tschechischem Zentralismus und Kommunismus verbrachten, wird die Erwartungen an die Entwicklung der Zivilgesellschaft und das Ausmaß der politischen Aktivität der Bevölkerung dämpfen. In diesem Kapitel soll geprüft werden, inwiefern die jüngsten historischen Ereignisse des letzten Jahrhunderts die Einstellungen zur Politik und die Bereitschaft, politisch aktiv zu werden, beeinflusst haben.

Die Slowaken haben in den letzten hundert Jahren vier bedeutende Systemwechsel mitgemacht. In den Jahren 1918, 1938-39, 1945-48 und 1989 hat sich die vorhandene politische und kulturelle Ordnung jeweils vollständig verändert. Dazwischen gab es Phasen, die zwar keinen Systemwandel verursachten, aber trotzdem wichtige politische Veränderungen mit sich brachten (1954-56, 1968-69). Politische, soziale und kulturelle Freiheiten wurden im Laufe der Jahre verletzt und wieder gewährt, Menschenrechte missachtet und wieder beachtet. Falls uns die slowakische Gesellschaft heute desorientiert oder gar unpolitisch vorkommt, muss dies nicht unbedingt Ausdruck postkommunistischer Erfahrungen sein, sondern vielmehr Ergebnis vieler historischer Einflüsse in die Gegenwart hinein. Jürgen Hartmann erkennt bei Tschechen und Slowaken eine Art politischer Resignation. Sie ist „das Erbe einer tragischen Geschichte, aus der Tschechen und Slowaken die bittere Lehre gezogen haben, es lohne sich nicht, sich den mächtigen Nachbarn, die von Osten oder Westen her in das Schicksal des Landes

---

<sup>49</sup> Hellén, Berglund, Aarebrot 1998: 13.

<sup>50</sup> Vgl. ebd.: 49.

eingreifen, zu widersetzen, weil dies an der Lage ohnehin nichts ändern könne.“<sup>51</sup> Im Folgenden wird belegt, dass die slowakischen Männer und Frauen in den letzten hundert Jahren sehr geringe Möglichkeiten hatten, politische Selbständigkeit zu üben, die Eingriffe anderer Mächte waren zu markant, als dass die Slowaken an ihre eigenen Eingriffsmöglichkeiten hätten glauben können.

### 3.1.1 Slowaken – ein unpolitisches Volk?

*Bei uns ist es eine tiefverwurzelte Sünde, dass an irgendein altes Gesetz oder ein in unseren Mythen vorkommendes Wunder geglaubt wird, demnach wir Slowaken - egal in welcher Faulheit oder Sünde wir faulen - durch einen unbekanntes Helden befreit werden.*<sup>52</sup>

Mit diesen harten Worten wurde die politische Aktivität bzw. Passivität des slowakischen Volkes vor mehr als hundert Jahren in einer bedeutenden slowakischen Zeitung definiert. Die wenigen Repräsentanten der slowakischen Intelligenz haben mit dem politischen Desinteresse der Mehrheit der Bevölkerung seit Mitte des 19. Jahrhunderts gekämpft. Die Apathie, die Abneigung, sich am öffentlichen bzw. politischen Leben zu beteiligen, konnte aber schon im 19. Jahrhundert eher als Auswirkung langjähriger Unterdrückung der Slowaken angesehen werden und weniger als irgendeine vererbte oder gar angeborene Art politischer und sozialer Faulheit, die spezifisch für die Slowaken wäre. Die Slowaken konnten bis zum Ende des Ersten Weltkriegs keine Erfahrung mit eigener Staatlichkeit sammeln. Da das Volk nur innerhalb größerer Einheiten eigene Geschichte entfaltet. Erst als ein Teil des Fränkischen Reiches, dann innerhalb Großmährens und seit dem 11. Jahrhundert wurde das gesamte Land der Slowaken (unter dem Namen *Nitrianske údelné vojvodstvo*) ein Teil des Ungarischen Staates. Die darauffolgende Ära wurde vor allem durch Angriffe der Türken und innere Kämpfe zwischen den Adligen und den Thronfolgern gekennzeichnet. Nicht nur die Türken, aber auch die Adligen akzeptierten keine Rechte und Freiheiten der Slowaken. Im 16. Jahrhundert wurde die Habsburger Monarchie mit Bratislava als Zentrum des Reiches errichtet. Die Slowaken profitierten aber wenig davon, ihre soziale und politische Position blieb unverändert. Erst die Aufklärungsperiode des 18. Jahrhunderts brachte

---

<sup>51</sup> Hartmann 1983: 245-246.

<sup>52</sup> Übersetzt aus dem Original: Slovenské listy, III, Nr. 1/1900 in Lipták 1998: 12.

Reformen, die Schulpflicht und die Abschaffung der Leibeigenschaft für Angehörige aller Völker der Monarchie bedeuteten. Diese Ereignisse starteten auch die nationale Bewegung der Slowaken. Das 19. Jahrhundert war durch Kämpfe der Völker der Monarchie um nationalen Ausgleich gekennzeichnet, die slowakischen Repräsentanten verlangten politische Autonomie der slowakischen Region. Diese Versuche kämpfte die ungarische Regierung mit dem Standrecht nieder. Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich begannen schwere Jahre der Magyarisierung der Slowaken. Zusammengefasst, hatte das slowakische Volk in den tausend Jahren nur Unterdrückung, Unterstellung und mangelnde politische Selbständigkeit erfahren. Zusätzlich zur fehlenden Erfahrung mit politischer Selbstverwaltung wurden dem Volk immer weniger ethnische, politische und soziale Freiheiten gestattet. Vor allem die letzten Jahre der Monarchie wurden als die schlimmsten Jahre der ungarischen Herrschaft bezeichnet, in denen alle Aktivitäten kleiner Völker unter strenger Kontrolle und Persekutionen gehalten wurden. Dieses Vorgehen hat auch die Slowaken ergriffen: „In Slovakia the Hungarian authorities pursued a policy of aggressive Magyarization and vigilantly restricted the political activities of all non-Magyar national groups.“<sup>53</sup> Die zentrale Maßnahme der Unterdrückungspolitik war die Verweigerung der Bildung in eigener Sprache. Für ein ungebildetes Volk mit einem hohen Anteil von Analphabeten war es unmöglich, das politische Geschehen zu verfolgen, oder sich gar aktiv gegen Unrecht zu wehren. Durch eine gewaltsame Deformation der sozialen Strukturen sollte das slowakische Volk zu einer Masse von Plebejern ohne höhere Formen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens umgewandelt werden.<sup>54</sup> Nur eine sehr geringe Anzahl von Aktivisten, vor allem aus den klerikalen Kreisen, hatte politische Aktivitäten entwickelt, die allerdings auf Grund gewaltsamen Vorgehens der Regierung gegenüber der Opposition, begrenzt blieben. Nicht zufällig haben viele Historiker zum Ausdruck gebracht, dass der Zerfall der Habsburger Monarchie die Rettung für die slowakische Ethnie bedeutete. Vojtech Mencl behauptet, dass falls die Unterdrückung noch zwanzig Jahre länger gehalten hätte, wäre das slowakische Volk mit großer Wahrscheinlichkeit komplett ausgerottet worden.<sup>55</sup> Die Mehrheit der Slowaken hatte sich der

---

<sup>53</sup> Wolchik 4/1996: 526.

<sup>54</sup> Lipták 1998: 20.

<sup>55</sup> Mencl et al. 1990: 83.



ungarischen Macht ergeben und keinen Ausweg aus dem Status der Beherrschten gesucht.

Erst die politische Krise der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914–18) im Folge des Krieges, wie auch die Revolutionsereignisse in Russland (1917) und Unterstützung aus Tschechien haben den kleinen Resten der slowakischen politischen Elite Mut zum Handeln gegeben. Am Anfang des 20. Jahrhunderts begann sich das politische Leben in der Slowakei zu entwickeln. Bis dahin wurde das politische Leben durch tiefe Passivität gekennzeichnet.<sup>56</sup>

### **3.1.2 Die erste Staatlichkeit**

Der Mut und die Bereitschaft, eigene politische Programme zu entwickeln, war bei einigen politischen Aktivisten vorhanden, aber es fehlte an einer breiteren Elite, die diese Bereitschaft auch effektiv hätte umsetzen können. Gegen Ende des Krieges gab es in der Slowakei nur wenige Slowaken, die die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau eines eigenen Staates hatten – und zwar die Bildung und ehrlichen Patriotismus zu ihrem Land.<sup>57</sup> Die erste Staatlichkeit haben die Slowaken durch den gemeinsamen Staat mit den Tschechen gewonnen. Im letzten Kriegsjahr nutzten sie den Kriegskataklysmus, um im Oktober 1918 die erste gemeinsame Tschechoslowakische Republik zu gründen. Die traditionellen, vor allem kulturell bedingten Bindungen zwischen den beiden Völkern waren bei der Gründung des gemeinsamen Staates entscheidend, genauso wie auch die Schwäche der slowakischen Elite, ohne die Hilfe der Tschechen eine eigenständige Verwaltung zu entwickeln. Die Tschechen waren auf diese Aufgabe weitgehend besser vorbereitet. „Die verhältnismäßig tolerante österreichische Herrschaft hatte den tschechischen Ländern eine weitgehende Selbstverwaltung zugestanden. ... in der Slowakei, die zentral von Budapest aus regiert worden war, waren sämtliche Verwaltungsstellen bis zu den untergeordneten Posten in abgelegenen Landgemeinden mit Ungarn besetzt.“<sup>58</sup>

Die Schwäche der slowakischen Elite, mit der das Volk in die gemeinsame Staatlichkeit gegangen ist, hat deutlich die folgende politische Entwicklung bestimmt. Durch die Un-

---

<sup>56</sup> Mencl et al. 1990: 40.

<sup>57</sup> Zinner 89-90/1990: 32.

<sup>58</sup> Schönfeld 2000: 79.

fähigkeit sich durchzusetzen und die Abhängigkeit von den Tschechen hatte ein bedeutender Teil der slowakischen Elite erkennen müssen, dass die Slowaken als Volk einer eigenen Selbstverwaltung nicht gewachsen sind.<sup>59</sup> Diese Unselbständigkeit bot bald das Fundament für die Idee des Tschechoslowakismus.<sup>60</sup> Politisch und kulturell wurde diese Idee durch die Gründung eines „tschechoslowakischen Volkes“ geprägt, in dem die tschechische Tradition und Politik die leitende Rolle übernehmen sollten. Diese Pläne spalteten die slowakische politische Elite und warfen ihre Chancen auf weitere Entwicklung zurück. Während sich die modernen europäischen Politiker schon jahrelang mit eigenständigen politischen Konzepten (wie Sozialpolitik, Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik) beschäftigten, sind die slowakischen bei dem neuen Kampf um ihre Anerkennung als eigenes Volk hängen geblieben.

### **3.1.3 Aufstieg der neuen Macht**

„Die Erste Republik trägt einen großen Teil der Schuld an der Unzufriedenheit in der Slowakei, weil sie den Slowaken nicht die nötige Autonomie oder Gleichberechtigung zugestand.“<sup>61</sup> Obwohl die Tschechoslowakische Republik im europäischen Raum als Beispiel eines modernen und demokratischen Staates diente, für die Slowaken wurde sie ein Zeichen von unerfüllten Träumen. In dem gemeinsamen Staat übernahmen die Tschechen die Zügel, eine Form der ausgeglichenen Mitwirkung beider Völker in der Führung des Staates wurde nicht gefunden. Posten der Selbstverwaltung wurden mit der Zeit nicht den geschulten Slowaken anvertraut, sondern zunehmend mit Tschechen belegt. So wuchs die Zahl der tschechischen Beamten in der Slowakei von 71 733 im Jahr 1921 auf 120 926 im Jahr 1938.<sup>62</sup> Die Erfüllung der nationalen Bestrebungen und des Bedürfnisses, eine eigene Politik zu entwickeln, hat auch deshalb ein Teil der slowakischen politischen Elite in der slowakischen Eigenstaatlichkeit gesehen. Ein gewünschtes Kind war der Nationalstaat von 1939 nicht nur für enttäuschte Politiker, sondern auch für große Teile der Bevölkerung. Die real gewonnene Unabhängigkeit unter den Bedingungen des Slowakischen Staates war allerdings durch die Vorgeschichte beeinträchtigt. Die staatliche Autonomie und die Trennung von den unerfüllten Träumen der Tsche-

---

<sup>59</sup> Lipták 1998: 130.

<sup>60</sup> Vgl. ebd.: 59.

<sup>61</sup> Brown 1967: 43.

<sup>62</sup> Schönfeld 2000: 80.

choslowakischen Republik, wurde mit der Abhängigkeit vom Dritten Reich bezahlt. Die Slowakei wurde wieder zur Marionetten-Republik. In der Slowakei entstand unter Tiso eine klerikal-faschistische Diktatur, die der weiteren Entwicklung von politischen Eliten und allen bürgerlichen Aktivitäten ihren Stempel aufdrückte. Politische Freiheiten wurden gestrichen, politischer Protest wurde rigoros unterdrückt. „Das von der Slowakischen Volkspartei dominierte Parteienbündnis beherrschte das Parlament. Die Opposition war ausgeschaltet. ... Die ‚Partei der Slowakischen Nationalen Einheit‘ umfasste ein breites politisches Spektrum von liberaler Mitte bis extremer Rechte und wurde nicht nur durch Disziplinarmaßnahmen und Einschüchterungen, sondern auch durch die ständige Drohung einer deutschen militärischen Intervention zusammengehalten.“<sup>63</sup> Einerseits herrschte eine signifikante Zufriedenheit mit dem Status quo und ein Teil der Bevölkerung verspürte kein Bedürfnis nach Systemwandel, da vor allem ein wirtschaftlicher Aufstieg des Landes erreicht wurde, andererseits wurden andersdenkende Politiker zu Feinden erklärt und unabhängige politische Aktivitäten waren in den folgenden Jahren nur in Untergrundorganisationen möglich. Das Zentrum der neuen politischen Opposition bildete sich rund um die kommunistische Partei, einer neuen politischen Kraft, die aber später auch nicht gewillt war, politische Freiheiten zu gewähren.

In der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg hatte die Kommunistische Partei noch keine bedeutsame und eigenständige politische Aktivität entwickelt. Lubomír Lipták hebt hervor, dass ein großes Handikap der kommunistischen Bewegung in der Slowakei, gleich von Beginn an, der Mangel an Personen war, die ihre Ideen, Richtungen, Stile verkörpern, und für die Nation klar machen konnten, wie dies nur eine Person aus den eigenen Reihen machen kann. Das Ergebnis war eine mehrstufige Unterordnung der einheimischen kommunistischen Bewegung während der gesamten Zeit zwischen den Kriegen. Strategische Konzeptionen der UdSSR wurden von der Leitung der KSČS (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) in Prag übersetzt und erst dann in der Slowakei angewandt.<sup>64</sup> Die slowakischen Kommunisten haben damit lange nur die Befehle aus Russland und Tschechien passiv umgesetzt und keine politische Selbständigkeit erzielt. Die Dominanz des tschechischen Elements in der Führung der KP (die später eine wichtige Rolle für den Aufbau des gemeinsamen Staates hatte) und

---

<sup>63</sup> Schönfeld 2000: 105.

<sup>64</sup> Lipták 1998: 258.

die Unterordnung der slowakischen Kommunisten spiegelte wider mal die typische Unterlegenheit der slowakischen Politiker, die seit jeher das Verhalten und die Stellung der slowakischen politischen Elite zu größeren Mächten prägte.

In diesem Zusammenhang nennt Lipták die slowakische politische Elite aus der Vorkriegszeit als einen „Dispatcher“, der zwar die Mechanismen verstanden hat, aber keine Macht hatte, sie zu bestimmen.<sup>65</sup> Mit der Gründung des slowakischen Staates hatte sich für die staatlichen Repräsentanten die Dispatsherrolle nicht geändert.<sup>66</sup> Fortschritt hatten dagegen (allerdings nur vorübergehend) die Kommunisten in der Opposition gemacht, die sich zu einer wichtigen politischen Alternative entwickelten. Nach Lipták hat sich die kommunistische Opposition in der Zeit des Krieges nach den Vorgaben der Komintern gerichtet, aber ihre Anwendung in der komplizierten einheimischen politischen Situation verlangte eine gewisse Selbständigkeit, Initiative und mutiges Denken und Verhalten.<sup>67</sup> Die Selbständigkeit erreichte ihren Höhepunkt im August 1944, als die slowakischen Kommunisten mit Hilfe der Nichtkommunisten (Demokratische Partei), des Klerus, der Partisanentruppen und mit Rückendeckung der Roten Armee einen Volksaufstand für die Befreiung des Landes organisierten. Obwohl der Aufstand von den deutschen Truppen niedergeschlagen wurde, war er ein Zeichen der Bereitschaft der Slowaken sich für konkrete politische Ziele aktiv und mutig einzusetzen.

Die politische Aktivität im Untergrund hatte in den Kriegsjahren eindeutig zugenommen. Neuer Nachwuchs an politischen Aktivisten wurde für die KP wie auch für die oppositionelle Demokratische Partei rekrutiert. Offen blieb aber, wie dieses Potenzial in den folgenden Jahren genutzt werden könnte.

### **3.1.4 Übergang zum Kommunismus**

Auch die Nachkriegszeit begann für die politische Selbständigkeit der Slowaken ungünstig. Die beiden Nationen, Tschechen und Slowaken, vereinigten sich in einem gemeinsamen Staat, in dem viele politische Strukturen dem ethnischen Dualismus nicht angepasst worden waren. In der Politik des gemeinsamen Staates wurden die slowaki-

---

<sup>65</sup> Vgl. ebd.: 64.

<sup>66</sup> Hartmann 1983: 129.

<sup>67</sup> Lipták 1998: 259.

schen Besonderheiten nicht respektiert.<sup>68</sup> Die Slowakei wurde nicht territorial aus Bratislava, sondern zentral aus Prag regiert. Die Slowakischen Nationalorgane verloren ihre vorherigen Befugnisse aus dem slowakischen Nationalstaat, ihre Kompetenzen wurden durch die gemeinsame Regierung in Prag übernommen. Im konkreten Verfahren hieß dies, dass das slowakische Parlament nur das im Gesetz verankern konnte, was die tschechoslowakische Regierung vorher gebilligt und entschieden hatte. Dadurch verloren Politiker, die nur auf dem slowakischen Feld tätig waren (vor allem nichtkommunistische Politiker) an Macht und Einfluss.<sup>69</sup> Die politischen Entscheidungen kamen in Prag zustande, und dort waren aus der Slowakei vorwiegend Kommunisten repräsentiert, Repräsentanten aus der Demokratischen Partei fehlten.

Abgesehen von den nationalen Unstimmigkeiten in der Leitung des neuen Staates, die vor allem das Reifen politischer Selbständigkeit in der Slowakei gebremst haben, wurde die politische Szene noch durch weitere Momente stark belastet. Nach dem Krieg erschien es nötig, das Land von allen Anhängern des alten nationalistischen Regimes zu „befreien“. Nicht nur Mitglieder der Regierung, sondern auch Repräsentanten des staatlichen Sektors (Armee, Polizei, staatliche Bürokratie) wurden unverzüglich, ohne gerichtliche Verhandlung beseitigt.<sup>70</sup> Dieses Verfahren nutzten vor allem Anhänger der KP zu ihren Gunsten, um eine potenzielle Opposition auf diese Weise zu verhindern. Unter den politischen Verfolgungen litt der politische Pluralismus nachhaltig. Von den zwei politischen Strömungen in der Slowakei war nach kurzer Zeit nur noch eine übrig geblieben. Bei den ersten Wahlen nach dem Krieg (1946) hatten sich in der Slowakei zwei Parteien um die Macht beworben, die Kommunistische Partei und die Demokratische Partei. Die Demokraten erhielten dabei 60 Prozent der Stimmen, die KP verlor in der Slowakei mit 30 Prozent. Da aber die Kommunisten auf der zentralen (föderalen) Ebene gewonnen hatten und die Politik für die Slowakei in Prag gemacht wurde, konnten die Demokraten auch nach ihrem Sieg die Slowakei nicht nach ihren Vorstellungen regieren. Durch harte Vorgaben der politischen Zentrale in Prag wurde die Position und Bedeutung der Demokratischen Partei faktisch immer geringer.

---

<sup>68</sup> Mencl et al. 1990: 217.

<sup>69</sup> Vgl. mit J. Letrich (Vorsitzender Demokratischer Partei) Aussprache in 1946 in Mencl et al. 1990: 218.

<sup>70</sup> Mencl et al. 1990: 216.

Bald entwickelte sich ein geschlossenes politisches System. Alle bedeutenden Parteien (vier in Tschechien, zwei in der Slowakei) hatten sich in der sogenannten Nationalen Front (NF) vereinigt. Jede Art politischen Pluralismus war von da an auf die Strukturen der NF beschränkt, es entwickelte sich ein ideologisch homogenes System. Opposition außerhalb der NF war verboten. Aber auch innerhalb der NF herrschte keine freie politische Atmosphäre, viele Bereiche der Staats- und Regierungspolitik durften nicht unter Kritik geraten, die KP übernahm als Partei mit der stärksten Mitgliedschaft die leitende Rolle in der NF.<sup>71</sup> So begann die Tschechoslowakei das russische Modell zu übernehmen, ein Modell des Machtmonopols der Kommunisten, in dem jede politische Opposition bestraft und verfolgt wurde. Ab Februar 1948 lag die gesamte Macht in den Händen der KP. Politische Aktivitäten waren nur in den Grenzen des kommunistischen Musters realisierbar. Um politische Alternativen bemühten sich zunächst noch Kirchen und ihnen nahestehende Organisationen. Auf Grund der diktatorischen Entwicklungen endeten ihre Versuche, den Pluralismus zu retten, in einer Sackgasse. Die folgenden Jahre waren durch politische Prozesse gekennzeichnet, die vor allem gegen nicht-kommunistische Politiker gerichtet waren. Viele Unschuldige wurden inhaftiert oder kamen ums Leben. Die Verfolgung traf Männer ebenso wie Frauen. Im Jahr 1950 wurde die erste weibliche Politikerin hingerichtet.

Die Zeit war durch Angst geprägt. Die politische Opposition wurde immer kleiner. Die politische Aktivität der Bürger ging aber nicht unbedingt zurück.<sup>72</sup> Um ihren persönlichen Sicherheitswillen, aber auch aus Opportunismus, wegen besseren Karrierechancen, oder aus Überzeugung traten viele in die Partei ein. Wie Hartmann schrieb, lehnten die Slowaken in ihrer inneren Einstellung das sozialistische System ab. „Sie tun dies nicht offen, weil sie keinen Sinn darin sehen, in einer unabänderlichen Lage mit symbolischen Protesten persönliche Risiken einzugehen.“<sup>73</sup> Die Slowaken passten sich der neuen Ordnung an. In der Slowakei waren am Anfang der fünfziger Jahre 12,3 Prozent der gesamten Bevölkerung Mitglied in der stetig wachsenden und immer diktatorischeren KP.<sup>74</sup>

---

<sup>71</sup> Mencl et al. 1990: 225.

<sup>72</sup> Hartmann 1983: 246.

<sup>73</sup> Hartmann 1983: 247.

<sup>74</sup> Mencl et al. 1990: 239.

### 3.1.5 Phase der Entspannung – Chance für politische Freiheiten

Der Tod Stalins 1953 wirkte sich positiv auf die politische Entwicklung in der Slowakei aus. Die politischen Prozesse nahmen ab, viele Fehler des Regimes wurden aufgedeckt und nach den Verantwortlichen gesucht. Es begann eine neue Welle begrenzter politischer Liberalisierung. Die Öffentlichkeit befreite sich Anfang der Sechziger von den Ängsten des Stalinismus, das Interesse an der Politik nahm zu, die Forderungen nach politischen Freiheiten wurden lauter. Die Lockerung des politischen Klimas setzte sich aber nur langsam durch, die Erfahrungen aus Ungarn und Polen (1956) hatten die Staatsrepräsentanten vorsichtig werden lassen. Anfang der sechziger Jahre erreichte die staatliche Planwirtschaft einen Tiefpunkt, der das ganze Land in eine ökonomische Krise trieb. Die Krise des zentralistischen Systems wuchs, die Forderung nach wirtschaftlichen, aber auch strukturellen und politischen Reformen wurde immer stärker.<sup>75</sup> Kreise tschechischer und slowakischer Intellektueller, vor allem Schriftsteller, bildeten das herausragende Zentrum politischer Opposition.

Die slowakische Intelligenz begann politisch aktiv zu werden. Sie hatte sich schon traditionell mit der Frage slowakischer Selbständigkeit innerhalb eines gemeinsamen tschechoslowakischen Staates beschäftigt. Bald erweiterte sie aber ihren politischen Horizont und begann eine Diskussion zu prinzipiellen Fragen der Freiheit. Im Mai 1967 verfassten tschechoslowakische Schriftsteller gemeinsam ein politisches Manifest, das gegen kulturellen Bürokratismus, Zensur, administrative Regelung der Diskussionen und das Verschweigen wichtiger Informationen in der Politik gerichtet war.<sup>76</sup>

Die staatliche Reaktion auf diese Proteste nahm verschiedene Formen an, am Ende kam es zu einem Machtwechsel innerhalb der tschechoslowakischen KP, „die KP öffnete sich für das Gespräch mit der Bevölkerung. ... dies bedeutete jedoch keineswegs einen Freibrief für oppositionelle Kräfte, sich zu eigenen Parteien zu formieren. Ein Mehrparteiensystem, freie Wahlen oder die Privatisierung staatlicher Produktionsmittel standen nicht zu Debatte.“<sup>77</sup> Trotzdem wurde das Land von einer „Atmosphäre der Befreiung, der Mitbestimmung, der Demokratisierung“<sup>78</sup> erfüllt. Mit dem Aufstieg des Slowaken

---

<sup>75</sup> Mencl et al. 1990: 278.

<sup>76</sup> Mencl et al. 1990: 285.

<sup>77</sup> Schönfeld 2000: 194.

<sup>78</sup> Schönfeld 2000: 195.

Alexander Dubček an die Macht begann der *Prager Frühling*, eine kurze aber wichtige Zeit liberaler Erfahrungen. Die Politik wandelte sich zu einem öffentlichen Ereignis, sie wurde nicht mehr nur im engen Kreis der Führungsorgane von Partei und Staat, sondern auch in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Größere Teile der Bevölkerung, Männer wie Frauen, beteiligten sich an der *Demokratie von unten*. Das Interesse am politischen Leben stieg enorm. Viele genossen die neue Freiheit in Kultur, Wissenschaft und Politik. Die Atmosphäre der Freiheit wurde vollkommen genutzt. Eine Tendenz zu immer radikaleren Angeboten und Anforderungen entstand. Freiheit und Demokratie, die jahrelang für die Bevölkerung unerreichbar blieben, wurden jetzt sofort verlangt. Im Juni 1968 erschien ein Appell mit dem Titel *2000 Wörter*, der eine noch weitergehende Demokratisierung verlangte. Er war nicht nur an die Repräsentanten der Macht gerichtet, sondern an die gesamte Bevölkerung, die zu höherem Engagement und bürgerlichen Aktivitäten, wie Streiks, Boykotts, Demonstrationen und Protesten gegen konservative Kommunisten aufgerufen wurde. Diese Liberalisierung fand durch die Invasion der Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 ein schnelles Ende.

Die Erfahrung der selbständigen und freien Politik hatte nicht lange gedauert, sie brachte neue Hoffnungen auf einen demokratischen Staat mit eigener Selbstverwaltung und sie brachte Enttäuschung beim Absturz zurück in das autoritäre Regime. Die Repräsentanten des *Prager Frühlings* wurden jedoch zum Symbol des Strebens nach Freiheit und sie galten jahrelang als einzige realistische politische Alternative<sup>79</sup> zu konservativen Kommunisten und nach der Revolution '89 bekleideten manche auch für gewisse Zeit politische Ämter.

### **3.1.6 Politische Aktivität und politische Opposition in der kommunistischen „Normalisierung“**

Auf die Invasion folgte eine Rückkehr zur zentralistisch-gesteuerten Politik und damit zum Verbot jeglicher politischer Opposition. Neue Verfolgungen und Prozesse gegen Regimefeinde begannen. Viele reagierten mit Verzweiflung und Apathie. „Die Menschen erschienen wie gelähmt.“<sup>80</sup> Und das obwohl der von den Slowaken lang ersehnte Föderalismus erreicht wurde. Trotzdem konnte die Aktivität der Opposition nicht voll-

---

<sup>79</sup> Otava, Tigris 89-90/1990: 234.

<sup>80</sup> Schönfeld 2000: 200.



ständig unterbunden werden. Aktivisten aus den intellektuellen Kreisen haben die liberalen und demokratischen Ideen des Prager Frühlings im Untergrund weitergetragen. Ihre Aktivitäten waren allerdings nicht mehr für die breite Bevölkerung zugänglich, sondern nur für kleinere oppositionelle Kreise der Dissidenten. In den nächsten Jahren wurden im Untergrund mehrere Publikationen produziert, die eine politische Diskussion in der Illegalität weiter geführt haben. Bedeutung erlangte im Jahr 1977 eine Initiative nicht-kommunistischer Intellektueller, die unter Mitarbeit von christlichen Kreisen eine Protestgemeinschaft ins Leben rief. Die Gemeinschaft der ca. fünfhundert Aktivisten wurde unter dem Namen *Charta 77* bekannt. Ziel dieser Initiative war die vollständige Achtung der Menschenrechte, zu der sich die Tschechoslowakei in Internationalen Konventionen (UN-Menschenrechtscharta - Schlussakte von Helsinki, 1975) verpflichtet hatte. Einerseits wurde an die Bevölkerung appelliert, ihre Rechte einzufordern und andererseits an die Regierung, die von ihr unterzeichneten Konventionen auch umzusetzen. Diese politische Aktivität war zu keiner Zeit als politische Alternative zum Sozialismus gedacht. Sie hatte kein eigenes politisches Programm entwickelt, und kein Fundament für ein neues politisches System vorgelegt.<sup>81</sup> Trotzdem war diese Initiative eine wichtige kritische Stimme, die auch für Aktivisten außerhalb der *Charta 77* bedeutend war.

Auf diese Basis beriefen sich die Dissidenten der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Zusätzlich muss hier noch erwähnt werden, dass die zunehmende Aktivität am Ende der 80er Jahre im Untergrund auch durch die Entwicklung in Russland (M. Gorbatschow kam an die Macht), wie auch durch die Erfahrungen aus den kommunistischen Nachbarländern (Polen, Ungarn), gestärkt wurde. Der politische Wandel war auch in der Bevölkerung spürbar. Wie Otava und Tigris bemerkten, die Dissidenten waren nicht länger „isolierte Gruppen von Verrückten, oder Selbstmördern,“ die sich nicht auf die Unterstützung der Öffentlichkeit verlassen konnten.<sup>82</sup> Eine Mehrheit der Bürger stand hinter ihnen, was sich in der hohen Beteiligung an den Demonstrationen im November 1989 zeigte.

---

<sup>81</sup> Mencl et al. 1990: 335.

<sup>82</sup> Otava, Tigris 89-90/1990: 249.

### 3.1.7 Revolution und Zuwachs an bürgerlichen Aktivitäten

Die Zivilgesellschaft ist in den Jahren der kommunistischen „Normalisierung“ nicht abgestorben, aber sie war deutlich geschwächt. Sie war auf die Organisationen im Untergrund begrenzt, die fast ausschließlich von Intellektuellen geformt wurden.<sup>83</sup> Ota-va und Tigríd glauben, dass in der Öffentlichkeit die Politik durch schlechte Erfahrungen mit dem Sozialismus ihren guten Ruf verloren hat, und zu einem „Bengel“ wurde, dem man ausweichen soll.<sup>84</sup> Entscheidend wirkte sich hier auch mangelnde politische Eigenverantwortlichkeit in der Gesellschaft, Passivität und Privatismus aus.<sup>85</sup> Der Staat war jahrelang der einzige Machtinhaber. Eine neue Phase politischer Euphorie erlebte die Gesellschaft mit der Novemberrevolution 1989, die neue Perspektiven für politische Aktivitäten eröffnete. Die Bürger bekamen zu spüren, dass ihre Aktivität das politische Geschehen durch Demonstrationen und Wahlen beeinflussen kann. Keine fremde Macht, weder der Osten noch der Westen, beanspruchte die Führungsrolle im Land, und dies sollte auch so bleiben. Viele bis dahin unterdrückte Emotionen, wie auch das Streben nach einem eigenen Staat, bekamen grünes Licht. Die politische Repräsentation der Slowakei sah in der neuen politischen Ordnung die Chance die eigene Autonomie zu erreichen. Begonnen hat dies im April 1990 mit dem „*Streit um Bindestrich*“ im Namen des gemeinsamen Staates (der Staat sollte entweder Tschecho-Slowakische Föderative Republik, oder, wie sich die slowakische Repräsentation wünschte, Tschechische und Slowakische Föderative Republik heißen) und endete 1993 mit dem Zerfall der Föderation. Obwohl viele Äußerungen darauf hinweisen, dass die Trennung der Tschechoslowakei eine Entscheidung von zwei Männern war (V. Klaus und M. Mečiar) und von der HZDS-Führung initiiert wurde,<sup>86</sup> bleibt die Tatsache, dass am Silvesterabend 1992 Zehntausende Slowaken auf den Straßen die Trennung gefeiert haben. Und das obwohl im September 1992 nur 41 Prozent der Slowaken mit der staatlichen Trennung einverstanden waren und die Mehrheit dagegen war.<sup>87</sup> Es war jedoch eine *schweigende Mehrheit*. „Der passive, politisch unmündige Bürger, ..., war das notwendige Korrelat, um den tschechoslowakischen Staat ‚sang und klanglos‘ untergehen

---

<sup>83</sup> Ota-va, Tigríd 89-90/1990: 232.

<sup>84</sup> Vgl. ebd.: 83.

<sup>85</sup> Meyer 1993: 14.

<sup>86</sup> Vodička 2000: 144.

<sup>87</sup> Kipke 2000: 13.

zu lassen.“<sup>88</sup> Es fehlte allerdings auch an Eliten, die die schweigende Mehrheit aktivieren konnten und wollten.

Nach der Spaltung der Tschechoslowakei waren die Slowaken auf sich gestellt. Es war eine neue Erfahrung nicht nur für die politische Elite, sondern für die gesamte Bevölkerung. Die Euphorie des Umbruchs verschwand bald und die Probleme der Transition wurden offensichtlich. Die folgende politische Entwicklung brachte andere Erfahrungen, als die Bevölkerung erwartet hatte. Während die Tschechen den Weg radikaler marktwirtschaftlicher und sozialer Reformen fortsetzten, ging die Slowakei ihren eigenen Weg. Die regierende politische Führung unter V. Mečiar lehnte den westeuropäischen Kurs ab und verstärkte nationalistische Tendenzen. In der Ära Mečiar wuchs die internationale Isolierung des Landes und die Gesellschaft wurde in ein Mečiar- und ein Anti-Mečiar-Lager polarisiert. Im Oktober 1997 sahen 38 Prozent der Bürger in der politischen Lage und der Gefährdung der Demokratie eines der drängendsten Probleme der Gesellschaft, daneben standen Probleme des sinkenden Lebensstandards, Arbeitslosigkeit und wachsende Kriminalität.<sup>89</sup> Als Reaktion auf die schlechte Lage und die unbefriedigten Erwartungen ging die politische Aktivität der Bürger in den ersten Jahren der Existenz des eigenen Staates zurück. Dies lässt sich beispielweise an der sinkenden Wahlbeteiligung ablesen. Während in den ersten freien Wahlen 1990 die Wahlbeteiligung aufgrund der revolutionären Euphorie enorm hoch war, lag sie vier Jahre später deutlich tiefer.

**Tabelle 3-1 Wahlbeteiligung an den Parlamentswahlen seit 1990 (in %)**

<b>Jahr</b>	<b>1990</b>	<b>1992</b>	<b>1994</b>	<b>1998</b>	<b>2002</b>
Beteiligung	95,39	84,2	75,65	84,24	70,06

*Quelle: Archiv NR SR. [Http://www.nrsr.sk/indexmain.asp](http://www.nrsr.sk/indexmain.asp)*

Wie die Tabelle andeutet, ist die Wahlbeteiligung bis zum Jahr 1994 um 20 Prozent zurückgegangen, in den vergangenen 12 Jahren um 25 Prozent. Eine Ausnahme dieser konstant fallenden Tendenz waren nur die Wahlen des Jahres 1998, in denen der Konflikt zwischen der Mečiar- und der Anti-Mečiar-Koalition eskalierte. In dieser Zeit war die politische Aktivität der Bürger deutlich gestiegen, die Menschen gingen wieder auf

---

<sup>88</sup> Kipke 2000: 11.

<sup>89</sup> Kipke 2000: 53.

die Straße und an die Wahlurne. Nach der Entscheidung dieses Konflikts sank die Wahlbeteiligung weiter.

Die hohe Beteiligung aus dem Jahr 1998 lässt sich durch die überraschend immer noch hohe Bereitschaft zu politischer Aktivität in politischen Krisen erklären. Was die häufig (zu Unrecht) vorgehaltene Passivität der Slowaken in Frage stellt. Während in den westlichen Ansätzen eine fehlende Erfahrung der Slowaken mit oppositionellen Aktivitäten diskutiert wurde,<sup>90</sup> definieren die einheimischen Experten einen krisenbezogenen Widerstand der Slowaken und wachsende politische Aktivität, die tatsächlich in wichtigen Abschnitten (nicht nur beim Volksaufstand 1944, sondern auch während des Prager Frühlings 1968 und im November 1989) erkennbar wurde. In diesen Abschnitten, in denen sich das Land kurz vom Einfluss der größeren Mächten löste bzw. lösen wollte, wuchs die politische Aktivität und die Bereitschaft, das politische Geschehen selber zu bestimmen. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 1999 (siehe Tabelle 3-2) sind die slowakischen Bürger weiterhin bereit, in „entscheidenden Momenten“, in denen persönliches oder staatliches Interesse Schaden nehmen sollten, politisch aktiv zu werden, um diese Interessen zu schützen und die eigene politische Meinung zum Ausdruck zu bringen.

---

<sup>90</sup> Vgl. ebd.: 72.

**Tabelle 3-2 Einstellung und Interessen zur Politik**

„Es gibt verschiedene Wege ihre politischen Einstellungen und Interessen umzusetzen. Welche von den Umsetzungsmöglichkeiten haben sie in der Vergangenheit genutzt und welche werden sie in der Zukunft nutzen, falls es nötig wäre?“ (in %)

	In der Vergangenheit		In der Zukunft	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Beteiligung an Wahlen fürs Parlament	82	81	85	82
Beteiligung an Wahlen für die Lokalverwaltung	73	76	84	84
Unterschreiben einer Petition	55	44	77	69
Beteiligung an einer politischen Versammlung	53	37	70	57
Beteiligung an einer Protestdemonstration	21	13	54	39
Arbeit in einer politischen Partei	20	10	43	34
Beteiligung an einem Streik	10	7	46	32
Kandidieren für ein politisches Amt	10	5	29	19

Quelle: Inštitút pre verejné otázky, január 1999. In: Mesežnikov, G. (Hg.): Slovensko 1999. Bratislava 1999, S. 690.

Während die Bereitschaft zur Wahlbeteiligung in der Vergangenheit und in der Zukunft relativ konstant erscheint, zeigen andere politische Aktivitäten, z.B. die Bereitschaft zur Beteiligung an Protestdemonstrationen oder am Streik, Unterschreiben einer Petition, eine große Steigerung von bis zu 30 Prozent. Hoch ist auch die Bereitschaft zukünftig in politische Parteien einzutreten - und das sowohl bei Männern wie bei Frauen. Es muss aber berücksichtigt werden, dass diese Bereitschaft krisenbezogen und im Normalfall relativ schwach ist.

### 3.1.8 Zusammenfassung

Das politische Verhalten der slowakischen Bevölkerung wurde im letzten Jahrhundert durch verschiedene politische, soziale und kulturelle Einflüsse geprägt. Phasen politischer Unfreiheit und ethnischer Benachteiligung wurden von kurzen Auflockerungsphasen unterbrochen. Die dauerhafte Beschränkung bürgerlicher Freiheiten hat die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten der Bürger negativ beeinflusst. Ein großer Teil des slowakischen Volkes ist in den postkommunistischen

Demokratisierungsprozess ohne bedeutsame politische Vorerfahrungen mit eigenständiger politischen Partizipation gegangen.

Es gibt Krisenmomente, in denen die Bereitschaft der Bürger zu politischen Aktivitäten steigt, und es gibt Phasen politischer Stagnation bzw. Resignation, wo die Aktivität und Wahrnehmung der Politik zurückgehen. Eine klare Parallele kann in der Vergangenheit erkannt werden, denn in den „ruhigeren“ Phasen, in denen große Mächte die Führung des Landes übernommen hatten, fanden bürgerliche Aktivitäten jeweils nur im kleinen Kreise statt. Dagegen waren die Umbruchsphasen 1918, 1944, 1968 durch erhöhte Aktivität der breiten Bevölkerung gekennzeichnet. Ebenso auch die Ereignisse im November 1989 oder im Sommer 1998. Aber in den Jahren dazwischen kehrte die Bevölkerung wieder ins Privatleben zurück, bedingt durch Frust und Überzeugung, dass der eigene Einsatz, doch nicht das bewirkt hat, was erwartet worden war.

Dies lässt sich für die Gesellschaft verallgemeinern, trifft also auch auf Frauen zu. Politisch aktive Frauen waren von den oben genannten Erfahrungen ebenso wie Männer betroffen. Zusätzlich zu diesen Ereignissen gibt es noch weitere kulturelle Elemente, die ausschließlich die Partizipation von Frauen betreffen. Diese werden im folgenden Kapitel genauer untersucht.

### **3.2 Frauen im Spiegel der politisch-kulturellen Werte**

Diese Arbeit geht davon aus, dass kulturelle Stereotype, die in der slowakischen Gesellschaft einerseits die Inhalte der Politik und andererseits die Rolle der Frau bestimmen, eine direkte Auswirkung auf die geringe politische Partizipation von Frauen haben. Deshalb werden in diesem Kapitel die kulturellen und politisch-kulturellen Faktoren dargestellt, die Akzeptanz und Positionierung von Frauen in der Politik erheblich beeinflussen. Drei Zeitperioden werden unterschieden: Die *Vorkommunistische*, die durch ihre Ideologie, durch Mythen, Literatur und Sozialordnung das Frauenbild bis in heutige Tage prägt. Die zweite Periode ist durch die *kommunistische* Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse gekennzeichnet, die Frauen in ein neues Licht stellte und ihnen neue Entfaltungsmöglichkeiten bot. Anschließend werden ausführlich die Wirkungen der beiden Perioden auf die *Gegenwart* betrachtet. In dieser Periode prallen die beiden Einflüsse aufeinander und verursachen Unklarheit und Verwirrung bezüglich

der künftigen Rolle der Frauen. Dabei ist nicht nur die gesellschaftliche Sicht, sondern auch das Selbstbild der Frauen entscheidend: Inwieweit akzeptieren Frauen das in der Gesellschaft herrschende Bild der Politik als auch das der Frauen? Inwieweit verwirklichen sie diese durch ihr eigenes Verhalten oder widerspricht es diesen Bildern?

### **3.2.1 Der europäische Einfluss in der Definition zur Frauenrolle im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts**

Bevor die slowakischen Besonderheiten angesprochen werden, soll die allgemeine Sichtweise der Frau und ihrer Rolle in der Gesellschaft aus dem Blickwinkel der europäischen Philosophie kurz geschildert werden, da ihr Einfluss auf die politisch-kulturellen Werte in der Slowakei vor allem in intellektuellen Kreisen bedeutend war. Bis zum Ersten Weltkrieg war die Slowakei Teil der Habsburger Monarchie. Die deutschen und österreichischen Philosophen hatten mit ihren Gedanken zentrale Bedeutung für die slowakische Intelligenz. Vor allem Hegel und Schopenhauer haben das Denken der intellektuellen Kreise bestimmt. Ihre Einstellungen zur Frauenrolle in Familie, Partnerschaft und Gesellschaft haben die Einstellungen der slowakischen Literaten und Philosophen gelenkt. Der Einfluss des kommunistischen Russland mit seinen Ideen der Gleichberechtigung der Frauen verbreitete sich erst später, in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Doch bedeutsame Änderungen in der Betrachtung der Frau und damit klare Unterschiede zu den traditionellen westlichen Ideologien brachte erst die kommunistische Ära, die einen Emanzipationsprozess startete und ideologischen Abschied von der traditionellen Dichotomie von „privater Frau“ und „öffentlichen Mann“ nahm.

#### **3.2.1.1 Die minderwertige Frau – ein festes Fundament**

Die Frau wurde in den westeuropäischen Philosophien seit der Antike sehr unterschiedlich gesehen. Zum Ende des 19. Jahrhunderts war das Ergebnis der Überlegungen keine Individualisierung, sondern eine pure Substanziierung der Frau in der philosophischen Theorie.<sup>91</sup> Die Frau genoss lange kein Ansehen als Wesen mit selbständiger Individualität. Sie galt weithin als eine zweitklassige Art von Mensch, die bei weitem nicht die intellektuellen Qualitäten besäße wie ein Mann. Unberechenbar und von Instinkten getrieben stelle die Frau einen Gegensatz zum intellektgesteuerten Mann dar.

---

<sup>91</sup> Mészáros 1996: 47.

Der Frau wurde ein Mangel an mentalen Voraussetzungen für politische Tätigkeit zugeschrieben, und damit blieb die Partizipation der Frau in der Politik unakzeptabel. Heywood fasst zusammen: Durch die gesamte europäische Geschichte der politischen Gesellschaft zieht sich die Trennung in einen „öffentlichen Mann“ und eine „private Frau“. Die öffentliche Sphäre, die aus Politik, Arbeit, Kunst und Literatur besteht, war traditionell eine Domäne des Mannes, während der Frau nur eine private Existenz gestattet wurde, in deren Mitte Haushalt und Familie standen. Frauen, die auf die Rollen von Hausfrauen und Mütter beschränkt wurden, blieben im Prinzip von der Politik ausgeschlossen.<sup>92</sup> Diese Dichotomie der Rollen resultierte darin, dass die rational-kreative Männlichkeit sich nur im Bereich der Öffentlichkeit von Erwerbsleben und politischer Teilhabe entfalten konnte. Dem entgegen entfaltet sich die emotional-passive Weiblichkeit im Bereich des Hauses, und der Ehe, von Familie und Mutterschaft.<sup>93</sup>

Diese Sicht einer umfassenden, insbesondere intellektuellen und gesellschaftlich-politischen Unterordnung der Frauen fand Eingang in den literarischen und politischen Kreisen der slowakischen Intelligenz, ob am Ende des 18. Jahrhunderts die bedeutende kulturell-politische Gruppe rund um Anton Bernolák oder im 19. Jahrhundert die politische Štúr-Gruppe, sie waren für Frauen nicht offen. Die politisch orientierten Vereine aus dieser Zeit waren Männervereine. Eine vorübergehende Ausnahme bot der Frauenverein *Živena*, als im Jahr 1875 die wichtige politisch-kulturelle Institution *Matica slovenská* geschlossen wurde. Dieser Verein slowakischer Frauen hatte die Förderung der Bildung für Frauen aus allen sozialen Schichten zum Ziel. Nach dem *Matica* geschlossen worden war, wurde die alljährliche Tagung des Vereins *Živena* zum Treffpunkt politischer Aktivisten, die sich früher bei *Matica* trafen.<sup>94</sup> Allerdings bedeutete die Nutzung der Tagung von *Živena* zu politischen Meetings nicht gleichzeitig den Einbezug von Frauen in die politischen Aktivitäten des Landes. Das hing teilweise damit zusammen, dass der Bildungsvorsprung der Männer damals groß war und die Frauen nicht mithalten konnten. Die erste Frau mit Abiturabschluss in der Slowakei erreichte diesen erst im Jahr 1918,<sup>95</sup> während zu der Zeit für Männer ein Universitätsstudium schon möglich war. Gleichzeitig wirkte sich die Tatsache aus, dass

---

<sup>92</sup> Heywood 1994: 208.

<sup>93</sup> Schöler-Macher 1994: 21.

<sup>94</sup> Buchvaldek et al. 1986: 350.

<sup>95</sup> Kovačevićová 1998: 16.



die politischen Kreise meist durch katholische und evangelische Pfarrer aufgebaut wurden und so schon im Keim die Tradition der Männervereine in sich trugen. Erschwerend kam noch das Vorurteil der niedrigeren politischen Begabung der Frauen dazu, das vor allem aus westlichen Philosophien übernommen wurde. Auf Grund dieser drei Faktoren war für politisch tätige Männer eine politische Kooperation mit Frauen schwer vorstellbar. Man kann sagen, dass sich in den Kreisen rund um Ľudovít Štúr eine gewisse Frauenfeindlichkeit entwickelte.

### **3.2.1.2 Von den liberalen Ideen zum Frauenwahlrecht (1920)**

Trotz dieser nur schwer durchbrechende Dichotomie – „öffentlicher Mann“ und „private Frau“ – begann das neue Jahrhundert mit ersten Versuchen den Frauen das Tor zur Politik zu öffnen. Die politischen Grundrechte erhielten Frauen aus mehrerer Länder im Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert, in der Slowakei nach dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1920. Obwohl das Positivum dieses Schritts unbestritten ist, waren seine realen Auswirkungen für eine aktive politische Partizipation von Frauen weithin begrenzt. Frauen erhielten die politische Rechte viel später als die Männer, deshalb „hatten sie als ‚Nachzüglerinnen‘ nur geringe Chancen die Formen politischer Arbeit, die Regeln des politischen Umgangs und die Definition politischer Probleme mitzubestimmen.“<sup>96</sup> Die politischen Rechte ermöglichten den Frauen den ersten Schritt in das öffentliche Leben, Frauen durften wählen und gewählt werden, aber es änderte nichts daran, dass sie sich in den politischen Formen, die von den Männern stammen, nur schwer orientierten und häufig für die Politik als ungeeignet präsentierten.

Auch deshalb wurden die Frauen wieder mit dem „Argument der weiblichen Natur und Unterlegenheit in die Privatheit verwiesen und (deshalb) gleichzeitig von der Öffentlichkeit ausgeschlossen; Männer werden durch die protektive Existenz der bürgerlichen Privatheit für die politische Öffentlichkeit ausgestattet.“<sup>97</sup> Schöler-Macher hält in ihrer Überlegungen fest, dass wenn wir auch das moderne bürgerliche Bild des „homo politicus“ untersuchen, erkennen wir, in Bezug zu den vorherigen Philosophien und Definitionen von männlichen und weiblichen Eigenschaften, dass es eindeutig männliche Züge trägt.<sup>98</sup> Es wurden ihm die Eigenschaften zugeordnet, die den Frauen die

---

<sup>96</sup> Cornelissen in Hoecker 1995: 16.

<sup>97</sup> Rosenberger 28/1997: 121.

<sup>98</sup> Schöler-Macher 1994: 20.

ganze Zeit bestritten worden waren. Und so bekam der „homo politicus“ komplett männliche Konturen. Dem entsprechend wurde die Trennung der Wirkungsbereiche von Männern und Frauen nicht beseitigt. Der Mann behält sein gesellschaftliches Selbst, was ihm schon Hegel zugeschrieben hatte, und das durch die Betätigung des Regierens und des Herrschens bestimmt wird, während der Frau ein naturhaftes Selbst zugeordnet wird, dessen zentrale Betätigung das Gebären ist.<sup>99</sup>

Es wurde klar, dass für die Umsetzung der neuen Perspektiven einer politischen Partizipation der Frauen nicht nur der institutionelle, sondern viel mehr ein kultureller und normativ-ideologischer Wandel nötig wird. „Angesichts der unterschiedlichen formativen Erfahrungen wird das weibliche Defizit in der politischen Partizipation höchstwahrscheinlich erst nach einem vollständigen Generationswechsel in der Bevölkerung ausgeglichen sein.“<sup>100</sup>

Der Prozess der Angleichung begann im slowakischen Raum eindeutig nach dem Zerfall der Monarchie, jedoch musste er sich weiterhin mit vielen hartnäckigen nationalspezifischen kulturellen Widerständen auseinandersetzen.

### **3.2.2 Slowakische Spezifika in der Volkskultur der vorkommunistischen Ära**

Neben den ideologischen Einflüssen aus dem westeuropäischen Raum, gab es in der Slowakei einige Besonderheiten, die wiederum deutliche Ähnlichkeiten zur ungarischen, rumänischen und polnischen Kultur aufwiesen. Während die westliche Kultur die intellektuellen Kreise beeinflusst hat, formten die osteuropäischen Einflüsse vor allem die Kultur des einfachen Volkes. Diese Einflüsse haben dazu beigetragen, dass sich in der Kultur zwei Typen von Frauen entwickelten. Die Neigung der Frau zum Bösen war dabei von zentraler Bedeutung: Der erste Typus (vor allem junge Frauen) bezeichnet *untergebene* Frauen, die nur in der Unterordnung des Mannes ihre guten Seiten entfalten können, der zweite Typus (vor allem ältere, *alleinstehende* Frauen) sieht Frauen ganz dem Einfluss des Bösen unterworfen und mit Hexerei verbunden.

---

<sup>99</sup> Woesler in Schöler-Macher 1994: 20.

<sup>100</sup> Inglehart in Hoecker 1995: 32.

### 3.2.2.1 Frauenrollen zwischen Unterordnung und „magischer Kraft“

Eine wichtige Bedeutung bei den Überlegungen zum weiblichen Charakter nahm die biblische Geschichte der Weltentstehung ein, in der Eva diejenige war, die der Schlange nicht widerstehen konnte und sündigte. Damit schien die Neigung der Frau zur Sünde schon einmal durch die Heilige Schrift bewiesen. Anhand der stark präsenten christlichen Tradition der Slowaken, die sich im Laufe der Zeit mit Aberglauben vermischte, hatte sich in der Slowakei der Glaube an Hexerei entwickelt, die vor allem von Frauen praktiziert wurde. Im Alten Testament sind weitere Angaben zu finden, in denen die Frau in bestimmten Lebensabschnitten (Menstruation, Schwangerschaft...) für unrein erklärt wird und somit vielen negativen magischen Einflüssen leicht zugänglich sei.<sup>101</sup> Frauen wurden deshalb in einigen slowakischen Regionen, vor allem im ländlichen Raum, für Trägerinnen von Unglück und Misserfolg angesehen. Daraus entwickelte sich eine negative Grundeinstellung zu allen Frauen, Beschimpfungen und Unterbewertung waren Ergebnisse dieses Aberglaubens. Wenn zum Beispiel eine fremde Frau (die nicht im Haus wohnt) zum Beginn irgendeiner Zeitperiode (Anfang der neuen Woche, des Jahres) als erste das Haus oder Hof betrat, so wurde dies als Vorzeichen eines Unglücks angesehen.<sup>102</sup> Deshalb wurden weibliche Besucher häufig vom Hof getrieben, damit das Haus von Unglück geschützt bliebe.

Um Frauen „unter Kontrolle“ halten zu können und sie vor schlechten Geistern zu bewahren, durften Männer Macht über sie ausüben. Man findet viele Lieder, Sprüche in der slowakischen Volksliteratur, die Gewalt an Frauen als eine angemessene Maßnahme zum Wohl der Frauen ansehen und billigen. Ziel dieser Maßnahmen waren vor allem junge Frauen. Diese Beziehungsmuster zwischen Frau und Mann hatten auch Auswirkung auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft. Die Frau war dem Mann in der Ehe untergeordnet und damit war es schwer vorstellbar, dass sie eine gleichberechtigte oder sogar höhere Position in der Kommune einnahm. Somit blieb die Dominanz des Mannes im privaten als auch im öffentlichen Raum präsent. Die Lebenslage der Frau war nach dem damaligen sozialen Standard komplett vom Ehemann und dessen Familie abhängig. Nach der Hochzeit zog die Frau prinzipiell ins Haus des Ehemannes, wo sie meistens keine Rechte besaß und sich, vor allem aus ökonomischen Gründen, bedin-

---

<sup>101</sup> Zajonc 1998: 39.

<sup>102</sup> Zajonc 1998: 40.

gungslos anpassen musste. Der gesamte Besitz war in der Hand des Ehemannes und seiner Familie. Ohne finanzielle Mittel war der Widerstand oder sogar Flucht aus dem Haus des Mannes für die Frau nicht denkbar. Die Rückkehr in das Elternhaus war auch nicht akzeptabel, da Gewalt gegenüber Ehefrau, Herrschaft über sie zum normalen Lebensstandard gehörte und als Grund der Flucht nicht akzeptiert wurde. Wie authentische Berichte belegen, wurden Mädchen von klein auf auf die Gewalt vorbereitet und zu deren Akzeptanz erzogen.<sup>103</sup>

### 3.2.2.2 Die weiblichen Autoritäten

Von dem verbreiteten Aberglauben an magische Kräfte und Besessenheit der Frauen haben einige Frauen allerdings auch profitiert. Zu nennen sind vor allem ältere Frauen, meist Hebammen, die sich um die Gesundheit der Einzelnen von klein an gekümmert haben und sich sehr gut mit Naturheilkunde auskannten. Sie nahmen die Rolle einer „Schamanin“<sup>104</sup> in den slowakischen Kommunen ein.

Im Zusammenhang mit den Heilkräften der Frauen, weist Zita Škovierová, slowakische Ethnologin, daraufhin, dass sich im traditionellen dörflichen Raum anhand dieser Kenntnisse die ersten wichtigen „weiblichen Autoritäten“ entwickelten. Ihre Positionen in den Kommunen waren sogar vergleichbar mit denen, die Ärzte, Pfarrer und Lehrer (meistens nur Männer) hatten.<sup>105</sup> Der Respekt, den sie genossen, beruhte aber eher auf der Angst der Anderen als auf einer ehrlichen Akzeptanz. Bei einem Konflikt oder Streit mit diesen Frauen wurden nämlich negative Konsequenzen befürchtet. Diese Frauen, könnten, so wurde geglaubt, mittels ihrer magischen Kräfte Familienangehörige, Haustiere und sogar die Ernte verhexen und damit schweren Schaden verursachen. Wie Škovierová weiter berichtet, gab es lange keine Beispiele der Partizipation von Frauen in den politischen oder ökonomischen Organen in den Kommunen.<sup>106</sup>

Diesen Trend änderte auch das moderne Regime der Ersten Tschechoslowakischen Republik nicht. Während tschechische Frauen von der neuen Ordnung profitierten und in der Zeit viele politische, soziale, kulturelle Vereine und Frauenorganisationen gründe-

---

<sup>103</sup> Vgl. mit Berichten aus Slovenské zvesti 1936, gesammelt von Lábadyová 1998: 98-105.

<sup>104</sup> Vitebský in Zajonc 1998: 40.

<sup>105</sup> Škovierová 1998: 108.

<sup>106</sup> Vgl. ebd.: 105.

ten, blieben die slowakischen Frauen in den alten Geschlechtermustern eingefesselt. Dies bestätigt auch Wolchik: „A trend evident in women’s relationship to political élites during this period was the fact that Czech women played a greater role in the direct exercise of political power than Slovak women did, ... The growing influence of clerical parties focusing on national issues and holding traditional views regarding women’s roles, as well as the lower educational levels of Slovak compared to Czech women, limited interest in proposing or supporting women as candidates for political office.“<sup>107</sup> Die weitere Ausschließung der Frauen aus dem politischen Leben folgte in dem Slowakischen Staat. Seine Entstehung bedeutete einerseits Ende politischer Freiheiten, andererseits Einstieg klerikaler Parteien, die eine traditionelle Darstellung der Frauenrolle vorzogen. „In Slovakia, the leaders of the pseudo-independent Slovak state were clearly not receptive to efforts to increase women’s public roles. ... women activists were among those who were persecuted and sent to Hitler’s concentration camps...“<sup>108</sup>

### 3.2.2.3 Frauenrollen in der Volksliteratur

Ein kurzer Blick in die slowakische Volksliteratur zeigt uns ebenso, dass im Prinzip die Frau (abgesehen von ihrem Sozialstatus) zwei Rollen angeboten bekam. Die erste bezog sich auf die bescheidene, ruhige, dem Mann hingeebene, aber auch tüchtige und fleißige Frau, die in den vorkommenden Geschichten durch ihre Ausdauer, Liebe und Entschlossenheit alles Böse bewältigte. Der zweite Typus beschreibt Frauen mit magischen Kräften (Hexen), die meist eine negative Rolle in den Geschichten spielen. Diese zwei literarischen Frauenrollen reflektierten die real herrschenden Stereotype. Dem Patriarchat entsprach das Bild der gehorsamen und tugendhaften jungen Frau, obwohl mit Schwächen und der Neigung zur Sünde, als Idealtypus der Volksliteratur. Nur eine Frau, die sich dem Mann unterordnete und ihm gehorchte, konnte eine gute Frau sein. Im Alltag wirkte sich dies in der Unterstellung der Frau, in der an Frauen ausgeübten Gewalt und in ihrer Misshandlung durch Männer aus.<sup>109</sup>

Das zweite Bild der Frau-Hexe aus der Volksliteratur reflektierte die Präsenz und Bedeutung vor allem älterer Frauen mit Heilkenntnissen, denen häufig magische Kräfte

---

<sup>107</sup> Wolchik 1996:529.

<sup>108</sup> Vgl. ebd.: 107.

<sup>109</sup> Lábadyová 1998: 98.

zugeschrieben wurden. Diese Frauen, die zwar in der Realität eine Autorität besaßen, wurden in den Volksgeschichten als Gegenbild des weiblichen Idealtypus geschildert.

Die gleiche Tendenz, wie in den Sagen und Volksgeschichten, herrschte auch in den slowakischen Märchen. In ihnen nahmen Königinnen und Prinzessinnen prinzipiell eine passive Rolle ein. Der König ist der typische Repräsentant des patriarchalischen Familienmodells.<sup>110</sup> Er ist derjenige, der das Familienleben bestimmt, während die Frau seinen Entscheidungen folgt und sie erfüllt. Ähnliche Modelle finden wir in allen sozialen Schichten, von den Königen bis zu den Armen. Trotz der Beispiele weiblicher Autoritäten aus dem realen Leben, herrschte in den Volksmärchen, die als Ausdruck der kulturellen Werte verstanden werden können, meistens nur der Mann. Die Unterstellung der Frau in den Märchen ist ein verbreitetes Muster, das auch der berühmteste slowakische Märchensammler Pavol Dobšinský bestätigt hat; auch er stellt in den slowakischen Märchen eine allgemeine patriarchalische Dominanz des Mannes fest.<sup>111</sup>

Die slowakischen Sagen und Märchen kennen noch eine dritte Darstellung der Frau. Nach ihr ist die Frau klug und durchtrieben, durch ihr cleveres Handeln überlistet sie sogar die Männer. Diese Frau parodiert die herrschenden Stereotype des Patriarchats, sie ist dem Mann untreu und lacht ihn häufig aus. Allerdings entwickelte dieses Bild erst das moderne Novellenmärchen, das die von den Kommunisten gestartete Emanzipation in der Gesellschaft reflektierte.

### **3.2.3 Der kommunistische Kulturwandel**

Die Ideen der Emanzipation der Frau hatten schon vor dem Zweiten Weltkrieg in der slowakischen Gesellschaft kleine Erfolge verzeichnet. Der ideologische Einfluss aus Russland, vermittelt durch die Sozialistische Partei der Tschechoslowakei, sorgte dafür. Eine zentrale Bedeutung erzielte das Projekt der Gleichberechtigung aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Die neue politische Macht hatte sich vorgenommen, die Ungleichheiten der Vergangenheit aufzuheben: Das Prinzip der Gleichheit von Mann und Frau war ein zentraler Punkt der marxistischen Ideologie. Im Vordergrund stand dabei die Aufhebung der Ungleichheit der sozialen Klassen, daneben auch die Minderbewertung der Frauen. Im Gegensatz zu anderen feministischen Ideologien, die sich in den westli-

---

<sup>110</sup> Leščák 1998:168.

<sup>111</sup> Dobšinský in Leščák 1998: 168.

chen Ländern entwickelten, nahm der sozialistische Feminismus eigene Gestalt an. Die Vertreter waren fest davon überzeugt, dass die Gleichberechtigung der Frauen nicht nur durch politische und gesetzliche Änderungen erreichbar sei, sondern ebenso die Aufhebung sozialer Ungleichheiten erfordere. Der zweite wichtige Unterschied zu den westlichen feministischen Ideen verbarg sich in der Betrachtung der Männer und ihrer Rolle. Während der ursprüngliche Feminismus darauf bestand, dass der Mann ein Feind und Unterdrücker der Frau sei, sahen die sozialistischen Vertreter des Feminismus in den Männern Partner, die den Frauen bei der Erreichung der Gleichberechtigung behilflich sein sollen. Die Ungleichheiten waren, der sozialistischen Ansicht nach, nicht durch Männer an sich erzeugt, sondern durch die Aufspaltung der Gesellschaft in Klassen unter Führung der Bourgeoisie. Männer und Frauen sollten, da sie beide Opfer der Politik und der kapitalistischen Sozialordnung waren, gemeinsam gegen die kapitalistische Ideologie kämpfen, damit Freiheit und Egalität für beide Geschlechter erreicht würden.<sup>112</sup> Neue Werte und Normen wurden in die Gesellschaft getragen, die die gesetzliche, soziale und kulturelle Position der Frau und gleichzeitig auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern verändern sollten.

In diesem Sinne wurde Abschied von der Beneš-Demokratie genommen, die zwar gesetzlich die Gleichstellung garantiert hatte, aber sie nicht in den Alltag umgesetzt hatte.<sup>113</sup> Dies wollte der Sozialismus ändern. Bei einer Rede versicherte der erste tschechoslowakische Arbeiterpräsident K. Gottwald, dass „den Frauen in der Volksdemokratie alle Türen offen stehen. Wir wollen, dass unsere Frauen nicht nur an zweitrangiger Arbeit teilnehmen, sondern auch an den verantwortungsvollen Positionen, damit sie die notwendigen Fachkenntnisse und Qualifikationen aufbauen. Wir möchten immer mehr Ingenieurinnen, Technikerinnen, Direktorinnen in den Betrieben, Agronominen und Vorsitzende von JRD<sup>114</sup>, und so weiter. Das ist das große Recht unserer Frauen. Aber auch ihre Pflicht. Pflicht gegenüber ihren Kindern, ihren Familien, ihrem Volk und ihrem Land.“<sup>115</sup> Die gewünschte Verbesserung der Chancen für Frauen sollte durch höhere Bildung, Zugang zur Arbeit und Entwicklung von Diensten, die ihnen den Einklang von Arbeit und Familie ermöglichen, geschehen. Solange die sozialen Dienste

---

<sup>112</sup> Bebel 1977: 44.

<sup>113</sup> Poliach 1964: 57.

<sup>114</sup> JRD – Staatliche Agrargenossenschaft

<sup>115</sup> Gottwald in Poliach 1964: 59, aus dem Slowakischen übersetzt.

nicht eine ausreichende Qualität erreichten, wurden die Männer dazu aufgefordert, den Frauen zu helfen und die Hausarbeit mit ihnen zu teilen.<sup>116</sup> Schon Lenin wollte, dass die Frau die Befreiung von der „Sklaverei in der Familie“ erreiche. Eine komplette Umstellung in den Beziehungen sollte dazu beitragen. Das war im Vergleich zu den vorherigen Normen ein ungewöhnlicher Eingriff in die Rollenaufteilung in den Familien. Für viele Männer in der traditionellen Slowakei war es undenkbar, die Aufgaben im Haushalt mit den Frauen zu teilen. Es passte nicht in das Bild der bis dahin klaren Aufgabenverteilung für die Geschlechter. Auf einmal sollten die Frauen in gleicher Weise wie der Mann erwerbstätig sein und der Mann ebenso den Haushalt führen wie die Frau. Der Sozialismus hatte damit das kulturelle Heiligtum des Patriarchats in Frage gestellt. Als Reaktion darauf entwickelte sich bei den Männern eine Art „sozialistisches Machoismus“. Jiřina Šiklová benennt mit diesem Namen „Machoismus“, der mehr von biologischen als ökonomisch-sozialen Status herauskam. „Der sozialistische Machoismus ist eine spezifische männliche Reaktion auf die erniedrigte Männlichkeit in den Zeiten des Sozialismus. Ein Mann in der Zeit des Sozialismus ist kein wirklicher Boss gewesen, kein Arbeitgeber oder sogar Ausbeuter der „Frauenarbeit“, sondern nur ihr Mitarbeiter, dessen Freiheit und Selbstehre durch das überprotektive politische System noch mehr als die der Frau begrenzt waren.“<sup>117</sup>

### 3.2.3.1 Gewinne und Verluste

Im Sozialismus haben Frauen viele Gewinne im Vergleich zum vorherigen sozialen und kulturellen Status erreicht. „Communism did provide women with rights and social entitlements which at the time were often unavailable to women in Western countries, and are still unavailable to many women in the world.“<sup>118</sup> Frauen haben sich von der Privatsphäre gelöst und trieben ihre Aktivitäten mehr in die öffentlichen Bereiche hinein. Die Bildungsqualität der Frauen stieg, die wachsende Erwerbstätigkeit der Frauen brachte eine Revolution in der sozialen, aber auch der kulturellen Position der Frau. Die Frau wurde ökonomisch selbständig und damit auch vom Mann unabhängig. Frauen bekamen einmalige Chancen in der Kultur, Wissenschaft, in den Betrieben, in einigen politischen Organen, vor allem in Gewerkschaften. Trotz einigen Erfolgen wurde eine reale Gleichberechtigung in der Familie, am Arbeitsplatz oder gar in der Politik nie er-

---

<sup>116</sup> Poliach 1964: 54.

<sup>117</sup> Šiklová 1998: 42.

<sup>118</sup> La Font 34/2001: 206.



reicht, es bestand eine Kluft zwischen Ideologie und Realität. Wie Gerd Meyer am Beispiel der DDR belegt, gab es ein hohes Maß an Chancengleichheit für den Aufstieg von Frauen in berufliche und politische Leitungspositionen und es gab auch gravierende Defizite in diesem Bereich. „Auf dem Sockel gleicher Chancen wächst die Pyramide der Männer an der Macht.“<sup>119</sup> Damit war die Ideologie und ihre reale Umsetzung in vielen Bereichen fragwürdig. In diesem Zusammenhang weist Suzanne La Font darauf hin, dass Frauen aus dem Sozialismus mit Erfahrungen von „dual patriarchy“ herausgekommen sind, und zwar mit „private patriarchy in the domestic domain and public patriarchy in civil life.“<sup>120</sup> Trotzdem fanden viele Männer die patriarchalischen Prinzipien durch die durchgeführten kulturellen und sozi-ökonomischen Änderungen beschädigt.<sup>121</sup> Frauen demgegenüber entfalteten eine neue Art von Selbstsicherheit und Unabhängigkeit, da einige Verbesserungen in ihrer Bildung und beruflichen Grundqualifikation tatsächlich erzielt wurden.<sup>122</sup>

Teile der slowakischen Gesellschaft haben Ergebnisse des Kommunismus als Gewinn betrachtet, aber Teile auch als Angriff in die familiären und partnerschaftlichen Beziehungen. Diese verschiedenen Betrachtungen der kommunistischen Ideologie und ihrer Auswirkung auf die Rolle der Frauen haben heute wieder eine große Bedeutung für die jüngste Diskussion zur Gleichstellung der Frauen und für ihr Umsetzen auf dem politischen Feld.

### **3.2.4 Widersprüche der postkommunistischen Phase**

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus begann der Aufbau der neuen Werte, die die weitere Entwicklung der Gesellschaft lenken sollten. Prinzipien der liberalen Demokratie haben angefangen, einen festen Platz in der Gesellschaft zu finden. Wie schon erwähnt, blieb die Unterrepräsentation von Frauen in Organen der zentralen Politik am Anfang unbeachtet. Erst später auf Grund des Druckes von internationalen Organisationen, vor allem der EU, wie auch auf Nachfrage der Frauenorganisationen, kamen Frauenthemen Mitte der 90er Jahre intensiver zur Sprache. Nicht nur die Beteiligung der Frauen an der Macht, sondern auch eine grundsätzliche Neudefinition der

---

<sup>119</sup> Meyer 1991: 245.

<sup>120</sup> La Font 34/2001: 217.

<sup>121</sup> Vgl. ebd.: 117.

<sup>122</sup> Vgl. ebd.: 119.

Frauenrolle war erforderlich. Welche Position sollten Frauen in der neuen Gesellschaft einnehmen? Welche Aufgaben sollten sie haben und wie sollte dieser Wandel verlaufen?

Dabei nahmen die historischen Erfahrungen eine zentrale Bedeutung ein. Die erste Erfahrung wurde mit den patriarchalischen Traditionen und der häuslichen Frau aus der vorkommunistischen Periode verbunden. Die andere Erfahrung spiegelte den kommunistischen Emanzipationsprozess wider - eine Frau, die im Gegensatz dazu Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Mann erfahren hat. Da wir es hier mit zwei gegensätzlichen Ansätzen zu tun haben, verzeichnet die jüngste Entwicklung vielfältige Widersprüche, fast schon Verwirrung, bei der Entwicklung und Verankerung neuer Werte und politischer Regeln. Die slowakischen Frauen verlangen in vieler Hinsicht Gleichheit der Chancen, gleichzeitig vermisst die Mehrheit von ihnen aber eine Vorstellung davon, wie das erreicht werden und in realer Gleichstellung umgesetzt werden kann. Frauen meinen, dass ihr Anteil in der zentralen Politik erhöht werden sollte, aber gleichzeitig glauben nur wenige von ihnen, dass sie genug von Politik verstehen, und nur wenige von ihnen sind bereit, eigene politische Aktivität in der zentralen Politik zu entwickeln. Zusätzlich herrscht unter ihnen eine negative Vorstellung über politisch aktive Frauen und eine geringe Akzeptanz der feministischen Bewegung bzw. ihrer Repräsentantinnen.

Die Auswirkung der zwei verschiedenen Traditionen wird an drei Elementen geschildert. Erstens wird die gesellschaftliche *Einstellung zum Feminismus* skizziert. Zweites Element ist das *Selbstbild der Frauen*, wie sich die Frauen selbst definieren und mit welchen Rollen sie sich identifizieren. Drittens wird ein *Idealtypus der Frau*, der in der *Gesellschaft* dominiert, vorgelegt. Seine Inhalte und Auswirkungen auf die politischen Aktivitäten der Frauen werden untersucht.

Anschließend wird noch die *Rolle der Medien* diskutiert, die in der slowakischen Gesellschaft sehr bedeutend ist. Sie vermitteln wichtige Bilder und Symbole, die die Position der Frauen in der Gesellschaft und damit auch in der Politik stark beeinflussen. Sie bestimmen auch Richtung und Ausmaß der Diskussion zur politischen Partizipation der Frauen.

### 3.2.4.1 Feminismus – eine (un)erwünschte Ideologie

Nicht nur Männer, aber auch Frauen „in Mittelosteuropa widersetzen sich im Allgemeinen a priori dem Feminismus. Sie sehen ihn als eine importierte, dogmatische und graue Ideologie der Gleichheit, die in der diversifizierten, freien und demokratischen Gesellschaft nichts zu suchen hat.“<sup>123</sup>

Die negative Einstellung zum Feminismus wurde mit dem Zusammenbruch des Kommunismus deutlich. Teile der Gesellschaft bewerten diesen Begriff negativ, ohne häufig klar zu wissen, was damit gemeint ist. Feminismus sei ein Überbleibsel der kommunistischen Ideologie, die, vor allem aus der Sicht der Männer, den Frauen zu große Freiheit gab, die Bedeutung der Ehe in Frage stellte und die Unabhängigkeit der Frauen initiierte. Eine Umfrage im Jahr 1996 ergab (vgl. Tabelle 3-3), dass ca. ein Viertel der slowakischen Bevölkerung eine negative Einstellung zum Feminismus hat. Ein Drittel bewertet diese „Ideologie“ positiv respektive neutral. Und fast die Hälfte der Gesellschaft hat keine klare Vorstellung, was Feminismus überhaupt ist.<sup>124</sup>

**Tabelle 3-3 Interpretation des Feminismus (in %)**

	<b>Frauen</b>	<b>Männer</b>	<b>Insgesamt</b>
Positive. resp. neutrale Bewertung	34	26	30
Negative Bewertung	20	30	24
Nicht passende. falsche Vorstellungen	11	11	11
Können es nicht beantworten	36	33	35

*Quelle: Bútorová, Z.: Ona a on na Slovensku. Bratislava 1996, S. 164.*

Wie die Tabelle zeigt, neigen Männer eher dazu, den Feminismus negativ zu sehen. Bei den Frauen tut dies jede fünfte. Unter den Frauen, die den Feminismus positiv bewerten, sind vor allem Frauen mit höherer Bildung und mittlerem bis höherem Sozialstand vertreten. Dies verzeichnet einen unterschiedlichen Trend zu dem, der zum Beispiel in den USA zu bemerken war.<sup>125</sup> Während in den USA eher Frauen aus den niedrigen sozialen Schichten (aber auch eine wichtige Minderheit in der gebildeten, liberalen Mittelschicht) den Feminismus für eine positive Bewegung halten, die Probleme von kleinen Leuten angeht, gilt in der Slowakei diese Schicht dem Feminismus gegenüber relativ

<sup>123</sup> Jalušič 28/1997: 454.

<sup>124</sup> Bútorová 1996: 164.

<sup>125</sup> Vgl. mit Gallup Forschung in den USA in Bútorová 1996: 165.

feindlich eingestellt. Und das, obwohl hier die feministische Bewegung von 1948 mit einem sozialen Wandel verbunden war, der soziale Gerechtigkeit und Gleichheit erzielen sollte. Die verschiedene Bewertung des Feminismus von Frauen aus unterschiedlichen Bildungsschichten lässt darauf schließen, dass im slowakischen Raum gebildete Frauen vom Sozialismus mehr Gewinne (vor allem in Bildung und Beruf) gezogen haben als Frauen mit niedrigerer Bildung. Frauen aus den unteren Schichten haben meistens Erfahrungen mit schweren Arbeiten in der Industrie gemacht, mit starker Doppelbelastung und Schädigung der Familienbeziehungen.

Bei der Suche nach den Ursachen der negativen Einstellungen bei Teilen der Bevölkerung ist zu einem der Rückblick auf den Sozialismus, der die traditionelle Rollenverteilung in Frage stellte, zum anderen die Art der Darstellung der Feministinnen aufschlussreich. Es wurde festgestellt, dass eine negative Einstellung zum Feminismus nicht unbedingt auf seinen Inhalten basiert, sondern vielmehr auf der negativen Perzeption seiner Repräsentantinnen,<sup>126</sup> die Vielen als militant, aggressiv den Männern gegenüber oder unweiblich vorkommen. Dabei ist interessant, dass die Aggressivität den Männern gegenüber in einem Raum mit kommunistischer Vergangenheit befürchtet wurde, wo der sozialistische Feminismus als Bewegung gegen ein ungerechtes Regime eingesetzt und nicht als Bewegung gegen die Männer präsentiert wurde. Hiermit geht Hand in Hand die weit verbreitete pejorative Bedeutung des Begriffs Feminismus. In der Slowakei ist dieses Wort schon als Schimpfwort eingestuft, das männerfeindliche, unausgeglichene, vom Leben enttäuschte, unattraktive Frauen bezeichnet. Die meisten Frauen schämen sich, mit dem Feminismus verbunden zu sein. Und dieser Trend ist nicht nur bei den Frauen mit niedrigerem Sozialstatus zu beobachten, sondern auch bei Frauen mit Hochschulabschluss. Viele Frauen möchten mit dem Feminismus nicht in Verbindung gebracht werden, da sie vor allem eine negative Einschätzung von Männern befürchten. Das hängt auch damit zusammen, dass Männer eine stärkere Abneigung gegenüber dem Feminismus zeigen als Frauen, und das sogar meistens hochgebildete Männer.<sup>127</sup> Damit ist es kein Symptom der ungebildeten Männer, sondern viel mehr der gebildeten, die zugeben, dass sie die feministischen Inhalte kennen. Bei Männern mit Hochschulabschluss hat fast die Hälfte eine negative Einstellung zum Feminismus. Im Vergleich dazu ist es bei Männern mit Grundschulabschluss nur

---

<sup>126</sup> Bútorová 1996: 168.

<sup>127</sup> Bútorová 1996: 167.

ein Fünftel negativ eingestellt, was auch damit zusammen hängt, dass sie sich mit dem Feminismus nicht auskennen und ihn deshalb nicht bewerten können. Sobald bei den Männern aber die Informiertheit über den Feminismus steigt, steigt auch seine negative Einstufung.<sup>128</sup> Eine Erklärung dieses Phänomens bietet die schon erwähnte hohe Bewertung der traditionellen Rollenverteilung bei Männern. Ein Großteil der Männer aus allen Bildungsschichten betrachten die Frauen als schwächeres Geschlecht, dessen Qualitäten sich nur in Abhängigkeit vom Mann entfalten können und die feministische Bewegung mit ihren Inhalten widerspricht dieser Vorstellung.<sup>129</sup>

An der gesellschaftlichen Bewertung des Feminismus lassen sich die ersten wichtigen Voraussetzungen zu einer neuen Diskussion zur Gleichstellung der Frauen ablesen. Eine politische Ideologie, die die Position der Frauen verbessern möchte und neue Werte in die Gesellschaft einbringt, wird nur von einem Drittel der Bevölkerung akzeptiert. Die neuen Versuche die Emanzipation auch im politischen Raum fortzusetzen, ist mit vielen Vorurteilen belastet und erschwert den kulturellen Wandel. Die Eingliederung der Frauen in das öffentliche Leben, vor allem in die Politik, muss mit der Behebung der Mythen und Stereotype über unpolitische Frauen beginnen.

#### **3.2.4.2 Selbstbild der Frauen**

Die meisten slowakischen Frauen möchten keine Feministinnen sein, obwohl 34 Prozent von ihnen den Feminismus positiv bewertet. Viele wünschen sich einen höheren Frauenanteil in der Politik: 74 Prozent der slowakischen Frauen würde gerne mehr Frauen im Parlament sehen, 27 Prozent aller Frauen geht in ihren Wünschen sogar bis zum paritätischen Prinzip.<sup>130</sup> Gleichzeitig aber stimmen sie zu, dass sie von Politik nicht viel verstehen (siehe Tabelle 3-4). Die widersprüchliche Vorstellung von der Rolle der Frauen in der Politik, steht in enger Beziehung zur Auffassung von der „unpolitischen Rolle“ der Frauen, die ihnen seit je zugeschrieben wurde. Hier ist der von Freud benannte Instinkt der Herde zu erkennen.<sup>131</sup> Die Frauen übernehmen die Ideen des sozialen Umfeldes in dem sie leben, sie passen sich den Erwartungen an. Während ihre

---

<sup>128</sup> Vgl. ebd.: 127.

<sup>129</sup> Vgl. ebd.: 127.

<sup>130</sup> Bútorová 1996: 157.

<sup>131</sup> Freud 1996: 9-11.

Wünsche klar sind, bleibt unklar, wer sie erfüllen soll und wieso, wenn sich Frauen doch selbst als unpolitisch bezeichnen.

### *Frauen passen nicht in das vulgäre Feld der Politik*

Das politische Feld wird in der slowakischen Gesellschaft weithin als grob, unkorrekt und für Frauen ungeeignet angesehen. „Als ich meinem Vater gesagt habe, dass ich in die Politik will, sagte er: Sie werden dich erhängen, genauso wie den Tiso. – So eine Konsequenz war für ihn vorstellbar, falls eine Frau in die harte Politik geht.“<sup>132</sup> Mit diesen Worten erinnert sich eine von den befragten Parlamentarierinnen an ihren Anfang in der Politik. In der Gesellschaft hält man es noch immer für unangemessen, wenn eine Frau in die Politik eintreten will. Die Politik ist angeblich vulgär, für sanfte Frauen ungeeignet, ein Feld nur für harte Männer. Dabei, wie Erfahrungen aus den Interviews gezeigt haben, empfinden Frauen, die schon in der Politik sind, nur geringe Fremdheit der Politik, und die ist auch eher mit strukturellen und sozialen Faktoren verbunden als mit den kulturellen. Mit kulturellen Faktoren, die mit Politik oder politisch aktiven Frauen zusammen hängen, gehen Politikerinnen relativ gelassen um. Sie sehen es ein, dass falls Politik tatsächlich so vulgär wäre, dann sollte sie für alle ehrlichen und gescheiteren Menschen fremd bleiben und nicht nur für Frauen. Damit haben alle acht Befragten dieses Argument als irrelevant zurückgewiesen.

### *„Wir sind hier nicht um die Politik konfliktlos zu machen“*

Die Überlegungen zum Beitrag der Frauen in der Politik sind verschieden. Manche glauben, dass falls die Frauen schon in die Politik sollen, dann deshalb, weil sie eine bestimmte Sanftheit in die Politik bringen. „Warum möchten wir mehr Frauen in der Politik?“ Auf diese Frage antwortete einmal Magda Vašáryová, slowakische Politikerin, die als erste Frau in der Slowakei auf den Posten des Präsidenten kandidierte: „Damit in ihr weniger Aggression, Korruption und übertriebene Männerambitionen vorhanden sind.“<sup>133</sup> Viele nennen solch eine Vorstellung ein gefährliches Stereotyp, das die Frauen in engen Vorstellungen zu ihrem Vorgehen und Beitrag in der Politik fesselt.<sup>134</sup>

---

<sup>132</sup> Aus den Interviews mit den Parlamentarierinnen.

<sup>133</sup> M. Vašáryová in: V politike platí tvrdosť a stereotypy. In: Sme 20.2. 2002, S. 5.

<sup>134</sup> Havelková 1996: 6.

Die Politikerinnen sollten nach dem verbreiteten Stereotyp nett sein, nicht streiten und sich nicht aufregen, da sie Frauen sind, und Frauen tun so etwas nicht. Anhand der durchgeführten Interviews scheint aber, dass die Überlegungen zur Verbesserung der Atmosphäre durch Frauen, die Politikerinnen nur wenig interessieren. Alle acht von den Befragten waren viel mehr daran interessiert, ihre politischen Aufgaben zu erfüllen, als die gespannte Atmosphäre durch ihre „Weiblichkeit und Sanftheit“ zu lockern.

Eine Befragte sagte dazu: „Was soll es heißen, weiblich genug zu sein? Für die eigene Sache nicht kämpfen, weil es einer Frau nicht steht zu streiten? Gut, ich werde nicht mit dem Schuh auf den Tisch schlagen, aber ich gebe auch nicht nach, wenn ich von meiner Sache überzeugt bin.“ Eine andere berichtete: „Es gibt in meiner Partei einen Witz. Kennen sie den Unterschied zwischen einem Terroristen und mir? Na, mit einem Terroristen kann man verhandeln.“ Sie fühlte sich durch diesen Witz nicht beleidigt, sie schätzte ihre Prinzipientreue. Die befragten Frauen, die schon in der Politik sind, möchten ihre Arbeit leisten und sie wissen, dass es nur dann möglich ist, wenn sie die Regeln annehmen, die dort herrschen und, wie eine gesagt hat, das Ganze „ein bisschen kämpferisch angehen“. In diesem Sinne hat jede bestätigt, dass sie sich nicht weniger weiblich fühlt, nur weil sie mit den Kollegen ab und zu strenger diskutiert. Sie halten es alle für unangemessen, Weiblichkeit nach der Art des Einsatzes in der Politik zu beurteilen. Für sie lässt sich politische Aktivität keinesfalls in Gegensatz zur Weiblichkeit stellen.

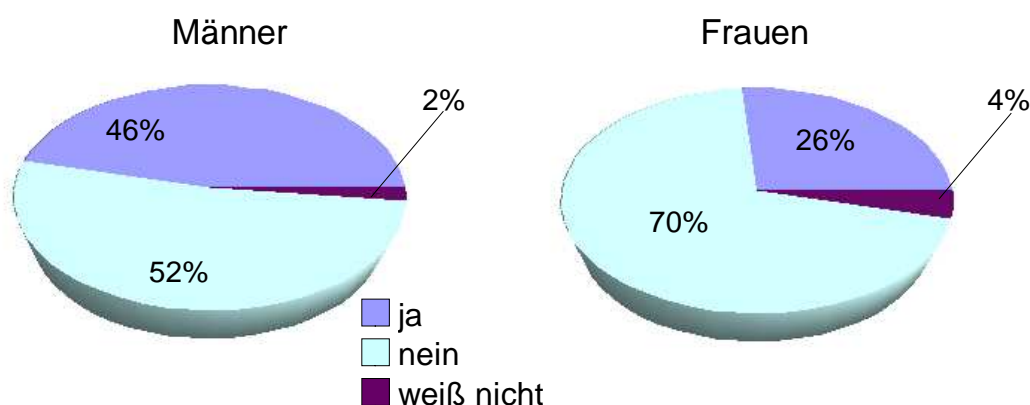
Wichtig ist, dass diese Erfahrung bzw. Einstellung Frauen gewonnen haben, die schon in der Politik sind. Sie sind spontan in die Politik eingetreten, in sechs Fällen durch Freundschaften. Es ist möglich, dass gerade die Kollegialität, die sie beim Einstieg erfahren haben, sie vor dem Gefühl der Fremdheit in der Politik wie auch vor Stereotypen über „Unweiblichkeit von Politikerinnen“ geschützt hat.

*„Wir verstehen die Politik nicht“*

Während Frauen, die in der Politik schon aktiv sind, sich von vielen Stereotypen gelöst haben, fallen potenzielle Politikerinnen immer wieder auf sie herein. Den Stereotypen über die Fremdheit von Frauen in der Politik folgt immer noch die Mehrheit der slowakischen Frauen.

Eine Studie, die sich mit dem Verständnis von Politik in der Slowakei beschäftigte, ergab, dass 70 Prozent der Frauen davon überzeugt sind, dass sie nur sehr wenig von Politik verstehen. Nur jede vierte Frau glaubt, dass sie das politische Geschehen wenigstens teilweise versteht. Die Männer sind bei der Einstufung ihres Verständnisses viel selbstsicherer. Von ihnen glauben 46 Prozent die Politik verstanden zu haben, also knapp die Hälfte.

**Tabelle 3-4 Verstehen sie was in der Politik geschieht?**



*Quelle: Bútorová, Z.: Ona a on na Slovensku. Bratislava 1996, S. 153*

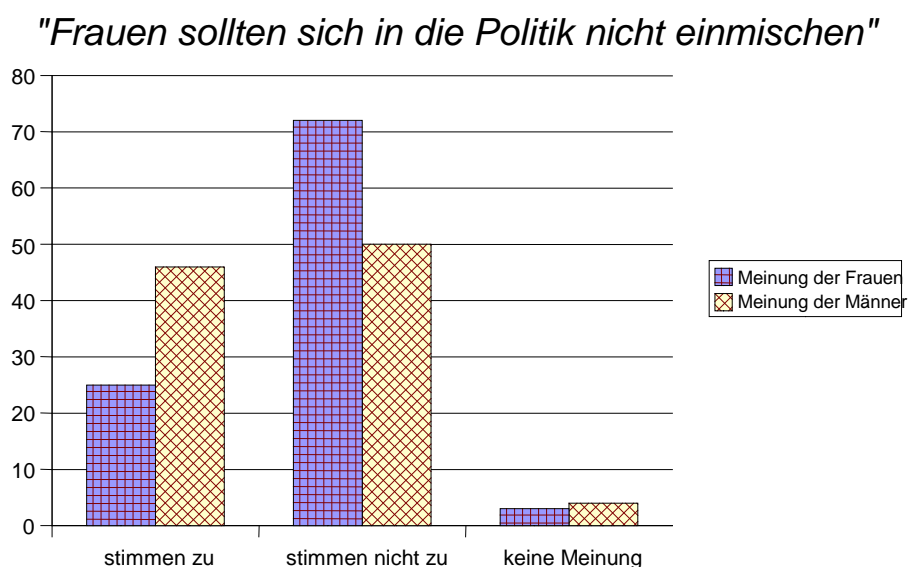
Es stellt sich die Frage, wieso sich Frauen so niedrig einstufen, wieso sie ihre Fähigkeit Politik zu verstehen so unterschätzen? Falls uns die objektiven Bedingungen (Bildung, professionelle Erfahrungen) keine Antwort geben, muss die Antwort bei den subjektiven Aspekten, Einstellungen und Stereotypen, gesucht werden.

Diese Stereotype der Fremdheit von Frauen in und gegenüber der Politik, scheinen nicht nur ein wichtiger Maßstab für Männer zu sein, sondern zugleich auch für Frauen. Frauen bestätigen für sich die Vorstellung der „unpolitischen Frau“ und damit unterschätzen sie auch ihre eigenen Möglichkeiten. Sie werden so häufig daran erinnert, dass sie „unpolitisch“ sind, bis sie es eines Tages selbst glauben und durch ihr eigenes Verhalten verkörpern. Wie auch die interviewten Politikerinnen sagten: eine Frau wird aus allen möglichen Richtungen immer wieder mit der Einstellung konfrontiert, dass sie von Politik nichts versteht, weil sie ja eine Frau ist. „Auf den Meetings mit den Bürgern ist mir aufgefallen, die Menschen sind auf Frauen in der Politik gar nicht vorbereitet. Es lief eine offene Diskussion, meine männlichen Kollegen wurden immer angesprochen, um



Sachen zu erklären, mich hat keiner etwas gefragt, als wäre für alle unvorstellbar, dass ich, als Frau, auch etwas verstehen und erklären kann.“ Eine andere Interviewte berichtete: „Wir hatten mal hier im Parlament einen Tag der offenen Tür und viele Bürger sind gekommen, die mit uns sprechen wollten. Bei den Diskussionen mit ihnen habe ich festgestellt, dass die Männer mit einer Sicherheit über alles in der Politik sprechen können, obwohl sie häufig keine Ahnung haben. Die weiblichen Besucher waren viel bescheidener, sie haben eher gefragt, obwohl man an den Fragen erkannte, dass sie wirklich wissen, um was es geht. Aber eine Frau schafft es nicht, einfach hierher ins Parlament zu kommen und zu sagen – ich verstehe die Politik. Die Männer trauen sich dies aber.“ Aufgrund dieser Einstellungen und dem Glauben, dass Männer für Politik prädisponiert sind, entsteht auch der Glaube, dass Frauen sich nicht in das politische Geschehen einmischen sollen. Immerhin glaubt jede vierte Frau, dass Frauen von der Politik fern bleiben sollten, von den Männern glaubt daran volle 46 Prozent.

**Tabelle 3-5 Sollten sich Frauen in die Politik einmischen? (in %)**



*Quelle: Bútorová, Z.: Ona a on na Slovensku. Bratislava 1996, S. 155.*

Bei der Fortdauer dieser Stereotype fürchten sich Frauen in die Politik zu gehen, da sie hier nur niedrige Akzeptanz erwarten. Anhand einer vergleichenden Studie aus Tschechien wird vermutet, dass auch in der Slowakei ungefähr 85 Prozent der gesamten weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf politische Aktivität<sup>135</sup> freiwillig

<sup>135</sup> Gemeint ist hier die Aktivität in den zentralen politischen Institutionen und den Spitzenorganen der Parteien.

verzichtet.<sup>136</sup> Die Ängste, für unfähig erklärt zu werden (nur auf Grund des Geschlechtes) sind stärker als der Mut, die eigenen Kenntnisse in der Politik umzusetzen. Bei den Männern liegt die Bereitschaft, auf eine politische Funktion zu verzichten, bei ca. 73 Prozent.<sup>137</sup>

Das Selbstkonzept der Frauen spielt bei Frauenaktivitäten in der Politik eine entscheidende Rolle. Einerseits ist es wichtig, wie Frauen vom restlichen Teil der Gesellschaft gesehen werden, andererseits wie sich Frauen selbst sehen und ihre Rollen in der Gesellschaft definieren. Wenn sich Frauen selbst schon als unpolitische Wesen betrachten, die für Politik ungeeignet sind, wird ihre Eingliederung in das politische Leben erheblich erschwert. Würden Frauen an ihre Fähigkeiten glauben, könnte ihre politische Emanzipation viel effektiver und schneller verlaufen. Die letzte Entwicklung zeigt, dass Frauen so wie Männer, Gefangene von Stereotypen sind. Die politische Partizipation von Frauen wird niedrig eingestuft, und so überlassen sie die politische Aktivität den Männern. Dies wird auch durch ihren Wunsch, mehr Frauen im Parlament zu sehen, nicht verändert. In Anbetracht dieser Entwicklung muss aufgepasst werden, dass diese negative Selbsteinschätzung der Frauen nicht zu einem schnellen Ende der Diskussion über ihre politische Partizipation führt. Der Widerspruch zwischen Erwartungen und Selbstkonzept der Frauen muss viel mehr zu Überlegungen führen, wie eine Befreiung der Gesellschaft von den bremsenden Stereotypen erreicht werden kann.

### **3.2.4.3 Das Bild der „idealen Frau“**

Aufgrund der beschriebenen Stereotype und gesellschaftlichen Einstellungen können wir davon ausgehen, dass das Bild der idealen Frau in der Slowakei noch keinesfalls mit politischen Aktivitäten und Fähigkeiten verbunden ist. Welches Bild von der „idealen Frau“ herrscht aber in der heutigen Slowakei vor? Und inwieweit können Frauen es nutzen um ihre Aktivitäten in der Öffentlichkeit zu erweitern?

Wie auch die Darstellung der sozioökonomischen Faktoren im nächsten Teil der Arbeit zeigt, bildet die Familie in der Slowakei eine wichtige soziale Zelle, die auch im dritten Jahrtausend nicht an Bedeutung verloren hat. Zu den Werten, die der Familie zugeschrieben werden, kommen auch Werte des Christentums, das in der Slowakei eine

---

<sup>136</sup> Píscová, M.: Mužské a ženské elity a ich vízie spoločenského vývoja. Internmaterial SAV Bratislava 1998, S. 8.

<sup>137</sup> Bútorová 1996: 153.

ebenso zentrale Rolle spielt. In der Slowakei sind ca. 69 Prozent Katholiken und ca. 7 Prozent Protestanten. Familie und Christentum entfalten aus sich heraus weitere Werte, durch die die Gesellschaft und ihre Mitglieder geprägt werden. Durch diese Werte formt sich dann auch das Bild der idealen Frau, das durch eine starke Bindung der Frau an die Familie geprägt ist. Eine Umfrage aus dem Jahr 1995 zeigt: Die allerwichtigste Eigenschaft, die eine ideale Frau besitzen soll, ist ihre Fähigkeit, sich um den Haushalt zu kümmern, um den problemlosen Ablauf des Familienlebens zu garantieren. Diese Fähigkeit der Frauen setzen 86 Prozent der Bevölkerung an erste Stelle. Lediglich 46 Prozent der Gesellschaft verlangt die gleiche Fähigkeit von den Männern. Die Aufgabe des Mannes bleibt auch mit der Familie und ihren Bedürfnissen eng verbunden, allerdings auf andere Art und Weise als bei den Frauen. Die Familie finanziell zu sichern hält 92 Prozent der Bevölkerung für die wichtigste Aufgabe des Mannes. Es ist eindeutig, dass die Rolle der Frau wie auch des Mannes eng mit der Familie zusammenhängt, jedoch bleibt die Aufgabe der Frau an die private Sphäre gebunden, während die Fähigkeit des Mannes, das Geld zu verdienen, mit dem beruflich-öffentlichen Raum verbunden wird. Sogar auch die lange Erfahrung des Doppellohnmodells, das für die Slowakei typisch ist, hat dieses Stereotyp nicht beseitigt.

**Tabelle 3-6 Spezifische Frauen- und Männereigenschaften (Erwartungen der Männer und Frauen)**

<b>Eigenschaft</b>	<b>Spezifisch für eine Frau (in %)</b>	<b>Spezifisch für einen Mann (in %)</b>
Fähigkeit, sich um den Haushalt zu kümmern	86	46
Gute Erziehung und Benehmen	84	73
Sensibilität für Probleme anderer	71	38
Angenehme(r) Partner(in)	51	39
Fähigkeit selbständig zu entscheiden	50	72
Autorität im Haus, in der Familie	40	53
Angenehmes Aussehen, Schönheit	38	8
Fähigkeit, die Familie finanziell zu sichern	23	92
Streben nach höherer Position am Arbeitsplatz	16	29
Unternehmungsgeist	16	42
Physische Kraft	5	33

*Quelle: FOCUS, JUNI 1995, In: Bútorová, Z.: Ona a on na Slovensku. Bratislava 1996, S. 16.*

Wie aus der Tabelle zu erkennen ist, sind Fähigkeiten zu selbständiger Entscheidung, Autorität in der Familie, Handlungsfähigkeiten und Interesse an Karriere im Beruf alles Eigenschaften, die als männerspezifisch gelten. Bei den Frauen ist eher gutes Benehmen, Sensibilität für Probleme anderer Menschen und Hilfsbereitschaft, Freundschaft und Schönheit idealtypisch. Außer der Sensibilität für die Außenwelt sind es meistens Eigenschaften, auf denen sich Aktivitäten in der Öffentlichkeit, konkret in der Politik, nur schwer aufbauen lassen.

Rettend möge aber sein, dass sich Frauen selbst anders sehen und definieren als der allgemeine Idealtypus der Frau (von Repräsentanten beider Geschlechter zusammengestellt). Nach Ansicht der Frauen ist eine ideale Frau ein Wesen, bei dem die geistliche Dimension eine zentrale Rolle spielt. Die ideale Frau soll Sinn für Kultur und Toleranz haben, und ihr Leben mit aktiver Religion verbinden.<sup>138</sup> Für die slowakischen Frauen ist die ideale Frau eine sensible Frau mit großen geistlichen Anlagen. Es

<sup>138</sup> Bútorová 1996: 17.

bedeutet allerdings nicht, dass sie ein Schwächling ist, „Sie“ muss auch stark sein, damit die Familie, in der sie eine wichtige Rolle hat, funktioniert. „Sie“ muss die Fähigkeit haben, alleine zu entscheiden und selbständig zu handeln. „Sie“ soll Autorität und Respekt in der Familie haben und die Fähigkeit sich durchzusetzen besitzen.<sup>139</sup> Frauen halten Handlungsfähigkeit, Unabhängigkeit und Autorität in der Familie für wichtig. Sie möchten, dass das Familienleben funktioniert, aber nicht nur nach den Vorstellungen des Mannes, sondern auch nach ihren Maßstäben. Sie sehen sich nicht nur als Arbeitskraft, die den Ablauf des Haushaltes sichert, sondern auch als organisatorische Kraft, die Entscheidungen treffen kann.

Es ist sehr bedeutend, dass Frauen diesen Eigenschaften eine wichtige Rolle zuschreiben. Organisatorische Fähigkeit, Entscheidungskraft können für eine aktive Partizipation im öffentlichen, damit auch im politischen Bereich, willkommen sein. Wichtig ist, dass dieser Idealtyp bei ihnen vorherrscht und nicht der Idealtyp, den die Männer schätzen. Die ideale Frau sollte, den Vorstellungen der Männer nach, eine nette und angenehme Lebenspartnerin sein, die gepflegt und schön aussieht und den Haushalt und die Kinder pflegt.<sup>140</sup> Das sind Eigenschaften, die eine Bindung an die Privatsphäre vorsehen, sehr geringe intellektuelle Qualitäten verlangen und begrenzte Entscheidungsfähigkeit. Obwohl Frauen mit diesem männlich geprägten Idealbild in ihren Erwartungen nicht einhergehen, scheint nicht sicher zu sein, dass es sich nicht im Alltag doch durchsetzt. Mehrere Forschungen haben bewiesen, dass intellektuelle Fähigkeiten häufig von Männern als Gegenteil von Weiblichkeit betrachtet werden.<sup>141</sup> Es ist ein allgemeines Problem, unter dem Frauen in vielen Gesellschaften leiden. Weiblichkeit und akademischer Erfolg, wie auch Aktivität in der Öffentlichkeit, scheinen nicht zusammenzupassen. In diesem Zusammenhang hält Gornic fest, dass Frauen Angst haben, dass sie, falls sie zu erfolgreich, selbständig und begeistert von ihrer Arbeit sind, nicht mehr weiblich genug sind, und nie heiraten werden.<sup>142</sup> Für viele Frauen ist entscheidend, wie sie von den Männern gesehen werden, da sie auch die Verwirklichung in der Familie suchen. Die Heiratsquote in der Slowakei ist sehr hoch (von allen Frauen, die

---

<sup>139</sup> Vgl. ebd.: 138.

<sup>140</sup> Bútorová 1996: 18.

<sup>141</sup> Škovierová 1998: 109.

<sup>142</sup> Gornic in Škovierová 1998: 109.

über 20-Jahre alt sind, waren im Jahr 1996 nur 10 Prozent ledig),<sup>143</sup> für slowakische Frauen sind ein partnerschaftliches Leben und Mutterschaft sehr wichtig (nur 4 Prozent aller verheirateten Frauen haben keine eigenen Kinder). Deshalb ist verständlich, dass viele Frauen im Laufe ihrer beruflichen Entwicklung in Versuchung geraten, die Karriere aufzugeben, um dem Mann, den sie zur Gründung der Familie brauchen, zu imponieren und um seine Vorstellung des Idealtypus der Weiblichkeit zu erfüllen. Damit geraten Frauen in einen Zwiespalt. Einerseits möchten sie intellektuell und beruflich aktiv sein und wachsen, andererseits befürchten sie, dass durch ihre Aktivitäten ihre Weiblichkeit, Heirats- und Familiechancen beschädigt werden. Ein Kompromiss zwischen diesen zwei Linien hat zur Folge, dass Frauen eine hohe Bildung erreichen, die sie im realen beruflichen Leben nicht adäquat umsetzen können.

#### 3.2.4.4 Medien

*Von den Modellen der Filmstars bis zu den Helden und Heldinnen der Liebesromane und Fernsehsendungen für Frauen stellt die Massenkultur meistens Lebenssituationen dar, die überhaupt nichts Gemeinsames mit den Erfahrungen der Konsumenten haben und trotzdem werden sie von ihnen als Modellsituationen angenommen.*<sup>144</sup>

(Umberto Eco)

Es ist unbestritten, dass die Medien eine wichtige Rolle im Leben der Gesellschaft spielen, vor allem bei der allgemeinen Meinungsbildung. Die Medien sind nicht nur für das Verbreiten von Informationen verantwortlich, sondern sie formen unsere Vorstellung von Wirklichkeit, und bauen unser Wertsystem auf, sie haben eine wichtige *Erziehungs- und Sozialisationsfunktion*.<sup>145</sup> Viele Menschen vertrauen den Medien unbegrenzt, sie lassen sich durch die Medien teils bewusst, teils unbewusst orientieren und lenken. Die slowakischen Medien erfreuen sich eines enorm hohen Vertrauens der Bevölkerung. Eine Umfrage im Jahr 1996 ergab: Der Presse vertrauen völlig oder teilweise 79,5 Prozent der Bevölkerung, dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen 86,9 Prozent und dem öffentlich-rechtlichen Radio 85 Prozent. Dies ist ein enorm hoher Anteil, wenn wir bedenken, dass den Gerichten absolut oder teilweise nur 48,5 Prozent der slowakischen

---

<sup>143</sup> Bútorová 1996: 69.

<sup>144</sup> Eco in Osvaldová 2-3/1995: 210, übersetzt aus dem Slowakischen.

<sup>145</sup> Sláviková 1-2/2001: 6.

Bevölkerung vertrauen und nur 44,8 Prozent der Kirche.<sup>146</sup> Die Mehrheit der Gesellschaft ist in ihrer Informations- und Meinungsbildung von den Medien völlig abhängig. Das trifft auch auf die Sphäre der Politik zu. Andreas Ströhl glaubt, dass die Politik für die meisten Menschen heute nur noch durch die Vermittlung der Medien erfahrbar ist, die massenmediale Kommunikation hat in der heutigen Alltagswelt insgesamt eine beeindruckende Dominanz gewonnen.<sup>147</sup> Er unterscheidet anhand der Bedeutung der Medien zwei Gesellschaftsgruppen. Die erste (die Elite) hat direkten Zugang zu den wichtigen Informationen, da sie sozusagen direkt an der Quelle ist. Zu dieser Gruppe gehören auch die Journalisten selbst. Die zweite, größere Gruppe, besteht aus Menschen, die beim Zugang zu Informationen vollkommen auf die Medien angewiesen sind. Die Medien sind ihre einzige Quelle, die sie häufig gar nicht prüfen können.<sup>148</sup> Die Macht der Medien steigt dadurch enorm.

Die Bedeutung und der Einfluss der Medien werden allerdings immer noch auch von den Journalisten unterschätzt, was sich vor allem an den vermittelten Inhalten erkennen lässt. Ungeprüfte oder falsche Informationen werden gesendet, die das Denken, die Einstellung des Publikums in eine falsche Richtung lenken. Jozef Darmo glaubt, dass vor allem die Medien in Mitteleuropa ihre Rolle überprüfen müssen. Jahrelang arbeiteten sie als verlängerter Arm der kommunistischen Partei und haben die Gesellschaft ideologisch beeinflusst.<sup>149</sup> Nach der Wende haben sie eine neue Aufgabe bekommen, die sie bisher noch nicht erfüllt haben. Vor allem das Gespür für Investigation und Analyse befindet sich immer noch in der Entwicklungsphase. Jiří Pehe glaubt, dass in der tschechischen und osteuropäischen Journalistik es normal ist, dass Journalisten entweder keine innere Notwendigkeit sehen, ein Problem von mehreren Seiten zu beleuchten, oder sie betrachten es absichtlich durch einen Zeitspiegel, der nur das wiedergibt, was in der Gesellschaft herrscht oder ihrer persönlichen Überzeugung entspricht.<sup>150</sup> Sie leisten kaum analytische Arbeit, und suchen selten nach Erklärungen und Antworten.

---

<sup>146</sup> Šrámek 3/1994: 257.

<sup>147</sup> Dörner 1999: 98.

<sup>148</sup> Ströhl 8/1996: 38-39.

<sup>149</sup> Darmo 3/1993:169-170.

<sup>150</sup> Pehe 7/1995-96: 20-22.

Ein Beispiel des Versagens bietet auch die im nächsten Kapitel (institutionelle Faktoren) erwähnte Diskussion zu Quotenregelungen des Frauenanteils in den Parteien. Die Politiker behaupteten, dass ihre Parteien Quoten zur Regulierung des Frauenanteils auf den Wahllisten für das Parlament eingesetzt hätten. Dies haben die Medien weiter vermittelt ohne zuvor zu prüfen, ob die Quoten auch in den Parteistatuten tatsächlich verankert sind, und ob sie auch tatsächlich etwas beim Aufbau der Wahllisten bewirkt haben. Durch schnelles und unvorsichtiges Handeln haben sie sich in eine populistische Lüge verwickeln lassen, was in der Gesellschaft zu falschen Vorstellungen über die Auswirkung der Quoten führte.

Andererseits präsentieren Journalisten häufig ihre persönlichen Meinungen, ohne die Empfänger darauf aufmerksam zu machen. So geschieht es, dass nicht die objektive Tatsache, sondern das subjektive Empfinden der Journalisten rezipiert und verinnerlicht wird, da sie auf die Glaubwürdigkeit der Journalisten, als ihre einzige Informationsquelle, setzen. In diesem Zusammenhang wird über eine Krise der Journalistik in den postkommunistischen Ländern gesprochen, die ihre Rolle und ihren Beitrag für die Gesellschaft missversteht. Unter solchen Bedingungen ist es schwer, ein neues Bild der Frau zu vermitteln und eine bedeutungsvolle Diskussion zu ihrer gesellschaftlichen Position zu initiieren.

#### *Das Bild der Frau in den Medien*

Das Bild der Frau wird im wesentlichen von den Medien geprägt. Es fängt bei den Nachrichten und Reportagen an und reicht bis in die Werbung und die Unterhaltungsprogramme.<sup>151</sup> Sie alle übermitteln Impulse, die meistens erst später bewusst wahrgenommen und in das Alltagsleben übernommen werden. So kann eine Gesellschaft den politisch aktiven Frauen gegenüber negativ eingestellt sein, auch ohne dass es direkte mediale Attacken auf Politikerinnen gibt. Familienserien, Frauenfilme, aber auch Werbung erzeugen ein stereotypes Bild der Frau. Wenn man täglich Impulse über auf Privatleben und äußerliche Schönheit orientierte Frauen gezeigt bekommt, werden diese als Normalfall verstanden, und es wird nicht darüber nachgedacht, dass sich eine Frau auch für andere Dinge als Familie, Haushalt, Reinigungsmittel, kosmetische Produkte und neue Modetrends interessieren kann. Eine länderübergreifende Analyse der Medien in Westeuropa hat gezeigt, dass Frauen dort meist als Sexualobjekte oder als

---

<sup>151</sup> Matjan 28/1997: 243-259.



auf Haushalt und Familie orientiert präsentiert werden.<sup>152</sup> In der Slowakei wurde bis jetzt keine Studie über das Bild der Frau in den slowakischen Medien durchgeführt. Aber wie Nataša Sláviková angibt, ähnelt die slowakische Realität dem internationalen Trend. In manchen Fällen ist sie sogar viel schlimmer, da die Rezipienten noch kein Gefühl für die Zusammenhänge haben, wodurch die versteckten Botschaften der Programminhalte viel gefährlicher werden. Wallace-Lorencová glaubt, dass während in den entwickelten Gesellschaften Sexismus in den Medien nicht nur auf die Kritik der Akademiker, sondern auch auf Ablehnung der Laien stößt, wird er von der Mehrheit slowakischer Rezipienten gar nicht bemerkt. Für viele Menschen, sind die vorgelebten Stereotype logisch und natürlich.<sup>153</sup> In den traditionellen Demokratien, fügt Wallace-Lorencová hinzu, gibt es Stimmen, die sich gegen stereotype Bilder von Frauen in den Medien verwahren und sie als manipulativ in Frage stellen. In der Slowakei sind die kritischen Stimmen bis heute noch nicht laut genug. Versuche, der Frau ein neues Image zu verschaffen, waren bis jetzt sehr schwach und wurden kaum beachtet.

Die Medien reduzieren im Endeffekt die Definition der Weiblichkeit auf Schönheit ohne Intelligenz.<sup>154</sup> Die Gesellschaft folgt dieser Botschaft und fragt sich dann, wieso manche Frauen in die Politik eintreten möchten? Ist es etwa eine Art von Abnormalität, wenn die Frau die vorgegebenen Stereotype nicht akzeptiert, sondern sich politisch engagiert? Ist es eine „Unfrau“, oder wie sollte sie bezeichnet werden? Das sind die Fragen, die bei vielen Diskussionen über öffentlich aktive Frauen auftauchen. Für die Entstehung solcher Zweifel gegenüber politisch aktiven Frauen war keine direkte Attacke auf einzelne Politikerinnen nötig. Den ersten Schritt taten nur die Unterhaltungsprogramme, die das Bild der „idealen Frau“ in die Gesellschaft gesandt haben und damit für den Emanzipationsprozess der Frauen in der Politik ein ungünstiges Fundament gelegt haben.

### *Politikerinnen in den Medien*

Medien suchen den Erfolg, sie brauchen Themen, die skandalträchtig und interessant wirken. Die Privatsphäre aller Politiker wird auch in der Slowakei gerne unter die Lupe genommen. Vom Eigentum der Politiker bis zum gesundheitlichen Zustand wird in den

---

<sup>152</sup> Aslama 1998: 8-12.

<sup>153</sup> Wallace-Lorencová 2-3/1995: 162.

<sup>154</sup> Wolf in Sláviková 1-2/2001: 8.

Medien berichtet. Es wird nicht darauf geachtet, ob es sich dabei um eine Frau oder einen Mann handelt. Hauptsache, es ist interessant genug. Von den acht interviewten Politikerinnen haben fünf zugegeben, dass sie keinen Unterschied bei der Berichterstattung über Männer bzw. Frauen sehen. „Die Medien greifen Frauen nicht gezielt an. Wenn ein Redakteur etwas über einen Politiker erfährt, wird er es missbrauchen, und ihm wird es dabei egal sein, ob es sich um eine Frau oder einen Mann handelt.“<sup>155</sup> Damit scheinen bei den Journalisten nicht die Mittel, sondern der Zweck entscheidend zu sein. Drei von den Befragten finden allerdings die Medienarbeit den Frauen gegenüber unkorrekt und voreingenommen. „Frauen werden von den Medien stärker als die Männer kontrolliert. Was sie anhaben, wie sie sich benehmen, welche Frisur sie tragen, das sind für die Medien interessante Themen. Vor allem, wenn ihnen etwas nicht gefällt. Medien können sehr bissig sein, vor allem den Frauen gegenüber.“ Eine Befragte empfindet es so, dass bei den Frauen mehr auf das Äußerliche geachtet wird, während ihre Einstellungen und Bewertungen zu politischen Themen unbeachtet bleiben. „Man kann es täglich auf den Gängen des Parlaments sehen. Meistens werden Männer interviewt. Die Journalisten glauben nicht, dass eine Frau etwas zu sagen hat, auch wenn es sich um ihr Fachgebiet handelt und sie wirklich Spezialistin für das Thema ist. Und dann denke ich, die Journalisten glauben, dass sie die Bewertungen der politischen Themen bei den Lesern oder den Zuschauern besser verkaufen, wenn sie von Männern vorgetragen werden. Wen interessiert schon die Meinung einer Frau?“

Eine andere Befragte hat sich auch gegenüber den Medien negativ ausgesprochen. „Wenn ich in der Öffentlichkeit rauche, steht es sofort in den Medien, als hätte ich irgendein Verbrechen begangen, bei einem Mann wird es übersehen.“ Ebenso wird, ihrer Meinung nach, auch die Privatsphäre der Frauen strenger kontrolliert als die von den Männern. Dies lässt sich auch mit wissenschaftlichen Befunden belegen, die bestätigen haben, dass bei Männern ihre „moralischen Abweichungen“ eher akzeptiert werden als bei Frauen.<sup>156</sup>

Die meisten Politikerinnen (6 von 8) haben in Bezug auf die Medien zugestimmt, dass es das Allersicherste sei, eine reine Vergangenheit, gutes Benehmen und gepflegtes

---

<sup>155</sup> Aus den Interviews mit den Parlamentarierinnen.

<sup>156</sup> Bútorová 1996: 144.

Aussehen zu besitzen, und dann könne nicht nur ein Mann, sondern auch eine Frau korrekte Beziehungen mit den Medien erhoffen, mindestens was den Privatbereich betrifft.

### *Politische Partizipation der Frauen als mediales Thema*

Die politische Partizipation von Frauen hat an Attraktivität als mediales Thema erst Ende der 90er Jahre gewonnen. Nach den Parlamentswahlen 1998 war das bis dahin bedeutendste Thema – Mečiar- versus Anti-Mečiar-Koalition vom Tisch. Die Wahlen gewann M. Dzurinda mit seiner politischen Plattform und es gab Raum für neue Themen. Das für einen Wechsel offene Klima haben auch Nicht-Regierungsorganisationen genutzt und sind mit dem Thema der Unterrepräsentation von Frauen in der Spitzenpolitik in die Medien gegangen. Erst haben sie versucht, das Publikum mit Hilfe von Werbespots anzusprechen und für sich zu gewinnen. Ihre Kampagne wurde auf Seiten verschiedener Zeitschriften, aber auch in den elektronischen Medien immer eindringlicher, womit sie bald nicht nur das Interesse des Publikums, sondern auch das der Journalisten geweckt hatten. Interesse war definitiv da, was fehlte, war der richtige Umgang mit dem Thema. Wie oben erwähnt wurde, leisten die Medien nur einen geringen Beitrag zur Analyse und analytischen Diskussionen wichtiger gesellschaftlicher Themen. So gingen viele Medien auch mit dem Thema der politischen Partizipation der Frauen in der zentralen Politik oberflächlich um. Häufig wurden die Bemühungen der Frauenorganisationen oder von Politikern, neue Lösungen zu erarbeiten, von vornherein kritisiert, oder sie wurden gar ausgelacht, ohne sich zu informieren, was hinter den neuen Lösungsvorschlägen steckte. Darmo bezeichnet Journalisten im Blick auf diese a priori negative Einstellung der Medien als „oppositionelle Burschen“, die ihre Trennung von der totalitären Journalistik nur als „demonstrativen Protest gegen alles“ verstehen.<sup>157</sup> So erfahren viele Anregungen zu dem Thema nur negative Resonanz. Die mediale Diskussion drehte sich weniger um die konkreten Vorschläge zur Erhöhung des Frauenanteils in den politischen Institutionen, viel häufiger wurde darüber diskutiert, ob es grundsätzlich erforderlich ist, mehr Frauen in der Politik zu haben.

Negative Erfahrungen mit den Medien hat auch eine hohe Angestellte des Ministeriums für Arbeit, Sozialwesen und Familie der Slowakischen Republik ausgedrückt, die in den Jahren 1998 – 2002 für Frauenproblematik zuständig war. Ihrer Meinung nach versagen die meisten Medien in der Diskussion über Frauen in der Politik. Nicht nur dass sie häu-

---

<sup>157</sup> Darmo 3/1993: 129-134.

fig falsch informieren, sondern sie haben auch selten Interesse an den konkreten Fakten. Viele Medien, vor allem die privaten, aber auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen, (als einzige positive Ausnahme gilt das öffentlich-rechtliche Radio) laufen an den Fakten vorbei und vermitteln nicht die Realität.<sup>158</sup> In der letzten Zeit hat die Abteilung dieser Ministeriumsangestellten mehrere Projekte für Frauen initiiert, doch die Gesellschaft wurde darüber nur mangelhaft informiert. „Wir versuchen immer wieder Kontakt zu den Medien aufzunehmen, aber da gibt es kaum eine Reaktion von deren Seite,“<sup>159</sup> berichtete die Angestellte. Ihr ist bewusst, dass es, bis man sich in das Thema einarbeitet hat, eine bestimmte Zeit dauert und Kenntnisse braucht. „Wir bieten den Medien Kooperation, Zugang zu wichtigen Informationen, damit sie selber nicht so viel Arbeit leisten müssen. Aber sie greifen trotzdem nicht zu. Sie sagen höchstens zu mir, dass ich einen Beitrag zu dem Thema für sie schreiben soll und sie veröffentlichen ihn. Meistens ist es aber kein Beitrag, was sie von uns erwarten, sondern nur 5 bis 10 Sätze.“ Ihrer Meinung nach, bleibt die Majorität der Medien lieber bei den existierenden Geschlechterstereotypen, die für die Medien leichter zu vermitteln und für das Publikum leichter zu verstehen sind.

Bei der gesamten Diskussion über die Position der Frauen in der Gesellschaft stellt es sich als negativ heraus, dass es in den slowakischen elektronischen Medien zur Zeit (Jahr 2002) keine regelmäßige Sendung gibt, die sich mit Frauenproblemen bzw. Geschlechterproblemen ernsthaft beschäftigt. Eine Frauensendung, die damit beginnt: „Heute sagen wir Ihnen alles, was eine Frau über eine plastische Operation der Augenlider wissen soll,“<sup>160</sup> entspricht nicht der Vorstellung von einem seriösen Magazin, das sich wirklich professionell mit dem breiten Spektrum von Frauenthemen beschäftigt.

Was die Presse betrifft, ist hier die Lage auch nicht viel besser. Es gibt zwar viele Frauenzeitschriften (vor allem „Mutationen“ der westeuropäischen Zeitschriften erfreuen sich großer Popularität– „Tina“, „Cosmopolitan“, „Bild der Frau“ und andere), aber keine einzige, die regelmäßig auch kulturelle, soziale oder sogar politische Inhalte in Bezug auf Frauen aufgreifen würde. Bis Ende des Jahres 2002 gab es nur eine slowakische Zeitschrift (Aspekt), die auf einer professionellen Ebene versucht hat die

---

<sup>158</sup> Aus den Interviews, die im November 2001 durchgeführt worden sind.

<sup>159</sup> Vgl. ebd: 158.

<sup>160</sup> Zitat aus einer den Frauen gewidmeten Sendung in STV (Slowakisches Fernsehen, Mai 2002).

Geschlechterproblematik zu diskutieren; aber die Auflage der Zeitschrift war niedrig und erreichte so nur einen kleinen Kreis von Lesern. Die Herausgeberin (Jana Juráňová) selbst war nach acht Jahren der Präsenz dieser Zeitschrift sehr skeptisch über ihre Wirkung in der Gesellschaft, da das Interesse des Publikums fehlte.<sup>161</sup> Deshalb wurde auch die Produktion des Magazins gestoppt.

Offenheit für Frauenthemen wird dem öffentlich-rechtlichen Radio zugeschrieben, das die Problematik der Gleichberechtigung in der Gesellschaft als einziges elektronisches Medium gelegentlich behandelt. Auch Frauen aus den Nicht-Regierungs-Organisationen, die sich den Frauenthemen widmen, haben eine gute Zusammenarbeit mit dem öffentlich-rechtlichen Radio bestätigt.<sup>162</sup> Allerdings wird die Popularität dieses Mediums in der Konkurrenz mit den privaten Sendern immer kleiner und so bleibt auch seine Wirkung begrenzt.

Wenn das Thema nicht auf einem seriösen Niveau behandelt wird, kann man auch nicht erwarten, dass die Einstellung der Gesellschaft sich ändern wird. Es wird in den öffentlichen Medien nur selten professionell darüber berichtet, warum Frauen ein Recht auf politische Aktivität bzw. Teilnahme an der Macht haben sollen und wie Frauen überhaupt dabei gefördert werden können. Damit bleibt der Erziehungsbeitrag der Medien gering.

#### **3.2.4.5 Neue Generation – neue Hoffnung?**

Bei den Überlegungen, wohin die Slowakei tendiert, welche Richtung ihre politisch-kulturelle Entwicklung einschlägt, ist es wichtig die Werte zu prüfen, die der nächsten Generation vermittelt werden. Wie Inglehart gesagt hat: Ein Wandel in der Betrachtung der Frauenrolle geschieht erst mit einem kompletten Generationswechsel.<sup>163</sup> Falls weiter an den alten Stereotype festgehalten wird, wird auch die nächste Generation keinen Wandel bringen. Auch deshalb starteten die NGOs eine Prüfung von Sachbüchern und Lehrmaterial, mit dem die Kinder von Anfang an in den Schulen konfrontiert und durch sie beeinflusst werden. Die Kritik entzündete sich daran, dass in den Lesebüchern traditionelle Stereotype vermittelt werden, die die Frau wieder für die Privatheit

---

<sup>161</sup> Juráňová in Bútorová 2001: 248-249.

<sup>162</sup> Dies wurde aus den Interviews mit Frauen aus verschiedenen Frauenorganisationen (Aspekt, Fenestra) erfahren, November 2001.

<sup>163</sup> Vgl. ebd.: 100.

prädisponieren und den Mann für die Öffentlichkeit. In den Lehrbüchern wird den Schülern vermittelt, dass die Mutter die Schürze trägt und in der Hand einen Kochlöffel hält. Sie putzt, kocht, näht und wäscht. Der Vater liest die Zeitung, spielt Fußball oder repariert das Auto.<sup>164</sup> Es werden keine Texte oder Bilder vermittelt, in denen die Rollen vertauscht sind, also der Vater sich um den Haushalt kümmert, während sich die Mutter nach einem schweren Arbeitstag beim Lesen oder Fernsehen ausruht. An anderer Stelle wurde in den Büchern vermittelt, dass die Mutter „sorgsam, liebevoll, fleißig, reinlich ist, während der Mann stark, groß und klug.“<sup>165</sup> Das sind Bilder, die die Kinder in den Stereotypen gefangen halten.<sup>166</sup> Falls Kinder in der Vorschulzeit andere Erfahrungen innerhalb der Familie gesammelt haben, werden sie diese nach kurzer Zeit in Frage stellen. Jana Cviková hält fest, dass dies in den Kindern Spannung und das Gefühl wecken kann, dass ihre Familie nicht normal ist, wenn sie anders lebt, als es in den Büchern steht.<sup>167</sup> Die Kinder werden in Mythen aufwachsen, aus denen sie dann auch eine „anders denkende“ Familie nicht befreien kann. Andere Familien versuchen erst gar nicht, sich gegen diese Stereotype zu stellen. Den Kampf gegen Gesellschaft und Schule können sie nur schwer gewinnen. Experten weisen darauf hin, dass in den meisten Familien auch aus Bequemlichkeit weiterhin noch die bekannten Stereotype vermittelt werden. Bei der Spielzeugauswahl, bei der Förderung ihrer Interessen wird immer darauf geachtet, ob es sich um einen Jungen oder ein Mädchen handelt. Es werden Geschlechterstereotype angeboten, um „normal“ zu bleiben. Wie Balázs gesagt hat, in der Slowakei wird von Anfang an bei den Jungs darauf geachtet, dass sie keine weiblichen Prinzipien in sich entwickeln und die Mädchen keine männlichen.<sup>168</sup> Diese Trennung der Interessen und der Orientierung wird mit zunehmendem Alter immer prägnanter. Martina Horner unterscheidet anhand der Wirkung von Stereotypen zwei Lebensphasen. Am Anfang des Lebens erfahren wir so genannte „vorgespülte Gleichheit“. Im Jugendalter erlauben die Eltern ihren Töchtern noch eigene Fähigkeiten und Aktivitäten zu entwickeln, sie genießen Privilegien, die eigentlich nur den Männern vorbehalten waren. Aber irgendwann, spätestens am Anfang des Studiums, wird den

---

<sup>164</sup> Rebrová, S.: Muž má byť silný a žena citlivá. In: Sme 12.2.2002, S. 15.

<sup>165</sup> Vgl. ebd.: 164.

<sup>166</sup> Cviková in Gáliková, M.: Zidealizovaný svet našich čítaniek môže deťom ublížiť. In: Sme, 12.2.2002, S. 15.

<sup>167</sup> Vgl. ebd.: 166.

<sup>168</sup> Balázs in Bútorová 2001: 279–287.

Töchtern deutlich gemacht, dass sich eigentlich der größte Wunsch der Eltern auf Heirat und Mutterschaft der Tochter bezieht. Während die Jungs ihre intellektuellen Fähigkeiten weiter entwickeln, geraten Mädchen in das traditionelle Stereotyp der „passiven Weiblichkeit“.<sup>169</sup> Wie Horner hinzufügt, ist es besser, in dieser Passivität durchschnittlich und unselbständig zu bleiben, weil sonst der Eindruck entsteht, dass Frauen unweiblich werden und dann keinen Mann finden.

### **3.2.5 Zusammenfassung**

Die kulturellen und politisch-kulturellen Werte, die die politische Partizipation der Frauen bestimmen, wurden in der postkommunistischen Periode durch zwei wichtige Faktoren geprägt. Der erste bezieht sich auf die Minderbewertung der Frau, die sich seit jeher durch die westeuropäische Philosophie zieht und starken Einfluss auch in der Slowakei als Teil der Habsburger Monarchie hatte. Die Idee der Minderwertigkeit der Frau hat vor allem intellektuelle Kreise beeinflusst, in der restlichen Bevölkerung sorgten alte Traditionen wie auch der Einfluss des christlichen Glaubens für die Unterordnung der Frau. Obwohl es in der Vergangenheit auch Beispiele von weiblichen Autoritäten gab, haben sie heute relativ geringe Bedeutung. Das mag damit verbunden sein, dass ihre Autorität teilweise auf Aberglauben beruhte, der heute keine Bedeutung mehr für die moderne Gesellschaft hat. Damit reduziert sich die Bedeutung der vorkommunistischen Phase auf die Erfahrung der untergeordneten und privaten Frau, die ihre guten Eigenschaften nur an der Seite des Mannes entfalten kann.

Der zweite Faktor, der die Werte in der heutigen slowakischen Gesellschaft prägt, bezieht seine prägende Kraft aus dem Sozialismus. Die Idee der Gleichheit wurde im Sozialismus nicht nur auf die sozialen Unterschiede bezogen, sondern auch auf die Stellung der Frauen. Der Kommunismus sah in der Dichotomie der „privaten Frau“ und des „öffentlichen Mannes“ einen Ausdruck der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Ungleichheit sollte durch Ausgleich der sozialen Unterschiede gelöst werden. Somit wurde der Einzug der Frau in den öffentlichen Bereich, in die Erwerbstätigkeit die zentrale Idee.

Der Einzug feministischer Ideen bekam dadurch für einen Teil der Gesellschaft, überwiegend für die Männer, die Gestalt einer Attacke gegen die Weiblichkeit. Eine

---

<sup>169</sup> Horner in Gornic 2-3/1995: 77.

emanzipierte Frau entsprach nicht mehr ihrem traditionellen weiblichen Idealtypus. Sie war nun selbständig, unabhängig, eigenwillig. In männlicher Sicht war die Frau nicht mehr sie selbst. Während die Männer die Emanzipation meist negativ bewerteten, haben einige Frauen in der kommunistischen Vergangenheit positive Erfahrungen gesammelt. Ihnen wurde erstmals absolute Gleichberechtigung angeboten. Obwohl diese nie ganz verwirklicht wurde, war sie für Frauen ein wichtiges Leitbild. Die Literatur, der Film, die modernen Lieder, sogar die modernen Märchen berichteten über kluge Frauen, die kraft ihres Intellektes viel erreichen und meistern können. Ein enormer Wandel in der Betrachtung und Darstellung der Frau hatte sich vollzogen.

Die postkommunistische Transitionsgesellschaft „leidet“ unter den Wirkungen zweier widersprüchlicher Ansätze und findet nur schwer eine klare Richtung. Einerseits wird akzeptiert, dass im Rahmen des Aufbaus der Demokratie die Frage der Gleichberechtigung der Frauen nicht umgegangen werden kann. Andererseits sind hier die divergenten Erfahrungen aus dem kommunistischen Emanzipationsprozess vorhanden, die viele neue Emanzipationsversuche erschweren. Nach vierzig Jahren erzwungener Emanzipation wirkt sich, vor allem bei den Männern, eine Sehnsucht nach der traditionellen Rollenaufteilung aus. Aber auch Frauen, die selber für den Wandel der Werte kämpfen sollten, haben für sich noch keine klare Rangliste der Werte erstellt. Sie wünschen sich zwar mehr Frauen in der Politik, aber gleichzeitig stellen sie das eigene mentale Potenzial für politische Aktivitäten in Frage. Ein Großteil definiert sich als unpolitisch mit geringem Verständnis für die Politik. Feministische Ideen bewerten sie positiv, aber ihre Repräsentantinnen bewerten sie negativ. Frauen betrachten die Feministinnen häufig durch die männliche Brille, nach der sie als unweiblich, unnatürlich und militant erscheinen. Die gleiche Ambivalenz gilt für den politischen Bereich. Eine paritätische Repräsentation der Frauen in der Politik wird akzeptiert, während Politikerinnen auf Grund ihrer Aktivität darauf verzichten müssen dem Idealtypus der Weiblichkeit zu entsprechen.<sup>170</sup> Somit können Frauen theoretisch politisch aktiv sein, aber sie müssen mit der Konsequenz rechnen, als unweiblich und unattraktiv bewertet zu werden.

Bei der Veränderung der Vorstellungen des weiblichen Ideals leisten auch die Medien nur einen geringen Beitrag, obwohl ihre Möglichkeiten in der Slowakei enorm erscheinen. In den Unterhaltungssendungen und in der Werbung, aber auch in Programmen mit

---

<sup>170</sup> Aus den Interviews mit den Parlamentarierinnen.



politischen Inhalten definieren sie die Frau weiterhin als privates Wesen mit geringen intellektuellen Fähigkeiten und geringem Interesse am politischen Geschehen. Ebenso werden auch die Bemühungen, neue Formen und Wege der Emanzipation zu fördern, oberflächlich und unprofessionell behandelt. Falsche oder unvollständige Informationen werden vermittelt, was keine Änderung in der Sichtweise bewirken kann.

Hand in Hand mit den Medien gehen auch die Erziehungseinrichtungen, insbesondere die Schulen, die der neuen Generation weiterhin die traditionellen Geschlechterstereotype vermitteln. Die Symbolik des „öffentlichen Mannes“ und der „privaten Frau“ ist schon in vielen Lehrbüchern für die jüngsten Schüler zu finden. Die Familien zeigen sich „anpassungsfähig“ und machen bei der Vermittlung der traditionellen Werte mit. Die Rollenverteilung wird in der Erziehung streng durchgehalten, was einen Wertewandel bei der nachfolgenden Generation weiterhin unerreichbar erscheinen lässt.

Eine interessante Erkenntnis haben die Interviews mit den Politikerinnen gebracht. Während die Umwelt (außerhalb der Politik) diese politisch aktiven Frauen immer noch durch eine skeptische Brille anschaut, betrachten diese Frauen aus der zentralen Politik sich selber nicht als unweiblich. Gleichzeitig halten sie auch das politische Feld (aufgrund der kulturellen Werte, die in ihm herrschen) für Frauen ebenso relevant und akzeptabel wie für Männer. Während die strukturellen und organisatorischen Gegebenheiten in den Parteien und politischen Institutionen den Frauen politische Aktivitäten erschweren, sehen sie in den kulturellen Prägungen ein viel geringeres Hindernis, und das obwohl sie den politisch aktiven Frauen gegenüber so negativ ausgerichtet sind. So ist davon auszugehen, dass die wichtigen Signale, die in die Gesellschaft transportiert werden müssen, um eine Wende der Einstellungen zu bewirken, nicht von den Medien, den Schulen oder den Familien, sondern von diesen Spitzenpolitikerinnen vermittelt werden, die durch ihr Verhalten beweisen, dass Politik auch Frauensache ist. Sie haben den Weg in die Politik durch Freunde oder Zufall gefunden, ohne größere belastende Überlegungen, ob die Politik für sie als Frauen geeignet ist oder nicht. Wenn mehr Frauen ihrem Beispiel folgen und sich in der Politik durchsetzen, ist zu erwarten, dass sie eine neue wichtige Symbolik politisch aktiver Frauen aufbauen, die später als Normalität angenommen wird. Der kulturelle Umbau der Werte in der Slowakei braucht konkrete Beispiele mit Alternativen zu alten Traditionen, und diese können gerade von den Politikerinnen angeboten werden. Es ist wahrscheinlicher, dass die Steigung des

Frauenanteils in der Politik nicht Ergebnis eines kulturellen Wandels sein wird, sondern die Frauen in der Politik selbst den Wandel der Werte starten werden.

## **4 Sozioökonomische Faktoren: Zur Lebenslage der Frauen**

Soziale und sozioökonomische Faktoren sind nach den politisch- kulturellen Faktoren die nächst wichtigsten Determinanten politischer Aktivität. Bildung, Beruf, Alter und Geschlecht beeinflussen, ob wir an verschiedenen Prozessen teilnehmen können, dürfen, und möchten. Im Rahmen der Sozialisation werden wir für bestimmte Aufgaben und Rollen innerhalb der Gesellschaft erzogen und prädisponiert. Geschlecht, Alter, Bildung und Familienstand sind Determinanten, die eine gesellschaftliche Rolle bestimmen. Einer Frau werden andere Rollen zugeordnet als einem Mann, und eine Mutter erwarten andere Aufgaben als eine kinderlose Frau.

Die Sozialisation der Frauen hat in den verschiedenen historischen Perioden der slowakischen Geschichte mehrere Formen angenommen und verschiedene Ergebnisse erzielt. Die Vorkriegsgesellschaft hatte andere Erwartungen an Frauen als die kommunistische. Der politische Umbruch im Jahr 1989 verlangte ebenso eine neue Definition der Frauenrolle. Innerhalb den verschiedenen Sozialisationsprozesse wurden Frauen nach bestimmten Rollbildern erzogen, Vorstellungen von der „idealen Frau“ mit all ihren Beschränkungen erlaubten nur wenigen Frauen eine Abweichung vom vorgeschriebenen Verhaltensmodell.

In diesem Sinne werden hier die den Frauen zugewiesenen Rollen geprüft, wie auch die vorhandenen Leistungen von der Gesellschaft, die den Frauen die Wahrnehmung ihrer Aufgaben ermöglichen sollten.

Es wird davon ausgegangen, dass einen engen Zusammenhang zwischen der sozialen Lebenssituation der Frauen und ihren Möglichkeiten politische Aktivitäten zu entwickeln herrscht. „Objektive Strukturen und subjektive Momente, Lebenslagen, Rollenzuweisungen und geschlechtsspezifische Sichtweisen korrespondieren eng miteinander, verstärken sich oft gegenseitig und stehen nicht selten auch in Spannung

zueinander.<sup>171</sup> Die Auswirkung der sozialen Voraussetzungen muss in die Überlegungen zur Unterrepräsentation von Frauen in der Politik einbezogen werden.

Politische Aktivität gehörte und gehört immer noch nicht zu den typischen Rollen der Frauen. Wenn wir in Betracht ziehen, dass vor weniger als zehn Jahren 46 Prozent der slowakischen Männer und ungefähr jede vierte slowakische Frau glaubten, dass Frauen nicht in die Politik gehören,<sup>172</sup> scheint die politische Tätigkeit weiterhin als Domäne des Mannes verstanden zu werden. Obwohl ein Großteil der Gesellschaft eine politische Tätigkeit der Frauen nicht vorsieht, äußern einige Bürgerinitiativen immer wieder ihren Wunsch nach weiblichen Repräsentanten in der zentralen Politik. Vor allem Ende der 90er Jahre hat sich dieses Verlangen von politisch aktiven Frauen verstärkt. Zu fragen ist daher:

- wie sich die sozio-ökonomischen Determinanten entwickelt haben,
- inwiefern sie die politische Tätigkeit der Frauen fördern oder behindern,
- welche Sozialisation die Frauen im Laufe der Zeit erfahren haben und wie sich das auf ihre Aktivität in der Spitzenpolitik auswirkte?

Nach Ute Gerhard haben wir es in unseren Gesellschaften mit einem Konfliktfeld zu tun, in dem „die strukturelle Gewalt familiärer Abhängigkeitsverhältnisse und der sozialen Ungleichheit zwischen Männern und Frauen“ einen Trend schreibt. „Ursache der Ungleichheit im Sozialstaat ist die Nichtachtung und Minderbewertung der Arbeit von Frauen.“<sup>174</sup> Die erfahrene Diskriminierung determiniert bei Frauen ihre gesellschaftlichen Positionen aber gleichzeitig auch ihre (der Lage entsprechende) Reaktionen. Einerseits werden diverse Beispiele der Unterordnung der Frauen in der Gesellschaft und ihre Auswirkungen diskutiert: *Welche stereotype Rollenzuweisungen und Eingriffe in die Privatheit haben slowakische Frauen zu bewältigen?*

Andererseits wird neben der gesellschaftlichen Rollenzuweisung auch nach der Eigenverantwortung der Frauen gefragt: *Wie nützen Frauen die Bildungs- und Qualifi-*

---

<sup>171</sup> Meyer 1991: 248.

<sup>172</sup> Bútorová 1996: 155.

<sup>173</sup> Meyer 1991: 248.

<sup>174</sup> Gerhard 1988: 32.

*kationsmöglichkeiten und wie setzen sie sie im Alltag um? Wie realisieren Frauen ihre Wünsche nach Erwerbstätigkeit und Familienleben?*

#### **4.1 Soziale Gleichheit – Vorstufe zu politischer Gleichheit**

Die Bedeutung der sozialen Lage der Frauen beim Streben nach Gleichstellung war schon den Pionieren der Frauenbewegung klar. Die Französische Frauenbewegung hat als soziale Bewegung angefangen. Über den Einsatz für eine bessere soziale Stellung der Frauen haben sie den Weg zu politischen Frauenrechten und höherer politischer Frauenrepräsentation gesucht. Nur auf der Grundlage guter soziostruktureller und ökonomischer Voraussetzungen (Bildung, Erwerbstätigkeit, ökonomische Unabhängigkeit) kann man eine Mitwirkung von Frauen an politischen Prozessen erwarten. In diesem Sinne kann die Sozialisation der Frauen, in deren Zentrum ihre Eingliederung in den öffentlichen Bereich steht, gleichzeitig als Abbau ihres faktischen Ausschlusses vom politischen Feld verstanden werden. Der Weg aus der Häuslichkeit in die Öffentlichkeit zeigt sich meist auf der kommunalen Ebene (Schulen, Betriebe, Gewerkschaften) und erweitert die Gestaltungsmöglichkeiten der privaten Sphäre um Chancen in der öffentlichen Sphäre.<sup>175</sup> Eine Beschränkung der Eingriffsmöglichkeiten auf den unteren Ebenen bewirkt auf den höheren politischen Ebenen noch stärkere Beschränkungen. Eine untergeordnete Rolle in den Kommunen wird in den großen sozialen Einheiten nur schwer überwindbar sein.

Der Einfluss des sozialen Umfelds auf den Einzelnen und auf seine Position in der Gesellschaft wurde vor allem in marxistischen Ansätzen zum entscheidenden Moment der Existenz erklärt. Das Verständnis von sozialer Gleichheit und politischer Partizipation in den marxistischen Ansätzen geht davon aus, dass es „prinzipiell keine Demokratie im Sinne gleicher politischer Teilhabe und Mitwirkung [gibt], ohne dass vorher politische und soziale Gleichheit hergestellt wurde.“<sup>176</sup> Die marxistischen Theorien haben die ökonomische und soziale Gleichheit auf die gleiche Stufe mit der politischen Gleichheit gestellt und sie als zentrale Voraussetzung gleichberechtigter politischer Aktivität angesehen. Dagegen ließen die „bürgerlich-parlamentarischen Ansätze“ die ökonomischen

---

<sup>175</sup> Vilmar 1983: 339-340.

<sup>176</sup> Wilde 1995: 130.

Verhältnisse unberücksichtigt und konzentrierten sich auf institutionelle Faktoren. Für sie war die formal-politische Ebene mit gesetzlich gesicherter politischer Gleichheit entscheidend.<sup>177</sup>

Heute zeigt sich, dass beide Ansätze die Problematik der Auswirkung von sozialen Faktoren auf die politische Partizipation nicht ausreichend behandelten. Die sozialistischen Gesellschaften mit ihrer „Zwangsemanzipation“ erzielten keine umfassende und dauerhafte soziale Gleichstellung der Geschlechter. In den liberalen Gesellschaften mit bürgerlichem Ansatz zeigte sich, dass formale politische Rechte sich nicht automatisch positiv auf die politische Repräsentation von Frauen auswirken oder gar zur proportional angemessener Vertretung von Frauen(interessen) in der Politik führen. Die Bedeutung der sozioökonomischen Faktoren für politische Tätigkeit ist heute unbestritten, auch wenn sich einzelne dieser Faktoren verschieden auswirken. In diesem Kapitel werden sie wie folgt unterschieden:

- *Bildungschancen für Frauen,*
- *Erwerbstätigkeit der Frauen,*
- *Eingliederung der Frauen in den Arbeitsmarkt,*
- *Antidiskriminierungsmaßnahmen im Gesetz,*
- *Lebenssituation der Frauen in der Slowakei (Position in der Familie, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft).*

Alle Determinanten werden im Rahmen der historischen Entwicklung betrachtet, dabei stehen die kommunistische und postkommunistische Periode im Vordergrund.

## **4.2 Erste Wege in die Öffentlichkeit**

Die Entstehung des gemeinsamen tschechoslowakischen Staates brachte für die ökonomische Entwicklung der Slowakei nur sehr geringe Vorteile. Es wird davon ausgegangen, dass die von Landwirtschaft geprägte Slowakei in der wirtschaftlichen

---

<sup>177</sup> Wilde 1995: 131.

Entwicklung ca. 50 Jahre hinter der von Tschechien war.<sup>178</sup> Nicht umsonst wurde die Slowakei als „armer Bruder“ von Tschechien bezeichnet. Im Jahr 1930 bildete in der Slowakei das Proletariat knapp 45 Prozent der gesamten Bevölkerung.<sup>179</sup> Die Industrie und Landwirtschaft wurden immer weniger gefördert, wodurch die Arbeitslosigkeit und die Armut kontinuierlich stiegen. Im Winter 1932-1933 waren in der Slowakei mehr als Dreihunderttausend Arbeitslose.<sup>180</sup> In Betracht der mageren wirtschaftlichen Produktion bezeichnet Lipták diese Etappe der modernen Geschichte der Slowaken als „die schrecklichste“.<sup>181</sup> Erst ab Mitte der 30er Jahre wurden wenige Verbesserungen in der Industrialisierung der Slowakei erreicht. Aufgrund der neuesten Entwicklungen in Deutschland verlagerten die politischen Repräsentanten der Tschechoslowakei Teile der strategischen Rüstungsindustrie von den Grenzgebieten in das Innere des Landes, in die Slowakei. Der Aufbau neuer Infrastruktur von Westen nach Osten wurde gefördert, Kasernen, Munitionslager, Militärflughäfen waren Projekte, die wenigen Slowaken Arbeit brachten. Die Pläne zur Restrukturierung waren jedoch größer als vorhandene finanzielle Mittel. Somit blieb auch diese Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung unerfüllt. Der einzige Funke Hoffnung auf zukünftige Besserung der Nationalwirtschaft bot die steigende Bildung. Wie Lipták bekräftigt: Eine wichtige Rolle hatte der Zuwachs an Schulen, an denen in Muttersprache unterrichtet wurde wie auch die Präsenz von verschiedenen Vereinen, die eine Volksaufklärung in Wirtschaftsfragen starteten. Moderne Methoden des Privatunternehmens, Kreditaufnahmen und Handels wurden gelehrt.<sup>182</sup> An diesen Bildungsprozessen haben sich zunehmend auch Frauen beteiligt.

#### **4.2.1 Bildung**

Eine höhere Bildung für Frauen wurde in der Slowakei bis 1918 für nicht notwendig gehalten, Analphabetismus war unter ihnen stark verbreitet. Um eine Wende zu erreichen, musste sich erst das neue „Bild der selbständigen Frau“ durchsetzen, das das neue republikanisch demokratische Recht nach dem Ersten Weltkrieg schaffte.<sup>183</sup> Seine Wirkung war vorwiegend in dem tschechischen Teil der Republik spürbar, die

---

<sup>178</sup> Historická statistická ročenka 1985: 822.

<sup>179</sup> Lipták 1998: 120-121.

<sup>180</sup> Vgl. ebd.: 179.

<sup>181</sup> Lipták 1998: 125.

<sup>182</sup> Vgl. ebd.: 181.

<sup>183</sup> Kovačevićová 1998: 16.

tschechischen Frauen waren zu der Zeit modern und weitgehend besser gebildet, somit haben sie auf das neue politische Klima aktiver reagiert. Sie bildeten verschiedene Frauenvereine und nützten neue Bildungsmöglichkeiten. In der Slowakei verlief die Eingliederung der Frauen in das öffentliche Leben träger, jedoch wurde sie gestartet. Die folgenden Daten beziehen sich auf die gesamte Tschechoslowakische Republik, und obwohl man unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage davon ausgehen kann, dass die meisten Studenten in der tschechischen Teilrepublik die Schulen besuchten, ist ein allgemeiner Trend zu beobachten, der sich teilweise auch auf die Slowakei übertragen lässt. Die Bildung gewann allgemein an Bedeutung und damit auch bei den Frauen.

**Tabelle 4-1 Mädchenanteil an den Grundschulen mit 8 Jahren Bildungsdauer**

Schuljahr	Anzahl der Schulen	Schüler gesamt	davon Mädchen
1921/22	13 103	1 822 200	930 100
1929/30	14 021	1 539 800	787 900
1936/37	14 677	1 618 800	832 500

*Quelle: Federální statistický úřad (Hg.): Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 860.*

Aus der Tabelle wird deutlich, dass auf dem Grundschulniveau der Anteil der Mädchen am Anfang der 20er Jahre schon bei ca. 50 Prozent lag und in den nächsten Jahren konstant blieb. Der Anteil der Schülerinnen entsprach der Bevölkerungsstruktur. Andere, steigende Entwicklung verwies der Mädchenanteil auf den Mittelschulen (nächste Bildungsstufe nach der Grundschule).<sup>184</sup>

**Tabelle 4-2 Frauenanteil in den Gymnasien**

Schuljahr	Anzahl der Schulen	Schüler gesamt	davon Frauen
1921/1922	49	15 400	1 900
1929/1930	32	9 800	1 700
1936/1937	29	14 000	3 000

*Quelle: Federální statistický úřad (Hg.): Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 860.*

<sup>184</sup> Die Slowakei hat ein dreistufiges Bildungsmodell: 1. Stufe – Grundschule (8-9 Jahre), 2. Stufe – Mittelschulen (verschiedene Formen: Gymnasium, Berufsschulen mit oder ohne Abitur, Realschulen; 3-5 Jahre), 3. Stufe - Hochschulen, Universitäten.



Der Frauenanteil in den Gymnasien lag Anfang der 20er Jahre bei 12 Prozent. Obwohl es im ersten Moment als sehr wenig erscheint, muss in Betracht gezogen werden, dass die Slowakei ihre erste Abiturientin im Jahr 1918 hatte,<sup>185</sup> in Tschechien war die Lage etwas besser. Fünfzehn Jahre später lag der Frauenanteil bei zwanzig Prozent. Dies ist zwar nur eine kleine Steigerung, interessant aber ist, dass die Anzahl der weiblichen Schüler stieg, obwohl die gesamte Anzahl der Gymnasiasten zurückging. Ein noch steileres Wachstum erlebte der Frauenanteil auf den Realschulen.

**Tabelle 4-3 Frauenanteil auf den Realschulen**

Schuljahr	Anzahl der Schulen	Schüler gesamt	davon Frauen
1921/22	115	47 100	13 100
1929/30	198	58 300	19 100
1936/37	237	106 600	41 000

*Quelle: Federální statistický úřad (Hg.): Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 860.*

Hier lag der Frauenanteil Anfang der 20er Jahre bei 28 Prozent und innerhalb der nächsten 15 Jahre ist er auf 39 Prozent gestiegen. Der zunehmende Frauenanteil an den Gymnasien und Realschulen lässt die Bereitschaft der Frauen, die neuen Bildungsmöglichkeiten zu nutzen, erkennen. In der neuen sozio-politischen Ordnung stieg nicht nur Interesse an der beruflichen Ausbildung, sondern auch an Bildungsformen, die den Besuch von weiteren Bildungsstufen (Hochschulen, Universitäten) ermöglichten, da sie den dafür notwendigen Abiturabschluss boten. Die definitive Geltung des Strebens nach höheren Formen der Bildung erfuhren Frauen allerdings erst im kommunistischen Regime, wo die Frauenbildung einen enormen Aufstieg erlebte. Trotzdem kann die Periode nach dem Ersten Weltkrieg als wichtige Vorstufe des kommunistischen Aufschwungs der Bildung der Frauen verstanden werden.

Eine wichtige Vorbereitung für die Erwerbstätigkeit in Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungsberufen erhielten Studentinnen und Studenten an den spezialisierten Berufsschulen. Auch an diesen ist der Frauenanteil in der Periode der Ersten Tschechoslowakischen Republik deutlich gestiegen.

<sup>185</sup> Vgl. ebd.: 183.

**Tabelle 4-4 Frauenanteil an den Berufsschulen**

Schuljahr	Anzahl der Schulen	Schüler gesamt	Davon Frauen
1921/22	624	58 997	23 533
1929/30	754	65 612	29 617
1935/36	750	68 532	32 465

Quelle Federální statistický úřad (Hg.): *Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 861.*

Schon Anfang der 20er Jahre lag der Frauenanteil bei ca. 40 Prozent. Mitte der Dreißiger lag er schon bei knapp 50 Prozent, was eine Steigerung von 10 Prozent innerhalb von fünfzehn Jahren bedeutet.

#### 4.2.2 Familienstand und Erwerbstätigkeit

Mit der steigenden Bildung und den besseren Möglichkeiten der Frauen zur Erwerbstätigkeit veränderte sich auch die traditionelle Rolle der Frauen besonders in der gebildeten Mittelschicht und in den Städten. Es wurden weniger Ehen geschlossen, die Geburtenrate ging zurück und die Anzahl der Scheidungen stieg.

**Tabelle 4-5 Natürliche Mobilität der Bevölkerung der Slowakei (Angaben berechnet auf 1000 Bewohner)**

Jahr	Eheschließungen	Scheidungen	Neugeborene
1920-1924	9,7	0,18	35,4
1925-1929	8,7	0,16	31,1
1930-1934	8,0	0,20	26,7
1935-1939	7,1	0,24	22,7

Quelle: Buchvaldek, M., et al.: *Československé dějiny v datech. Praha 1986, S. 651.*

Die Erwerbstätigkeit ermöglichte den Frauen eine eigene Existenz auch unabhängig vom Mann. Die Anzahl der Eheschließungen sank innerhalb von 20 Jahren um mehr als zwei Punkte, gleichzeitig stieg um mehr als sechs Punkte die Anzahl der geschiedenen Ehen und es sank die Zahl der Neugeborenen. Diese rapide fallende Entwicklung ist deutlich in den 30er Jahren, in denen das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise stürzte, was eine hohe Arbeitslosigkeit und Armut zur Folge hatte und was sich auf die sinkenden Geburten- und Eheschließungsrate sicherlich auswirkte. Interessant ist jedoch die Steigung der Scheidungen. In schweren sozioökonomischen Bedingungen wagten sich

zunehmend mehr Frauen eine eigene Existenz getrennt vom Mann aufzubauen. Dies lässt sich durch die wachsende Fähigkeit sich auf dem Arbeitsmarkt zu positionieren und finanzieller Unabhängigkeit erklären.

### 4.2.3 Familiäre Gewalt

Trotz dieser positiven Bildungsentwicklung blieb die Mehrheit der Frauen in den alten Stereotypen gefesselt. Der oben beschriebene Aufschwung betraf vor allem Bürger aus Großstädten, auf dem Land, wo die absolute Mehrheit der Slowaken lebte, blieben diese Prozesse unerreichbar. Hier steckte der Großteil von Frauen weiterhin in den traditionellen Verhältnissen der Zweitrangigkeit und der Gewalt fest. Ethnologen und Soziologen schätzen, dass bis zum Anfang des Sozialismus *die Mehrheit der Frauen in den slowakischen ländlichen Gebieten unter starker Gewalt und Missbrauch litt.*<sup>186</sup>

Im Jahr 1936 führte eine slowakische Zeitung (*Slovenské zvesti*) eine Umfrage durch, in der Frauen ihre Erfahrungen mit der Gewalt in den Familien beschreiben sollten. In einem dieser Berichte stand: „Als ich noch ein junges Mädchen war, habe ich häufig gesehen, wie mein Vater mit meiner Mutter umgegangen ist. Er hat sie häufig so verprügelt, dass sie kaum noch auf den Beinen stehen konnte. Ich erinnere mich auch, wie mein Großvater mit einer Peitsche meine Großmutter über das Gesicht geschlagen hat, und da war sie schon 60. Damals hat mir meine Mutter gesagt: ‚Mach dir nichts daraus, du kommst auch an die Reihe.‘ Ich bin seit fünf Jahren verheiratet und ich habe keine Stelle am Körper, wo mich mein Mann noch nicht geschlagen hat. Bei uns wird es für normal gehalten, als wäre es so in Ordnung.“<sup>187</sup> Diese und ähnliche Erfahrungen haben zu dieser Zeit, laut der Umfrage, Tausende von Frauen gemacht.

### 4.2.4 Der Slowakische Staat (1939-1944)

Aus der Periode des Slowakischen Nationalstaates sind nur wenige Daten erhalten, was den Aufweis der weiteren Entwicklung der Bildung und Erwerbstätigkeit der Frauen erschwert. Jedoch können wichtige allgemeine Tendenzen aufgezeigt werden, die einen Trend in der Entwicklung vermuten lassen. Nach der Entstehung des Slowakischen Staates erlebte die slowakische Wirtschaft einen enormen Aufschwung. Unter den Flü-

---

<sup>186</sup> Lábadyová 1998: 98.

<sup>187</sup> Bericht aus *Slovenské zvesti* 1936, Nr.50. in Lábadyová 1998: 99, übersetzt aus dem Slowakischen.

geln des Deutschen Reiches begann die Industrie zu wachsen und die Arbeitslosigkeit zu sinken. Der Beschäftigungsgrad in der Industrie stieg von 113 700 im Jahr 1937 auf 174 000 im Juni 1944.<sup>188</sup> Es lassen sich drei wichtige Quellen von Arbeitsplätzen erkennen. Erstens: Rüstungs-, Textil-, Lebensmittelindustrie erlebten eine enorme *Konjunktur*. Zweitens: Viele *Arbeitsplätze*, die vorher von *Tschechen* besetzt waren, wurden an slowakische Intellektuelle übergeben, wobei es sich vor allem um Arbeitsplätze in der staatlichen Verwaltung, im Schulwesen, der Armee und bei der Polizei handelte. Drittens: Alle *Kleinunternehmen* und Betriebe, die *Juden* gehörten, wurden in das Eigentum von Slowaken überführt.<sup>189</sup> Nicht nur Männer, auch Frauen bekamen zahlreiche Arbeitsmöglichkeiten. Jedoch wurden die lukrativen und strategisch wichtigen Arbeitspositionen von Männern besetzt, Frauen fanden Verwendung vorwiegend in der manuellen Arbeit in Leichtindustrie und Landwirtschaft.

Die neue sozio-politische Ordnung brachte ganz neue Tendenzen in die demographische Entwicklung. Während in der Zwischenkriegszeit die Geburten- und Heiratsrate sanken, verzeichneten sie in der Kriegszeit einen Zuwachs.

**Tabelle 4-6 Natürliche Mobilität der Bevölkerung in der Slowakei (Angaben berechnet auf 1000 Bewohner)**

Jahr	Eheschließungen	Scheidungen	Neugeborene
1935-1939	7,1	0,24	22,7
1940-1944	8,2	0,25	24,9

*Quelle: Buchvaldek, M., et al.: Československé dějiny v datech. Praha 1986, S. 651.*

Die Scheidungsrate behielt eine steigende Tendenz, die sie schon in der Vorkriegszeit hatte. Es stieg nun auch die Anzahl der Eheschließungen. Diese Entwicklung lässt trotzdem nicht hoffen, dass sich die Lebenslage der Frauen in der Familie verbesserte, und die Gewalt gegen Frauen zurückgegangen ist. Das traditionelle patriarchalische Modell des Slowakischen Staates ersetzte die liberalen Ideen der jungen Demokratie der Tschechoslowakei, bevor sie sich vollständig auf dem Land ausbreiten konnten. Damit blieb die Gewalt gegen Frauen ein sehr verbreitetes Problem. Steigende Tendenz hatte auch die Anzahl der Neugeborenen. Dies kann durch die Besserung der Wirtschaftslage vielen slowakischen Familien erklärt werden.

<sup>188</sup> Lipták 1998: 199.

<sup>189</sup> Lipták 1998: 199-208.

#### **4.2.5 Die Bedeutung der vorkommunistischen Periode**

In der Periode der ersten Staatlichkeit und des Slowakischen Staates ist es schwierig konkrete Zusammenhänge zwischen den Änderungen in der sozialen Lage der Frauen und ihren politischen Aktivitäten zu belegen. Die neuen sozialen Entwicklungen waren trotzdem bedeutend: Frauen fingen an zu studieren und in Betrieben zu arbeiten. Auch wenn ihre Wege in die Öffentlichkeit noch viel begrenzter als die der Männer waren, haben sich ihnen neue Möglichkeiten und Chancen eröffnet, die in der nächsten kommunistischen Periode weiter entwickelt wurden. Die Wurzeln der Frauenemanzipation sind auf mehrere Determinanten zurückzuführen. Einerseits war es die neue demokratische Ideologie, die in der Tschechoslowakei das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht und ein neues Bild der Frau implizierte. Andererseits war hier auch die wirtschaftliche Misere entscheidend, die eine Erwerbstätigkeit der Frauen und ein zweites Einkommen für die Familie verlangten. Die trotz allen Hindernissen langsam steigende Erwerbstätigkeit der Frauen half ihnen Wege aus den Fesseln der Gewalt des Mannes zu suchen, sie war zu der Zeit noch sehr präsent, und das hat sicherlich auch das Selbstbild vieler Frauen negativ beeinflusst. Auch deshalb war der Weg der Frauen aus der Häuslichkeit sehr wichtig, aber keinesfalls einfach.

#### **4.3 Frauen im Kommunismus 1948 - 1989**

Die Machtübernahme der Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete für die Sozialisation der Frauen eine große Revolution. Die Sicht der Rolle der Frauen und insgesamt des Verhältnisses der Geschlechter veränderten sich im Vergleich zu der vorherigen Politik (vor allem im klerikalen Slowakischen Staat) grundlegend. Die neue Autorität begann einen forcierten Emanzipationsprozess von oben, der durch zwei Faktoren voran getrieben wurde. Aus *ideologischen* Gründen wurde die Gleichberechtigung der Frauen angestrebt, aus *pragmatischen* Gründen suchte man neue Arbeitskräfte und drang auf die Eingliederung der Frauen in den öffentlichen Bereich. Die Mehrheit der slowakischen Frauen folgte dieser Politik und praktizierte im Rahmen der unter kommunistischer Herrschaft gebotenen Möglichkeiten neue Lebensformen.

Die kommunistische Periode mit den hochgesteckten Zielen von Staat und Partei wie auch Frauen war durch viele Widersprüche gekennzeichnet, weshalb ihre positive Aus-

wirkung häufig relativiert wird. Trotz aller negativen Erfahrungen mit der kommunistischen „Zwangsemanzipation“ schöpften Frauen aus der Periode einige Vorteile, auf dem Weg zur sozialen Gleichberechtigung.

#### **4.3.1 Soziale und politische Gleichheit – das kommunistische Maximum**

Die marxistische Ideologie, die das erste wichtige Fundament der Emanzipation darstellte, legte großen Wert auf grundlegende Veränderung der sozioökonomischen Verhältnisse in der Gesellschaft und sah in ihnen die Triebkraft für die gesellschaftliche Entwicklung. „Die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse bildet die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmten gesellschaftlichen Bewusstseinsformen entspricht.“<sup>190</sup> Der Weg zu politischer und juristischer Gleichstellung musste mit dem ökonomischen sozialen Umbau beginnen. Der Emanzipationsprozess der Geschlechter ordnete sich diesem Muster ein, die Gleichberechtigung von Frau und Mann auf dem sozialen Feld wurde als eine wichtige Vorstufe zur politischen Gleichheit gesehen. Die offizielle Propaganda betonte, „dass wirkliche Gleichberechtigung der Frau nur dadurch möglich wird, dass auch die Frau neben dem Mann einer geregelten Berufstätigkeit nachgeht.“<sup>191</sup> Damit wurde die ideologisch-programmatische Basis für die Eingliederung der Frau in das öffentliche und vor allem berufliche Leben festgelegt.

#### **4.3.2 Ziele des Staates: Arbeitskräfte und Kontrolle der Frauen**

Die Gleichstellung der Frauen war nicht nur für die kommunistische Partei und Ideologie wichtig - es gab vielmehr auch rein pragmatische Faktoren, die die Frauen, aber auch den Staat, zu Gewinnern der Emanzipation machte.

##### *Mangel an Arbeitskräften*

Nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Machtübernahme der Kommunisten im Februar 1948 begann ein großer Umbau der slowakischen Wirtschaft. Die bis dahin nichtstaatliche Industrie wurde in die Hände des Staates übergeleitet, gigantische Bauprojekte wurden gestartet, die private Landwirtschaft wurde in staatliche Kolchosen

---

<sup>190</sup> SBZ von A bis Z 1963: 301.

<sup>191</sup> SBZ von A bis Z 1963: 179.

(Jednotné roľnícke družstvá -JRD) umgeformt. Auf diese große wirtschaftliche Umstrukturierung war der Staat, vor allem aus Sicht der nötigen Arbeitskräfte, jedoch nicht ausreichend vorbereitet und das Land geriet in Transformationsschwierigkeiten. Aus Angst vor der neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung emigrierten zu der Zeit viele Menschen ins Ausland. Der Staat erlitt dadurch einen großen Verlust an Arbeitskräften und um die neuen wirtschaftlichen Projekte am Leben zu erhalten, mussten neue Kräfte gefunden werden, vor allem in der Leichtindustrie, für monotone und schlecht bezahlte Arbeit wurden in den 50er und in den 60er Jahren dringend Menschen gesucht.<sup>192</sup> Die Kommunisten haben aus dieser Not heraus nach dem weiblichen Arbeitskräftepotenzial gegriffen, und über dies entsprach ja die Eingliederung der Frauen in den Arbeitsprozess der marxistischen Ideologie. „The need to mobilize all available labour reserves coincided nicely with the emphasis Marxist writings attached to work outside the home as a precondition for women’s emancipation...“<sup>193</sup> Immer häufiger wurde das Bild der erwerbstätigen Frau in allen Medien stolz vermittelt, eine nicht erwerbstätige Frau galt bald als seltene Ausnahme. Ob in der Leichtindustrie oder in der Verwaltung, auf großen Baustellen, überall wurden nun Frauen eingesetzt. „Alle Arbeiten, von denen es bisher undenkbar war, dass Frauen sie durchführen können, werden von ihnen vorbildlich geleistet, das Baggerführen, Baggerschmieren, Klappenschlagen, die Bedienung der E-Loks, Stellwerke und Weichen. ... Erst in dem Arbeiter-Bauern-Staat ist dies möglich geworden.“<sup>194</sup> Bald wurde für Frauen auch Nacharbeit erlaubt und der besondere Arbeitsschutz für Frauen wurde eingeschränkt, wie auch der Schutz von Schwangeren und Stillenden.<sup>195</sup> Der Druck der Politik ließ nicht nach und die Erwerbstätigkeit der Frauen stieg drastisch an. Die Ethnologin Soňa Kovačevičová bezeichnete diesen Zeitabschnitt als Ära „der Zwangsemanzipation“.<sup>196</sup> Die Erwerbstätigkeit der Frauen wurde nicht mehr zum Recht, sondern zur Pflicht. So hat bis 1989 die Erwerbstätigkeit der slowakischen Frauen, die über 14 Jahre alt waren, volle 60 Prozent erreicht.<sup>197</sup>

---

<sup>192</sup> Filadelfiová et al. 1999: 17.

<sup>193</sup> Wolchik 1981: 135.

<sup>194</sup> Schütze 1959: 107.

<sup>195</sup> SBZ von A bis Z 1963: 154.

<sup>196</sup> Kovačevičová in Bútorová 2001: 44.

<sup>197</sup> Vgl. ebd.: 192.

**Tabelle 4-7 Entwicklung der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung in der Tschechoslowakischen sozialistischen Republik**

<b>Jahr</b>	<b>Erwerbstätige insgesamt</b>	<b>Davon erwerbstätige Frauen</b>	<b>Frauenanteil auf dem gesamten Arbeitsmarkt</b>
1948	100	100	37,4
1958	109,6	123,1	42,0
1970	124,9	151,9	45,5
1983	136,3	167,1	45,8

*\*Angaben sind in Prozent (Jahr 1948 = 100 Prozent)*

*Quelle: Federální statistický úřad (Hg.): Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 149.*

Falls wir das Jahr 1948 als Ausgangspunkt mit der Quote 100 annehmen, dann können wir sehen, dass innerhalb der folgenden zehn Jahre die Erwerbstätigkeit der Frauen in der gesamten Tschechoslowakei um 23 Prozent stieg und Anfang der 70er Jahre schon bei vollen 50 Prozent lag. Im Vergleich des gesamten Arbeitsmarktes lässt sich erkennen, dass 1948 Frauen einen Anteil von 37,4 Prozent auf dem Arbeitsmarkt hatten. In den 70er Jahren lag die Erwerbstätigkeit der Frauen nur knapp zehn Prozent unter der der Männer.

#### *Kontrolle über Frauen und Kinder gewinnen*

Der nächste pragmatische Grund, der die Kommunisten zur Förderung der Erwerbstätigkeit der Frauen bewog, war mit dem Streben nach der Kontrolle über Frauen im Beruf und Kinder in Erziehung verbunden. Die neue Ideologie strebte die „Befreiung“ der Gesellschaft von religiösen Einflüssen an. Die Slowakei ist ein Land mit einer bedeutenden christlichen Tradition. Vor allem bei Frauen spielte zu der Zeit der Glauben eine wichtige Rolle. Frauen aus der Privatsphäre in das öffentliche Leben zu bringen, war eine wichtige Voraussetzung einer atheistischen Neuorientierung der Gesellschaft. „Ein ideologischer Kampf gegen die ‚unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung‘ wurde geführt.... Gottlosigkeit wurde aus Grundsatz gefordert.“<sup>198</sup> Dies war aber nur schwer möglich, solange Frauen in ihrer privaten Umgebung blieben. „Unter den Bedingungen der Isolation vom Produktionsbereich und vom gesellschaftlichen Leben bildet sich bei den Frauen, die kein Bildungsniveau haben, eine religiöse Psychologie

<sup>198</sup> SBZ von A bis Z 1963: 239.



heraus, die besonders feste Wurzeln im Alltag und in der Familie hat.“<sup>199</sup> Im kommunistischen Kollektiv wurde die religiöse Weltanschauung angreifbar. Frauen wurden in den Arbeitsprozess eingegliedert und die Kinder in den staatlichen Erziehungseinrichtungen atheistisch erzogen. Damit wurde die Kontrolle über zwei Zielgruppen gewonnen. Die Kindergärtnerinnen wurden an besonderen pädagogischen Schulen gebildet, damit sie die vollkommene Erziehung zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ durchführen konnten.<sup>200</sup>

**Tabelle 4-8 Entwicklung von Kindergärten in der Slowakischen sozialistischen Republik**

<b>Jahr</b>	<b>Anzahl von Kindergärten</b>	<b>Anteil von betreuten Kindern (3-6 Jahre) in Kindergärten (in %)</b>	<b>Erwerbstätige Mütter</b>
1945	335	10,6	-
1951	1 425	25,3	20 200
1960	1 901	30,0	56 096
1970	2 645	51,0	101 443
1983	3 931	86,1	223 498

*Quelle: Federální statistický úřad (Hg.): Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 789.*

Während 1945 nur 10 Prozent aller Kleinkinder (3-6 Jahre) einen Kindergarten besuchen, hat sich ihr Anteil innerhalb der folgenden sechs Jahre mehr als verdoppelt. Vierzig Jahre später gab es in der Slowakei knapp 4000 staatliche Kindergärten, in denen mehr als 85 Prozent aller Kinder betreut wurden. Der Betrieb der Kindergärten wurde aus der staatlichen Kasse großzügig finanziell unterstützt. Viele Familien nahmen auch deshalb das Angebot des Staates an und brachten ihre Kinder in den kostenfreien Einrichtungen unter. Dadurch erhöhte sich in der dreißigjährigen Epoche von 1951 – 1983, die Erwerbstätigkeit der Mütter von Kleinkindern um das zehnfache.

Eine ähnliche Situation herrschte auch bei der Betreuung von Schulkindern, die während des Kommunismus deutlich zugenommen hat. Ganztagschulen, aber auch Kinderhorte erleichterten Frauen ihre berufliche Tätigkeiten und bezogen die Kinder

<sup>199</sup> Karatajewa 1988: 125.

<sup>200</sup> SBZ von A bis Z 1963: 238.

tiefer in die staatlichen Strukturen ein, nicht zuletzt durch die Mitgliedschaft im kommunistischen Jugendverband.

### 4.3.3 Frauen und ihre Gründe für Erwerbstätigkeit

Nicht nur der Staat, sondern auch die Frauen selbst hatten Interesse an der Erwerbstätigkeit: Es gab die *ökonomische Notwendigkeit Geld zu verdienen* und die *Sehnsucht nach beruflicher Selbstverwirklichung*.

#### *Die Familie finanziell sichern*

Die wirtschaftliche Lage der Slowakei erlitt, nach einer Erholung gegen Ende der 60er Jahre, in den 70er Jahren wieder einen Rückschlag. Im Jahr 1970 lebten in der Slowakei 9,56 Prozent aller Haushalte unterhalb des sozialen Minimums.<sup>201</sup> 1,13 Prozent der Haushalte lebten unter der Grenze des Existenzminimums.<sup>202</sup> Jeder zehnte Haushalt war arm.<sup>203</sup> Unter diesen Bedingungen war eine bezahlte Arbeit für viele Frauen und ihre Familien überlebenswichtig. In den slowakischen Familien entwickelte sich schnell ein Doppellohnmodell, das bis zum heutigen Tag präsent ist.

#### *Ökonomisch unabhängig sein*

Die kommunistische Ideologie plante von vornherein die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen, nicht nur für ledige, sondern auch für verheiratete und geschiedene Frauen. Die finanzielle Abhängigkeit der Frauen von den Männern sollte aufgehoben werden. „Der Unterhaltsanspruch von Ehefrauen, insbesondere nach Ehescheidungen, wurde unter Hinweis auf die Gleichberechtigung der Frau nicht anerkannt.“<sup>204</sup> Es wurde davon ausgegangen, dass „in der sozialistischen Gesellschaft jeder arbeitsfähige Mensch seinen Unterhalt durch eigene Arbeit verdienen muss.“<sup>205</sup> Es kann darüber spekuliert werden, mit welchem Ziel diese Richtlinie gesetzt wurde. Natürlich kann es auch als eine Art von Zwang verstanden werden, Frauen zur Arbeit anzuhalten, wenn sie überle-

---

<sup>201</sup> Es handelte sich um Familien, die sich keinen regelmäßigen Urlaub leisten konnten, keinen Besuch von kulturellen Veranstaltungen, kein Auto besaßen. Sie hatten nur die notwendigsten Sachen fürs Überleben.

<sup>202</sup> Familien, deren finanzielle Mittel nicht mal für Lebensmittel, Kleidung oder Wohnung ausreichend waren.

<sup>203</sup> Sme 4.10.2001. <http://www.sme.sk/clanok.asp?vyd=20011004&cl=123125>

<sup>204</sup> SBZ von A bis Z 1963: 179.

<sup>205</sup> SBZ von A bis Z 1963: 136.

ben wollten. Andererseits muss auch beachtet werden, dass durch diese Politik die Frauen eine enorme Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber dem Mann gewannen, was viele genossen und positiv bewerteten.

#### *Berufliche Selbstverwirklichung*

Während des Kommunismus wurde nicht nur die Erwerbstätigkeit der Frauen gefördert, sondern auch ihre Bildung. Es wurde größter Wert auf die Ausbildung der Frauen gelegt. Während in den ersten Jahren der kommunistischen Ära Frauen nur für manuelle Arbeiten in der Industrie vorgesehen waren, stieg in den folgenden Jahren ihr Anteil in verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarktes (vor allem Gesundheits- und Schulwesen), auch dank ihrer steigenden Bildung. In den 80er Jahren war das Bildungsniveau der Frauen vergleichbar mit dem der Männer.

**Tabelle 4-9 Entwicklung einer abgeschlossenen Bildung von Männern über 15 Jahre in der Slowakischen sozialistischen Republik (SSR)**

Jahr	Insgesamt	Grundbildung (8-9 jährige)	Berufschule ohne Abitur	Gymnasium	Berufschule mit Abitur	Hochschule	Ohne Bildung
1950	1 166 612	1 024 186	48 320	22 511	29 860	11 749	16 047
1970	1 600 083	787 660	502 150	53 107	154 272	69 459	11 659
1980	1 788 291	775 327	567 909	62 026	239 198	117 386	10 198

*Quelle: Federální statistický úřad (Hg.): Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 631.*

**Tabelle 4-10 Entwicklung einer abgeschlossenen Bildung von Frauen über 15 Jahre in der SSR**

Jahr	Insgesamt	Grundbildung (8-9 jährige)	Berufschule ohne Abitur	Gymnasium	Berufschule mit Abitur	Hochschule	Ohne Bildung
1950	1 280 237	1 166 818	40 820	8 970	16 706	1 708	24 060
1970	1 688 165	1 218 567	179 381	70 826	141 620	30 463	18 662
1980	1 900 805	1 133 528	292 737	90 689	271 802	72 904	17 425

*Quelle: Federální statistický úřad (Hg.): Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 631.*

Die Tabellen zeigen, dass Frauen in ihrem Bildungsniveau mit den Männern Schritt hielten und auf manchen Ebenen sogar überlegen waren. Während Männer meistens Berufsschulen ohne Abiturabschluss wählten, griffen Frauen bei ihrer Bildung eine Stufe höher. Obwohl Frauen in den 50er Jahren mit einer niedrigeren Quote bei Gymnasiasten als Männer angefangen hatten, überholten sie die Anzahl der männlichen Studenten An-

fang der 80er Jahre um 30 000. Der gesamte Anteil von Schülerinnen auf den Gymnasien erhöhte sich um das Zehnfache. Einen ähnlichen Aufstieg erreichten Frauen auch auf den restlichen Schulen mit Abiturabschluss und Berufsspezialisierung. In den 80er Jahren war der Frauenanteil auf diesen Schulen ebenso um 30 000 höher als der männliche Anteil. Da Frauen großen Wert auf höhere Bildungsformen legten, stieg auch ihre Hochschulbildung kontinuierlich. Während im Jahr 1950 nur 0,13 Prozent von allen Frauen mit Bildungsabschluss einen Hochschulabschluss erhielten, waren es 1980 schon 3,8 Prozent von allen ausgebildeten Frauen.

Anhand der Zahlen muss festgehalten werden, dass die Bildung der Frauen im Sozialismus einen enormen Aufschwung erlebte. Ein unlösbares Problem blieb jedoch die Akzeptanz der Bildung auf dem Arbeitsmarkt. Dort wurde die Frauenbildung häufig unterschätzt und Frauen, obwohl mit adäquater Bildung, erreichten oft nur niedrigere Positionen als ihre männlichen Kollegen. Die formalen Voraussetzungen waren vorhanden, aber die Wirklichkeit war gekennzeichnet durch: *niedrige Ausnutzung der realen Qualifikation von Frauen, Lohndiskriminierung, Diskriminierung in Karrierechancen, niedrigen Frauenanteil in leitenden Wirtschaftsfunktionen.*<sup>206</sup> Magdaléna Piscová hält fest, dass das Bildungsniveau der Frauen in der Vergangenheit eines von den politischen Argumenten war, anhand dessen die Gleichberechtigung der Frauen demonstriert wurde. Auf der anderen Seite wurde weniger über die wachsende Kluft zwischen der Bildung der Frauen und ihrer professionellen Umsetzung berichtet.<sup>207</sup> Frauen erreichten auf ihren Karrierewegen meistens nur untere, teilweise mittlere Führungspositionen, der Aufstieg in die höheren Kreise blieb den Frauen unzugänglich. Alle diese negativen Faktoren hielten die Frauen jedoch nicht von ihrer Erwerbstätigkeit ab und die Frauen blieben in den Arbeitsprozess eingegliedert, da dies allein schon historisch und real ein Gewinn für sie war.

#### **4.3.4 Lebenssituation der Frauen**

Die Veränderungen der Familienstrukturen begannen schon in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Die Hochzeits- und Geburtenrate gingen zurück und dem entgegen stieg die Scheidungsrate. Die Frauen fingen langsam an, ihre Aufgaben auch außerhalb

---

<sup>206</sup> Bútorová 1996: 84.

<sup>207</sup> Piscová 1998: 4.

der Familie zu suchen. Dieser Entwicklungstrend wurde im Sozialismus noch deutlicher. Schon wenige Jahre nach Beginn des Emanzipationsprozesses hatte die Slowakei ernsthafte Probleme mit der rapide sinkenden Anzahl von Neugeborenen. Die Frauen waren durch die Erwerbstätigkeit immer stärker belastet. Ein Großteil der Frauen arbeitete in zwei Schichten, vormittags im Beruf und nachmittags im Haushalt. Viele Frauen hatten ihre Kräfte bald aufgebracht und sie mussten ihre Rollen (reproduktive und produktive) reduzieren. Das hieß nicht, dass sie auf Grund der vorgezogenen Erwerbstätigkeit auf die Mutterschaft komplett verzichteten, sie wurde aber deutlich begrenzt.

**Tabelle 4-11 Entwicklung der Geburtenrate in der Slowakei**

<b>Jahr</b>	<b>1950</b>	<b>1960</b>	<b>1970</b>	<b>1980</b>	<b>1990</b>
Neugeborene pro 1000 Bewohner	28,8	22,1	17,8	19,1	15,1

*Quelle: Filadelfiová, J., Guráň, P.: Demografické trendy a rodina v postkomunistických krajinách európy. Bratislava 1997, Tab. A.1.*

Wie aus Tabelle 4-11 sichtbar wird, ist innerhalb der vierzigjährigen Periode die Geburtenrate auf fast die Hälfte zurückgegangen. Große Familien mit Kindern wurden zu Ausnahmen, dagegen entwickelte sich ein Familienmodell mit einem oder zwei Kindern. Und während die Geburtenrate fiel, stieg kontinuierlich die Abtreibungsrate.

**Tabelle 4-12 Entwicklung der Abtreibungsrate in der Slowakei**

<b>Jahr</b>	<b>1960</b>	<b>1970</b>	<b>1980</b>	<b>1990</b>
Anzahl der Abtreibungen pro 1000 Bewohner	5,2	6,2	6,3	9,1

*Quelle: Filadelfiová, J., Guráň, P.: Demografické trendy a rodina v postkomunistických krajinách európy. Bratislava 1997, Tab. E.1.*

Die Entscheidung für eine Mutterschaft ging im Sozialismus zurück. In den 80er Jahren hatte der Abbau der Beratungskommissionen eine zentrale Bedeutung, die Zugänglichkeit zur Abtreibung stieg. Im Kommunismus wurde auch die Wahrnehmung der Ehe verändert. Soňa Čechová gibt an, dass der Kommunismus den „Mythos freier Liebe“<sup>208</sup> mit sich brachte. Die Anzahl der Eheschließungen ging in der kommunistischen Periode

<sup>208</sup> Čechová in Bútorová 2001: 67.

um mehr als die Hälfte zurück, nicht zuletzt auch dank der ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen.

**Tabelle 4-13 Heiratsrate in der Slowakei**

Jahr	1950	1960	1970	1980	1990
Heiratsrate pro 1000 Bewohner	11,3	8,1	7,9	7,6	5,1

*Quelle: Filadelfiová, J., Guráň, P.: Demografické trendy a rodina v postkomunistických krajinách európy. Bratislava 1997, Tab. C.1.*

Die Ehe verlor an Wert und damit stieg kontinuierlich auch die Anzahl der Scheidungen.

**Tabelle 4-14 Scheidungsrate in der Slowakei**

Jahr	1950	1960	1970	1980	1990
Anzahl der Scheidungen pro 1000 Bewohner	0,5	0,6	0,8	1,3	1,7

*Quelle: Filadelfiová, J., Guráň, P.: Demografické trendy a rodina v postkomunistických krajinách európy. Bratislava 1997, Tab. D.1.*

Während vor den 50er Jahren die Scheidungsrate noch durch religiöse Einflüsse in Grenzen gehalten wurde, hat sie sich in den folgenden Jahren des Kommunismus fast verdreifacht.

#### **4.3.5 Die Früchte der kommunistischen Ära – Eine Zwischenbilanz**

*„Nach der Entstehung des sozialistischen Staates mussten unsere Frauen nicht um die Emanzipation kämpfen, sie wurden in diese hineingeschubst, sie mussten ihren Zutritt im öffentlichen Raum nicht erkämpfen, dieser wurde ihnen, nicht nur aus ideologischen und politischen, aber auch und besonders aus ökonomischen Gründen geschenkt, oder sogar aufgezwungen.“<sup>209</sup>*

Slowakische Frauen haben sich mit der „geschenkten“ Emanzipation abgefunden, und das nicht unbedingt als Opfer. Sie haben sich eingelebt und ihr Leben nach den neuen Möglichkeiten umgestaltet. Der Sehnsucht nach professioneller Selbstverwirklichung wuchs mit dem Anstieg des Ausbildungsgrades der Frauen. Nicht nur die Quote, vor

<sup>209</sup> Farkašová 1998: 55.

allem aber die Qualität und Stufe der erreichten Bildung nahm zu. Um Frauen in den Arbeitsprozessen zu halten, stiegen auch die Dienstleistungen in Bezug auf die Kinderbetreuung. Nicht nur für Kleinkinder, sondern auch für Schulkinder nahm die staatliche Pflege zu. Frauen haben die Angebote als Chance auf eine andere Art der Selbstverwirklichung verstanden. Neben der Rolle als Mutter und Ehefrau konnten Frauen nun als Erwerbstätige leben. Wie es eine slowakische Literatin benannte, entwickelte sich daraus bei den slowakischen Frauen nicht nur eine „Doppelbelastung“, sondern auch eine „Doppelliebe“,<sup>210</sup> die Liebe zur Familie und zum Beruf. Es wurden zwar in der Zeit weniger Ehen geschlossen und weniger Kinder geboren, aber man kann nicht sagen, dass Frauen sich komplett von der traditionellen Familienrolle getrennt haben. Sie haben eher den Spagat zwischen beruflicher und familiärer Aufgabe geleistet.

#### **4.3.5.1 Auswirkungen des Sozialismus auf die Rolle der Frauen in der Politik**

Der Sozialismus hat die Frauen in die Berufstätigkeit „gedrängt“ und die Frauen nahmen es teilweise gerne an. Was allerdings der Sozialismus nicht geschafft hat, war eine wirkliche Gleichheit der Lebenslage und Aufstiegschancen für Frauen und Männer. In der beruflichen Umsetzung der erreichten Bildung blieben Frauen immer mindestens einen Schritt hinter den Männern. Die Abwertung des intellektuellen Potenzials der Frauen spiegelte sich in allen Bereichen wider und damit auch in der Politik, wo für leitende Positionen vorwiegend Männer vorgesehen wurden. Damit ist die slowakische Gesellschaft in die neue, postkommunistische Realität mit zwei Erfahrungen gegangen. *Einerseits, war sie an eine hohe Erwerbstätigkeit und Bildungsqualität der Frauen gewöhnt, andererseits fand das Potenzial der Frauen keine angemessene Berücksichtigung in Gesellschaft und Politik.*

Trotz dieser erfahrenen Benachteiligung entdeckten einige Frauen in der nachkommen- den politischen und sozialen Ordnung neue Chancen für ihre Selbstverwirklichung. Diese Aussichten auf eine bessere und gerechtere Umsetzung ihrer Kenntnisse wären in der offenen Gesellschaft nicht möglich, wenn die Frauen die wichtigen professionellen Erfahrungen aus dem Sozialismus nicht besäßen. Die Vorteile der gesammelten Erfahrungen haben auch die acht interviewten Politikerinnen bestätigt. Nach der politischen Wende 1989 waren sie alle Anfängerinnen in der Politik, aber keine von ihnen eine Anfängerin im öffentlichen Bereich. Sie alle arbeiteten vorher in der Wissenschaft oder in

---

<sup>210</sup> Gregorová-Prášilová in Farkašová 1998: 58.

staatlichen Betrieben, unterrichteten an Schulen, arbeiteten in den Medien oder in Kultur- und Sozialinstitutionen. Alle Erfahrungen aus dem beruflichen Leben waren für sie ein wichtiges Kapital, auf dem sie ihre politische Karriere aufbauen konnten. Alle der acht Frauen besaßen ebenso einen Hochschulabschluss, was für eine hohe Leistungsfähigkeit und auch Akzeptanz unter den Kollegen in den Parteien, im Parlament und teilweise auch bei den Wählern sorgte. Sechs von ihnen sind Mütter, wodurch sie auf der anderen Seite eine Flexibilität für die Bewältigung von mehreren Aufgaben in ihrem Leben entwickelt haben. Diese Flexibilität und die hohe Leistungsfähigkeit ist für die Aktivitäten in der Spitzenpolitik lebensnotwendig.

Der Sozialismus wurde durch viele Widersprüche geprägt. Frauen haben damals keine privilegierte Positionen im öffentlichen Bereich genossen, aber sie lernten selbständig und flexibel zu sein, was ihre Anpassungsfähigkeit in der Folgezeit positiv beeinflusst hat.

#### **4.4 Politische und soziale Wende**

*„Die Psychologie behauptet, dass die Frauen bessere Anpassungsfähigkeiten als die Männer haben, sowie besser die Stresssituationen bewältigen können. Hierbei lässt sich erwarten, dass sich in dieser ohne Zweifel schwierigen Zeitperiode der wirtschaftlichen Änderungen die Frauen besser auskennen sollten und die Chancen besser ausnützen können, die im Zusammenhang mit dem Übergang zur Marktwirtschaft und vor allem der Annahme und Stärkung der demokratischen Ordnung aufgetaucht sind.“<sup>211</sup>*

Wie weit diese Aussage auf die slowakischen Frauen zutrifft, wird in diesem Kapitel diskutiert. Die gesamte Gesellschaft musste sich in einer vollkommen neuen Ordnung zu recht finden. Die Planwirtschaft wurde durch Freiwirtschaft ersetzt, in dessen Folge viele Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Staatliche Unternehmen wurden nach Privatisierung gezielt oder durch ungeschicktes Handeln zum Bankrot gebracht. Schatten der Armut und Arbeitslosigkeit breitete sich aus. Die Frauen traten in die Strukturen der neuen sozialen Ordnung aus professioneller Sicht nicht unvorbereitet. Sie waren keine Anfängerinnen im öffentlichen Bereich, sie besaßen hohe Bildung und wertvolle Be-

---

<sup>211</sup> Lisowska 1998: 144.



rufserfahrungen. Nachteilig wirkte sich jedoch die andauernde Erfahrung der Schlechterstellung der Frauen am Arbeitsplatz und in der Familie aus, wie auch der neue Einzug der traditionellen Überlegungen zur Frauenrolle in der Gesellschaft und Familie. Damit wurden die Hoffnungen auf die neuen Chancen für Frauen in der postkommunistischen Sozialordnung geringer und bescheidener. Die Linderung der steigenden Arbeitslosigkeit und des Kollaps des Betreuungssystems von Minderjährigen wurde durch die Rückkehr der Frauen an den Herd versucht. Das professionelle Potenzial der Frauen wurde immer weniger beachtet und das, obwohl die Nachfrage der Frauen nach Bildung und höherer Qualifikation weiterhin stieg.

#### 4.4.1 Bildung der Frauen

Die Frauen in der Slowakei können bis zum heutigen Tag ein hohes Bildungsniveau vorweisen. Frauen sind vor allem auf der Ebene der Mittelschulbildung mit Abiturabschluss weiterhin besser repräsentiert als Männer.

**Tabelle 4-15 Bildung der Frauen und Männer in der Slowakischen Republik (in %)**

	<b>Männer 1993</b>	<b>Frauen 1993</b>	<b>Männer 1996</b>	<b>Frauen 1996</b>
Grundschule	10,0	17,0	8,2	13,4
Berufschule ohne Abitur	39,4	23,1	39,3	23,8
Weiterführende Mittelschulen ohne Abitur	9,8	7,3	8,3	5,5
Berufschule mit Abitur	3,8	2,2	4,3	2,5
Gymnasium	2,5	5,8	3,4	6,4
Weiterführende Mittelschulen mit Abitur	20,5	32,6	24,9	37,3
Hochschule	13,9	11,9	11,5	11,0

*Quelle: Filadelfiová, J., Guráň, P., Šútorová, D.: Rodové štatistiky na Slovensku. Bratislava 1999, S. 51.*

Frauen geben sich immer weniger nur mit der neunjährigen Pflichtbildung zufrieden und setzen ihre Bildung auf den weiterführenden, höheren Ebenen fort. In den Berufsschulen bleiben nach wie vor die Männer dominant und auf den Gymnasien wiederum

die Frauen. Die Dominanz der Frauen zeigt sich auch auf den restlichen Mittelschulen mit Abiturabschluss. Hier sind Frauen um 13 Prozent stärker repräsentiert als die Männer.

Während am Anfang der kommunistischen Periode der größte Teil der Akademiker Männer waren, ist heute das Verhältnis beider Geschlechter auf den Universitäten und Hochschulen ausgeglichen. Die Quote liegt in beiden Fällen bei 11 Prozent.

Welche hohe Bedeutung und Priorität die Frauen der Bildung zumessen, beweisen auch Daten zu Teilzeit-Studierenden. Während sich Männer neben dem Beruf nur selten weiterbilden, suchen slowakische Frauen neben Erwerbstätigkeit und Haushalt weitere Bildungsmöglichkeiten.

**Tabelle 4-16 Gymnasiumsstudenten neben dem Beruf (Teilzeit Studium)**

	<b>1995</b>	<b>1996</b>	<b>1997</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>
Studenten insgesamt	320	647	809	1 369	1 698
davon Frauen	165	440	515	918	1 110

*Quelle: Sekcia sociálnej štatistiky a demografie (Hg.): Trendy sociálneho vývoja v SR, Bratislava 2000, S. 71.*

Der Frauenanteil ist wesentlich höher als der von Männern und hat eine steigende Tendenz. Während 1995 der Frauenanteil auf den Abendgymnasien noch bei 51,6 Prozent lag, lag ihr Anteil vier Jahre später schon bei 65,4 Prozent. Frauen sind offensichtlich bereit, mehr für ihre Fortbildung zu tun, um bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen.

#### **4.4.1.1 Bildung und Spezialisierung**

Unter dem Gesichtspunkt des Partizipationspotenzials sind neben dem Bildungsniveau die Studienbereiche, in denen Frauen dominieren, wichtig. Für die politische Aktivität sind Kenntnisse in der Sozialwissenschaft nützlich. Slowakische Frauen wählen schon seit dem Sozialismus vorzugsweise pädagogische und medizinische Studiengänge, sowie die Sozialwissenschaften. Ein Studium an den Gymnasien und anderen Schulen mit Abiturabschluss bereitet Frauen für die Arbeit auf den verschiedenen Ebenen der staatlichen Verwaltung als Beamtinnen vor.

In diesen Zusammenhang ist eine Feminisierung von bestimmten Bereichen zu beobachten: Sozialwesen, Schulwesen, Gesundheitswesen und die schon angesprochene staatliche Verwaltung sind Arbeitsplätze, an denen Frauen, dank ihrer gewonnenen Bildung, deutlich dominieren.<sup>212</sup> Zusätzlich muss noch erwähnt werden, dass diese Arbeitsplätze schlecht bezahlt sind, wodurch ihre Attraktivität vor allem bei Männern sinkt; auch deshalb werden sie vorwiegend von Frauen besetzt.

#### 4.4.2 Erwerbstätigkeit der Frauen

Aufgrund der Erfahrungen aus dem Sozialismus verbinden slowakische Frauen ihren Beruf seitdem nicht nur mit ökonomischen Interessen, sondern mit ihrer gesamten Lebensgestaltung. Die Motive für ihre Erwerbstätigkeit können so zusammengefasst werden: *Befriedigung durch die ausgeübte Arbeit; das Gefühl der Nützlichkeit bei der Arbeit; der Wunsch die Bildung zu nutzen und umzusetzen; Freude am Kontakt mit Menschen; der Wunsch, den Kindern als Beispiel zu dienen.*<sup>213</sup> Die Situation veränderte sich nach dem politischen Umbruch 1989 in mancher Hinsicht. Während in den 80er Jahren fast 46 Prozent der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt weiblich waren, hat sich der Frauenanteil in den 90er Jahren verkleinert. Im Jahr 1997 waren Frauen mit nur 41,6 Prozent von allen Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt vertreten.

**Tabelle 4-17 Entwicklung der Zahl Erwerbstätigen in SR**

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Erwerbstätige insgesamt	2 174 562	2 117 934	2 096 282	2 146 791	2 116 554	2 059 024
davon Frauen (in %)	41,9	42,1	41,7	41,5	41,2	41,6

*Quelle: Mesežnikov, G. (Hg.): Slovensko 1998 – 1999. Bratislava 1999, S. 675.*

Die fallende Tendenz der Erwerbstätigkeit war auch bei den Männern erkennbar, nur bei den Frauen fiel sie schneller.<sup>214</sup> Schon innerhalb der ersten drei Jahre nach dem politischen Umbruch sank die Erwerbstätigkeit der slowakischen Frauen im erwerbsfähigen

<sup>212</sup> Filadelfiová et al. 1999: 18.

<sup>213</sup> Farkašová 1998: 59.

<sup>214</sup> Filadelfiová et al. 1999: 22.

Alter von 88 Prozent auf 69.<sup>215</sup> Wie aus der Tabelle 4-17 sichtbar ist, blieb in den folgenden Jahren der Anteil der Frauen auf dem Arbeitsmarkt relativ konstant.

Einer von mehreren Gründen dieser Entwicklung war die Sehnsucht der Frauen sich von den „kommunistischen Ketten“ zu befreien und einen neuen „westlichen“ Lebensstil der Hausfrauen auszuprobieren. Da infolge des wirtschaftlichen Umbaus die Arbeitslosigkeit stieg, unterstützte diese Tendenz auch die staatliche Politik. Frauen an den Herd zu schicken hatte gleich zwei Effekte: Die Arbeitslosigkeit wurde verringert (Hausfrauen waren nicht als Arbeitslose gemeldet) und gleichzeitig das Problem der staatlichen Kinderbetreuung entspannt. Für slowakische Frauen ist die doppelte Aktivität aber nicht nur eine Doppelbelastung, sondern auch eine Art der Doppelliebe. Dies haben slowakische Frauen schnell herausgefunden und wollten ins berufliche Leben zurück. Nur in den neuen wirtschaftlichen Strukturen, wo Arbeit nicht mehr Pflicht, sondern nur eine Chance ist, war die Rückkehr ins Berufsleben nicht mehr so einfach. Zusätzlich wurden die staatlichen Einrichtungen für Kinder abgebaut und Arbeitsangebote für Frauen mit Kleinkindern reduziert. „Vor dem Jahr 1989 haben die Vorschriften, die dem Schutz der Familie und der Mutterschaft dienten, den Frauen geholfen, die Verpflichtungen in der Familie und im Beruf zu verbinden. Heutzutage ist es im Gegenteil deutlich, dass sich diese Privilegien gegen die Frauen gerichtet haben, weil sie jetzt von den Arbeitgebern ungefälliger angestellt werden, und zwar hinsichtlich der Urlaube und der Arbeitsunfähigkeit wegen der Kinderfürsorge.“<sup>216</sup> Damit ist die Eingliederung der Frauen-Mütter in die Arbeitsprozesse auf allen Ebenen sehr schwierig geworden, um alle sozialistischen Privilegien der Mütter zu umgehen, stellen die Arbeitgeber von vornherein lieber Männer ein. Bei Vätern wird eine geringere Sorgspflicht für Kinder vermutet als bei Müttern, was bei der Suche nach Arbeit zum Vorteil wird. Laut einer Studie aus dem Jahr 1996 waren zur Zeit bis zu 60 Prozent von allen arbeitslosen Frauen verheiratete Frauen mit Kindern. 75 Prozent von diesen Frauen waren Frauen bis zum 39. Lebensjahr, das heißt junge Mütter mit kleinen Kindern.<sup>217</sup>

---

<sup>215</sup> Bútorová 1996: 61.

<sup>216</sup> Vgl. ebd.: 211.

<sup>217</sup> Bútorová 1996: 61.

Es gibt zwar einige staatliche Programme, die Erwerbstätigkeit der Frauen unterstützen und mit der Mutterschaft in Einklang versuchen zu bringen, aber ihre Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt bleiben begrenzt.

#### 4.4.2.1 Arbeitslosigkeit

Der Frauenanteil auf dem Arbeitsmarkt sank innerhalb der ersten postkommunistischen Jahre um vier Prozent gegenüber 1989 und nahm bis zum heutigen Tag nicht wieder zu. Vor dem politischen Umbruch existierte in der Slowakei (offiziell) keine Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit war ein neues Problem. Während im Sozialismus eine nullprozentige Arbeitslosigkeit propagiert wurde (was allerdings nicht ganz mit der Realität korrespondierte), erreichte sie zehn Jahre später 16,4 Prozent.

**Tabelle 4-18 Arbeitslose in der SR**

	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Erfasste Arbeitslose	368 095	371 481	333 291	329 749	347 753	428 209
davon Frauen (in %)	47,8	48,8	49,9	52,5	50,9	46,8

*Quelle: Mesežnikov, G. (Hg.): Slovensko 1998 – 1999. Bratislava 1999, S. 675.*

Die Arbeitslosigkeit der Frauen hatte bis zum Jahr 1996 eine stark steigende Tendenz, in welchem sie 52,5 Prozent erreichte. In den folgenden Jahren erholte sie sich langsam und begann zu sinken und erreichte im Jahr 1998 mit 46,8 Prozent sogar ein besseres Niveau als bei den Männern. Allerdings muss in Betracht gezogen werden, dass hier die „versteckte Arbeitslosigkeit“ der Frauen nicht berücksichtigt ist. In der Slowakei werden immer mehr Frauen ungewollt arbeitslos, indem sie nach der Mutterschaft nicht wieder ins Berufsleben einsteigen. Sie sind auf Grund der mangelnden Angebote an Arbeitsplätzen unfreiwillig zu Hausfrauen geworden.<sup>218</sup>

#### 4.4.2.2 Das Recht (der Männer) auf Arbeit

Für Frauen wirkt sich neben der Sorgepflicht für Kinder das Stereotyp, der Mann ist für die finanzielle Versorgung der Familie zuständig, ungünstig aus. 40 Prozent der Gesell-

<sup>218</sup> Mesežnikov 1999: 674.

schaft hält es für richtig, wenn bei einem Mangel an Arbeitsplätzen Männer bevorzugt werden.

**Tabelle 4-19** „*Falls ein Mangel an Arbeitsplätzen herrscht, sollten Männer bei den Arbeitgebern bevorzugt werden*“ (in %)

	Männer	Frauen	Zusammen
Ich stimme zu	47	31	39
Ich stimme nicht zu	48	66	57
Ich weiß nicht	5	4	4

Quelle: Mesežnikov, G. (Hg.): *Slovensko 1998 – 1999. Bratislava 1999, S. 677.*

Die Ansicht, Männer sollten auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt werden, ist unter den Männern ausgeprägter, fast die Hälfte aller Männer stimmt diesem zu, obwohl unter den Frauen auch noch 1/3 die Bevorzugung der Männer für richtig hält. Dies ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie sich Frauen mit den verbreiteten Stereotypen abfinden und sie akzeptieren, und das sogar auch dann, wenn sie ihnen zum Nachteil werden.

#### 4.4.2.3 Die Schlechtverdienenden

Häufig wird damit argumentiert, dass bei der Entlohnung der Arbeit Frauen im Vergleich zu Männern diskriminiert werden. Die offizielle Klage lautet, dass der Stundenlohn einer Frau im Durchschnitt um 17 Slowakischen Kronen (Sk)<sup>219</sup> niedriger liegt als bei einem Mann (im Jahr 1998). Während Männer im Durchschnitt 75,-Sk pro Stunde verdienen, bekommen Frauen für eine Stunde Arbeit nur 58,-Sk.<sup>220</sup>

Die Zahlen entsprechen aber nur teilweise der Realität, da sie die Positionierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht berücksichtigen. Wie schon oben angegeben wurde, sind Frauen meistens in den Bereichen des Sozial-, Schul- und Gesundheitswesens aktiv. Das sind Bereiche, die größtenteils staatlich und durch Mangel an Finanzen am stärksten betroffen sind. Dass vor allem Frauen gerade in diesen nicht gewinnbringenden Bereichen tätig sind, kann nicht als Benachteiligung von Frauen bei der Entlohnung bezeichnet werden. Die Männer, die in den genannten Sektoren arbeiten, sind genauso betroffen wie auch die Frauen. Es sind keine vergleichenden Studien vorhanden, die das Gehalt von Frau und Mann am gleichen Arbeitsplatz analysieren. Solange diese Analy-

<sup>219</sup> 2002: 45 Sk = ca. 1 €

<sup>220</sup> Filadelfiová et al. 1999: 18.

sen nicht vorhanden sind, kann nur schwer über eine Diskriminierung von Frauen bei der Entlohnung gesprochen werden.

Obwohl keine Rede von einer Diskriminierung bei der Arbeitsentlohnung sein kann, muss dennoch festgehalten werden, dass Frauen in der Gesellschaft die schlechter verdienende Gruppe bilden. Die Arbeit ist in der Slowakei allgemein schlecht bezahlt, und darunter leiden sowohl Frauen als auch Männer. Das ist jeweils vom Wirtschaftsbereich abhängig, und die wirtschaftlich schwachen Bereiche sind von Frauen dominiert. Bildung, auf die Frauen großen Wert legen, ist dabei keine Garantie für guten Lohn. Dies zeigt sich auch deutlich bei der Entlohnung der Frauen.

**Tabelle 4-20 Anteil der Frauen mit Hochschulbildung an allen Arbeitnehmern nach Lohnstufen im Jahr 1995**

<b>Monatlicher Bruttolohn in Sk</b>	<b>Anteil von Frauen mit Hochschulabschluss in einer Lohnkategorie (in %)</b>
3 001 – 4000	61,5
4 001 – 5000	59,4
5 001 – 6000	56,1
6 001 – 8000	36,9
8 001 – 10 000	30,8
10 001 – 12 000	20,9
12 001 und mehr	17,2

*Quelle: Bútorová, Z. (Hg.): Ona a on na Slovensku. Bratislava 1996, S. 87.*

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, sind in der niedrigsten Lohnkategorie mehr als 60 Prozent aller Angestellten Frauen, die einen Hochschulabschluss besitzen (diese vor allem im Bereich des Schulwesens). In den bestbezahlten Jobs liegt der Anteil der Akademikerinnen noch nicht mal bei einem fünftel. Diese niedrige Entlohnung der Arbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird, hat bedeutende Auswirkungen auch auf die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen wie auf ihr Selbstbewusstsein. Es ist schwer, ein gutes Selbstwertgefühl zu entwickeln, wenn nach vielen Jahren des Studiums eine Minderbezahlung der qualifizierten Arbeit folgt und als Ungerechtigkeit erfahren wird.

#### 4.4.2.4 Finanzielle Unabhängigkeit – ein Traum?

Frauen haben objektiv größere Schwierigkeiten, ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen als Männer. Viele bleiben auf das Gehalt des Mannes angewiesen und können daher kaum Selbständigkeit erlangen. Dabei verstehen Frauen ihre finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern und vom Mann als wichtiges Ziel: 73 Prozent aller slowakischen Frauen möchten auf eigenen Füßen stehen und finanziell unabhängig sein. Lediglich 59 Prozent der Männer sind mit der Unabhängigkeit der Frauen einverstanden, der Rest der männlichen Population findet es normal, wenn die Frau finanziell von den Eltern oder vom Mann versorgt wird.<sup>221</sup> Hier stoßen zwei unterschiedliche Modelle aufeinander und vieles weist darauf hin, dass im realen Leben eher das männliche Modell vorherrscht. Zwar lässt sich nicht nachweisen, dass am gleichen Arbeitsplatz eine Frau weniger als ein Mann verdient, aber mit der potenziellen Benachteiligung der Frauen am Arbeitsplatz und bei der Entlohnung wäre ein Großteil der Gesellschaft einverstanden. Für die finanzielle Versorgung der Familie ist, nach dem traditionellen Stereotyp, der Mann zuständig. Daher ist es akzeptabel, dass die Frau weniger als der Mann verdient, und der Mann bessere Positionen im Beruf erhält.

**Tabelle 4-21** „*Männer haben das Recht auf bessere Positionen am Arbeitsplatz und höheren Lohn als Frauen, weil sie die Familien finanziell versorgen müssen*“ (in %)

	<b>Frauen</b>	<b>Männer</b>	<b>Insgesamt</b>
Ich stimme zu	56	72	64
Ich stimme nicht zu	43	27	35

Quelle: Bútorová, Z. (Hg.): *Ona a on na Slovensku*. Bratislava 1996, S. 94.

Aufgrund der traditionellen Versorgungsrolle des Mannes ist die Mehrheit der Gesellschaft (64 Prozent) bereit, den Männern bessere Arbeitspositionen mit besserem Verdienst zur Verfügung zu stellen. Diese Einstellung teilt sogar mehr als die Hälfte aller Frauen. Und das, obwohl die finanzielle Unabhängigkeit, die nur durch angemessenen Lohn möglich ist, für viele von ihnen (73 Prozent) so wichtig ist. Gleichzeitig ist interessant, dass eine solche Einstellung in einer Gesellschaft herrscht, wo ein Doppellohnmodell in den Familien herrscht und die Bedeutung der Erwerbstätigkeit der Frauen mit der männlichen vergleichbar ist. Der finanzielle Beitrag der Frau ist für viele Familien nicht ohne Bedeutung.

<sup>221</sup> Bútorová 1996: 63.



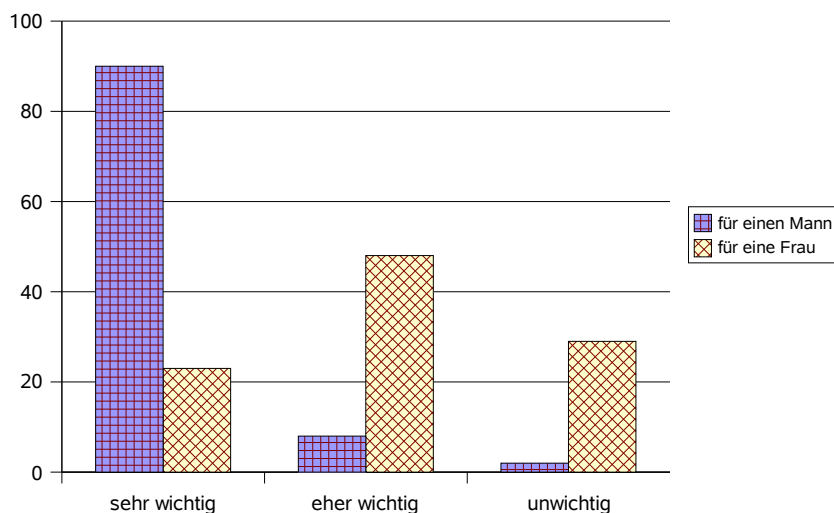
**Tabelle 4-22** „In welchem Maß ist ihre Familie von ihrem Lohn abhängig?“ (in %)

	<b>Frauen</b>	<b>Männer</b>
Familie ist auch von meinem Lohn abhängig	73	70
Familie ist praktisch nur von meinem Lohn abhängig	13	21
Familie ist von meinem Lohn unabhängig	14	9

Quelle: Bútorová, Z. (Hg.): *Ona a on na Slovensku. Bratislava 1995, S. 62.*

Die Partner bestätigten die Präsenz des Doppellohnmodells. Nur 21 Prozent der Männer haben ausgesagt, dass die Familie ausschließlich von ihnen finanziell versorgt wird. In 70 Prozent der Haushalte tragen beide Partner etwas zur gemeinsamen Kasse bei. Hier zeigt sich eine Spaltung zwischen der Realität (beide Partner sind erwerbstätig) und der fiktiven Vorstellung der Rollen der beiden Partner (Mann ist der Hauptversorger). Dies bestätigt auch das folgende Schaubild.

**Tabelle 4-23** Ist die Fähigkeit, die Familie finanziell zu sichern, eine wichtige Eigenschaft? (in %)



Quelle: Bútorová, Z. (Hg.): *Ona a on na Slovensku. Bratislava 1996, S. 61*

Neunzig Prozent der Gesellschaft hält die Aufgabe des Mannes, die Familie finanziell zu sichern, für sehr wichtig. Bei Frauen wird diese Aufgabe noch nicht mal von 30 Prozent der Population als sehr wichtig eingestuft. Den Frauen werden zwar die finanziellen Versorgungspflichten in der Familie nicht ganz abgenommen, aber sie ha-

ben keine so große Bedeutung wie die von den Männern. Zusammengefasst erkennen wir einerseits die Sehnsucht der Frauen nach ökonomischer Unabhängigkeit wie auch die reale Notwendigkeit des Lohnbeitrags der Frauen für die Haushaltskasse im herrschenden Doppellohnmodell. Andererseits erkennen wir in der slowakischen Gesellschaft eine hohe Bereitschaft zur Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, nur um die traditionelle Rollenverteilung zu bewahren.

#### 4.4.2.5 Positionierung am Arbeitsplatz

Die Bindung an die traditionelle Rollenverteilung lässt sich auch von den Hierarchieprinzipien am Arbeitsplatz ablesen. Während Frauen meistens auf den unteren Positionen arbeiten, besitzen Männer meistens leitende Positionen in den Betrieben. Es wird in der Slowakei über eine „Maskulinisierung“ der leitenden Sphäre gesprochen.<sup>222</sup> Nur in 28 Prozent aller Großbetriebe in der SR waren im Jahr 1996 Frauen an der Spitze, in kleinen Betrieben herrschte eine vergleichbare Situation.<sup>223</sup> Den Frauen werden nur selten die Leitungspositionen anvertraut. Einerseits, weil die leitenden Positionen gut bezahlte Jobs sind, die für Männer vorgesehen sind und andererseits, weil Frauen in Leitungspositionen weniger akzeptiert werden als Männer. Bei den Arbeitnehmern sind Frauen als Vorgesetzte meistens unerwünscht.

**Tabelle 4-24** „Wen würden sie zu ihrem Chef wählen?“ (in %)

	<b>Frauen</b>	<b>Männer</b>	<b>Zusammen</b>
Es ist mir egal	49	43	46
Lieber einen Mann	40	51	45
Lieber eine Frau	11	6	9

*Quelle: Bútorová, Z. (Hg.): Ona a on na Slovensku. Bratislava 1996, S. 94.*

Die Tabelle zeigt, dass mehr als die Hälfte aller Männer einen Mann als Chef am Arbeitsplatz bevorzugen. Interessanterweise sagen aber auch Frauen „Ja“ eher zu einem Mann als zu einer Frau in leitender Position. Während ein Mann als Chef von 40 Prozent der Frauen gewünscht ist, würde eine Chefin nur von 11 Prozent der Frauen bevorzugt. Damit scheint der Wunsch nach männlicher Leitung bei den Frauen genauso ausgeprägt zu sein wie bei den Männern. Möglicherweise spiegelt sich hier das patriar-

<sup>222</sup> Bútorová 1996: 93.

<sup>223</sup> Vgl. ebd.: 222

chalische Prinzip stark wider, das eine leitende Position für Frauen, nicht nur gegenüber Männern, sondern auch gegenüber anderen Frauen, nicht zulässt. Es ist die Vorstellung, dass der Mann regieren und entscheiden soll, während die Frau seine Anweisungen ausführt.

Im Rahmen der herrschenden Rollenvorstellungen in dem privaten Bereich wie am Arbeitsplatz, hat sich eine Benachteiligung der Frauen bei ihren Karrieremöglichkeiten entwickelt. Frauen werden in die leitenden Positionen seltener befördert als Männer, und Grund dafür ist nicht ihre mangelnde Professionalität, sondern eher das „falsche“ Geschlecht wie die traditionelle Geschlechterkonzepte.

**Tabelle 4-25** „*Wer hat auf dem Arbeitsplatz bessere Chancen zum Aufstieg?*“ (in %)

	<b>Frauen</b>	<b>Männer</b>
Frauen haben bessere Möglichkeiten als Männer	10	5
Frauen und Männer haben ungefähr gleiche Möglichkeiten	28	37
Männer haben bessere Möglichkeiten als Frauen	62	58

*Quelle: Bútorová, Z. (Hg.): Ona a on na Slovensku. Bratislava 1996, S. 92.*

Aufgrund der eigenen Erfahrungen haben 62 Prozent der Frauen angegeben, dass Männer bessere Aufstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsplatz genießen als Frauen. Die gleiche Erfahrung haben auch 58 Prozent der Männer bestätigt, in dem sie zugegeben haben, dass die höheren Positionen für sie leichter zu erreichen sind. Nur ein Drittel der Gesellschaft erkennt gleiche Chancen bei den Karrierewegen für beide Geschlechter. Damit bleiben Frauen weiterhin auf den unteren, teilweise mittleren Positionen tätig (wie sie es schon im Kommunismus erlebt haben), während ihre männlichen Kollegen nach den höheren, leitenden Sphären greifen.

#### **4.4.2.6 Antidiskriminierungsmaßnahmen zum Schutz der Frauen am Arbeitsplatz**

Da neue Erfahrungen aus dem Arbeitsmarkt erwiesen haben, dass Frauen aus unterschiedlichen Motiven benachteiligt werden, hat die staatliche Legislative mehrere Vorschriften eingeführt, die eine Diskriminierung der Frauen vermeiden sollen. Wichtig war das Nachtragsgesetz Nr. 292/1999, das eine Abschaffung der Diskriminierung in

Stellenangebotsanzeigen vorsieht.<sup>224</sup> In der Praxis wurden immer häufiger Anzeigen aufgegeben, in denen Arbeit entweder nur den Männern oder ledigen Frauen ohne Kindern angeboten wurden. Deshalb wurde ein Verbot erlassen, in Stellenanzeigen Beschränkungen auf Geschlecht und sozialen Stand einzufügen.

Zusätzlich wurde das Arbeitsgesetzbuch erweitert. Im §13 wurde das Verbot der Diskriminierung am Arbeitsplatz festgelegt. Wichtig war vor allem die Einführung von den Begriffen *direkte* und *indirekte* Diskriminierung. Als indirekte Diskriminierung wurde jede Regelung gesehen, die äußerlich eine neutrale Weisung beinhaltet, aber in der Praxis eine bestimmte Gruppe benachteiligt (bei der Entlohnung oder den Aufstiegsmöglichkeiten). Gleichzeitig kann bei unfairem Vorgehensweisen am Arbeitsplatz der Arbeitnehmer einen Schadenersatz vom Arbeitgeber verlangen. Bei der Ermittlung ist der Arbeitgeber verpflichtet, seine Unschuld zu beweisen und nicht umgekehrt.<sup>225</sup> Dies erleichtert vor allem die Ermittlung bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.

Eine nächste wichtige Änderung des §119 des Arbeitsgesetzbuches bezieht sich auf die gleiche Entlohnung der Arbeit. Die Lohnbedingungen müssen für Frauen und Männer ohne jegliche Geschlechterdiskriminierung gleich sein.<sup>226</sup>

Obwohl gesetzlich gesehen einiges zum Schutz der Frauen getan wurde, hat die Praxis gezeigt, dass diese Antidiskriminierungsmaßnahmen in mehreren Fällen weiterhin umgegangen werden. Dies geschieht in Folge der geringen Bereitschaft der Arbeitnehmer im Fall der Diskriminierung Anzeige zu erstatten, wie auch geringe Strafmaßnahmen im Fall bewiesener Schuld.

#### **4.4.2.7 Betreuung der Kinder**

Die Möglichkeit, am Arbeitsprozess teilzunehmen hängt stark von den Diensten sozialer Einrichtungen ab, die den Müttern Aktivitäten außerhalb des Hauses ermöglichen. Während des Sozialismus hatte die Erwerbstätigkeit der Frauen eine besondere Bedeutung. Deshalb hat der Staat eine sehr gute Struktur des Kinderbetreuungssystems errichtet.

---

<sup>224</sup> Informácia o riešení problematiky žien a rovnosti príležitostí žien a mužov v SR (Internes Material des Ministeriums für Arbeit, Familie und Sozialwesen, zusammengestellt von Z. Vranová, A. Reineirová).

<sup>225</sup> Vgl. ebd.: 224.

<sup>226</sup> Vgl. ebd.: 224.

Nach dem Systemwandel wurde das kommunistische Modell in vielen Bereichen umgebaut. Innerhalb von zehn Jahren ist die Anzahl der Kindergärten um 20 Prozent zurückgegangen. Dies hatte mehrere Gründe:

- *die sinkende Geburtenrate,*
- *viele Einrichtungen, vor allem in Dörfern und Kleinstädten waren für die Kommunen nicht mehr finanzierbar (die Verwaltung der Einrichtungen wurde nach der Wende `89 vom Staat auf die Kommunen übertragen),*
- *die Nachfrage von Seiten der Eltern, ihre Kinder im Vorschulalter in öffentliche Einrichtungen zu bringen ist unmittelbar nach der Revolution gesunken, da viele Frauen ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben hatten.<sup>227</sup>*

**Tabelle 4-26 Entwicklung von Kindergärten in der SR**

<b>Jahr</b>	<b>Kindergärten</b>	<b>Klassen</b>	<b>Kinder in Kindergärten</b>	<b>Anzahl der betreuten Kinder (in %)</b>
1985	3 976	9 182	249 448	91,4
1990	4 025	9 296	216 336	84,7
1995	3 322	7 445	161 697	70,8
1999	3 310	7 821	161 818	87,1

*Quelle: Ministerstvo školstva SR (Hg.): Slovenské školstvo na križovatke tisícročí. Bratislava 2000, S. 36.*

An den Daten lässt sich der kontinuierliche Rückgang der betreuten Kinder bis Mitte der 90er Jahre ablesen. Die Anzahl der in städtischen Kindergärten betreuten Kinder ist innerhalb von fünf Jahren um ca. 15 Prozent gefallen. Im Jahr 1995 haben nur 70 Prozent der Kleinkinder eine öffentliche Einrichtung besucht, während es zehn Jahre vorher noch 91,4 Prozent waren. Im Jahr 1999 zeigte sich ein rapider Anstieg der Anzahl der betreuten Kinder, er hat um fast 17 Prozent zugelegt. Eine Erklärung dafür bietet die veränderte Einstellung der Frauen zu ihrer Erwerbstätigkeit und der Notwendigkeit ihre „Doppelliebe“ zur Familie und zum Beruf fortzusetzen. Damit wurde die Nachfrage nach den öffentlichen Einrichtungen wieder größer. Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass diese Einrichtungen finanziell immer anspruchsvoller werden. Im Sozialismus waren Kindereinrichtungen vom Staat stark finanziell unterstützt. Heute muss die Familie

<sup>227</sup> Slovenské školstvo na križovatke tisícročí 2000: 36.

die mit der Betreuung verbundenen Kosten teilweise tragen. Dies nehmen aber trotz allem viele Familien in Kauf, damit die Frau in den Arbeitsprozess zurück kehren kann.

Während die Betreuung von Kleinkindern nach einem Rückgang wieder einen Anstieg verzeichnete, blieb die Anzahl der betreuten Kinder im Schulalter weiterhin niedrig. Im Sozialismus waren an vielen Grundschulen Kinderhorte vorhanden, die Kinder in der Freizeit nach der Schule betreuten (das Prinzip von Ganztagschulen). Nach dem Umbruch erlitt dieses System der Betreuung großen Schaden und wegen mangelnder Finanzen wurde das Angebot reduziert. Während 1989 noch 217 691 Kinder in den Horten gepflegt wurden, waren es zehn Jahre später nur noch die Hälfte.

**Tabelle 4-27 Entwicklung von betreuten Kindern in den Kinderhorten**

<b>Jahr</b>	<b>1989</b>	<b>1992</b>	<b>1995</b>	<b>1997</b>	<b>1999</b>
Anzahl von Betreuten Kindern	217 691	172 560	140 461	145 439	142 362

*Quelle: Ministerstvo školstva SR (Hg.): Slovenské školstvo na križovatke tisícročí. Bratislava 2000, S. 39.*

In diesem Bereich schaffte der Staat es nicht mehr, mit dem Angebot aus dem Sozialismus Schritt zu halten. Als Ausweichmöglichkeit wird für die Familien mit Kindern ein breites Spektrum von privaten Kinderklubs und Kindergruppen angeboten. Allerdings von ihnen sind die meisten sehr teuer, wohingegen die Kinderhorte während des Sozialismus kostenfrei waren.

Eine ähnliche Situation herrscht auch auf der Stufe bei Kleinkindern vom erstem bis zum dritten Lebensjahr. Öffentliche Einrichtungen fehlen und private haben sich noch nicht ausreichend entwickelt. Hinsichtlich der Kinderbetreuung bleibt der Staat den Müttern, die Erwerbstätigkeit ausüben möchten, immer noch viel schuldig.

#### **4.4.3 Demographische Trends der Gesellschaft**

Das Streben der Frauen nach Erwerbstätigkeit wie auch zunehmende finanzielle Schwierigkeiten der unteren und mittleren Schichten der Transformationsgesellschaft haben die Bereitschaft zur Mutterschaft sinken lassen. Bei Frauen hat die Ehe nicht an Bedeutung verloren, aber die Verbindung zwischen den Rollen von Ehefrau, Mutter und erwerbstätiger Frau wurde immer schwieriger.

In der Slowakei waren 1996 lediglich 10 Prozent der Frauen, die älter als 20 Jahre sind, ledig und von den verheirateten Frauen hatten 96 Prozent Kinder. Aus diesem Grund wird in der Slowakei über ein hohes Maß der realisierten Fruchtbarkeit gesprochen, es heißt, in der Slowakei hat fast jede Frau, die biologisch dazu fähig ist, ein Kind.<sup>228</sup> Daraus lässt sich schließen, dass Frauen weiterhin zur Gründung der Familie bereit sind, aber ein Modell mit einem, höchstens zwei Kindern wird immer häufiger. Ungefähr 62 Prozent der Slowaken (älter als 15 Jahre) bezeichnen Familie mit zwei Kindern für optimal, 23 Prozent bevorzugen ein Modell mit einem Kind. Mehr als zwei Kinder wünschen sich 3 Prozent von den Befragten und nur 1 Prozent von allen möchte kinderlos bleiben.<sup>229</sup>

Die sinkende Bereitschaft zur mehrfachen Elternschaft spiegelte sich an der fallenden Geburtenrate in den 90er Jahren wider.

**Tabelle 4-28 Soziale Mobilität nach 1990 (Angaben auf 1000 Bewohner berechnet)**

Jahr	Geburtenrate	Heiratsrate	Scheidungsrate	Abtreibungsrate
1990	15,1	7,6	1,7	9,1
1991	14,9	6,2	1,5	8,7
1992	14,1	6,4	1,5	8,0
1993	13,8	5,8	1,5	7,3
1994	12,4	5,3	1,6	6,5
1995	11,4	5,1	1,7	5,5
1996	11,2	5,1	1,7	4,7

*Quelle: Filadelfiová, J., Guráň, P.: Demografické trendy a rodina v postkomunistických krajinách Európy, Bratislava 1997, S. 24.*

Die Geburtenrate ist innerhalb von sechs Jahren um vier Punkte gesunken, die Heiratsrate ging um zwei Punkte zurück. Eine fallende Tendenz hat auch die Abtreibungsrate, dies allerdings aufgrund neuer besserer Verhütungsformen und nicht aufgrund höherer Bereitschaft zur Mutterschaft. Die Scheidungsrate blieb relativ konstant.

<sup>228</sup> Bútorová 1996: 69.

<sup>229</sup> Bútorová 1996: 38.

#### 4.4.4 Angegriffene Privatsphäre der Frauen

Die Lebenssituation der Frauen wird direkt auch durch ihre Lage in der Familie und durch ihre Möglichkeiten beeinflusst, sich in der privaten Sphäre nach eigenen Bedürfnissen zu verhalten, um ein glückliches und vollständiges Leben führen zu können. In den letzten Jahren wurden in diesem Zusammenhang zwei wichtige Themen in der Slowakei zunehmend diskutiert. Es handelt sich um die weit verbreitete Gewalt an Frauen in den Familien und um das Abtreibungsgesetz. Die laufende Diskussion der letzten Zeit hat allerdings bewiesen, welche geringe Sensibilität für diese Themen in allen Schichten der Gesellschaft herrscht, und es gibt eine geringe Bereitschaft, bei ihrer Behandlung die Rechte der Frauen in Vordergrund zu stellen. In der Slowakei zeichnet sich damit eine Art von Emanzipationsasymmetrie ab. „Wir berühren das wichtige Problem der unterschiedlichen Anwendung der Emanzipationsideen im öffentlichen und im privaten Bereich. Im ersten Bereich wird das Recht der Frau auf Chancengleichheit, auf Selbstverwirklichung in ziemlich hohem Maße akzeptiert (obwohl es auch da Unterschiede gibt, Frauen besetzen schlechter bezahlte Stellen und weniger verantwortungsvolle Funktionen usw.). Im zweiten Bereich bleiben die Männer, aber oft auch die Frauen noch im Bann der traditionellen Vorstellungen. Als ob die Idee der Emanzipation im beruflichen und im privaten Bereich ziemlich asymmetrisch angenommen wäre.“<sup>230</sup> Während für die Regelungen in der öffentlichen Sphäre immer neue Gesetze zur Gleichstellung der Frauen diskutiert und teilweise auch erfolgreich geschaffen werden, bleibt die Behandlung der Ungleichheiten im privaten Bereich von den Bedürfnissen der Frauen noch sehr weit entfernt.

##### 4.4.4.1 Gewalt gegen Frauen

In der Slowakei zeigt sich, dass seit ferner Vergangenheit ein sehr hohes Maß an Gewalt gegenüber Frauen in den Familien präsent ist. Anhand der vorliegenden Daten wird angenommen, dass ca. 3/5 der slowakischen Frauen auch am Ende des 20. Jahrhunderts mindestens einmal im Monat von ihrem Ehemann geschlagen werden. Jede dritte Ehefrau wurde täglich, oder mehrmals in der Woche geschlagen.<sup>231</sup> Gewalt gegen Frauen in den Familien und ihr Ausmaß war in indirekter Weise seit jeher still geduldet. Sie wurde in der Slowakei zu einem folkloristischen Ritual erklärt, das einen festen Platz in der

---

<sup>230</sup> Farkašová 1998: 61.

<sup>231</sup> Sopková, E., Šintalová, S.: *Bité ženy na Slovensku*. Internmaterial der Organisation Pro Familia, Humenné 1998.



Ehe hat und nicht in die Öffentlichkeit gezogen werden sollte. Die Privatsphäre der Familie war in dem Sinne höher gesetzt als die Rechte der Frauen. Viele fragen sich, wie das möglich ist, dass dieses alte Ritual in den slowakischen Familien immer noch nicht ausgerottet wurde. Soziologen, die sich mit diesem Thema befassen, bewerten die Gewalt an Frauen als männliche Verteidigung ihrer traditionellen Rechte.<sup>232</sup> Der Sehnsucht der Männer nach den alten „Rechten“ wurde offensichtlich weder durch die kommunistischen noch durch die postkommunistischen Theorie und Praxis der Emanzipation beendet. Da aber viele Frauen im letzten Jahrhundert ihr Selbstbewusstsein erhöht haben, wehren sie sich heute gegen diesen Trend und suchen Möglichkeiten diesen zu bekämpfen.

Seit Mitte der 90er Jahre wird das Thema dank der Bemühungen verschiedener Frauenorganisationen langsam enttabuisiert und in die Öffentlichkeit gebracht. Die ersten gesammelten Daten haben bewiesen, dass die relativ freie Entwicklung in der heutigen Transitionsgesellschaft keine Besserung, sondern eine Steigerung der Gewalttaten verursacht.

**Tabelle 4-29 Verübte Gewaltstraftaten an Frauen in der SR (1995 – 1997)**

Art der Straftat	Im Haushalt 1995	In der Öffentlichkeit 1995	Im Haushalt 1996	In der Öffentlichkeit 1996	Im Haushalt 1997	In der Öffentlichkeit 1997
Mord	26	13	26	7	25	12
Gewalt am Einzelnen	1 040	163	1 407	216	1 807	220
Vergewaltigung	87	107	81	79	87	59
Straftaten insgesamt	2 166	1 086	2 539	1 192	2 916	1 129

*Quelle: Mesežnikov, G. (Hg.): Slovensko 1998 – 1999. Bratislava 1999, S. 679.*

Die angegebenen Zahlen dokumentieren nur einen Bruchteil aller verübten Taten. Viele Angriffe, die in der Familie verübt worden sind, wurden niemals gemeldet, vor allem die aus der privaten Sphäre. Wenn wir die Anzahl der Straftaten in der Öffentlichkeit und im Haushalt vergleichen, erkennen wir, dass in der Slowakei die Frauen vor allem zu Hause gefährdet sind. Während die Straftaten in der Öffentlichkeit keinen rasanten Zuwachs anzeigen, nehmen die gemeldeten Gewalttaten an Frauen im privaten Bereich

<sup>232</sup> Lábadyová 1998: 104.

ständig zu. Im Jahr 1995 sind 2 166 angezeigten Gewalttaten an Frauen verübt wurden, zwei Jahre später waren es schon 750 Fälle mehr. Die Gewalt an Frauen ist vor allem in kleineren Städten und Dörfern immer noch Normalität des Alltags.<sup>233</sup> Grund für die steigende Gewalt in der jüngsten Geschichte soll in großem Maß die finanzielle Krise vieler Familien sein. Arbeitslosigkeit, finanzielle Not löst viele Konflikte in der Familie aus, an deren Ende offene Gewalt entsteht.<sup>234</sup>

Da dieses Problem jahrelang tabuisiert wurde, entwickeln sich nur langsam effektive Mechanismen, die den betroffenen Frauen Schutz bieten können. Die staatlichen Organe bieten auch heute nur geringe Auswege und Lösungsmöglichkeiten. Es mangelt an Frauenhäusern, die eine sichere Unterkunft während und nach der Ermittlung für Frauen sichern könnten. Bis zum Oktober 2002 war es nur möglich eine Ermittlung zu starten, wenn die Angegriffene eine Anzeige erstattet hat. Seit kurzer Zeit ist eine Ermittlung aufgrund einer Anklage einer dritten Person möglich.

Es mangelt an Beratungsstellen, die den betroffenen Frauen Auskunft über ihre Rechte und Möglichkeiten geben können und unzureichend erscheint auch die Ausbildung von vielen Beratern, Polizisten und Staatsanwälten. Unter Hinweis auf die mangelnden gesellschaftlichen und staatlichen Leistungen wird von einer strukturellen Gewalt gegenüber Frauen in der Slowakei gesprochen. Nicht nur der Angreifer, sondern auch die laxe Gesellschaft und uneffektive staatliche Einrichtungen und Verantwortliche werden zu Mittätern.

Wegen der herrschenden Stagnation bei der effektiven Suche nach Lösungen, bleiben die betroffenen Frauen auf die Barmherzigkeit des Mannes angewiesen, der Staat schützt sie nur sehr wenig. Auf Grund der „geduldeten Gewalt“ entscheidet sich nur knapp ein Viertel aller geschlagenen Frauen zur Scheidung. Über die Hälfte der geschiedenen Frauen hat diesen Schritt erst nach mehr als zehn Jahren Gewalt ausgeführt.<sup>235</sup> Damit lebt eine große Mehrheit der betroffenen Frauen weiterhin in einer nur schwer erträglichen Ehe. Es ist anzunehmen, dass sich diese erfahrene Abwertung und Misshandlung von Frauen in der Familie auch im Verhalten der Frauen in der Öff-

---

<sup>233</sup> Breier in Bútorová 2001: 201–207.

<sup>234</sup> Vgl. ebd.: 233.

<sup>235</sup> Vgl. ebd.: 231.

fentlichkeit spiegelt. Betroffene Frauen schaffen es kaum sich gegen eine überall spürbare Diskriminierung zu wehren, da sie Demütigung auch aus dem engsten, familiären Kreis kennen und täglich als Normalität erfahren müssen.

#### **4.4.4.2 Abtreibungsrecht**

Das nächste Thema, das nach der Revolution 1989 neu diskutiert wurde, betraf das Abtreibungsgesetz. Eine gezielte Unterbrechung der Schwangerschaft war bis zum Jahr 1957 in der Slowakei streng verboten und strafbar. Das Gesetz Nr. 68/1957 brachte eine erste wichtige Änderung. Es wurden Kommissionen errichtet, die einem Gesuch auf Abtreibung unter bestimmten Bedingungen zustimmen durften.<sup>236</sup> Im Jahr 1986 wurde das Gesetz noch weiter liberalisiert, dies erfolgte vor allem wegen der Liberalisierung in der internationalen Gesetzgebung (UNO,1979).<sup>237</sup> Seitdem genießen Frauen auch in der Slowakei die freie Wahl bei ihrer Entscheidung zur Schwangerschaft bis zu ihrer zwölften Woche. Nach der Revolution wurde das Thema neu behandelt. Vor allem Christliche Organisationen haben immer wieder für eine neue Bearbeitung des Themas gesorgt, da sie mit der Auflockerung des Abtreibungsverfahrens aus den 80er Jahren nicht einverstanden waren. Die Beratungskommissionen wurden Ende der 80er Jahre abgebaut und die Abtreibung wurde für jede Frau relativ leicht zugänglich. Die Sorgen der Kritiker, dass damit die Abtreibungsrate rapide steigen würde, haben sich jedoch nicht bestätigt. Die Interruptionsrate ging in den 90er Jahren kontinuierlich zurück, vor allem auf Grund der steigenden Möglichkeiten verschiedener Formen der modernen Schwangerschaftsverhütung.

Einen Wendepunkt in der Diskussion brachte die Unterschrift unter einer gemeinsamen Vereinbarung zwischen der Slowakei und der Heiligen Stuhl im Vatikan im Jahr 2000. Nach ihr sollte jede weitere legislative und gesellschaftliche Entwicklung der Slowakei im Einklang mit christlicher Tradition geschehen. Experten befürchten, dass die Vereinbarung die zivilrechtlichen Prinzipien des Staates angreifen könnte, in dem sie die christliche Ethik als Richtlinie bei der Erziehung und Gesundheitsfürsorge vorsieht.<sup>238</sup> Die KDH (Christlich-demokratische Partei) verstand jedoch die Vereinbarung als Bestätigung ihrer Kampagne gegen das herrschende Gesetz, das bis jetzt jeder Frau eine freie

---

<sup>236</sup> Zavacká 2001: 26-28.

<sup>237</sup> Zavacká 2001: 28-29.

<sup>238</sup> Cviková 2001: 90-93.

Wahl ermöglicht hat. Ein allgemeines Abtreibungsverbot will die KDH umsetzen, das als Ausnahme nur den Fall einer Vergewaltigung oder eines gesundheitlichen Risikos der Mutter zulässt. Experten weisen darauf hin, dass durch die Bemühungen der Kirche und der KDH könne die höhenrangige Stellung des Rechtes des befruchteten Eies über das Recht der Frau erzielt werden.<sup>239</sup> Während der Fötus von Anfang an durch das Gesetz geschützt werden soll, würde die Frau ihre Möglichkeit verlieren, über eine Schwangerschaft und damit auch über ihre Lebensgestaltung frei zu entscheiden. Die Gegner des heutigen Abtreibungsgesetzes wollten, dass die Slowakei einen eigenen Weg geht und sich nicht nach internationalen Rechtlinien richtet. So wurde auch die Resolution über die sexuellen und reproduktiven Rechte und Gesundheit des Europäischen Parlaments vom Juli 2002, die das Recht der Frau zur Wahl zwischen Schwangerschaft und Abtreibung vorsieht, von der KDH als unerwünschter Eingriff in die europäischen Konzeptionen der Menschenrechte und in die internationale Souveränität der Kandidatenländer der EU attackiert.<sup>240</sup> Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen, aber unabhängig davon, welche Entscheidung getroffen wird, ist anzunehmen, dass wichtige Signale über die Abwertung der Frau und Einschränkung ihrer Wahlfreiheit bereits in der Gesellschaft gelandet sind.

#### **4.4.5 Fazit: Eine neue soziale Ordnung nach 1989/90 und neue Schwierigkeiten**

Mit dem sozialen Wandel sind viele Probleme aufgetreten, denen vor allem Frauen ausgesetzt sind. Einer Umfrage aus dem Jahr 1995 nach gab die Hälfte der Bevölkerung an, dass Frauen in der neuen sozialen Ordnung objektiv benachteiligt sind und damit ihre Lebenssituation schwieriger ist als die der Männer. 64 Prozent der Frauen glauben, dass Männer sich größerer sozialer Vorteile erfreuen als Frauen. Von den Männern stimmen 35 Prozent ihrer besseren Lage zu.<sup>241</sup> Die Vorteile für die Männer im Gegensatz zu den Frauen wurden genannt:

- *bessere berufliche Stellung, bessere Bezahlung der Arbeit, bessere Möglichkeiten sich im Beruf zu verwirklichen und eine Karriere aufzubauen;*

---

<sup>239</sup> Kliment 2001: 88.

<sup>240</sup> Kvapilová, E.: Další útok na ľudské práva žien. In: Sme, 30.7. 2002, S. 9.

<sup>241</sup> Bútorová 1996: 144–145.

- *besserer Status und höhere Autorität in der Gesellschaft, mehr Macht und Gestaltungsmöglichkeiten;*
- *weniger Aufgaben im Haushalt, geringere Belastung in der Fürsorge für die Familie, damit mehr Zeit für sich, bessere Freizeitmöglichkeiten, mehr Freiheit im Leben;*
- *liberalere Moralnormen für Männer, höhere Toleranz der Gesellschaft gegenüber männlichen „Abweichungen“ (nach traditionellen Vorstellungen ist eine Frau verpflichtet sich streng moralisch zu benehmen, während bei einem Mann, vieles verziehen wird).<sup>242</sup>*

Im Vergleich der sozialen Lage der Frauen aus der Vergangenheit lässt sich heute schwer irgendeine Besserung erkennen. Eine große Blockade für die Entwicklung und Entfaltung der Frauen stellen kulturelle Stereotype dar, die eine Minderwertigkeit und Unterordnung der Frau am Arbeitsplatz und in der Familie weiterhin dulden, wenn nicht sogar fördern. Der Mann soll weiterhin der finanzielle Versorger der Familie bleiben, Frauen gelten weniger am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft. Sie werden sogar aus dem Arbeitsmarkt gedrängt und bleiben von Leitungspositionen weitgehend ausgeschlossen. Interessant ist, dass sich mit diesem Vorgehen selbst viele Frauen kaum auseinandersetzen. Es ist erstaunlich, wie viele Frauen eine Benachteiligung der Frau bei der Entlohnung der Arbeit und bei den Aufstiegsmöglichkeiten tolerieren und bessere Chancen für die Männer vorsehen. Zwei absolut unterschiedliche Tendenzen sind unter den Frauen zu beobachten. Einerseits bemühen sich viele Frauen um bessere Bildung und höhere Qualifikation, andererseits verneinen noch viele von ihnen das Recht der Frauen, ihre Kenntnisse auch angemessen in Karrieren umzusetzen. Zum Vorteil gereicht den Frauen (vor allem der älteren Generation), dass sie unter den neuen wirtschaftlichen und sozialen Umständen gelernt haben, flexibel zu bleiben und mehrere Aufgaben gleichzeitig zu bewältigen. Auch die interviewten Politikerinnen zeigten eine hohe und ausgeprägte Fähigkeit, mehrere Aufgaben parallel zu bewältigen. Neben ihrem Berufsleben pflegen alle auch noch enge Kontakte zu ihren Familienangehörigen, die auf ihre Hilfe angewiesen sind (Kinder, Enkelkinder, Eltern). Heute sind sie, dank ihrer Flexibilität, nicht nur Parlamentarierinnen, sondern alle von ihnen arbeiten gleich-

---

<sup>242</sup> Vgl. ebd.: 241.

zeitig in verschiedenen Ausschüssen des Parlaments und gehen mehreren Tätigkeiten innerhalb der Parteien nach. Diese Bereitschaft, mehrere Aufgaben gleichzeitig wahrzunehmen, begründet eine hohe Leistungsfähigkeit der Frauen in der Politik. Doch damit Frauen ihre Flexibilität und Professionalität auch aktiv umsetzen können, müssen vor allem die tradierten Rollenbilder abgebaut werden.

An diesem Prozess sollte der Staat mitwirken, der Richtung und Regeln beim Abbau der sozialen Diskriminierung von Frauen vorgeben kann. Einen positiven Ansatz, diesen Wandel einzuläuten, stellen die neuen Regelungen auf dem Arbeitsmarkt dar, die bessere Chancen für Frauen bei Bewerbungen, beim Karriereaufstieg und bei der Entlohnung vorsehen. Auch wenn ihre Auswirkungen noch gering sind, sind sie doch ein wichtiges Signal für die Gesellschaft.

Viel geringer sind die Bemühungen des Staates, den Frauen im privaten Bereich behilflich zu sein. Obwohl die Gewalt an Frauen ein bekanntes und weitverbreitetes Problem ist, fehlen immer noch effektive Lösungen. Ein negativer Angriff auf die Privatsphäre der Frau wird auch in der neuen Diskussion um das Abtreibungsgesetz sichtbar, in dem das Recht der Frauen zur freien Wahl zwischen Schwangerschaft und Abtreibung abgeschafft werden soll.

## 5 Institutionelle Faktoren

Die politischen Institutionen, durch die in jedem Land die politische Partizipation und politische Repräsentation der Bürger geprägt werden, haben im Laufe der Zeit auch in der Slowakei mehrere Formen angenommen. Der entscheidende Ausgangspunkt zu ihrer Analyse kann in der ersten staatlichen Formation der Tschechen und Slowaken gefunden werden. Im Tschechoslowakischen Staat der Zwischenkriegszeit hat nämlich die Institutionalisierung der politischen Partizipation von Frauen in den politischen Institutionen einen Durchbruch erlebt. Neue Regeln mit einer klaren Definition politischer Grundrechte von Frauen wurden verabschiedet, Frauen erhielten gesetzliche Gleichstellung mit den Männern. „The declaration of independence of the Czechoslovak Republic on 18th October 1918 says: Women will be politically, socially and culturally on the same level as men.“<sup>243</sup> Dies bestätigte anschließend die Konstitution aus dem Jahr 1920. Im Artikel 108 wurde festgelegt: „There shall be no privileges pertaining to sex, family or calling.“<sup>244</sup> Die tschechischen und slowakischen Frauen erhielten das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, und ihr Zugang zu politischen Funktionen war ab diesem Moment auf Dauer institutionell gesichert.

In diesem Kapitel wird dargestellt, wie sich die Institutionalisierung des Rechtes der Frauen politisch aktiv zu sein weiter entwickelte, welche neuen Inhalte es in den folgenden Regimes bekam, und welche Auswirkung es auf die reale Beteiligung der Frauen in den zentralen politischen Institutionen hatte. Es wird davon ausgegangen, dass, obwohl die institutionellen Bedingungen für die Frauen günstig waren, wurden sie in der politischen Realität mangelhaft genutzt. Dies wird an der Beteiligung der Frauen in Regierung, Parlament und politischen Parteien während der drei verschiedenen Perioden *vom Jahr 1918 bis zur Revolution 1989* geschildert. Anschließend wird die Wirkung der historischen Erfahrungen auf die *postkommunistische Politik* untersucht und anhand der *neuesten Entwicklungen der politischen Institutionen nach dem Jahr 1998* werden die institutionellen Voraussetzungen für die politische Partizipation von Frauen diskutiert.

---

<sup>243</sup> Musilová 2/1999: 199.

<sup>244</sup> Vgl. ebd.: 243.

## 5.1 Frauen in den politischen Institutionen der Slowakei 1918 – 1989

In den siebzig Jahren, von der Gründung der Ersten Tschechoslowakischen Republik bis zum Ende der kommunistischen Ära, gab es in der Slowakei drei politische Systeme, die unterschiedliche Bedeutung für die Repräsentation von Frauen in den zentralen politischen Organen hatten. Die politischen Ideologien unterschieden sich grundsätzlich, desto haben Frauen in allen diesen Perioden meistens nur eine marginale Rolle in der zentralen Politik gespielt, und das unabhängig davon, ob in den *demokratischen*, den *nationalistisch-autoritären* oder den *kommunistischen* Organen der staatlichen Macht. Eine gewisse Ausnahme bildete vorübergehend das kommunistische Parlament mit seinen Quotenregelungen.

Zwar erhielten die Frauen in der Verfassung von 1920 politische Grundrechte, ihre reale Auswirkung auf einen Anstieg der politischen Partizipation von Frauen blieb jedoch in der 20-jährigen Periode sehr begrenzt, vor allem im slowakischen Teil der Republik. Die tschechischen Frauen haben das demokratische Klima besser genutzt und sie traten in das politische Leben, obwohl auch nicht gleich in die Spitzenpolitik. Die slowakischen Frauen besaßen auf Grund ihrer mangelnden Bildung und niedrigen gesellschaftlichen Position nicht die gleichen Chancen wie die in Tschechien. Zusätzlich herrschte in der Slowakei eine andere politische Atmosphäre. Während sich in Tschechien Ideen liberaler Demokratie verbreiteten, die auch politische Aktivitäten von Frauen positiv bewerteten, drangen in der Slowakei nationalistische Töne in Vordergrund, die keine vergleichende Basis für politisch aktive Frauen mit Tschechien baten. Damit wurde die Zwischenkriegsperiode durch Suche nach neuer Orientierung gekennzeichnet, bevor sie von den slowakischen Frauen und der restlichen Gesellschaft gefestigt wurde, begann die Zeit des Slowakischen Staates. Eine neue Verfassung wurde im Jahr 1939 ins Leben gerufen, sie wurde nach dem Muster der faschistischen Konstitution aus Italien gestaltet.<sup>245</sup> Sie war das Fundament für einen nationalistischen, diktatorischen Staat ohne politischen Pluralismus und mit klerikalem Hintergrund. Dies unterbrach den Weg der Frauen zu politischen Aktivitäten und erneuerte die Bedeutung der traditionellen Frauenrollen innerhalb der Familien.

---

<sup>245</sup> Buchvaldek et al. 1986: 427.



Die politische Position der Frauen wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg in den politischen Institutionen neu diskutiert. Im Einklang mit der vorerst demokratischen und anschließend kommunistischen Ideologie wurde ein Emanzipationsprozess der Frauen gestartet. Frauen sollten von Anfang an in das politische Leben einbezogen werden. Bereits im Oktober 1946 ist ein bedeutender Frauengipfel zu Stande gekommen, an dem der Präsident Eduard Beneš die Aufgabe der Frauen beim Aufbau des Landes verdeutlicht hat.<sup>246</sup> Bald wurde aber die politische Rolle der Frauen immer mehr marginalisiert und die produktive (Erwerbstätigkeit) und reproduktive (Mutterschaft) Bedeutung der Frauenrolle in den Vordergrund gerückt. „In the early post-World War II period, Czech and Slovak elites emphasised women’s role as economic producers. (...) Although the importance of women’s roles as mothers and homemakers was formally recognised.“<sup>247</sup> Mit der wachsenden Aktivität im industriellen Bereich schrumpfte die Rolle der Frauen in der Politik. Die Emanzipation der Frauen wurde vorwiegend mit ihrer Erwerbstätigkeit verbunden, und die politische Plattform blieb weiterhin männerdominant. Somit verschwand das Thema der politischen Emanzipation in den 50er Jahren vom Tisch. „Emulating Soviet practice, Czech and Slovak leaders proclaimed that the institution of a socialist system had solved the basic problems connected with female equality.“<sup>248</sup> Fast alle Frauen haben als Erwerbstätige gearbeitet, was als Zeichen erfolgreicher Emanzipation betrachtet wurde. Damit verebbte die öffentliche Diskussion über die politische Partizipation von Frauen. Die nächsten Versuche, eine neue Diskussion zur Frauenbeteiligung in der zentralen Politik zu starten, erfolgten Mitte der 60er Jahre: „...women’s issues come to be recognised as legitimate topics of political discussion again.“<sup>249</sup> Bevor Ergebnisse dieser Diskussion überhaupt erzielt werden konnten, stürzte das Land in die nächste politische Krise und nach der militärischen Invasion 1968 wurde die institutionelle Debatte zur Rolle der Frauen in der Politik vorerst abgebrochen. Da sich die Kluft zwischen den formalen Rechten und ihrer tatsächlichen Umsetzung in den zentralen Institutionen am Anfang der 70er Jahre weiterhin deutlich zeigte, kamen Quotenregelungen zum Einsatz, die den Anteil der Frauen in den föderalen und in den nationalen Parlamenten bis zur Revolution 1989 bei 30 Prozent gehalten haben. Das war

---

<sup>246</sup> Buchvaldek et al. 1986: 472.

<sup>247</sup> Wolchik 1981: 135.

<sup>248</sup> Wolchik 1981: 136.

<sup>249</sup> Vgl. ebd.: 248.

die erste und bis jetzt auch die einzige institutionelle Quotenregelung, die eine klare Auswirkung in den 70er und in den 80er Jahren erzielte. Soweit es sonstige institutionelle Bemühungen um mehr Frauenbeteiligung in den zentralen politischen Institutionen gab, waren relativ unwirksam.

### 5.1.1 Frauen in der Regierung

In den Jahren zwischen 1918 – 1989 haben sich 34 föderale – tschechoslowakische und 13 nationale – slowakische Regierungen abgewechselt, in denen zusammen weniger als 5 Frauen repräsentiert waren.<sup>250</sup>

In der unmittelbaren Phase nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie und mit der Gründung der gemeinsamen *Ersten Tschechoslowakischen Republik* haben viele demokratische Institutionen ein festes Fundament bekommen. Trotzdem war die Zeit nicht durch ein ruhiges und stabiles politisches Klima gekennzeichnet. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit und internationalen Konflikte haben sich auf das politische Geschehen der Tschechoslowakei stark ausgewirkt. In der achtzehnjährigen Periode wurden 18 Regierungen zusammengestellt. Die unruhigen Zeiten herrschten vor allem in den ersten und in den letzten Jahren dieser Periode. Aber auch in der ruhigeren mittleren Zeit haben Frauen keinen Weg in die politische Zentrale gefunden. Die Regierungen hatten im Laufe der achtzehn Jahre jeweils ca. 15-18 Mitglieder, alle waren nur männlich. So gab es in dieser kurzen demokratischen Periode keine Möglichkeit, dass Frauen erste wichtige Erfahrungen in einer Regierung hätten sammeln können.

Das folgende politische System in den *Jahren des Zweiten Weltkrieges* war in der Slowakei durch nationalistische, faschistische und klerikale Inhalte geprägt. Es bedeutete für Frauen eine feste Bindung an ihre traditionelle Rolle und keine Revolution in ihrer politischen Repräsentation in der zentralen Politik. In dieser Periode haben sich 8 rein männliche Regierungen abgewechselt, die jeweils 5 bis 11 Mitglieder hatten.<sup>251</sup>

Wichtig ist zu dieser Zeit noch hinzuzufügen, dass während des Krieges die demokratische tschechoslowakische Vorkriegsregierung eine Fortsetzung ihrer Arbeit in der Emigration gesucht und auch gefunden hat. Sie hat aus dem Ausland Ideen des gemein-

---

<sup>250</sup> Buchvaldek et al. 1986: 598-621.

<sup>251</sup> Buchvaldek et al. 1986: 605-608.

samen Staates, wie auch Prinzipien der jungen Demokratie verteidigt, allerdings wieder ganz ohne Frauen. Die tschechoslowakische Regierung hat in der Emigration dreimal ihre 8-15 köpfige Besetzung gewechselt, aber keinen Posten einer Frau anvertraut.<sup>252</sup>

Das Kriegsende und der *Einstieg der Kommunisten* hat für die Repräsentation von Frauen in der Regierung keine dramatische Veränderung gebracht. In den Jahren 1945 – 1968 haben sich 9 tschechoslowakische Regierungen abgewechselt, die schon eine breitere Mitgliedschaft hatten (ca. 25-35 Mitglieder). Die erste Frau (L. Jankovcová), die den Eintritt in die Regierung geschafft hat, bekam im Jahr 1947 den Posten der Ministerin für Industrie. Drei Monate später wurde sie in den Bereich Ernährung versetzt, wo sie auch die nächsten zwei Legislaturperioden als einzige Frau in der Regierung tätig war. In den Jahren 1954-1968 wurde sie zur Stellvertreterin des Vorsitzenden der Regierung gewählt.<sup>253</sup> Zur gleichen Zeit (1954-68) ist noch eine weitere Frau (B. Macháčová – Dostálová) hinzugekommen und hat den Posten der Ministerin der Konsumgüterindustrie übernommen.<sup>254</sup> Dadurch ist eine 14 Jahre lange Periode entstanden, in der zwei Frauen in der Regierung tätig waren. Wichtig ist, dass prozentual genommen die Beteiligung der Frauen bei 5,7 Prozent lag. Andererseits ist ihre Einordnung in die Industriebereiche bemerkenswert, da sie nicht unbedingt zu den typischen „Frauenbereichen“ gehören und trotzdem Frauen an der Spitze hatten.

Die Phase *nach dem Revolutionsjahr 1968 bis zum November 1989* brachte für die Beteiligung der Frauen in der Regierung keine Verbesserung, sowohl auf der föderalen wie auch auf der nationalen Ebene. In den tschechoslowakischen Regierungen zwischen den Jahren 1969 – 1989 war nur die ersten zwei Jahre eine Frau (V. Brablcová) in der Regierung vertreten. Sie arbeitete als Ministerin für Arbeit und Sozialwesen. Nach 1971 setzte die Regierung ihre Arbeit ohne jegliche weibliche Politikerin fort. In der nationalen Regierung der Slowakei war ebenso in den ersten zwei Jahren eine Politikerin (M. Sedláková) für Leitung des Ministeriums für Arbeit und Sozialwesen zuständig. Danach hatte die Regierung bis zum Ende des Kommunismus nur männliche Mitglieder.<sup>255</sup>

---

<sup>252</sup> Buchvaldek et al. 1986: 608-609.

<sup>253</sup> Buchvaldek et al. 1986: 610.

<sup>254</sup> Buchvaldek et al. 1986: 613.

<sup>255</sup> Buchvaldek et al. 1986: 620–621.

### 5.1.2 Frauen im Parlament

Die Frauen haben in den verschiedenen Perioden des letzten Jahrhunderts in der Regierung eine nur minimale Beteiligung erzielt, anders war es auch in den Parlamenten nicht. Den Umbruch brachte zunächst die Quotenregelung der Kommunisten, die in den 70er Jahren den Frauenanteil in föderalen und nationalen Parlamenten deutlich erhöhte.

Der Frauenanteil im *ersten tschechoslowakischen Parlament* war sehr gering. Im Unterhaus des Parlaments waren im Jahr 1924 11 Frauen (4,1 Prozent) vertreten. Sechs Jahre später lag ihr Anteil nur noch bei 3,3 Prozent, was 9 Frauen unter 280 Parlamentariern waren. Im Senat war der Repräsentationsgrad der Frauen noch geringer. Im Jahr 1924 waren es 3 Frauen unter 150 Mitgliedern (2 Prozent) und im Jahr 1935 lediglich 3,3 Prozent, was 5 Frauen unter 150 Senatoren bedeutete.<sup>256</sup>

Eine langsame Steigerung für die Frauenrepräsentation innerhalb des Parlaments hat *die kommunistische Ära* gebracht. Unmittelbar nach dem Krieg waren in der Nationalversammlung der Tschechoslowakei 20 Frauen (ca. 7 Prozent) vertreten. Der Frauenanteil hat sich zwar bis 1964 verdreifacht, blieb aber stets unter 25 Prozent. Ein Durchbruch erfolgte mit den 1971 eingeführten Quoten.

**Tabelle 5-1 Abgeordnete in der nationalen Versammlung der Tschechoslowakei (1945-1971)**

Jahr	Abgeordnete insgesamt	davon Frauen	
		absolut	in %
1945	299	20	6,7
1946	300	30	10
1948	285	36	12,6
1954	368	61	16,6
1960	300	68	22,7
1964	300	59	19,7

Quelle: Federální statistický úřad (Hg.): *Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 50.*

<sup>256</sup> Wolchik 1996: 530.

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, hat Anfang der 60er Jahre der Frauenanteil knapp 23 Prozent erreicht. Diese steigende Tendenz wurde durch die eingesetzte Quotenregelung in den folgenden Jahren noch verstärkt.

**Tabelle 5-2 Abgeordnete in der föderalen Versammlung der Tschechoslowakei (1971 – 1981)**

Jahr	Abgeordnete insgesamt	davon Frauen	
		absolut	in %
1971	350	99	28,2
1976	350	99	28,2
1981	350	99	28,2

*Quelle: Federální statistický úřad (Hg.): Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 50.*

Die Quoten haben für eine stabile Anzahl der Frauen im föderalen Parlament bis November 1989 gesorgt. Positive Auswirkung haben die Quoten auch auf der nationalen Ebene erzielt. Im Slowakischen Nationalrat stieg der Frauenanteil kontinuierlich, bis er in den 80er Jahren mehr als 30 Prozent erreichte.

**Tabelle 5-3 Abgeordnete im Slowakischen Nationalrat**

Jahr	Abgeordnete insgesamt	davon Frauen	
		absolut	in %
1971	150	39	26
1976	150	39	26
1981	150	44	29,3
1986-89	150	49	32,7

*Quelle: Federální statistický úřad (Hg.): Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985, S. 50. Archív NR SR.*

Die Beteiligung der Frauen im slowakischen Parlament hat von 1971 bis zur Wende 1989 zugenommen und einen Höchststand erreicht, der bis heute nicht wieder erzielt wurde. Trotzdem muss der hohe Anteil der Frauen in einem kommunistischen Parlament mit Vorsicht betrachtet werden, da im Sozialismus die staatlichen Institutionen der Kommunistischen Partei untergeordnet waren und kaum Macht besaßen. Die Arbeit des Parlaments war sehr formal, da die Parlamentarier alle Beschlüsse und Gesetzentwürfe,

die aus den Organen der KP kamen, einstimmig billigen mussten.<sup>257</sup> Die hohe Beteiligung der Frauen im Parlament bedeutete keine effektive Beteiligung an der tatsächlichen zentralen Macht, sie hatte jedoch eine wichtige Symbolfunktion, die in die Gesellschaft herausgetragen wurde.

### 5.1.3 Frauen in den politischen Parteien

Obwohl in den verschiedenen Phasen der slowakischen Geschichte der herrschende Parlamentarismus verschiedene Formen angenommen hat, blieb die Position der Parteien in all den Jahren wichtig. Parteien sandten ihre Politiker in die staatlichen Organe - in der *Ersten Tschechoslowakischen Republik*, wie im *Slowakischen Staat* der Kriegszeit und im *Sozialismus*. Deshalb war für die Förderung der Frauen in den zentralen politischen Institutionen zu jeder Zeit entscheidend, welche Positionen Frauen in den Parteien besaßen bzw. welche Förderungen sie genossen.

In der Slowakei in der Zeit *zwischen den Weltkriegen* gab es ein breites Spektrum politischer Parteien. Frauen engagierten sich meistens in den linken Parteien. Die populären nationalistischen und klerikalen Parteien haben die traditionelle Rolle der Frauen forciert und damit in den eigenen Kreisen den Frauen nur geringe Möglichkeiten für eine politische Karriere geboten. In diesem Zusammenhang hält Wolchik fest, dass diese Tendenz sich auch an den Kandidatenlisten fürs Parlament ablesen lässt, wo weibliche Abgeordnete meistens „ran on the tickets of leftist parties.“<sup>258</sup> Das bedeutete aber noch längst nicht, dass sich die Frauen gleichzeitig in den linksorientierten Parteien über besondere Rechte oder Positionen erfreuen konnten. „Women played a very limited role in the highest bodies of the country’s political parties.“<sup>259</sup> Am Beispiel der Kommunistischen Partei (bis zum Jahr 1921 Sozial-demokratische Partei) kann die begrenzte Positionierung der Frauen in den führenden Parteiorganen besser belegt werden. Dabei soll sie aber nicht als ein Muster für alle Parteien verstanden werden. Die Lage in den anderen Parteien kann nur vermutet werden, da es keine Angaben über die Mitgliedschaft gibt. Da aber auch keine historischen Berichte über weibliche Politiker aus der Zeit vorliegen, die eine Partei in den zentralen Organen repräsentiert hätten, lässt sich

---

<sup>257</sup> Filadelfiová et al. 1999: 23.

<sup>258</sup> Wolchik 1996: 530.

<sup>259</sup> Vgl. ebd.: 258.

daraus schließen, dass es in dieser Periode noch keine Frauen in den obersten Führungsorganen der Parteien gab.

**Tabelle 5-4 Frauen im Parteivorstand der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in den Jahren 1920 – 1936**

Termin der Parteitagung	Vorstand gesamt	davon Männer	davon Frauen
28.9. 1920	18	16	2
16.5.1921	18	16	2
2.11.1921	11	11	0
5.2.1923	8	8	0
4.11.1924	9	9	0
28.9.1925	9	9	0
28.3.1927	15	15	0
23.2.1929	17	16	1
11.3.1931	10	10	0
14.4.1936	12	12	0

Quelle: Buchvaldek. M., et al.: *Československé dejiny v datech. Praha 1986, S. 636-638.*

Die Tabelle zeigt, dass Frauen nur in einer kurzen Zeit im Vorstand der KP vertreten waren. Dabei hat der Vorstand fast nach jeder Tagung seine Besetzung (Personal) geändert, die Anzahl der Mitgliedschaften mal erweitert, mal verringert. Diese Änderungen hatten jedoch sehr geringe Auswirkung auf die Beteiligung von Frauen.

Die Tendenz, die Führungsorgane der Parteien mit Männern zu besetzen, wurde im *Slowakischen Staat* noch gekräftigt. Es wurden keine Quellen über weibliche Repräsentanten politischer Parteien aus dieser Zeit gefunden.

Eine Veränderung an der Positionierung der Frauen in den führenden Organen der Parteien erfolgte selbst nicht in der *kommunistischen Ära*. Die KP wurde direkt nach dem Krieg zu einer Massenpartei (im Jahr 1949 hatte sie mehr als 2,3 Millionen Mitglieder<sup>260</sup>). Sie hat sich über einen hohen Anteil weiblicher Mitglieder gefreut, verfügte aber nur über einen geringen Anteil von Frauen an der Spitze. In den Jahren 1946 – 1981 haben neun Parteitage der tschechoslowakischen KP stattgefunden, und auf jedem

<sup>260</sup> Buchvaldek et al. 1986: 636.

wurde ein neuer Vorstand der Partei gewählt. Die Anzahl der Mitglieder lag bei ca. 10 bis 24 Repräsentanten. Nach den Tagungen 1946 und 1949 haben zwei Frauen den Einstieg in den Vorstand geschafft.<sup>261</sup> Eine von ihnen wurde allerdings schon im Jahr 1951 (M. Švermová) als Feind des Regimes vor Gericht gestellt und inhaftiert. Die zweite Abgeordnete (L. Jankovcová, gleichzeitig auch Ministerin der Regierung) war noch in den nächsten sechs Jahren als Kandidatin des Vorstandes tätig. Danach hat keine Frau ihre Arbeit im Vorstand fortgesetzt. Damit blieb der Vorstand der tschechoslowakischen KP seit 1954 bis zur Wende 1989 definitiv ohne weibliche Mitglieder.

**Tabelle 5-5 Frauenpartizipation in den Vorständen der KSČ – Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (später KSČS)**

	Mitglieder gesamt	davon Männer	davon Frauen
1946 – 1949	18	16	2
1949 – 1954	24	22	2
1954 – 1958	9	9	0
1958 – 1962	10	10	0
1962 – 1966	12	12	0
1966 – 1971	10	10	0
1971 – 1976	11	11	0
1976 – 1981	11	11	0
Nach 1981	12	12	0

*Quelle: Buchvaldek, M. et al.: Československé dějiny v datech. Praha 1986, S. 639-642.*

Die Position der Frauen in den Organen der KP auf der nationalen Ebene war auch nicht besser. Zwischen den Jahren 1945 – 1981 hat die slowakische KP elf neue Vorstände gewählt, und bis zum Jahr 1971 war keine Frau im Vorstand repräsentiert. Erst 1971 wurde in den elfköpfigen Vorstand eine Frau (E. Litvajová) gewählt,<sup>262</sup> die hier bis zur Wende 1989 tätig blieb.

#### **5.1.4 Zusammenfassung**

Die konstitutionellen Voraussetzungen waren seit der Gründung der Ersten Tschechoslowakischen Republik für die politische Repräsentation von Frauen in den politischen

<sup>261</sup> Buchvaldek et al. 1986: 639.

<sup>262</sup> Buchvaldek et al. 1986: 642-644.



Institutionen im Prinzip günstig. Frauen besaßen gleiche politische Rechte wie die Männer. Trotzdem blieben die zentralen politischen Institutionen (Parlament, Regierung) wie auch die führenden Organe der politischen Parteien arm an weiblichen Mitgliedern, und das lange Zeit im tschechischen wie im slowakischen Teil der gemeinsamen Republik. Einzige Ausnahme der Unterrepräsentation von Frauen bot das kommunistische Parlament in den 70er und 80er Jahren. Hier wurden parteiinterne Regeln geschaffen, die den Frauenanteil im Parlament bei 30 Prozent gehalten haben. Während des Sozialismus waren aber nicht die staatlichen Organe, sondern die KP der Machtinhaber und so hat diese Quotenregelung den Frauen kaum Anteil an tatsächlicher politischer Macht gesichert. Der Vorstand der KP war im Gegensatz zum Parlament durch ein extremes Maß an Unterrepräsentation von Frauen gekennzeichnet. Daraus kann geschlossen werden, dass Frauen aus allen drei Perioden des letzten Jahrhunderts mit marginaler Tradition an politischer Repräsentation in den zentralen politischen Institutionen in die neue postkommunistische Ära gegangen sind. Die einzige positive Tradition zur Regulierung des Frauenanteils im Parlament, Quoten, wurde nach dem Zusammenbruch des Kommunismus schon bei den ersten freien Wahlen 1990 aufgehoben. Damit mussten die Frauen ihren Platz in der zentralen Politik von Neuem erobern.

## **5.2 Frauen in den politischen Institutionen nach der Wende 1989**

Die politische Wende im November 1989 hat einen großen Umbruch in den politischen Institutionen mit sich gebracht. Fast das gesamte System politischer Repräsentation wurde innerhalb kurzer Zeit grundlegend verändert. Heute weisen viele Analysen und persönliche Erinnerungen von Politikern darauf hin, dass dieser Umbau der Institutionen und vor allem die Elitenrekrutierung durch Chaos und pure Zufälligkeit gekennzeichnet waren.<sup>263</sup> Die Repräsentanten der neuen politischen Alternative waren auf einen solchen komplexen Wechsel der Eliten nicht vorbereitet.<sup>264</sup> Die Nachfrage nach neuen Politikern war höher als das Angebot, damit war der Weg in die Politik für viele Interessierte offen und viele auch höhere Positionen waren leicht zugänglich. Auch einige Frauen haben die Gelegenheit der offenen politischen Institutionen genutzt

---

<sup>263</sup> Woleková in Bútorová 2001: 134.

<sup>264</sup> Otava, Tigris 89-90/1990: 232.

und sind in die Politik gegangen. Sie waren nicht schlechter vorbereitet als ihre männlichen Kollegen. Wie sich aber später gezeigt hat, war für Frauen die Durchsetzung im neuen politischen Umfeld nicht so kompliziert wie die in den folgenden Jahren der Stabilisierung. Frauen erfuhren nur geringe Akzeptanz und viele von ihnen, die den ersten Einstieg in die Politik geschafft hatten, verließen in den folgenden Jahren aus diesem und noch weiteren Gründen, welche hier weiter diskutiert werden, die Politik. Zusätzlich wird die institutionelle Entwicklung in der unmittelbaren Phase nach der Revolution untersucht werden. Die Verfassung, das Wahlsystem und die Regierungspolitik werden analysiert. Schnell entwickelte sich ein Mehrparteiensystem, das ein breites programmatisches Spektrum bot. Deshalb wird auch das Vorgehen der verschiedenen politischen Parteien mit Blick auf die Bearbeitung der Frauenthemen, vor allem politischer Repräsentation der Frauen, analysiert.

### **5.2.1 Elitenrekrutierung – unausgeschöpfte Chancen der Frauen?**

Es wird viel darüber diskutiert, ob Frauen die Möglichkeiten des Umbruchs 1989-1990 genutzt oder verpasst haben. Die Ansichten sind geteilt, einige Wissenschaftler und Politiker meinen, dass Frauen den ersten Einstieg verpassten,<sup>265</sup> dass sie die vorhandenen Möglichkeiten nicht ausreichend geschätzt und genutzt haben; andere weisen darauf hin, dass am Anfang die Anzahl der politisch aktiven Frauen überraschend hoch war und erst später zurückging.<sup>266</sup> Marie Čermáková hält fest, dass direkt nach der Wende (von November 1989 bis Juni 1990) die Beteiligung der Frauen an politischen Aktivitäten in den Bürgerbewegungen und Parteien sehr hoch war, Frauen beteiligten sich aktiv am Aufbau der demokratischen organisatorischen Strukturen. Dies ist bemerkenswert angesichts der mangelnden Tradition politisch tätigen Frauen in der Spitzenpolitik aus der Vergangenheit. Allerdings müssen wir uns die unmittelbare Phase nach der Revolution als Phase der fast unbegrenzten Möglichkeiten vorstellen. In der revolutionären Euphorie voller demokratischer Ideale, wo viele ungerechte Stereotype gedämpft waren, haben Frauen den Weg in die Politik gewagt. Sie wurden erst bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für die ersten Wahlen nach der Revolution benachteiligt und landeten auf wenig aussichtsreichen Positionen. Die Zusammenstellung der Kandidatenlisten war, Čermákovás Ansicht nach, ein manipulierter Prozess, in dem die Männer begüns-

---

<sup>265</sup> Woleková in Bútorová 2001: 140.

<sup>266</sup> Szomolányi in Bútorová 2001: 274.

tigt wurden. Die Akteure dieses Prozess behaupteten, dass Männer eine höhere politische Kompetenz und Wählbarkeit besäßen, weibliche Kandidaten wurden als Risiko angesehen.<sup>267</sup> Nach dem das politische Rechnen und die Konkurrenz um Positionen und Mandate begann, wurde die Position der Frauen in der Politik immer schwieriger. Manche Frauen verließen die Politik freiwillig, andere wurden herausgedrängt.<sup>268</sup> Der Nachwuchs und auch die Nachfrage nach neuen Politikerinnen in den Parteien wurde in den folgenden Jahren geringer.

Die Interviews mit Spitzenpolitikerinnen, die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführt wurden, belegen, dass die Mehrheit der Frauen, die heute noch in der Politik aktiv sind, damals auf den ersten Zug aufgesprungen sind. Es fehlt tatsächlich der Nachwuchs an Politikerinnen, die in den folgenden Jahren in die Politik gegangen sind. Von den acht Interviewten haben sieben bestätigt, dass auch sie direkt in der Umbruchsphase (bis zum Sommer 1990) mit der Politik begannen und seitdem politisch aktiv geblieben sind. Am Anfang war der Zugang auch zu wichtigen politischen Posten (in der Partei, im Parlament, und in der Regierung) noch leicht. Wie eine Spitzenpolitikerin aus der Periode des Wandels, E. Woleková, berichtete, gab es am Anfang für viele keinen standardisierten Weg des Aufstiegs von der kommunalen in die nationale Politik.<sup>269</sup> In vielen Fällen hat der politische Enthusiasmus und die nichtkommunistische Vergangenheit ausgereicht. Dieses großzügige Verteilen der politischen Posten ist erst später zurückgegangen, als Politiker der neuen Elite festgestellt haben, dass politische Posten attraktiv und lukrativ sein können.<sup>270</sup> Fünf der Befragten deuteten darauf hin, dass es in dieser Phase, in der die Lukrativität der Politik entdeckt wurde, immer schwieriger wurde, da hier offene Konfrontationen und ein Kampf um Posten entstanden ist. In den ersten fünf Jahren der „Kristallisierung“ der politischen Sphäre haben einige Revolutionspolitiker die Politik verlassen. Enttäuschungen über die Entwicklung, aber auch ein Mangel an Professionalität, Unterstützung in den Apparaten und bei der Bevölkerung, sowie sinkendes Interesse an administrativer Kleinarbeit waren vermutlich in vielen Fällen im Spiel. Der spätere Zugang zu Führungspositionen

---

<sup>267</sup> Čermáková 1996: 8.

<sup>268</sup> Die Erfahrungen aus den ersten Jahren nach der Wende vermittelt auch die Sammlung von Interviews in dem Buch *Krehká sila* von Z. Bútorová.

<sup>269</sup> Vgl. ebd.: 265.

<sup>270</sup> Szomolányi in Bútorová 2001: 271.

wurde dann immer schwieriger, die neue Elite hat vielen den Weg in die Politik versperrt, um die gewonnenen Privilegien nicht teilen zu müssen. In diesem Zusammenhang wird bei den Aufstiegsmöglichkeiten in der Politik in den späteren Jahren von einer sogenannten „gläsernen Decke“ gesprochen, die den Aufstieg vor allem in den Parteien nur bis zu einem bestimmten Level erlaubt. Woleková vermutet, dass zehn Jahre nach der Revolution das Risiko der gläsernen Decke für alle neuen Politiker gilt, da aber Frauen den Anfang nicht voll ausgeschöpft haben, ist bei ihnen das Risiko doppelt so groß.<sup>271</sup> Abgesehen von der Diskussion, ob Frauen die Chancen der ersten Welle ausgeschöpft haben oder nicht, deutet vieles darauf hin, dass Frauen in Zukunft diese gläserne Decke nicht ohne unterstützende Programme durchbrechen werden, da hier im Gegensatz zu Männern zusätzlich viele ungünstige kulturelle und soziale Hindernisse eine Rolle spielen.

## 5.2.2 Die neue demokratische Verfassung von 1992

Die neue demokratische Verfassung der Slowakischen Republik wurde im September 1992 verabschiedet. Schon vorher hat das postkommunistische föderale Parlament viele Änderungen in die kommunistische Konstitution eingebracht, aber die Vorbereitung einer neuen definitiven Form der Verfassung begann erst nach der Entscheidung von Gründung der selbständigen Slowakischen Republik, als eine der beiden Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei. Es lassen sich zwei historische Einflüsse aus der Vergangenheit in ihr erkennen. Erstens der Einfluss der tschechoslowakischen Verfassung aus dem Jahr 1920 und zweitens der Einfluss der kommunistischen Konstitution.<sup>272</sup> Was die Definition der politischen Rechte der Frauen angeht, wurde hier weiterhin auf das Prinzip der Gleichstellung von Frauen und Männern geachtet. Im Teil 3, Artikel 30 ist festgelegt, dass alle Bürger ein Recht auf Beteiligung an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten haben, entweder direkt oder durch von ihnen gewählte Repräsentanten.<sup>273</sup> Weiterhin ist auch das allgemeine Wahlrecht für alle Bürger garantiert, gleichzeitig der Zugang zu Wahlämtern und anderen öffentlichen Funktionen.<sup>274</sup> Es gibt keinen Fall (Quoten oder andere Regelung), in dem Frauen oder

---

<sup>271</sup> Vgl. ebd.: 265.

<sup>272</sup> Drgonec 2001: 3.

<sup>273</sup> Ústava SR, Diel 3/Článok 30, 2001: 20.

<sup>274</sup> Ústava SR, Diel 3/Článok 3, 4, 2001: 20.

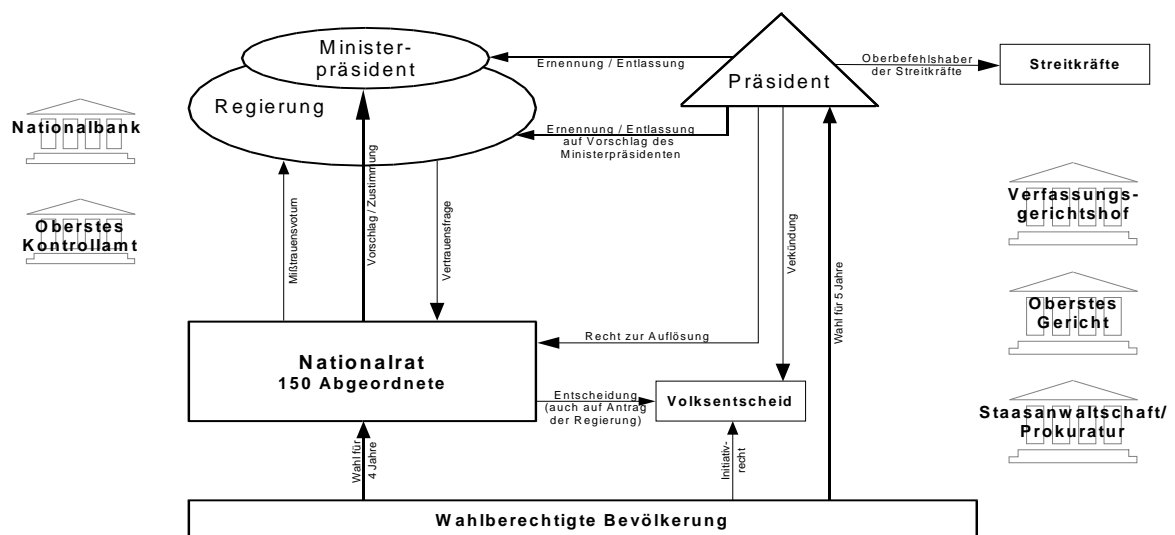
Männer besondere Vorteile genießen. Damit ist der Zugang zu politischen Institutionen für beide Geschlechter, gesetzlich gesehen, gleich.

### 5.2.3 Das Regierungssystem und das Wahlsystem

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes wurde noch im Jahr 1989 die führende Rolle der Kommunistischen Partei abgeschafft und die Entwicklung eines pluralistischen Regimes bekam grünes Licht. Viele politische Institutionen haben ihre formale Strukturen nach der Wende nicht grundsätzlich verändert, aber durch die Abschaffung der zentralen Rolle der KP konnten sie erstmals ihre Aufgaben auf demokratische Weise erfüllen.

*Regierungssystem:* Die Slowakische Republik hat ein parlamentarisches Regierungssystem mit überwiegend repräsentativem Präsidentenamt, einem Ein-Kammerparlament (Nationalrat) und direkt-demokratischen Elementen (Volksentscheide), verbunden mit dem Prinzip der territorialen Selbstverwaltung.<sup>275</sup>

Abbildung 5-1 Das Regierungssystem der Slowakischen Republik



\*) Die Direktwahl des Staatspräsidenten erfolgt seit der Verfassungsänderung vom September 1998.

Quelle: Meyer, G., Bauer, M., Krause, E.: Die Regierungssysteme Ostmitteleuropas im Überblick. In: Der Bürger im Staat 3/1997, S. 199.

<sup>275</sup> Meyer, Bauer, Krause 3/1997: 199.

Innerhalb kürzester Zeit hat sich die Herrschaft einer Partei zu einem Parlamentarismus mehrerer Parteien entwickelt. In allen Parlamentswahlen seit der Revolution 1989 wurden mehr als fünf Parteien ins Parlament gewählt, keine der Parteien hat je die absolute Mehrheit erreicht und so ist die Regierung immer durch Koalitionsbildung entstanden. Diese Vielfalt der Parteien hatte nicht nur bei der Entsendung von Frauen in politische Ämter eine wichtige Rolle gespielt, sondern auch am Ende der 90er Jahre eine zentrale Bedeutung bei der Diskussion zur Unterrepräsentation von Frauen in der zentralen Politik eingenommen. Der Diskurs über die politische Repräsentation von Frauen war erst dank dieser Mannigfaltigkeit der Ansichten und unterschiedlichen Agenden der Parteien möglich.

Andererseits wurde die hohe Anzahl der ständig wechselnden Parteien auch zum Nachteil bei der Behandlung der Frauenförderung. Da eine Legislaturperiode nur vier Jahre dauert und die Zusammensetzung des Parlaments wie der Regierung sich alle vier Jahre deutlich verändert, gefährdet dies eine langzeitige Fortsetzung vieler Programme zur Frauenförderung. Programme, die eine Regierung entwickelt hat, und das Parlament meistens noch nicht ausdiskutierte und beschlossen hat, werden in der nächsten Legislaturperiode wegen der großen Personalumstellung entweder gar nicht weiter behandelt, oder auf neue Art bearbeitet.

#### **5.2.4 Die Regierung und ihre Förderungsprogramme für Frauen**

Im Januar 1993 fing die Slowakische Republik (SR) als eine der Nachfolgestaaten der ehemaligen Tschechoslowakei an ihre eigene Geschichte zu schreiben. Noch vor der Entstehung der SR hat die postkommunistische Tschechoslowakei mehrere internationale Dokumente im Bereich der Chancengleichheit für Frauen ratifiziert. Die SR hat alle ratifizierten Dokumente durch Sukzession übernommen. Das wichtigste Dokument war die *Vereinbarung über die Behebung jeglicher Form der Diskriminierung der Frauen*, die von der UNO verabschiedet wurde und im Jahr 1981 in Kraft getreten ist. Diese Vereinbarung ächtet jedes Vorgehen, das Frauen in politischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, bürgerlicher oder sonst irgendeiner Sphäre diskriminiert.<sup>276</sup> Da die Slowakei diesen Kontrakt übernommen hat, ist sie für ihre Legislative richtungsgebend. In der slowakischen Verfassung ist vereinbart, dass internationale Dokumente Vorrang vor der nationalen Gesetzgebung haben, sofern sie

<sup>276</sup> Filadelfiová et al. 2000: 73.

vor der nationalen Gesetzgebung haben, sofern sie mehr Rechte und Freiheiten sichern als die nationalen Gesetze. Damit ist das UN-Dokument für die Slowakei doppelt verpflichtend.<sup>277</sup> Auf Grund dieser internationalen, aber auch der eigenen konstitutionellen Verpflichtungen versucht die Slowakei eine aktive Rolle in Sachen Frauenförderung in der Politik zu übernehmen. Seit ihrer Entstehung beteiligten sich slowakische Repräsentanten an jeder diesbezüglichen Konferenz der UN und signierten alle beschlossenen Abkommen, die eine Erweiterung der Chancen für Frauenchancen in der Politik vorsehen.

Im Jahr 1995 fand in Peking die 4. Weltkonferenz der UN für Frauen statt. Im Rahmen dieser Konferenz wurden außer gemeinsamen supranationalen Vorkehrungen zur Beendigung der Diskriminierung von Frauen auch nationale Programme entwickelt. Die Slowakische Delegation nahm an dieser Konferenz teil und errichtete anschließend ein neues Organ in der slowakischen Regierung, das auf Frauenthemen eingehen, diese analysieren, bearbeiten und passende Lösungen entwerfen soll. Das koordinierende Organ - *Ausschuss für Problematik der Frauen* (Koordináčny výbor pre problematiku žien, **KVPŽ**) - wurde im März 1996 gegründet. Seine Aufgaben wurden als Beratungs-, Koordinations- und Initiativorgan definiert. Es soll Maßnahmen zur Gleichstellung der Frauen in der Slowakei vorschlagen und für ihre Umsetzung im Rahmen der Aktivitäten der Regierung, des Parlaments, der Gewerkschaften und NGO's, in den Organen der territorialen Selbstverwaltung, der Kirchen wie auch in Wissenschaftsinstitutionen sorgen.<sup>278</sup> Innerhalb des **KVPŽ** wurden vier Expertengruppen errichtet, die Fragen der *Arbeitspolitik*, der *Bevölkerungspolitik*, *gesellschaftspolitische Fragen* und *Fragen der Legislative* bearbeiten.

Die Auswirkung der Pekinger Konferenz wie auch der Arbeit des Organs lässt sich am *Nationalen Aktionsplan für Frauen* in der Slowakischen Republik ablesen, der im September 1997 von der Regierung der SR gebilligt wurde. Er benennt Ziele und Schritte, die von der slowakischen Regierung in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in den nächsten zehn Jahren realisiert werden sollen. Die Hauptziele der Aktivitäten, die sich auf politische Aktivitäten der Frauen beziehen, wurden folgendermaßen bestimmt:

---

<sup>277</sup> Filadelfiová et al. 2000: 80.

<sup>278</sup> Filadelfiová et al. 1999: 27.

- *praktische Umsetzung aller gesetzlichen Regelungen zur Gleichstellung der Frauen in der Familie, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft,*
- *die gesellschaftlichen Einstellungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern beeinflussen,*
- *Strategien entwickeln, die den Frauen die freie Wahl zu Selbstverwirklichung innerhalb der Familie, des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft ermöglichen,*
- *Aktivitäten von Organisationen unterstützen, die Frauenförderungsprogramme auf der nationalen und internationalen Ebene entwickeln.*<sup>279</sup>

Die Richtlinie der slowakischen Regierung wurde durch europäische Organe ergänzt und erweitert. Die Slowakei hat ihr Interesse am Eintritt in die europäischen Strukturen und Programme schon bei ihrer Entstehung geäußert und an dieser Linie hat sich die offizielle Politik auch daran gehalten. Deshalb wurde auch die *Amsterdamer Vereinbarung* übernommen, die die Chancengleichheit der Frauen für die Beteiligung an der Macht erweitert.<sup>280</sup> Da die supranationalen Dokumente in der Slowakei über den nationalen stehen, wurde auch dieses Dokument neben dem UNO Dokument für die Slowakei verbindlich.

Obwohl die Ziele der Politik zur Behebung der Diskriminierung der Frauen wie auch die Aufgaben der Regierung und ihrer Organe in diesem Bereich klar definiert wurden, finden sich wenige Ansätze zur realen Umsetzung. Vor allem viele Frauenorganisationen haben ihre Kritik Ende der 90er Jahre gegen die Regierung gerichtet und ihre Unzufriedenheit mit der auch noch heute durchgeführten Politik ausgedrückt. Sie bezeichneten die Aktivitäten der Regierung als nicht ausreichend, und sahen die Existenz der **KVPŽ** von Anfang an nur als Alibi der Regierung gegenüber dem Ausland. Die reale Aktivität der Regierungsorgane brachte, ihrer Ansicht nach, keine Bewegung in die Frauenproblematik und hat die gegenseitige Information über das Thema kaum erhöht.<sup>281</sup> Eine Verbesserung der Behandlung der Frauenthemen wurde mit dem Einstieg

---

<sup>279</sup> Narodný akčný plán 1997 in Filadelfiová et al. 1999: 27.

<sup>280</sup> Filadelfiová et al. 2000: 75.

<sup>281</sup> Filadelfiová et al. 1999: 28.



der Regierung von M. Dzurinda im Herbst 1998 erhofft, aber auch diese brachte nur eine weitere Stagnation.

### **5.2.5 Frauen in den Parteien**

Während die Regierung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wenige Schritte zur Behebung der Unterrepräsentation von Frauen in der zentralen Politik unternommen hat, gingen die Parteien mit der niedrigen Repräsentation von Frauen in den eigenen führenden Organen, aber auch in den zentralen Institutionen (Regierung, Parlament), relativ gelassen um. Von 1989 bis 1998 entwickelte keine parlamentarische Partei irgendein Förderprogramm für Frauen. Frauenthemen im allgemeinen wurden in Parteiprogrammen auch nur marginal behandelt und sie betrafen ausschließlich soziale Lage der Frauen, kaum ihre niedrige politische Repräsentation in politischen Institutionen. Da kein direkter Zwang und Druck auf die Parteien vorhanden war, um die Repräsentation der Frauen zu erhöhen, mangelte es an konkreten Lösungen. Eine Interviewte drückte dies aus: „In den Parteien war die Position der Frauen vor 1998 auch nicht besser [als in der Zeit nach 1998, als die Diskussion zur Frauenförderung startete], nur fehlte bis dahin jede Art von Druck eine Diskussion zu starten.“ Es gab in den neun Jahren eine relativ konstante Lage, in der Frauen einen nur geringen Einfluss innerhalb der Parteien hatten.

#### **5.2.5.1 Frauen an der Parteispitze**

Bis 1998 liegen keine Daten über die Zusammensetzung der Parteivorstände vor, quantitative Analysen über die Beteiligung der Frauen aus der Zeit sind unmöglich. Deshalb wird wenigstens an ausgewählten Beispielen<sup>282</sup> dargestellt, in welchen Parteien Frauen den Zugang zu Spitzenpositionen in der Zeit von 1989 - 1998 geschafft haben.

Vor dem wichtigen Jahr 1998 haben Frauen wichtige Positionen vorwiegend in den *autoritären* und *national-konservativen* Parteien erreicht. Ein Beispiel dafür war die HZDS. In ihrem Fall haben Frauen nicht nur in der Partei wichtige Posten besetzt, sondern auch in der Regierung (mit einer Mehrheit der HZDS) Ministerposten bekommen. In Mečiar's Regierung der Jahre 1994 – 98 waren vier Ministerinnen tätig, drei davon aus der HZDS. Die Aufgaben dieser Frauen waren nicht nur auf die Arbeit in der Regie-

---

<sup>282</sup> Frauen, die an der Spitze von parlamentarischen Parteien (bis zu dem Jahr 1998) waren und bedeutende Rolle bei Repräsentation der Parteien eingenommen haben.

rung beschränkt, sie übernahmen auch eine wichtige Rolle bei der Repräsentation der Partei in der Öffentlichkeit (vor allem O. Keltošová und K. Tóthová).

Das zweite Beispiel betrifft die SNS, eine nationalistische Partei in der eine Frau die Vizevorsitzende der Partei war. 1998 wurde sie sogar zur Vorsitzenden der Partei gewählt (A. Malíková). Die SNS ist bis heute die einzige Partei in der Slowakei, die eine weibliche Vorsitzende hat. Die zweite bedeutende Frau aus den Reihen der SNS war für kurze Zeit E. Slavkovská, die das Ministerium für Schulwesen in der Mečiar-Regierung geleitet hat. Interessant an dieser Partei ist, dass bei ihr sonst keine bedeutenden politischen Schritte in Sachen Frauenrepräsentation zu bemerken sind. Die autoritäre HZDS hat zwar bis 1998 auch keine weitergehenden Förderprogramme für Frauen entwickelt, aber mit der Behandlung der Frauenthemen vor allem im sozialen Bereich und in der Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen war sie wesentlich weiter als die SNS. Was die programmatische Orientierung der beiden Parteien betrifft, ist bemerkenswert, dass es sich in beiden Fällen um Parteien handelt, die traditionelle, nationale Werte vertreten und damit auch das patriarchalische Bild der Gesellschaft bewahren. Dadurch ist hier ein Gegensatz zwischen den vermittelten Werten und der realen Politik entstanden. Manche Experten vertreten die Meinung, dass die HZDS eine Politik als catch-all party führt,<sup>283</sup> die alle Interessen, Bedürfnisse und Gruppen der Wähler ansprechen will und sich deshalb als eine frauenoffene Partei gibt. Andere unterstützen diese Meinung mit der Begründung, dass in Kreisen der HZDS und ihren Entscheidungsprozessen unbedeutend ist, wer die Spitzenpositionen besetzt, da die Entscheidungen sowieso nur der Kopf der Partei (mit anderen Worten V. Mečiar) durchführt.<sup>284</sup> Von daher sind, ihrer Meinung nach, Frauen an der Spitze Figuren ohne reale Bedeutung.

Andererseits spricht die Struktur der Wählerschaft dieser Parteien gegen eine populistische Strategie, da diese Parteien Wähler mit patriarchalischen und konservativen Einstellungen haben (niedrige Bildung, ältere Population, Dörfer und Kleinstädte = traditionell rural-patriarchalisches Rollenmodell der Wähler). Mit einer solchen Struktur der Wähler kann die Platzierung von Frauen an ihrer Spitze, auch einen Verlust an Wählern zur Folge haben. Auf jeden Fall verlangt dieses Phänomen weitere Untersuchungen.

---

<sup>283</sup> Woleková in Bútorová 2001: 139.

<sup>284</sup> Szomolányi in Bútorová 2001: 275.

Zwei weitere Parteien hatten bis 1998 eine weibliche Repräsentantin in höherer Position: die SDL und MKDH. Die erste Partei, entspricht als linke Partei der Vorstellung, dass linksorientierte Parteien frauenfreundlicher als die rechtsorientierten sind. B. Schmögnerová war Expertin der Partei für Wirtschaft und sie hat auch Geltung als Vizevorsitzende der Regierung für Wirtschaft und als Finanzministerin erreicht. Sie war allerdings die einzige Politikerin aus den Reihen der SDL, die je eine größere Bedeutung in den Parteiorganen oder in den nationalen Institutionen hatte. Ansonsten hat die SDL bis zum 1998 keine bedeutende Rolle bei der Erhöhung der Frauenrepräsentation in der Politik gespielt.

Der Fall der MKDH betrifft E. Bauer, Expertin für Sozialpolitik. Sie war ebenso wie im Fall der SDL die einzige aktive, bekannte Spitzenpolitikerin der Partei, obwohl ohne Ministerposten, dafür aber Vizevorsitzende der Partei für Sozialpolitik. Sie wurde in der Öffentlichkeit als einzige weibliche Repräsentantin der ungarischen Minorität bekannt.

Die restlichen parlamentarischen Parteien hatten bis 1998 keine bedeutenden weiblichen Politiker, weder in den eigenen Führungsorganen noch in den nationalen Institutionen für eine längere Periode. Vor allem *liberale* Parteien wie die DS, DÚ oder *christlich-demokratische* KDH hatten in den Jahren kontinuierlich keine weiblichen Repräsentantinnen. Dabei ist aber interessant, dass in den liberalen Kreisen direkt nach der Revolution Frauen noch aktiv waren (Woleková, Szomolanyi, Radičová, Mistriková und andere). Sie haben zwar den Aufsprung auf den ersten Zug geschafft, sind aber schnell auch wieder ausgestiegen. Die meisten von ihnen sind in die NGO's gegangen, oder auf das akademische Feld umgestiegen. Mit dem Weggang dieser Frauen sind die Parteien ohne bedeutende Repräsentantinnen geblieben und diesen Mangel haben sie bis 1998 nicht behoben.

### **5.2.6 Frauen in der Regierung**

Die Auswirkung der Regierungs- und Parteipolitik lässt sich am Frauenanteil in den politischen Institutionen ablesen. In der Zeit nach der Wende bis 1998 wurde sechs mal eine neue Regierung zusammengestellt. Der höchste Frauenanteil lag bei 15,4 Prozent.

Falls wir die Zusammensetzung der kommunistischen Regierungen als Ausgangspunkt nehmen, bedeutete jede einzelne Frau in der postkommunistischen Ära eine Erhöhung des Frauenanteils, da dieser während des Kommunismus meistens bei Null lag. Trotz-

dem ging die Entwicklung in den ersten Jahren relativ langsam voran. Erst die dritte postkommunistische Regierung hatte einer Frau eine stabile Position anvertraut. Sie stand an der Spitze des Ministeriums für Arbeit und Sozialwesen (E. Woleková). Deutlich erhöht hat sich die Anzahl der Frauen in der Regierung unter V. Mečiar im Dezember 1994, mit einem historisch hohen Frauenanteil von 15,4 Prozent. In der folgenden Legislaturperiode mit Dzurindas Regierung ist der Frauenanteil auf 9,5 Prozent zurückgegangen (vgl. Tabelle 6).

**Tabelle 5-6 Frauenpartizipation in den Slowakischen Regierungen**

	12.12.1989- 26.6.1990	27.6.1990- 22.4.1991	23.4.1991- 24.6.1992	24.6.1992- 15.3.1994	15.3.1994- 13.12.1994	13.12.1994- 30.10.1998	30.10.1998- 15.10.2002
Ministerpräsident der Regierung	M. Čič	V. Mečiar	J. Černo- gurský	V. Mečiar	J. Moravčík	V. Mečiar	M. Dzurinda
Postenanzahl	19	22	23	21	18	19	20
Personenanzahl	20	24	27	26	18	26	21
davon Männer	19	24	25	23	17	22	19
davon Frauen	1*	0	2	3	1	4	2

\* lediglich zwei Wochen im Amt

*Quelle: Filadelfiová, J., Guráň, P., Šútorová, D.: Rodové štatistiky na Slovensku. Bratislava 1999, S. 60. [www.vlada.gov.sk/vlada/historiavlada/](http://www.vlada.gov.sk/vlada/historiavlada/)*

Die Regierungen unter Vladimír Mečiar besaßen den höchsten Anteil an Frauen, der Frauenanteil in den Regierungen der Mečiar-Opposition lag niemals über einem Zehntel, obwohl diese Regierungen neben der Christlich-demokratischen Partei auch aus liberalen und linken Parteien zusammengesetzt waren, also Parteien, die als frauenfreundlich gelten.

**Tabelle 5-7 Ministerposten der Frauen**

<b>Regierung</b>	<b>Angestellte Frauen</b>	<b>Posten, die von Frauen besetzt waren</b>
1989 – 90	1	Vorsitzende des Ausschusses der Volkskontrolle
1990 – 91	0	-
1991 – 92	2	Ministerium für Arbeit und Sozialwesen, Ministerium für Handel und Reiseverkehr
1992 – 94	3	Ministerium für Arbeit und Sozialwesen, Ministerium für Gesundheitswesen, Justizministerium
1994 – 94	1	Vizevorsitzende der Regierung für Wirtschaftsfragen
1994 – 98	4	Ministerium für Arbeit und Sozialwesen, Ministerium für Gesundheitswesen, Justizministerium, Ministerium für Schulwesen
1998 – 2002	2	Vizevorsitzende für europäische Integration (ab 4.5.2001), Finanzministerium (bis 29.1.2002), M. für Verwaltung und Privatisierung des Volkseigentums

*Quelle: Archiv der Slowakischen Regierung;  
[www.government.gov.sk/vlada/historiavlada/](http://www.government.gov.sk/vlada/historiavlada/)*

Kein Ministerium scheint ausschließlich ein Frauenministerium zu sein. Frauen hatten zwar eher die Tendenz in so genannten typischen „Frauenbereichen“ tätig zu sein (Sozialwesen, Gesundheitswesen), aber sie hatten auch Posten in den Bereichen der Wirtschaft, der Außenpolitik und Justiz erreicht. Damit scheint es keine strenge Grenze zu geben, die Frauen von bestimmten Regierungsressorts ausschließt.

### **5.2.6.1 Frauen als Regierungsbeamtinnen**

Während Frauen Ministerposten relativ selten bekleideten, erreichten sie bessere Platzierung und überraschend hohe Anteile an wichtigen Positionen innerhalb der einzelnen Ministerien. Diese Daten belegen nicht nur eine hohe Kompetenz der Frauen für die Arbeit auf Ministerialebene, sondern auch eine kontinuierliche Geltung ihrer Arbeit.

In den drei Ministerien für Finanzen, Kultur und Sozialwesen leiteten Frauen (im November 1999) mehr als die Hälfte der einzelnen Sektionen. Im Wirtschaftsministerium wurden 40 Prozent der Sektionen von Frauen gesteuert. Im Ministerium für Privatisierung und Gesundheitswesen nahmen Frauen jeweils ein Drittel der leitenden Posten ein. Interessanterweise lag der Anteil der weiblichen Sektionsdirektorinnen im Ministerium für Schulwesen bei nur 20 Prozent, obwohl dieser Bereich in der Slowakei als frauen-dominant gilt.

Sehr hoch lag der Frauenanteil auch unter den Abteilungsleitern der einzelnen Ministerien. In drei Ministerien (Privatisierung, Justiz, Gesundheit) hatten Frauen mehr als die Hälfte aller Abteilungen in der Hand. In drei weiteren (Finanz, Kultur und Umwelt) leiteten Frauen über 40 Prozent aller Abteilungen. Nur in drei Ministerien lag der Frauenanteil bei den Abteilungsleitern unter zwanzig Prozent (Außen-, Landwirtschaft-, Bauministerium).

Eine weitere Steigerung ist beim Frauenanteil auf der Ebene der Fachreferenten zu beobachten. In 13 von 15 Ministerien lag er über 50 Prozent, in vier Fällen (Kultur, Justiz, Sozialwesen, Gesundheit) überschritt der Frauenanteil sogar 70 Prozent.

Insgesamt sind Frauen häufiger in den Ämtern der Ministerialadministration tätig als Männer. Das gleiche gilt auch für die Kanzleien des Parlaments. Diese hohe Frauenanteile beweisen, dass Dienste der Frauen auf den verschiedenen Stufen der Regierung geschätzt werden. Sogar viele leitende Posten sind mit Frauen besetzt und das weitgehend unabhängig vom Aufgabenbereich des Ministeriums. Vor allem Wirtschaft, Finanz und Kultur sind Ministerien mit Frauendominanz, aber auch die Bereiche Gesundheit, Justiz und Sozialwesen werden großteils von Frauen gemanagt. Geringer ist der Frauenanteil nur im Bau- und Außenministerium.

**Tabelle 5-8 Frauen in den Ämtern der Ministerialadministration, November 1999.**

Ministerium	Anzahl von Angestellten	Davon Frauen (in %)	Anzahl der Sektionen	Davon Direktorinnen (in %)	Anzahl der Abteilungen	Davon Abteilungsleiterinnen (in %)	Anzahl der Fachreferenten	Davon Frauen (in %)
Außenpolitik	1122	490 (43,7)	5	0	33	5 (15,1)	972	203 (20,9)
Wirtschaft	444	245 (55,2)	10	4 (40,0)	45	11 (24,4)	224	126 (56,2)
Verteidigung	253	174 (68,8)	-	-	4	1 (25,0)	168	93 (55,4)
Finanzen	674	464 (68,8)	8	4 (50,0)	36	17 (47,2)	432	291 (67,4)
Kultur	151	103 (68,2)	5	3 (60,0)	17	8 (47,1)	130	92 (70,8)
Verwaltung und Privatisierung	86	54 (62,8)	3	1 (33,3)	8	4 (50,0)	73	48 (65,7)
Gesundheit	210	151 (71,9)	9	3 (33,3)	22	13 (59,1)	158	113 (71,5)
Schulwesen	257	155 (60,3)	5	1 (20,0)	24	9 (37,5)	202	115 (56,9)
Justiz	259	169 (65,2)	5	1 (20,0)	15	8 (53,3)	135	95 (70,4)
Sozialwesen, Arbeit und Familie	346	245 (70,8)	6	3 (50,0)	20	14 (70,6)	256	198 (77,3)
Umwelt	257	164 (63,8)	8	1 (12,5)	24	11 (45,8)	141	94 (66,7)
Landwirtschaft	387	186 (48,1)	9	1 (11,1)	30	5 (16,7)	292	174 (59,6)
Verkehr, Post und Telekommunikation	297	156 (52,5)	10	2 (20,0)	31	8 (25,8)	197	100 (50,8)
Bau	172	96 (55,8)	4	0	16	0	95	56 (58,9)
Innenpolitik	Unbekannt							
Regierungsamt	250	140 (56,0)	7	1 (14,3)	17	7 (41,2)	215	96 (44,6)
Kanzlei Parlament	438	235 (53,6)	4	2 (50,0)	12	3 (25,0)	178	118 (66,3)
Insgesamt	5603	3227 (57,6)	98	27 (27,6)	354	124 (35)	3868	2012 (52,0)

*Quelle: Filadelfiová, J. et. al.: Ženy v politike – dôsledok tranzície verejnej politiky? Bratislava 2000, S. 17.*

Diese breite Vertretung von Frauen in administrativen Führungspositionen verschiedener Bereiche lässt sich durch die hohe Bildung und Professionalität der Frauen erklären, die in der Administration der Regierung gerne eingesetzt werden. Wenn wir bedenken, dass Frauen in Betrieben nur selten leitende Positionen erreichen, ist es erstaunlich, wie viele Frauen sich in der staatlichen Spitzenadministration befinden. Neben der Professionalität der Frauen wirkt sich möglicherweise auch die Tatsache aus, dass diese Posten als rein administrative, und nicht als politische Führungspositionen. Allerdings lassen sich beim Aufstieg von diesen Posten in die höheren ministerialen Ämter wieder traditionelle Muster der Männerdominanz beobachten. Dass diese Beamtinnen keine

Ministerposten erreichen, spiegelt nicht ihre professionelle Unfähigkeit, sondern es ist Ergebnis der Politik der Parteien, die diese Frauen nicht weiter fördern.

### 5.2.7 Frauen im Parlament

Der Frauenanteil im Parlament ist nach der Revolution 1989 deutlich zurückgegangen. Grund dafür war vor allem die Abschaffung der Quotenregelung. Prozentual gesehen, ist die Beteiligung um die Hälfte reduziert worden. Maximal 15 Prozent Frauenanteil wurde bei den Parlamentswahlen zwischen 1989 und 1998 erreicht.

**Tabelle 5-9 Frauenpartizipation im Nationalrat der Slowakischen Republik (insgesamt 150 Abgeordnete)**

Jahr	Frauen im Parlament (absolut)	Frauenanteil (in %)
1985	44	29
1990	18	12
1992	23	15,3
1994	22	14,7
1998 –2002	21	14

*Quelle: Úrad NR SR, In: Filadelfiová, J., Guráň, P., Šútorová, D.: Rodové štatistiky na Slovensku. Bratislava 1999, S. 60.*

In diesen vier postkommunistischen Wahlperioden waren weder pauschale Quoten für das Parlament noch interne Regelungen innerhalb der Parteien im Einsatz. Weder die geringe Anzahl an weiblichen Kandidaten noch die ungünstige Positionierung der Frauen auf den Wahllisten wurde als Problem erkannt, was sich in der fallenden Beteiligung der Frauen zeigt. Bei den einzelnen Parteien gibt es keine Kontinuität, was die relative Höhe ihrer Beitreterinnen im Parlament angeht.<sup>285</sup>

<sup>285</sup> Ausgewählt wurden Parteien, die mindestens zwei Perioden im Parlament vertreten waren, Koalitionsbildungen und Parteitrennungen wurden berücksichtigt.



**Tabelle 5-10 Parlamentsabgeordnete nach den Wahlen 1990**

<b>Partei</b>	<b>VPN</b>	<b>KDH</b>	<b>SNS</b>	<b>KSČS</b>	<b>MKDH-ES</b>	<b>DS</b>
Männer	46	28	18	19	13	3
Frauen	2	3	4	3	1	4
Frauen (in %)	4,1	9,7	18,2	13,6	7,1	57,1

*Quelle: Vybranné statistické ukazovatele o zastúpení žien v politike (Internmaterial NR SR, bearbeitet von A. Okruhlicová).*

In den ersten Wahlen hat die liberale DS und die nationalistische SNS den höchsten Frauenanteil unter den eigenen Abgeordneten. Programmatisch genommen, haben zwei absolute Gegensätze (Liberalen und Rechtsextremisten) für den höchsten Frauenanteil in den eigenen Reihen der Abgeordneten gesorgt. Sehr schlecht hat die Bürgerpartei VPN abgeschnitten, deren Frauenanteil bei lediglich 4 Prozent lag. Mit dem niedrigen Frauenanteil hat auch die christdemokratische KDH und die ungarische MKDH ihre Tätigkeit im Parlament begonnen. Die kommunistische Partei hat, trotz ihrer ausgewogenen Parteimitgliedschaft aus der Vergangenheit, gerade mal einen Frauenanteil von 13,6 Prozent erreicht.

**Tabelle 5-11 Parlamentsabgeordnete nach den Wahlen 1992**

<b>Partei</b>	<b>HZDS</b>	<b>SDL</b>	<b>KDH</b>	<b>SNS</b>	<b>MKDH</b>
Männer	51	23	18	12	5
Frauen	15	5	-	2	-
Frauen (in %)	22,7	17,9	0	14,3	0

*Quelle: Vybranné statistické ukazovatele o zastúpení žien v politike (Internmaterial NR SR, bearbeitet von A. Okruhlicová).*

Die nächste Tabelle belegt eine wichtige Entwicklung in den Reihen der VPN. Die HZDS, als Nachfolgepartei der VPN, hat schon bei den ersten Wahlen einen Frauenanteil von über 20 Prozent erreicht, was einen enormen Unterschied zu den vorherigen Wahlergebnissen der VPN darstellt. Eine Erhöhung haben auch die Reformkommunisten der SDL erreicht. Eine leicht fallende Tendenz hat die nationalistische SNS zu verzeichnen. Die beiden christlichen Parteien (KDH, MKDH) haben einen absoluten Verlust an Frauenabgeordneten erlitten. Ihr Frauenanteil lag nach den zweiten postkommunistischen Parlamentswahlen bei Null.

**Tabelle 5-12 Parlamentsabgeordnete nach den Wahlen 1994**

<b>Partei</b>	<b>HZDS-RSS</b>	<b>KDH</b>	<b>MK</b>	<b>DÚ</b>	<b>SNS</b>
Männer	46	15	9	14	8
Frauen	14	1	1	1	1
Frauen (in %)	23	6,3	10	6,6	11,1

*Quelle: Vybranné štatistické ukazovatele o zastúpení žien v politike (Internmaterial NR SR, bearbeitet von A. Okruhlicová).*

Aus Tabelle 5-12 lässt sich ablesen, dass der höchste Frauenanteil nach den Wahlen 1994 weiterhin bei der autoritären HZDS lag. Die Christdemokraten aus KDH und der ungarischen MK haben den Frauenanteil von Null auf 6 und 10 Prozent erhöht. Bei der nationalistischen SNS ist der Frauenanteil wieder leicht zurückgegangen. Interessant ist noch der Blick auf die DÚ (liberaler Flügel von HZDS). Während die HZDS als Mutterpartei ihren Frauenanteil relativ hochgehalten hat, lag der Frauenanteil von DÚ gleich von Anfang an sehr tief. Es sind zwei Parteien, die einen gleichen Stamm haben (VPN) und trotzdem sehr unterschiedliche Verfahren bei der Entsendung der Frauen ins Parlament aufweisen. Interessant ist, dass gerade der liberale Flügel den Frauen weniger Gelegenheiten geboten hat als der autoritäre Flügel Mečiar.

**Tabelle 5-13 Parlamentsabgeordnete nach den Wahlen 1998**

<b>Partei</b>	<b>HZDS</b>	<b>SDK</b>	<b>SDĽ</b>	<b>SMK</b>	<b>SNS</b>	<b>KDH</b>
Männer	37	23	19	12	10	7
Frauen	6	1	2	3	3	2
Frauen (in %)	14	4,2	9,5	20	23,1	22,2

*Quelle: Vybranné štatistické ukazovatele o zastúpení žien v politike (Internmaterial NR SR, bearbeitet von A. Okruhlicová) – Stand: November 2001.*

Die Wahlen 1998 haben einen großen Umschwung bei vielen Parteien gebracht. Bei der HZDS ist der Frauenanteil um fast zehn Prozent zurückgegangen. Die demokratische Koalition SDK hat ihre Politik, als neues politisches Subjekt, mit sehr geringem Frauenanteil im Parlament begonnen. Bei der SNS ist der Frauenanteil rasant gestiegen. Gleiche Tendenz zeigten die Christdemokraten und die ungarische Koalition, bei ihnen erreichte der Anteil der Frauen mehr als 20 Prozent.

Aus der geschilderten Entwicklung wird deutlich, dass in der Slowakei keine Parallele zwischen Programmatik und Frauenförderung herrscht. Es kann keine Kontinuität bei rechts- oder linksorientierten oder Parteien der Mitte bewiesen werden. Es gab viele Steigerungen und viele Rückfälle. Dies alles deutet darauf hin, dass hier jede Systematik bei der Förderung der Frauen auf dem Weg ins Parlament fehlte.

### **5.2.8 Zusammenfassung**

Der Systemwandel 1989 hat vielen politisch Interessierten und politisch Aktiven neue Möglichkeiten eröffnet. Die erste Phase war durch einen relativ leichten Zugang in die nationale Politik gekennzeichnet, gleichermaßen für Frauen wie Männer, bis hinauf in Spitzenpositionen. Obwohl die neue Elite weitgehend männlich war, kann trotzdem nicht pauschal von *verpassten Chancen der Frauen* die Rede sein. Einige Frauen haben den ersten Einstieg in die Politik relativ zügig geschafft, aber dann das politische Feld aus verschiedenen Gründen bald wieder verlassen. Eine zentrale Bedeutung hat dabei der faktische Ausschluss der Frauen aus wichtigen Positionen in den Parteien als „nicht-wählbare“ Kandidaten gespielt. Da die Parteien die wichtigsten politischen Akteure und Lieferanten von neuen Politikern für die staatlichen Organe sind, brachte die wachsende Männerdominanz in den Parteien auch eine verstärkte Vorherrschaft der Männer in Regierung und Parlament mit sich. Der höchste Frauenanteil in der Regierung, der in der Phase zwischen 1989-98 erreicht wurde, betrug 15,4 Prozent, im Parlament waren es 15,3 Prozent.

Aufgrund der Einbindung der Slowakei in verschiedene internationale Strukturen (UN, EU) wurde wegen des niedrigen Frauenanteils auf zentraler politischer Ebene Druck von internationalen Organen auf die Parteien und vor allem auf die Regierung ausgeübt. Für die Unterrepräsentation der Frauen in der zentralen Politik (Regierung, Parlament) wurden die postkommunistischen Regierungen verantwortlich gemacht, die lange Zeit keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, und viel mehr im Gegenteil die Quotenregelung aus der kommunistischen Zeit ausgesetzt hatten. Erst 1997 hat die Mečiar-Regierung in Folge der Pekinger Konferenz im Jahr 1995 eine Sonderkommission und Sonderprogramme zusammengestellt, deren Auswirkung allerdings sehr gering blieb. Es wurde immer deutlicher, dass ohne aktive Mitwirkung der Parteien eine gezielte Förderung der Frauen bis in Spitzenpositionen hinein nicht möglich ist. Die Reaktion

von Seiten der Parteien blieb bis 1998 unbedeutend, bis Ende der 90er Jahre fehlte bei ihnen jede Art von Förderprogrammen für Frauen.

### **5.3 Neue Welle 1998 – 2002**

Mit den Wahlen im Jahr 1998 kam es zum entscheidenden Wechsel der Regierung. Die neue Regierung unter der Führung von M. Dzurinda wollte eine demokratische Alternative zu der vorher regierenden Mečiar-Koalition darstellen. Viele bis dahin vernachlässigte Themen kamen auf die politische Agenda, so auch die Unterrepräsentation der Frauen in der Politik. Die neue Regierung versprach, die Mängel der alten Regierung zu beheben, um die Demokratie zu stärken. Vor allem die Anpassung der slowakischen Legislative an den europäischen Standard lag im Vordergrund. Der Euro-parat hat häufig Kritik an der Slowakei geübt.<sup>286</sup> Grund dafür war auch die Unterrepräsentation der Frauen in den zentralen politischen Institutionen. Jetzt war es an der neuen Regierung und den parlamentarischen Parteien, auf diese Kritik durch konkrete Politik zu reagieren. Die Slowakei musste im Zuge ihrer Bemühungen um den Eintritt in die EU diese Programme berücksichtigen.

#### **5.3.1 Die Gesellschaft schließt sich an und verlangt neue Diskussion**

Wissenschaftler, aber auch Aktivisten aus den NGO's haben sich durch den Druck der Europäischen Union und den Regierungswechsel gestärkt gefühlt und ihre Aktivitäten gewannen an Intensität. Im November 2000 haben sich 48 nichtregierende Frauenorganisationen zusammengeschlossen und eine gemeinsame Plattform mit dem Namen *Forum 2000* ins Leben gerufen.<sup>287</sup> Bei einer gemeinsamen Konferenz ein Jahr später haben sie ihr zentrales Motto bekannt gegeben: „Wir werden den Parteien keine Aufmerksamkeit schenken, bei denen Frauen auf wenig aussichtsreichen Listenpositionen kandidieren.“<sup>288</sup> Sie wollten die Wähler vor den Parlamentswahlen 2002 auf die Politik der Parteien aufmerksam machen. Prüfstein sollte sein, ob eine Partei die Gleichstellung

---

<sup>286</sup> Rundesová, T.: V politike máme málo žien. Prečo? In: Sme 20.2. 2002, S. 5.

<sup>287</sup> Listy – Občasník k otázkam žien a politiky. 1/2001, S. 3.

<sup>288</sup> Aus der Konferenz: Für höhere Repräsentation der Frauen in der Politik. Bratislava, 9. November 2001.

der Frauen unterstützt oder durch eine ungünstige Platzierung auf den Wahllisten verhindert.

Im Wahljahr 2002 wurde noch eine weitere Kampagne mit dem Motto: „Urobme to!“ („Lasst uns es machen!“) gestartet. Mehrere nichtregierende Organisationen wollten durch Wahlplakate, Werbespots und Flugblätter die Bevölkerung ansprechen. Die Wähler sollten Parteien wählen, die Frauen unterstützen und damit bewirken, dass die Politik mit Frauen und über Frauen gemacht wird. Diese Bemühungen der NGO's erreichten auch die Aufmerksamkeit der Medien, die in der politischen Unterrepräsentation der Frauen endlich ein interessantes Thema entdeckt haben, das bald breit diskutiert wurde. Die *Bemühungen der neuen Regierung die Demokratisierung fortzusetzen*, der verstärkte *Druck der EU und NGO's*, wie auch die *Aufmerksamkeit der Medien* haben die Unterrepräsentation der Frauen zum Thema der ganzen Gesellschaft gemacht. Nach langer Zeit wurde auf den Straßen nicht nur über die Korruption der Politiker gesprochen, sondern auch über die Repräsentation der Frauen in der Politik. Partei- und Regierungspolitik wurden unter die Lupe genommen. Leider war die Zeit zu kurz, um vor den Wahlen 2002 noch etwas Großes bewirken zu können. Trotzdem gilt diese Periode als Beginn einer wichtigen Diskussion zum Thema Frauen in der zentralen Politik. In diesem Kapitel wird die Auswirkung der Diskussion analysiert und anhand der **Regierungs-** und der **Parteipolitik** plastisch geschildert.

Die Analyse der Parteien übersteigt in manchen Punkten die Grenze der institutionellen Faktoren und greift kulturelle und soziale Faktoren mit auf. Da aber die Parteien als politische Institutionen betrachtet werden, wird ihre Wirkung in der entscheidenden Phase 1998-2002 unter den institutionellen Faktoren behandelt.

### 5.3.2 Bemühungen der Regierung

Die ersten Schritte zur Gleichstellung der Frauen in der zentralen Politik sind schon von der Regierung unter V. Mečiar gemacht worden. Diese hat den Ausschuss für Problematik der Frauen - **KVPŽ** gegründet, der einen Aktionsplan entworfen hat, der von der neuen Regierung Dzurindas zwar gebilligt wurde, aber dann auch für zwei Jahre zur Seite gelegt. Erst 2000 ist der Aktionsplan wieder diskutiert worden. Viel rascher reagierte die Regierung mit Erweiterung des administrativen Apparates. Nach den Herbst Wahlen 1998 wurde bereits im Februar 1999 neben dem schon existierenden Organ **KVPŽ** ein weiteres Organ auf Regierungsseite geschaffen. Die *Sektion für*

**KVPŽ** ein weiteres Organ auf Regierungsseite geschaffen. Die *Sektion für Chancengleichheit von Frauen und Männer des Ministeriums für Arbeit, Sozialwesen und Familie*. Sie sollte Gesetzentwürfe zu Frauenthemen erarbeiten und im Namen der Regierung dem Parlament vorlegen (was im Grunde genommen schon Aufgabe der KVPŽ war). Im gleichen Jahr wurde auch noch ein parlamentarisches Komitee gegründet<sup>289</sup> – die *Parlamentarische Kommission für Frauen*.

Mit konkreten Vorschlägen begann die Sektion später, erste komplexe *Konzeption der Chancengleichheit* hat sie erst im Jahr 2001 vorgelegt, also zwei Jahre nach ihrer Entstehung, was in vierjähriger Legislaturperiode relativ spät ist.<sup>290</sup> Die Regierung von M. Dzurinda hatte sich in ihrem Regierungsprogramm aus dem Jahr 1998 verpflichtet, durch Änderungen im Wahlrecht den Frauenanteil in den politischen Institutionen zu erhöhen.<sup>291</sup> Der erste Entwurf der Sektion des Ministeriums, den sie in Zusammenarbeit mit der KVPŽ ausgearbeitete, orientierte sich am belgischen Modell einer Quotenregelung. Nach ihm ist jeder dritte Platz auf den Wahllisten der Parteien für ein anderes Geschlecht (in diesem Fall die Frauen) vorzusehen.<sup>292</sup> Der Minister für Familie, Arbeit und Sozialwesen P. Magvaši (der gleichzeitig auch Vorsitzender der KVPŽ war) hat im Oktober 2001 erstmals alle parlamentarischen Parteien zum Gespräch eingeladen, bei dem dieser Entwurf von den Parteien diskutiert werden sollte.<sup>293</sup>

Die Reaktion der Parteien war unterschiedlich. Zu den positiven und negativen Reaktionen kam das Argument der Gegner, dass eine solche Regelung verfassungswidrig sei. Damit begann eine lange Diskussion über die Verfassungswidrigkeit der Quotenregelungen. Seit dem war nicht mehr entscheidend, ob Parteien eine Wahllistenregelung prinzipiell akzeptieren, sondern ob eine solche Regelung im Einklang mit der Verfassung steht. Es gab immer mehr Stimmen, die damit argumentierten, dass diese Quote eine direkte Benachteiligung (der Männer) und die direkte Bevorteilung (der Frauen) bedeutete, was die slowakische Verfassung aber nicht erlaubt. Im Gegensatz dazu stand

---

<sup>289</sup> Die beiden oben genannten sind Organe der Regierung.

<sup>290</sup> Vgl. mit Berichten zur Sitzung des Ausschusses für gleiche Chancen der Parlamentsversammlung ER in Bratislava, 2001. Zusammengestellt von Z. Vranová und A. Reinerová, Internes Material vom Ministerium für Arbeit, Sozialwesen und Familie.

<sup>291</sup> Rundesová, T.: Nadvládu mužov v politike treba rozbíjať umelo. In: Sme 23.10. 2001, S. 5.

<sup>292</sup> Vgl. ebd.: 291.

<sup>293</sup> Vgl. ebd.: 291.

aber die in der Verfassung verankerte nachgeordnete Stellung der nationalen Gesetze gegenüber den internationalen. Die Slowakei hatte das wichtige UNO Dokument (CEDAW, 1979) ratifiziert, das sich mit Behebung aller Formen der Diskriminierung von Frauen befasst. In seinem vierten Artikel steht, dass falls Staaten Regelungen einsetzen, die eine Gleichstellung der Frauen beschleunigen sollen (also auch Quoten), wird dies nicht als eine Form der Diskriminierung gegen das andere Geschlecht verstanden.<sup>294</sup>

Die angefangene Diskussion zu diesen Regelungen wurde dadurch aber nicht beendet, die Parteien haben stärkere Argumente verlangt. So wurde der Entwurf von einem Ministerium zum anderen geleitet um seinen Inhalt zu prüfen. Der Entwurf wurde dem Innenministerium als kompetentem Ministerium zur Prüfung der Verfassungswidrigkeit übergeben. Das Innenministerium sollte den Entwurf überarbeiten und in Einklang mit der slowakischen Verfassung bringen. Der Entwurf des Ministeriums für Arbeit und Sozialwesen wurde allerdings bestätigt und das Innenministerium hat im Februar 2002 eine Novellierung des Wahlgesetzes vorgelegt, nach dem - ebenso wie vorher - jeder dritte Platz auf der Wahlliste einer Partei einem anderem Geschlecht gegeben werden soll. Darauf aber reagierte das Justizministerium, das die Verfassungswidrigkeit durch diese Formulierung nicht behoben sah. Die angebotene Argumentation des Innenministeriums (der Entwurf spricht allgemein über ein benachteiligtes Geschlecht und nicht ausdrücklich über Frauen) war für das Justizministerium nicht ausreichend und neue Argumente wurden nicht vorgelegt. Die Bearbeitung des Entwurfes ist danach ins Stocken geraten. Für die Parlamentsabgeordneten, die den Entwurf billigen sollten, war weiterhin nicht klar, ob solch ein Gesetz, aus verfassungsrechtlicher Sicht, überhaupt verabschiedet werden konnte. Diese Verwirrung in der Diskussion führten zur Ablehnung nicht nur des Gesetzes, sondern auch der Diskussion über eine Quotenregelung für weibliche Kandidaten auf den Wahllisten der Parteien. Im Februar 2002 wurde dieser Entwurf vom Parlament definitiv abgewiesen und damit für die nächste Zeit stillgelegt.<sup>295</sup> Die Ablehnung des Gesetzes vom Parlament kann aber nicht nur durch die angebliche Verfassungswidrigkeit (sie ist bis heute fraglich und ungeklärt geblieben)

---

<sup>294</sup> Pietruchová, O.: Chlieb a hry a kvóty. In: Sme 14.2. 2002, S. 8.

<sup>295</sup> Die Recherchen des Verlaufs der Diskussion um die Verfassungswidrigkeit wurden anhand verschiedener Medienberichte (Presse, Fernsehen) aus der Periode Oktober 2001 – März 2002 zusammengestellt.

erklärt werden, vielmehr lässt sich hier der allgemeine Unmut der Parteien erkennen, auf pauschale Regelungen einzugehen.

Im Konflikt zwischen den Bemühungen der Regierung, eine Regelung für die Aufstellung der Wahllisten einzuführen und dem Unmut der Parteien diese Regelung, in ein Gesetz umzuwandeln, lässt sich eine Art politischer Schizophrenie erkennen. Die Parteien, die nach den Wahlen 1998 zur Macht kamen, waren Parteien der breiten Anti-Mečiar-Koalition, die im Rahmen des Regierungsprogramms (nicht im Rahmen von Parteiprogrammen) das Problem der Unterrepräsentation der Frauen in der nationalen Politik lösen wollten. Während Politiker der Koalition in der Regierung nach Lösungen suchten, suchten ihre Kollegen auf dem Feld des Parlaments nach Möglichkeiten diese Regelungen auszusetzen. Die parlamentarische Debatte, in der dieser Entwurf auch von den Abgeordneten der regierenden Parteien blockiert wurde, bietet ein Beispiel an Übereinstimmung zwischen Regierung und Parlament. Es fehlt eine klare Vermittlung und gemeinsame Tendenz in ihrer Politik, sie scheinen als separate Elemente zu arbeiten. Aufgrund dieser Spaltung hat die Regierung ihre programmatische Aufgabe, die Behebung der Benachteiligung der Frauen bei den Wahlen zu den zentralen Machtorganen durch Änderung des Wahlgesetzes, nicht geschafft.

Eine bedeutende Rolle bei der parlamentarischen Diskussion hat auch die Zeit gespielt. Die Parlamentswahlen im September 2002, für die dieses Gesetz zuerst gelten sollte, waren schon in Vorbereitung. Viele Parteien hatten im Februar 2002, als der Entwurf dem Parlament vorgelegt wurde, ihre Kandidatenliste für die Parlamentswahlen schon vollständig und eine neue Bearbeitung war für sie nicht mehr denkbar.

### **5.3.3 Bemühungen der Parteien**

Nachdem die Regierung keine Änderung des Wahlgesetzes durchsetzen konnte, blieb die Aufgabe, die Repräsentation der Frauen in den zentralen politischen Organen zu erhöhen, weiterhin bei den politischen Parteien, die sie im Rahmen ihrer *internen Statuten* und *Strukturen* lösen sollten. Die Haltung der Parteien war sehr unterschiedlich. Manche haben von Anfang an Quoten als unakzeptabel bezeichnet, andere zeigten Bereitschaft zur Diskussion. Unter der Aufsicht der Öffentlichkeit haben alle nach Lösungen gesucht, aber nur wenige haben sie auch gefunden und noch weniger haben sie auch durchgeführt. Am Beispiel der Parteipolitik aus den Jahren 1998 – 2002 wird ge-



nauer untersucht, welche Leistungen diese politischen Institutionen gegen die Unterrepräsentation der Frauen in der zentralen Politik und in den eigenen Organen unternommen haben.

### 5.3.3.1 Bei den Parteien beginnt der Weg

Während auf der Kommunalebene eine politische Aktivität auch ohne Parteizugehörigkeit möglich ist, sind die Kandidaten für politische Posten auf der nationalen Ebene auf die Mitarbeit in den Parteien angewiesen.

**Tabelle 5-14 Unabhängige Parlamentsabgeordnete im Überblick (1990-2002)**

Parlamentswahlen	1990	1992	1994	1998	2002
Unabhängige Abgeordnete insgesamt	0	7	2	9	0
Davon Frauen	-	-	-	-	-

*Quelle: Vybranné štatistické ukazovatele o zastúpení žien v politike (Internmaterial NR SR, bearbeitet von A. Okruhlicová).*

*[http://www.nrsr.sk/bin/posl.asp?WCI=Posl\\_Workitem&wce=Master%3d232](http://www.nrsr.sk/bin/posl.asp?WCI=Posl_Workitem&wce=Master%3d232)*

Den Einstieg ins Parlament als unabhängige Kandidaten haben in den 12 Jahren nur wenige Männer geschafft, Frauen setzen sich auf diese Weise gar nicht durch, obwohl es einige immer wieder versuchten. Damit bleiben sie von der Zusammenarbeit mit den Parteien abhängig.

Die Karrierewege in den Parteien können unterschiedlich sein, manche fangen bei den Basis- bzw. Ortsorganisationen an, andere führen gleich in die Zentrale der Parteien auf der nationalen Ebene. Unabhängig davon, auf welcher Ebene die Mitglieder, in diesem Fall die Frauen, in die Parteipolitik einsteigen, ist entscheidend in welchem Maß es eine Zirkulation der Mitglieder der führenden Organe der Parteien gibt und wie der Aufstieg von Aspiranten in die nationalen Institutionen funktioniert. Das Ausmaß der Zirkulation entscheidet, ob ein Zuwachs an aktiven qualifizierten Parteimitgliedern und Kandidaten auch reale Chancen sich in den Führungsstrukturen politischer Institutionen durchzusetzen darstellt.

Hier werden die Strukturen und die Politik der parlamentarischen Parteien in der Legislaturperiode 1998 – 2002 genauer untersucht. Es werden vier Aspekte, die mit dem Frauenanteil in der zentralen Politik in engem Zusammenhang stehen, analysiert. An erster Stelle steht die *Parteimitgliedschaft*, da ein hoher Frauenanteil in den Parteien als

wichtige Voraussetzung eines hohen Frauenanteils in den Spitzenorganen gilt. Zweitens werden die *Parteiprogramme und Parteistatuten* untersucht, insbesondere mit Blick auf Quoten bzw. andere Förderprogramme für Frauen, und die Präsenz von Frauenthemen. Der dritte Aspekt umfasst *organisatorische und strukturelle* Elemente. Hier soll der Zusammenhang zwischen innerparteilichen Strukturen und dem Durchsetzungsvermögen bzw. den Karrierewegen der Frauen erhellt werden. Es wird untersucht, wie sich Frauen in den Parteistrukturen orientieren und welche Aufstiegsmöglichkeiten sie haben. Anschließend werden die *psychologische Aspekte* untersucht, die die Positionen von Frauen in den Parteiorganen wie in den zentralen Organen auf nationaler Ebene deutlich beeinflussen.

Es wird von der Hypothese ausgegangen, dass die mangelnde Berücksichtigung von Frauenthemen in der Parteipolitik, die unklaren Inhalte der Frauenagenda und insbesondere die Ablehnung von Quoten negative Auswirkungen auf die Förderung von Frauen in die zentralen politischen Institutionen haben. Gleichzeitig stellen innerparteiliche Strukturen, vor allem bei Wahlverfahren, aber auch geschlossene Männernetzwerke ebenso wie die fehlende Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen für Frauen Hindernisse für deren Aufstieg innerhalb der Parteien und dann in den nationalen Institutionen dar.

### **5.3.3.2 Frauenanteil in den Parteien**

Die politischen Parteien mit ihren Politikern bilden die Mitgliedschaft der wichtigsten politischen Organe. Falls sie keine weiblichen Mitglieder zur Verfügung hätten, könnten sie nur schwer eine Paritätsrepräsentation von Frauen in den politischen Institutionen erreichen. Die Kritik am niedrigen Frauenanteil in den zentralen politischen Institutionen richtete sich auch deshalb lange nicht gegen die Parteien, da man allgemein ein nur sehr begrenztes weibliches Potenzial in den Parteien annahm. Die Öffentlichkeit konnte die Lage nur schwer beurteilen, da wichtige Daten nicht vorlagen. Viele Parteien führen immer noch nicht vollständige Statistiken über ihre Mitglieder und die Parteien, die sie führen, veröffentlichen sie nur sehr ungern. Die Daten, die erst im Jahr 2000 ans Licht kamen, waren überraschend. Sie bewiesen nämlich, dass die meisten Parteien in Wirklichkeit nicht an einem Mangel an weiblichen Mitgliedern leiden, sondern, dass das weibliche Potenzial vergleichbar mit dem männlichen ist.

**Tabelle 5-15 Mitglieder in den politischen Parteien der Slowakei, Stand Februar 2000**

	<b>HZDS</b>	<b>KDH</b>	<b>DU<sup>296</sup></b>	<b>SDL</b>	<b>SNS</b>	<b>SMK</b>
Mitglieder gesamt	72 200	27 348	5 489	21 223	12 974	11 630
davon Frauen	30 324	15 229	2456	?	3 246	?
Frauenanteil (in %)	42	56	45	ca. 40	25	?

*Quelle: Filadelfiová, J. et al.: Ženy v politike – dôsledok tranzície verejnej politiky? Bratislava 2000, S. 41.*

Die Tabelle zeigt, dass in vielen Parteien der Frauenanteil weit über 30 Prozent liegt. In der KDH bilden Frauen sogar die Mehrheit. Es liegen leider keine Daten zu den Strukturen der Mitgliedschaft vor, die etwas über Bildung, Alter und soziale Herkunft der Mitglieder aussagen. Die Charakteristik der weiblichen und der männlichen Mitglieder könnte möglicherweise eine Erklärung für die Unterrepräsentation von Frauen in der Spitzenpolitik bieten. Genauso wenig sind die Karriereinteressen der einzelnen Mitglieder bekannt. Dies verhindert einen Vergleich der Motivation von Männern und Frauen in den politischen Institutionen. Hoecker geht aber davon aus, dass schon der Eintritt in eine politische Partei, eine Bereitschaft der Männer wie der Frauen zu politischen Aktivitäten erkennen lässt. Nachdem sich Frauen einmal politisch engagiert haben, seien sie meist zu höherem Engagement bereit als es ihnen dann innerhalb ihrer Partei ermöglicht wird.<sup>297</sup> Auch im Rahmen der slowakischen Parteien wäre es falsch zu glauben, dass Frauen kein Interesse daran haben aufzusteigen, und dass sie nur an administrativer Arbeit in der Partei interessiert sind. Ballhausen meint, viele Frauen möchten nicht an der „Basis“ bleiben, „sie entwickeln Aufstiegsinteressen, die dann innerhalb der Partei auf Widerstand stoßen.“<sup>298</sup> Im Fall der Slowakei ist es die bereits erwähnte *gläserne Decke* der Spitzenpolitik. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass nicht die „unausgewogenen“ Strukturen der Mitgliedschaft und mangelnde Bereitschaft der Frauen für die Spitzenpolitik, sondern die Programmatik, die interne Politik und Strukturen der Parteien eine Erklärung zur Unterrepräsentation von Frauen in sich bergen.

<sup>296</sup> DÚ ist eine von mehreren Parteien, die sich bei den Wahlen 1998 zur SDK zusammenschlossen, die DÚ ist voll in der SDK aufgegangen, deshalb spiegelt ihr Frauenanteil teilweise den heutigen Frauenanteil von der SDKÚ.

<sup>297</sup> Hoecker in Hörschele-Frank 1990: 47.

<sup>298</sup> Ballhausen in Hörschele-Frank 1990: 49.

### 5.3.3.3 Programmatische Faktoren

Bei den programmatischen Faktoren können zwei Ebenen unterschieden werden. Die erste Ebene betrifft die Programmatik der Partei, die sich konkret mit der Frauenförderung in der Politik auseinandersetzt. Darunter werden interne Regelungen zur Förderung der Frauen verstanden, wie auch der Umgang mit allgemeinen Quotenregelungen auf der nationalen Ebene der Politik, und die Positionierung von Frauen auf Wahllisten.

Die zweite programmatische Ebene betrifft die Einbindung der Frauenthemen in die Parteiprogramme. Diese Themen sind nicht ausschließlich mit der politischen Förderung der Frauen verknüpft, sie gehen ebenso auf allgemeine Frauenthemen ein (soziale, gesundheitliche, juristische, die weitgreifend die allgemeine Lage der Frau in der Gesellschaft angehen). Eine Einbindung dieser Themen in die Programmatik der Partei kann eine „anlockende“ Wirkung für politisch aktive Frauen haben.

#### *Parteistatuten*

Die Rolle der Parteistatuten ist häufig umstritten. Was auf dem Papier steht, muss nicht unbedingt in der realen Politik entsprechende Umsetzung finden – so bei den Parteien in der Slowakei. Sie treten prinzipiell für eine Gleichheit der Frauen ein und unterstützen offiziell die politische Aktivität von Frauen. Alle parlamentarischen Parteien aus der Legislaturperiode 1998–2002 wie auch die neuen Parteien, die mit den Wahlen 2002 ins Parlament einzogen (Smer, ANO, KSS), haben prinzipiell gleiche Bedingungen für Männern und Frauen für den Eintritt in die Partei, wie auch für die Karrierechancen innerhalb der Partei. Alle Parteistatuten sehen Chancengleichheit vor, und es gibt keine konkreten geschlechtsbezogenen Privilegien oder Benachteiligungen. Der Eintritt in die Partei ist gebunden an Alter (18 Jahre), slowakische Staatsangehörigkeit, Unbescholtenheit und Zustimmung zur programmatischen Leitlinie der Partei.<sup>299</sup> Von der Mitgliedschaft aus entwickeln sich weiter Aufstiegsmöglichkeiten in den Führungsorganen der Partei oder in den staatlichen politischen Organen auf der nationalen Ebene. Die Regeln für das aktive und passive Wahlrecht sind für Männer und Frauen gleich. Ausnahmen haben nur zwei Parteien - die SDL und die HZDS.

Im Fall der HZDS wurde in den Medien häufig auf eine 30 Prozent Quotenregelung hingewiesen, die eine Auswirkung für die internen Organe wie auch für die Wahllisten

---

<sup>299</sup> Parteistatuten SDKÚ, KDH, SNS, SDE, HZDS, Smer, Ano, KSS.

für das Parlament haben soll.<sup>300</sup> In den Parteistatuten steht allerdings nichts über einen konkreten Prozentsatz von Frauen in den Organen. Die einzige Regelung, die hier zu finden ist, lautet: Die Partei ist verpflichtet in allen Organen eine reale gleichberechtigte Stellung der Männer und Frauen zu sichern.<sup>301</sup> In diesem Fall ist der Ausdruck „reale Stellung“ wichtig. Es wurde nicht weiter definiert, was reale Stellung heißt, wodurch sie gekennzeichnet ist und womit sie erreicht werden kann. Weiter steht in den Statuten, dass bei der Zusammenstellung der Kandidatenlisten für Führungsorgane auf eine ausreichende Beteiligung der Frauen geachtet werden muss.<sup>302</sup> Das ist wieder eine unklare Formulierung. Es sind im Grunde genommen Regeln, die keine verbindliche Richtung für konkretes Handeln schaffen, wie sich an der Zusammensetzung der Parteiorgane und der Kandidatenlisten zeigen wird. Zusätzlich steht noch in den Statuten der HZDS, dass der Generalsekretär der Partei einmal jährlich dem Republikvorstand der Partei einen Bericht über den Stand der Gleichberechtigung der Frauen und Männer in der Partei und in der Gesellschaft vorlegt.<sup>303</sup> Daraus kann geschlossen werden, dass sich die Partei dafür interessiert. Es bleibt aber für die Öffentlichkeit weiterhin unbekannt, in welchem Maß die Lage analysiert wird und welche reale Auswirkungen dies auf die Politik der Partei hat.

Die SDE bestätigt die Förderungspolitik, innerhalb der Statuten, auch nur teilweise. Die Quotenregelung von 25 Prozent Frauenanteil in den Organen bezieht sich auf die innerparteilichen Organe und hat keinen Einfluss auf die Wahlliste für die politischen Organe auf Nationalebene (vor allem für den Nationalrat). In den Statuten steht, dass in allen führenden Organen der Partei Frauen mit mindestens 25 Prozent beteiligt sein müssen.<sup>304</sup> Falls Frauen bei den Wahlen zu diesen Organen nicht den vorgeschriebenen Anteil bekommen, werden die Wahlen für ungültig erklärt und sie müssen wiederholt werden. Allerdings ihre Wiederholung bedeutet nicht unbedingt eine Erhöhung des Frauenanteils. Falls die Partei zu den Neuwahlen nicht genügend Kandidatinnen aufstellt, bleibt der geringe Anteil unverändert. Es ist ähnlich wie im Fall der HZDS: Es gibt Regeln, gleichzeitig aber hapert es an ihrer realen Umsetzung und es gibt Ausnah-

---

<sup>300</sup> Keltošová in Rundesová, T.: Treba na ženy zákon? In: Sme 23.10. 2001, S. 5.

<sup>301</sup> Parteistatuten der HZDS, Artikel 8., März 200, <http://www.hzds.sk/dokumenty/clanok8.html>

<sup>302</sup> Vgl. ebd.: 301.

<sup>303</sup> Vgl. ebd.: 301.

<sup>304</sup> Parteistatuten der SDE, Artikel 28., Juli 2000, [http://www.sdl.sk/archiv/org\\_por\\_7zj.html](http://www.sdl.sk/archiv/org_por_7zj.html)

men. Damit bleibt auch die Wirkung der Quoten innerhalb der SDL gering (wie die folgenden Daten belegen).

Wichtig ist hier noch zuzufügen, dass die hier genannten Maßnahmen von HZDS und SDL in der Öffentlichkeit meistens falsch interpretiert wurden. Es wird über 30 Prozent und 25 Prozent Quoten in Zusammenhang mit den inneren Organen und mit Wahllisten für das Parlament gesprochen. Es muss jedoch zwischen zwei Arten von Quotenregelungen unterschieden werden: den *verbindlichen* (mit klaren und obligatorischen Regeln) und den *empfohlenen* (mit unverbindlichen Empfehlungen).<sup>305</sup> Meistens werden die Quoten in beiden Fällen als verbindlich präsentiert, obwohl sie nur empfehlenden Charakter haben. Damit entsteht hier nicht nur Verwirrung über ihr Ausmaß, sondern auch über ihren Charakter. Sogar die Politiker aus den eigenen Reihen sprechen pauschal über Quoten mit konkreten Zahlen für Parlamentswahllisten, die in den Statuten gar nicht vorhanden sind und deshalb auch nicht eingehalten werden. Auch die interviewten Politikerinnen aus den beiden Parteien haben jeweils über verbindliche Quotenregelungen als Gewinn ihrer Partei gesprochen, ohne wahrzunehmen, dass sie in dieser Form nicht existieren und damit auch nicht zwingend Erhöhung des Frauenanteils im Parlament bewirken können. Die Unwissenheit der Öffentlichkeit, der Medien aber auch der Politiker, erlaubt diese falsche Interpretation der Realität und verlangt von den Parteien keine Beweise ihrer aktiven Förderungspolitik. So verfestigt sich die Überzeugung, dass Maßnahmen dieser Art keine Ergebnisse für eine höhere Frauenrepräsentation bringen. Zwei Parteien haben angeblich Quoten eingesetzt und keine Erhöhung erreicht. Dass hier keine verbindlichen und tatsächlich realisierten Quotenregelungen existieren, wird verschwiegen. Auch solche Vorfälle gefährden eine effektive Diskussion zu den Quotenregelungen und ihrem realen Beitrag.

#### *Quoten – positive Diskriminierung mit negativen Folgen?*

Bei der Diskussion zur Erhöhung des Frauenanteils in den politischen Institutionen ist in den Jahren 1998–2002 der Begriff der positiven Diskriminierung mehrfach verwendet worden. Eine positive Diskriminierung in Form der Quotenregelung wurde hier gemeint: Konkrete Regeln sollten für einen höheren Frauenanteil vor allem im Parlament sorgen. Bei der Diskussion über den Einsatz von Quoten wurden viele grundsätzliche Fragen aufgeworfen, die jedoch auch nach vier Jahren weiterhin offen

---

<sup>305</sup> Klimešová 1996: 15.

blieben: Wie hoch sollen die Quoten sein - 25 oder 30 Prozent oder volle Parität? Auf welchen Ebenen sollen sie gelten: auf nationaler Ebene oder auch auf unteren Ebenen? Für welche Zeitperiode sollten Quoten gelten, nur als einmaliger Anreiz oder auf Dauer? Welche Konsequenzen soll ihre Nichtbeachtung haben? Das sind nur einige der offenen Fragen. In dieser Ungewissheit wurde die vermutliche Verfassungswidrigkeit der Quoten sehr willkommen, sie war ein Rettungsring, der die „unangenehme“ Diskussion „angemessen“ vom Tisch geräumt hat. Modelle, die ausführliche Antworten auf die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten der Quoten suchten, waren nicht mehr notwendig. Und das obwohl der Ruf der Experten nach Quoten immer stärker wurde.

Die tschechische Soziologin Alena Wagnerová geht davon aus, dass Frauen sich in einem männerdominanten Gremium mit ihren Themen und Vorschlägen nur durchsetzen können, wenn sie wenigstens über einen Anteil von 25-30 Prozent verfügen.<sup>306</sup> Falls Frauen eine aktive Rolle bei der Vermittlung ihrer Agenda wollen, dann müssen sie in einem Gremium mit angemessener Frauenbeteiligung arbeiten. Dies scheint ohne künstliche Regelungen im Moment aber noch nicht möglich zu sein.

Die Einführung der Quoten vor den Wahlen 2002 hat auch Olöf Olafsdottir, Abgeordnete des Ausschusses für Chancengleichheit des Europarats befürwortet. Sie sagte, dass auch funktionierende Demokratien die Ungleichheit der Chancen zwischen Männern und Frauen nicht ohne besondere Maßnahmen beheben können.<sup>307</sup> Davon sollte sich auch die Slowakei bei ihrer Diskussion leiten lassen und sich von den Quoten nicht abschrecken lassen. Die Regierung erreichte keine Unterstützung der Parteien, um die Quoten auf der nationalen Ebene durchzusetzen und die Parteien wehren sich, Maßnahmen innerhalb der eigenen Parteistrukturen zu ergreifen. Bei der Diskussion über Quoten und bei ihrer Ablehnung wirkten sich eine ganze Reihe von Faktoren aus. Die Frage der Verfassungswidrigkeit und die Verspätung des Entwurfes wurden als zentrale Gründe angegeben, doch sie waren längst nicht die einzigen.

#### *Quoten – ein „kommunistisches Instrument“*

Während des Kommunismus wurden Quoten eingesetzt, um den Frauenanteil im Parlament künstlich zu sichern, weshalb die Quoten heutzutage einen negativen

---

<sup>306</sup> Wagnerová 1996: 11.

<sup>307</sup> Olafsdottir in Rundesoová, T.: V politike máme málo žien. Prečo? In: Sme 20.2. 2002, S. 5.

Beigeschmack haben, der an die alten Zeiten erinnert. Es ist anzunehmen, dass viele Parteien, die sich um ein demokratisches Image bemühen, sich gar nicht trauen, Quoten einzusetzen, da sie Emotionen befürchten, die sie in Verbindung mit den Kommunisten bringen.

#### *Die Posten sichern*

*„Es gibt allgemein Ängste vor neuem Nachwuchs, ob es sich um junge Menschen oder Frauen handelt, ist hier egal. Eine Quote für einen höheren Frauenanteil könnte viele Plätze der Männer vernichten, und das möchten sie nicht zulassen.“*

(Aussage einer Parlamentsabgeordneten)

Nicht nur Quoten bedrohen die Posten von Politikern. Im Gefolge von Wahlen wandelt sich die Zusammensetzung des Nationalrates nach Parteien und Abgeordneten in der Regel sehr stark. Die slowakischen Parteien haben sich noch nicht so weit stabilisiert, dass in aufeinander folgenden Legislaturperioden jeweils die gleichen Parteien ins Parlament einziehen. Zu Wahlen entstehen immer viele neue Parteien und viele Parteien sind durch Aufspaltung betroffen. Damit werden auch die Posten der Parlamentarier bei jeder Legislaturperiode gefährdet. Die Unsicherheit entsteht nicht nur dadurch, ob die Partei gewinnt und wie viele Mandate sie bekommt. Viel fraglicher ist, ob eine Partei überhaupt den Eintritt ins Parlament schafft. Das slowakische Parlament ist schon jetzt durch eine sehr bewegliche Zusammensetzung gekennzeichnet, nach dem Einsatz von Quoten wird sich dies noch steigern (zumindest im Jahr der Umstellung). Als gutes Beispiel des Personalwechsels gelten die Wahlen 2002, nach denen im Slowakischen Parlament lediglich zwei Abgeordnete (von 150) waren, die alle fünf Legislaturperioden (seit 1989) über einen Sitz im Nationalrat innehatten.

An der Zahl der ausgeübten Legislaturperioden (wie viele Perioden war der Abgeordnete im Parlament tätig) der einzelnen Parlamentarier im Jahr 1998 und 2002 lässt sich belegen, wie unsicher der Posten des Parlamentarier sein kann.



**Tabelle 5-16 Anzahl der Legislaturperioden, in denen Parlamentsabgeordnete ihr Mandat ausübten, nach den Wahlen 1998 (vierte Wahlperiode, Gesamtzahl der Abgeordneten: 150)**

Legislaturperioden der Abgeordneten	eine	zwei	drei	vier
Anzahl der Abgeordneten	65	60	14	11

*Quelle: Archiv NR SR, Vybranné štatistické ukazovatele o zastúpení žien v politike (Internmaterial NR SR, bearbeitet von A. Okruhlicová).*

**Tabelle 5-17 Anzahl der Legislaturperioden, in denen Parlamentsabgeordnete ihr Mandat ausübten, nach den Wahlen 2002 (fünfte Wahlperiode, Gesamtzahl der Abgeordneten: 150)**

Legislaturperioden der Abgeordneten	eine	zwei	drei	vier	fünf
Anzahl der Abgeordneten	111	12	16	9	2

*Quelle: Archiv NR SR, Vybranné štatistické ukazovatele o zastúpení žien v politike (Internmaterial NR SR, bearbeitet von A. Okruhlicová).*

Aus den oben angegebenen Tabellen ist ersichtlich, dass die Mehrheit der Abgeordneten entweder in ihrer ersten oder in ihrer zweiten Legislaturperiode im Parlament tätig waren. Alle Perioden seit 1989 haben im Wahljahr 1998 nur 7,3 Prozent der Abgeordneten überstanden. Tabelle 5-17 zeigt, welchen Umbruch die letzten Wahlen 2002 bedeuteten. 111 Abgeordnete sind das erste mal in das Parlament gewählt worden, das sind 74 Prozent neue Parlamentarier. Dieser Bruch ist dadurch entstanden, dass drei neue Parteien (Smer, Ano, KSS) mit ca. 50 Abgeordneten den Einzug ins Parlament geschafft haben. Gleichzeitig hat sich hier die Spaltung der HZDS gespiegelt. Die neue Formation (HZD) hat die 5 Prozent-Hürde fürs Parlament nicht erreicht und die verbliebene Mutterpartei (HZDS) hat die verlassenen Posten mit neuen Parlamentariern besetzt. Durch einen solchen Umbau ändert sich die Besetzung des Parlaments bei jeden Wahlen, und angesichts dieser Unsicherheiten finden zusätzliche Belastungen wie Quoten kaum Akzeptanz.

Die Angst um den Verlust des eigenen Postens ist damit verbunden, dass in der slowakischen Gesellschaft die politische Tätigkeit als sichere und lukrative Arbeitsstelle angesehen wird. Schon während des Kommunismus galt die Politik für Systemanhänger als attraktives Arbeitsfeld. Die kommunistischen Politiker haben eine „systematische finanzielle Besserstellung im Vergleich zur Bevölkerung (Privilegien durch höhere Bezahlung aber vor allem im Bereich der Lebensmittel und Wohnraumsversorgung, der

gesundheitlichen Betreuung und in der Bereitstellung von Urlaubsmöglichkeiten)<sup>308</sup> genossen. Privilegien wurden nach dem Systemumbau nicht abgeschafft, die Besserstellung der Politiker ist weiterhin vorhanden. Vor allem durch die undurchschaubare und unkontrollierte Privatisierung des Staatssektors sind viele Politiker zu großen Vermögen gekommen. Viele Medienberichte zeigen auch andere Privilegien, die Politiker heute genießen (Gesundheitspflege, Urlaubsmöglichkeiten, Reisevorteile). Unter diesen Bedingungen ist es verständlich, dass Politiker auf ihre Plätze ungern verzichten und jede Gefährdung ihres Status und Prestiges vermeiden wollen.

#### *Quoten als Angriff gegen die Frauenwürde*

*„Mich beleidigt es als Frau, wenn Quoten eingesetzt werden. Sind wir etwa so ungeschickt, dass wir es ohne Quoten nicht schaffen? Das glaube ich nicht.“*

(Aussage einer Parlamentsabgeordneten)

Die Interviews haben bestätigt, dass für den Misserfolg der durchgeführten Diskussion zum Einsatz von Quoten nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen verantwortlich sind. Eine von den Befragten berichtete über ihre Erfahrung: „Ich wollte was für die Durchsetzungsmöglichkeiten der Frauen bei den Wahlen für die Selbstverwaltungsorgane auf der territorialen Ebene tun. Nur wenige haben meinen Entwurf unterstützt. Und es war egal, ob ich zu Frauen oder zu Männern gegangen bin. Viele Frauen waren genauso zurückhaltend wie die Männer.“ Dabei weist vieles darauf hin, dass Frauen bei ihrem Aufstieg durch mehr Hindernisse betroffen sind als Männer. Die Befragten haben diese wissenschaftlichen Kenntnisse durch ihre persönlichen Erfahrungen einstimmig bestätigt. Trotz der Hindernisse, die sie bei ihren oder bei den Karrierwegen von ihren Kolleginnen erfahren haben, waren nur wenige bereit, den neuen Nachfolgerinnen den Weg in die Politik durch Quoten zu erleichtern: drei von den Befragten waren für Quoten, drei unentschieden, zwei dagegen.

Die Abneigung gegenüber Quoten seitens der Frauen kann durch das negative Image der Quoten erklärt werden. Diese Art von Regelung wird von vielen als Hilfsmittel für die Schwachen verstanden und Frauen möchten das nicht auf sich sitzen lassen. Zwei von den Befragten verstanden den Einsatz von Quoten als eine Art Beleidigung der Frauen. Sie glaubten, dass ein Schritt in diese Richtung lediglich beweisen wird, dass

---

<sup>308</sup> Segert 1997: 485.

Frauen nicht in der Lage sind, sich alleine durchzusetzen. Sie glauben an Qualitäten und Besonderheiten der Frauen und sind fest davon überzeugt, dass falls die Frauen ein wahres Interesse an der Politik haben, werden sie auch adäquate Anerkennung finden. Gleichzeitig befürchten sie, dass eine Regelung des Frauenanteils den Einzug von unprofessionellen Frauen in die Politik und in Führungsorgane bedeuten könnte. Nicht mehr nur die Professionalität würde entscheidend sein, sondern die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht. Und da sie die negativen Folgen aus dem Kommunismus kennen, bleiben sie bei der Diskussion sehr zurückhaltend.

#### *Fehlende Diskussion*

*„Das, was ich ihnen hier sage, ist meine persönliche Meinung, ich habe keine Ahnung, was die anderen aus meiner Partei von Quoten halten.“*

(Aussage einer Parlamentsabgeordneten)

Auf diese Weise haben vier von den acht Befragten über die Einstellung in ihrer Partei gegenüber den Quoten gesprochen. Die vier anderen Frauen aus zwei Parteien haben eine positive Einstellung ihrer Parteikollegen vermittelt, obwohl fraglich bleibt, wie weit dies der Realität entspricht. Wenn wir in Betracht ziehen, dass keine Partei bis zum Jahr 2002 Quoten für Wahllisten fürs Parlament eingesetzt hat, bleibt die reale Bedeutung der angeblich positiven Einstellung fraglich. Aber zurück zu den vier Frauen, die offen zugegeben haben, dass ihnen die Meinung ihrer Parteikollegen unbekannt ist. Dies spricht dafür, dass in den Parteien Diskussionen zum Thema Quoten entweder selten oder un abgeschlossen sind und das auch in der Zeit, in der die Gesellschaft sich intensiv mit diesem Thema beschäftigte. Eine von ihnen hat dies mit den Worten bestätigt: „Wir haben es ein paar mal behandelt, aber damals waren die Einstellungen so unterschiedlich, dass wir zu keinem Ergebnis gekommen sind. Seitdem wird nicht mehr darüber gesprochen und ich weiß nicht, ob jemand in der Zeit seine Meinung geändert hat.“ Diese Unstimmigkeit innerhalb der Parteien war einerseits Ursache der Vernachlässigung des Themas, andererseits blockierte sie auch das gemeinsame Vorgehen der Regierung und der regierenden Parteien.

#### *Drei Lösungsvorstellungen*

Tatsache ist, dass bis zu den Wahlen 2002 keine parlamentarische Partei eine konsequente Lösung des Problems der Unterrepräsentation von Frauen gefunden hat. Zwischendurch entwickelten sich unter den Politikern drei unterschiedliche Linien, die

im Großen und Ganzen nur zu zähen und uneffektiven medialen Diskussionen und Streitereien unter den Parteien führten, die keine Veränderungen in dem Wahlvorgehen der Parteien erzielten.

Die erste Argumentationslinie verteidigt die Vorstellung, dass in erster Linie *eine Bewegung innerhalb der Parteien* stattfinden müsse: Solange die Parteien ihre Einstellung zu dem Thema nicht ändern und auf notwendige Schritte eingehen, wird sich auf der nationalen Ebene auch nichts ändern.<sup>309</sup> Kurz gesagt, entweder bekennen sich die Parteien aus eigener Ansicht zu einer frauenfreundlichen Politik, oder das Problem bleibt unlösbar.

Die Vertreter der zweiten Position vertrauten den Parteien nicht und sind fest davon überzeugt, dass *eine allgemeine gesetzliche Regelung auf nationaler Ebene* notwendig ist. Sie halten das Gesetz für wirksamer als den Versuch die Parteien von der Notwendigkeit einer regelnden Klausel in den Parteistatuten zu überzeugen.<sup>310</sup> In diesem Sinne sollte der Staat die Initiative übernehmen und das Problem für alle Parteien einheitlich lösen. Es wird dann auch erforderlich sein, Sanktionen gegen Parteien einzuführen, die sich nicht an die Quoten halten.

Die dritte Position sieht das *vorherrschende Rollenverständnis der Frauen* in Familie und Gesellschaft als Haupthindernis für eine stärkere politische Beteiligung der Frauen, also nicht allein in den Parteien oder in der Gesetzgebung. Die Vertreter dieser Linie glauben, dass solange die Familien bzw. die Gesellschaft nicht bereit sind, politisch aktive Frauen zu akzeptieren und ihnen die notwendigen Voraussetzungen für ihre Aktivitäten zu schaffen, ist es überflüssig zu glauben, dass gesetzliche Regelungen etwas ändern. Die fundamentale Bewegung müsse erst in der Familie stattfinden und danach regelt sich alles auf natürliche Weise.

Im Blick auf diese verschiedenen Einstellungen lässt sich kein Muster nach der Parteizugehörigkeit erkennen. Für die traditionellen Demokratien wurde ein Schema entwickelt, nach dem die politische Orientierung der Parteien bzw. ihrer Politiker auch in der Frauenpolitik Ausdruck findet. „Parties of the left have traditionally been more willing than parties of the centre and the right to make agreements to nominate

---

<sup>309</sup> Keltošová in Rundesová, T.: Treba na ženy zákon? In: Sme 23.10. 2001, S. 5.

<sup>310</sup> Bauer in Rundesová, T.: Treba na ženy zákon? In: Sme 23.10. 2001, S. 5.

women...“<sup>311</sup> Lovenduski gibt zu, dass mit der Zeit die klare Trennung immer schwächer wird, aber bestimmte Muster bleiben weiterhin vorhanden. In der Slowakei ist keine ähnliche Tendenz zu erkennen. Es gibt keine politische Linie, die offener für die Quotenregelung ist und keine, die absolut zurückhaltend bleibt. Ob Liberale, Christdemokraten, Nationalisten oder Kommunisten, man findet keinen eindeutigen Zusammenhang. Zwei Parteien haben sich zwar für Quoten ausgesprochen (SDL und HZDS), aber in der Realität finden sie auch dort keine Anwendung. Andererseits hat bei den letzten Wahlen 2002 die SDKÚ, eine christlichliberale Partei, den Frauenanteil unter den eigenen Abgeordneten substantiell erhöht.

#### *Diskontinuität der Parteien = Diskontinuität der Frauenagenda*

Das politische System der Slowakei ist durch eine starke Diskontinuität des Parteiensystems gekennzeichnet, und eine Beruhigung ist nicht in Sicht. Im Mai 2002, kurz vor den Parlamentswahlen, waren in der Slowakei 110 Parteien registriert und offiziell tätig. Zu den Parlamentswahlen 2002 haben sich 27 Parteien gestellt. Es ist eine enorme Zahl für ein so kleines Land. Es gibt ein breites Spektrum von Parteien, obwohl manche von ihnen nur schwer als Parteien bezeichnet werden können. Häufig haben sie eher die Form von Bürgerinitiativen, vielen fehlen noch Strukturen, eine organisatorische Basis und programmatische Inhalte. Oft ist ihre Lebensdauer nur kurz. Die Gesamtsituation ist fast unmöglich zu beobachten, deswegen ist hier eine Beschränkung auf die parlamentarischen Parteien notwendig. Aber die Lage im parlamentarischen Feld ist auch nicht deutlich stabiler. Es gab keine zwei Legislaturperioden, in denen im Parlament die gleichen Parteien tätig waren. Es sind zwei starke Tendenzen zu beobachten: *Parteifusionen* und *Parteispaltungen*. Damit viele Parteien überleben können, gehen sie mit anderen eine Koalition ein. Dieser Prozess war sehr stark ausgeprägt vor den Wahlen 1998, in denen es um den Kampf zwischen „Mečiarlager“ und „Antimečiarlager“ ging und vor denen entscheidende Veränderungen des Wahlgesetzes zu Stande kamen. Vladimír Mečiar war zu der Zeit Premierminister und mit seiner Partei, der HZDS, stellte er die stärkste Parteiformation. Parteien der sogenannten demokratischen Opposition hatten eine Chance für einen Politikwechsel nur unter der Bedingung, dass sie zusammen eine starke Alternative zur HZDS boten. So hat unter den Parteien eine Fusion stattgefunden,

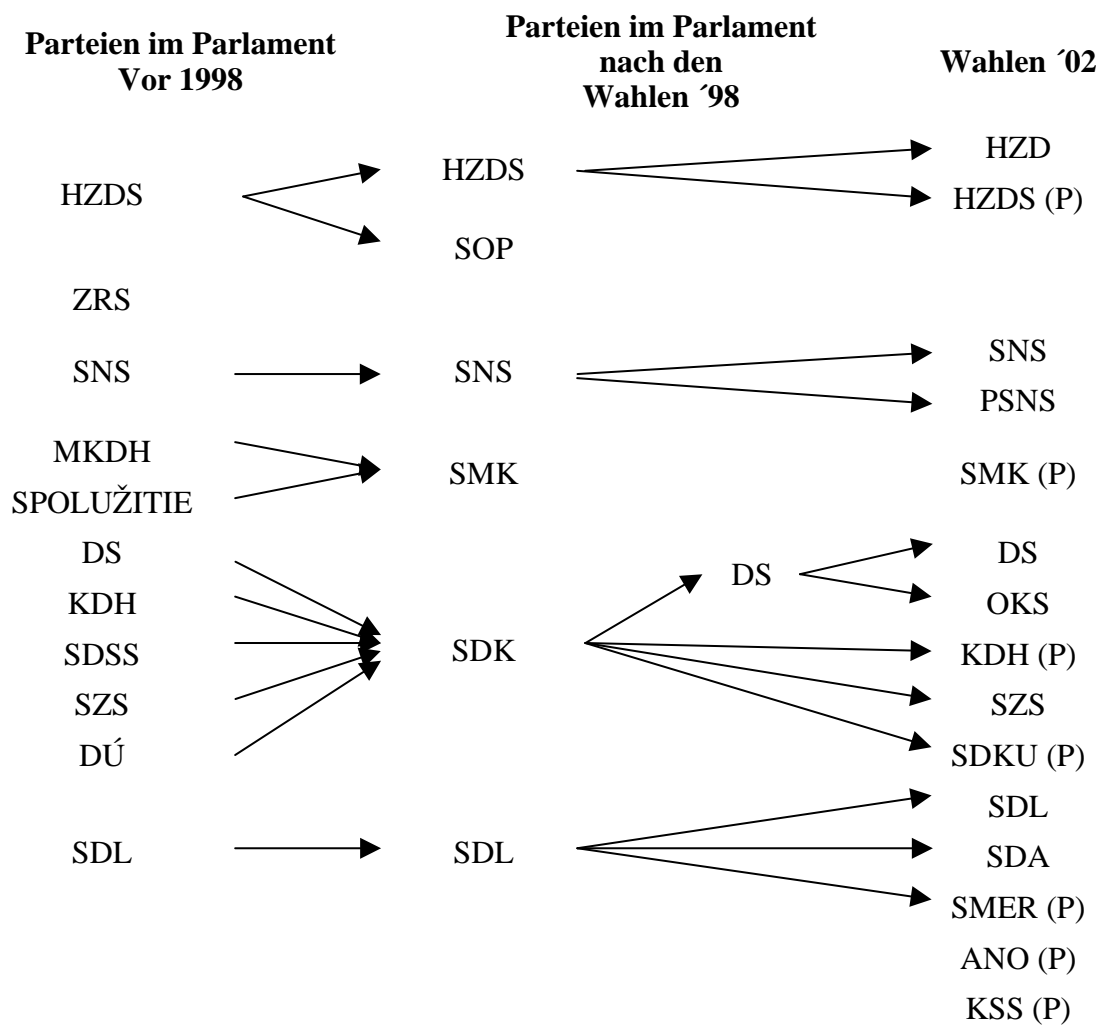
---

<sup>311</sup> Lovenduski 1993: 12.

aus der sich im Laufe der nächsten Legislaturperiode SDKÚ (ursprünglich SDK) und SMK bildeten.

Während manche Parteien zusammenwachsen, zerfallen andere Parteien. Aus den Mutterparteien werden immer wieder neue Parteien gebildet. Der große Wandel und der Wandel unter den Parteien wird im folgenden Schaubild deutlicher.

**Tabelle 5-18 Entwicklung der parlamentarischen Parteien**



*Die in der Tabelle mit (P) gekennzeichneten Parteien haben nach den Wahlen 2002 den Einzug ins Parlament geschafft.*

*Quelle: Eigene Zusammenstellung*

Diese strukturelle Instabilität der Parteien hat direkte Auswirkungen auf die Frauenrepräsentation in den Parteien und in der gesamten Politik. Selbst wenn eine Partei irgendeine Regelung in Kraft setzt, die die Frauenpartizipation in den eigenen Organen und in den Organen der Nationalvertretung unterstützt, bleibt die langfristige Wirkung

dennoch offen. Innerhalb weniger Jahre verändert die Partei womöglich ihre Form, Struktur oder politische Position, oder sie verschwindet komplett aus dem parlamentarischen Feld. Es ist zur Zeit fast unmöglich eine kontinuierliche Politik im Bereich der Frauenrepräsentation zu entwickeln. Dies betrifft nicht nur konkrete Förderprogramme einzelner Parteien, sondern auch die Unterrepräsentation als ein politisches Thema. Allgemeine Themen, zum Beispiel Wirtschafts- oder Gesundheitsreformen, sind Themen, die im Blick von allen parlamentarischen Parteien liegen. Die Vorstellungen, dazu unterscheiden sich, aber die Themen bleiben auf dem parlamentarischen Feld präsent. Das gilt nicht für das Thema der Eingliederung der Frauen in die zentrale Politik. Das liegt offensichtlich nicht im Interesse jeder Partei, und sobald eine Partei, die sich für sie eingesetzt hat aus dem Parlament verschwindet, verschwindet mit ihr auch das Thema. Solange die Unterrepräsentation von Frauen in den Machtorganen als Thema keinen festen Platz im Parlament hat, ist jede Änderung der Parlamentsbesetzung für eine weitere Entwicklung der Frauenrepräsentation potentiell gefährlich.

### *Frauenthemen*

Unter diesem Begriff werden spezifische Themen verstanden, die sich mit aktuellen gesellschaftlichen frauenbezogenen Problemen beschäftigen. Im Vordergrund stehen Gewalt gegen Frauen, Einbindung der Frauen in das öffentliche Leben (Beruf, Politik) und wachsende Armut der Frauen.

Frauenthemen spielen bei der Positionierung der Frauen in der Politik allgemein und damit auch in den Parteien eine entscheidende Rolle. Sie locken die Frauen an, indem sie interessante und persönliche Probleme der Frauen ansprechen. Politik galt lange als Männersache und die Überwindung dieser Barriere kann mit der Diskussion von Frauenthemen beginnen. Die Einbindung von Frauenthemen in die Politik sendet in die Gesellschaft ein Signal, dass Politik eine Politik über Frauen, für Frauen und mit Frauen sein kann. In diesem Sinne spielen Frauenthemen die Rolle des Eisbrechers, der den Frauen einen Weg in die Politik ermöglichen kann. Hana Havelková bestätigt die Bedeutung der Themen, die Frauen nahe stehen und sie aktivieren. Sie hebt hervor, dass Frauen nicht nur deshalb in die Politik eintreten, weil sie irgendein „Frauelement“ oder „Frauensensibilität“ dort einbringen. Sie müssen ein politisches Programm haben, konkrete Vorstellungen davon, was sie bewirken möchten, eine eigene Agenda.<sup>312</sup> Des-

---

<sup>312</sup> Havelková 1996: 6.

halb können gerade Frauenthemen ein wichtiger Teil der Agenda sein. Sie können es, sie müssen es aber nicht, wie sie hinzufügt. Politisch aktive Frauen werden nicht nur durch Frauenthemen gebunden. Da Frauen auf Grund ihrer professionellen Orientierung in Sozialthemen, Gesundheitsthemen häufig gut qualifiziert sind, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass soziale, gesundheitliche sowie ökonomische Probleme der Frauen politisch interessierte Frauen direkt ansprechen.

Joni Lovenduski bestätigt ebenso die Wichtigkeit der Frauenthemen, und sie gibt ihnen eine elementare Bedeutung bei dem Etablieren der Frauen in den Parteien. Sie unterscheidet in historischer Perspektive vier Phasen der Eingliederung von Frauen in die Politik allgemein. „First, women’s issues were brought to the political agenda. Prominent party women, supported by women organisations and networks raised issues of sex equality in the parties. ... Secondly, seeking to avoid to accusations of sectionalism, they sought to transform women’s issues into universal issues. Thirdly, women used a dual strategy of working within women’s networks and in male-dominated areas of the party. Finally, women paid close attention to the rules of the game. ... they were careful to affirm their commitment to their parties.“<sup>313</sup> Dieser Prozess beschreibt die politische Bewegung in den politischen Parteien der westlichen Demokratien in den 60er und 70er Jahren. Trotzdem ist dieses Schema auch für den gegenwärtigen Prozess in der Slowakei verwendbar, obwohl die letzten zwei Phasen noch längere Zeit auf sich warten lassen werden. Mit dem Beginn der Diskussion über die Frauenpartizipation in der Politik öffneten sich neue Perspektiven für Frauen auch innerhalb der Parteien. Die Vorstellung, dass Politik reine Männersache sei, wurde aufgebrochen. Themen wie Frauenpartizipation in der Politik, aber auch Gewalt gegen Frauen, die soziale Lage der Frauen und Familienpolitik werden mit aller Wahrscheinlichkeit langsam neue Frauen auch in die slowakische Politik locken. Frauen fühlen sich durch die Themen angesprochen und sie können in den Parteien professionelle Qualifikationen und Erfahrungen einbringen. Die zweite Phase ist in manchen Parteien auch schon vorhanden: Frauenthemen wandeln sich zu gesellschaftlichen Themen, die inzwischen auch Männer ansprechen. Schließlich lernen Frauen durch die Arbeit mit den männlichen Kollegen in den Parteien eigene Netzwerke zu bauen, gleichzeitig lernen sie die Regeln der Parteiarbeit. Diese Phasen entwickeln sich in einzelnen Parteien mit unterschiedlichem

---

<sup>313</sup> Lovenduski 1993: 4-5.



Tempo. Parteien, die sich mit einzelnen Frauenthemen schon seit längerer Zeit beschäftigen, haben in ihren Reihen einige Frauen, die sich inzwischen in der vierten Phase befinden und den Männern gleichgestellte Partnerinnen sind.

In der Legislaturperiode 1998 - 2002 waren Frauenthemen unter den Parteien noch nicht sehr beliebt. Unter den sechs parlamentarischen Parteien hat nur eine (SDK) einen Teil des politischen Programms der Frauenproblematik gewidmet. Weitere vier Parteien haben Frauenprobleme nur marginal innerhalb der Sozial- und Familienpolitik erwähnt. Die letzte von den sechs parlamentarischen Parteien (SMK) hat sich zu Frauenthemen gar nicht geäußert.<sup>314</sup>

Gemeinsames Thema aller fünf Parteien war die Suche nach der Vereinbarkeit von Mutterschaft und der Erwerbstätigkeit der Frauen. Zusätzlich wurden teilweise noch soziale Probleme der Frauen behandelt so wie die ungleiche Stellung der Frauen am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt. In zwei Fällen (HZDS, SDK) wurde auch die Gewalt gegen Frauen als ein verbreitetes gesellschaftliches Problem erwähnt. Die genaueste Analyse der gesellschaftlichen Lage der Frauen wurde im Programm der SDK durchgeführt. In ihrem Programm wurden nicht nur Mängel des Systems erhellte, sondern auch konkrete Ziele und Maßnahmen festgelegt, durch die viele Mängel behoben werden könnten.<sup>315</sup>

Wenn wir die *programmatischen Inhalte der Parteien* betrachten und mit Veränderungen in der Frauenrepräsentation nach vier Jahren verknüpfen, zeigt sich die Wirkung der Frauenthemen deutlicher. Im Fall der SDKÚ (damals SDK) hat sich zwischen den zwei Wahlperioden die Rate der Frauenpartizipation im Parlament verbessert. Die Partei hat für Frauen interessante Themen angesprochen, die Frauen haben reagiert und was noch wichtiger ist, die Partei hat vier von ihnen in der Periode nach den Wahlen 2002 ein Mandat und damit neue Chancen im Parlament geboten.

Die Partei der ungarischen Minorität (SMK) bildet ein gegenteiliges Beispiel zur SDKÚ. Die SMK hat in den letzten Jahren keine Plattform für Frauenthemen entwickelt und das spiegelt sich auch in der Frauenrepräsentation der Partei innerhalb der Vertretungsorganen wider. Im Gegensatz zur SDKÚ hat die SMK in den letzten vier Jahren

---

<sup>314</sup> Filadelfiová et al. 2000: 42–44.

<sup>315</sup> Vgl.ebd.:314.

keine neuen Politikerinnen in den Spitzenpositionen eingezogen. Hier zeigt sich kein weiblicher Nachwuchs, hier wurde eher ein Verlust an Frauenkräften deutlich.

Die übrigen Parteien, die zwar Frauenthemen behandelt haben, aber ohne besonderen Einsatz, sind meistens auf gleichem Niveau geblieben. Ihre Rate der Frauenrepräsentation in den zentralen Parteiorganen und nationalen Institutionen hat sich nicht verschlechtert, aber auch nicht deutlich verbessert.

Dass Frauenthemen eine wichtige Rolle beim Anlocken von Frauen spielen, haben auch fünf der interviewten Politikerinnen bestätigt. Insgesamt können zwei Betrachtungsrichtungen unter den Interviewten unterschieden werden. Die erste betont Wichtigkeit und Sinn der Frauenthemen in den Parteiprogrammen. Die Frauen sehen eine positive Wirkung und weisen dazu auf den Anstieg der Frauenpartizipation in der Parteipolitik hin. Die zweite Linie bezweifelt die Wirkung von Frauenthemen und sieht keine Verbindung zwischen der Erhöhung des Frauenanteils in den politischen Organen und den behandelten Frauenthemen. Die erste Gruppe besteht aus Abgeordneten von SDKÚ, HZDS, SDL, die zweite Gruppe aus Abgeordneten von SMK und KDH.

Falls wir uns die Analyse der einzelnen Parteiprogramme noch genauer anschauen, entdecken wir hier eine klare Parallele. In den Parteien, wo Frauenthemen ins Programm aufgenommen wurden, sehen Frauen ihre klaren Vorteile. Andererseits bezweifeln Frauen in den Parteien, wo Frauenthemen nur wenig oder gar nicht angesprochen wurden, die Wirkung dieser Themen. Eine von den Abgeordneten erklärte ihr Misstrauen so: „Ich glaube nicht an die Wirkung von Frauenthemen. Sie haben zur Zeit keine starke Resonanz. Die Gesellschaft beschäftigt sich mit anderen Problemen, wie Armut oder Arbeitslosigkeit.“ Interessant ist, dass diese Themen nicht als Frauenthemen angesehen werden, obwohl Armut und Arbeitslosigkeit nach dem Regimewechsel 1989 gerade Frauen stark betroffen haben. Eine andere Abgeordnete begründete ihre Skepsis folgendermaßen: „Für die politische Aktivität der Frauen sind Frauenthemen nicht besonders entscheidend. Wichtig ist die Spezialisierung, Fachkenntnis und Lust, in die Politik zu gehen.“ Sie wollte verhindern, dass Frauen nur für Frauenthemen zuständig werden und andere Gebiete ihnen verschlossen bleiben, weil sie als Männergebiete gelten. Natürlich ist wichtig, dass von Frauen nicht explizit erwartet wird, dass sie sich nur für Frauenthemen interessieren. Havelková bestätigt, dass falls eine Politikerin in die Politik mit einer Frauenagenda einsteigt, so darf ihr Wirken sich dennoch nicht auf diese Agenda

beschränken.<sup>316</sup> Es muss eine offene Tür für Frauen in allen Bereichen der Politik geben. Genauso dürfen Frauenthemen auch nicht für Männer versperrt werden. Ein positiver Beitrag zum Umgang mit Frauenthemen liegt nicht darin, dass Themen, auf die Männer nicht eingehen möchten, elegant auf die Frauen geschoben werden, während die „wirklich interessanten“ Themen in Männerhänden bleiben. Das ist eine falsche Vorstellung, die in manchen Parteien immer noch aktuell ist. Frauenthemen haben eine deutliche Wirkung vor allem für das Aktivwerden in der Politik, wie es die Frauen der ersten Gruppe bestätigt haben. Alle fünf sagten, dass sich weibliche Parteimitglieder durch Frauenthemen angesprochen fühlten und unter anderem deshalb aktiver wurden.

#### **5.3.3.4 Karrierewege und Repräsentanz der Frauen in den Parteien**

Nach den programmatischen Faktoren wird das Durchsetzungsvermögen der Frauen in den Parteiorganen untersucht. Organisatorische und strukturelle Barrieren, aber auch Maßnahmen, die den Aufstieg der Frauen verhindern oder ermöglichen, werden hier unter die Lupe genommen.

##### *Frauen in den Parteiorganen*

Jede Partei bietet ihren Mitgliedern spezifische Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb ihrer Strukturen und Organen. Das Geschlecht soll dabei keine Rolle spielen, entscheidend sollen (offiziell) Qualifikation, Professionalität und Loyalität zur Partei sein. Nach diesen Kriterien müssten Frauen, vorausgesetzt, dass sie mit den Männern vergleichbar qualifiziert sind, gleiche Chancen bei ihren Wegen in die führenden Organe haben. Es liegen leider keine Statistiken vor, die das professionelle Potential der Parteimitglieder analysieren. In den Interviews haben die Frauen vermittelt, dass sie keine Kluft zwischen dem professionellen Können der weiblichen und männlichen Mitglieder ihren Parteien beobachtet haben. Alle acht Befragten haben über ein vergleichbares Niveau in ihren Parteien gesprochen, gleichzeitig haben sie aber auch die Unterrepräsentation von Frauen in den Führungsorganen der Partei bestätigt.

Bei den Strukturen der slowakischen Parteien können wir vier Ebenen unterscheiden. Die Basisstufe wird durch Orts- (mesto, obvod) bzw. Stadtorganisationen gebildet. Die zweite Ebene sind die Landkreisorganisationen (okres), die dritte sind die Regionalstrukturen (kraj) und die vierte Stufe ist die zentrale oder nationale Ebene bzw.

---

<sup>316</sup> Havelková 1996: 7.

Republikebene (republika). Die Daten aus den Orts- und Stadtorganisationen sind kaum zugänglich, deswegen beschränkt sich die Arbeit auf die drei anderen Stufen und in ihnen wird der Anteil der Frauen in den Parteivorständen untersucht. Die Slowakei hat 79 Landkreise und 8 Regionen. Die meisten parlamentarischen Parteien haben in allen Regionen eigene Organisationen. Ausnahme sind kleinere Parteien oder regional begrenzte Parteien (die Partei der ungarischen Minorität ist nur in Regionen mit einem erheblichen Anteil von Bürgern mit ungarischer Nationalität tätig).

Die ersten Daten beziehen sich auf den Frauenanteil an den Posten der Vorsitzenden der Parteiorganisationen auf der Landkreisebene.

**Tabelle 5-19 Landkreisvorsitzende der Parteien und deren Frauenanteil auf den Posten (Stand: Februar 2000)**

	<b>HZDS</b>	<b>KDH</b>	<b>DU<sup>317</sup></b>	<b>SDL</b>	<b>SNS</b>	<b>SMK</b>	<b>SOP</b>
Vorsitzende der Landkreisorgane insgesamt	unbekannt	79	78	79	79	18	79
davon Frauen	unbekannt	10	9	10	6	1	8
Frauenanteil in %	-	11	11,5	13	7,5	6	10

*Quelle: Filadelfiová, J. et al.: Ženy v politike – dôsledok tranzície verejnej politiky? Bratislava 2000, S. 39.*

Aus der Tabelle wird deutlich, dass die Frauen schon in den leitenden Organen der Parteiorganisationen auf Landkreisebene sehr unterrepräsentiert sind. Der höchste erreichte Anteil liegt bei 13 Prozent und das auch nur bei einer Partei. Die anderen Parteien bewegten sich rund um zehn Prozent und niedriger. Im Fall der SDL, die für die Parteiorgane eine 25 Prozent Quote eingeführt hat, muss erwähnt werden, dass diese Ergebnisse aus der Zeit sind, in der die Quoten noch nicht in Kraft waren. Spätere Daten über den Frauenanteil auf dieser Vertretungsebene sind nicht vorhanden, deswegen ist schwer zu sagen, ob die Quoten eine Verbesserung gebracht haben. Genauso wenig sind auch die Daten aus den anderen Parteien bekannt, deshalb ist eine Darstellung von Entwicklungen auf dieser Ebene nicht möglich.

Die nächste Stufe der Parteistrukturen ist die Regionalebene. In deren Führungsorganen ist der Frauenanteil genauso niedrig wie auf der Landkreisebene.

<sup>317</sup> Fusionierte mit der heutigen SDKÚ

**Tabelle 5-20 Frauenanteil unter den Präsidiumsvorsitzenden der Parteien auf der regionalen Ebene (Stand: Mai 2002)**

<b>Partei</b>	<b>Vorsitzende der Partei insgesamt</b>	<b>Davon weibliche Vorsitzende</b>
HZDS	8	0
SMK	5	0
KDH	8	1
SDKU	8	0
SDL	8	1
SOP	8	0
SNS	8	1
DS	8	1

*Quelle: Interne Daten der Parteien, zusammengestellt von K. Mallok.*

Die Posten der Vorsitzenden der Parteiorganisationen auf Regionalebene sind lukrative Positionen, und es gibt für jede Partei maximal acht von ihnen (da es 8 Regionen gibt). Eine Positionierung von Frauen als Vorsitzende auf dieser Ebene ist selten. Nur die Hälfte der parlamentarischen Parteien hat einen dieser Posten einer Frau gegeben, die andere Hälfte hat keine Frau an der Spitze der Regionalorgane. Damit ist die Lage bei vielen Parteien deutlich schlechter als auf Landkreisebene. Bei der SDL waren zu der Zeit Quoten schon vorhanden, aber wie zu erkennen ist, sind diese ohne Wirkung geblieben. Statt der in den Statuten festgeschriebenen 25 Prozent, hat der Frauenanteil nur 12,5 Prozent erreicht. Vergleichbar mit den regionalen Organen bleibt die Struktur der Vertretung auch auf der Nationalebene.

**Tabelle 5-21 Frauen in den Präsidien der Parteien auf Republikebene (Stand: Mai 2002)**

Partei	Mitglieder des Vorstandes insgesamt	Davon Frauen
DS	6	0
KDH	6	0
SDKU	6	1
SDL	4	1
HZDS	7	1
SMK	6	0
SNS	7	1 (Vorsitzende)
SOP	4	0

*Quelle: Interne Daten der Parteien, zusammengestellt von K. Mallok (berücksichtigt wurden nur Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Parteien)*

Die Hälfte der parlamentarischen Parteien hat im zentralen Vorstand keine Frau, vier Parteien haben eine. In einem Fall (SNS) ist eine Frau Vorsitzende des Parteipräsidiums. Die SNS ist die einzige Partei, die bisher eine Frau an die Spitze gewählt hat. Gleichzeitig ist auch die Quote bei der SDL wichtig. Lediglich hier wurde die 25 Prozent Grenze des Frauenanteils erreicht.

#### *Funktionierendes Trichterprinzip*

Wie aus den Zahlen sichtbar wird, meistens ist kein Muster vorhanden nach dem die Frauen vertreten sind (auch im Fall der SDL und der HZDS), mit einer Ausnahme: Die Führungsorgane aller Ebenen weisen eine deutliche Unterrepräsentation der Frauen auf. Im Zusammenhang mit der Frauenplatzierung wurde über das so genannte „Trichterprinzip“ gesprochen.<sup>318</sup> Es heißt, dass mit der steigenden Bedeutung des Postens der Durchgang für Frauen immer enger wird. Frauen setzen sich bei administrativen Aufgaben in den Parteien auf Kreis- oder Regionalebene durch, aber die Spitzenpositionen bleiben ihnen meistens unzugänglich, der „Trichter“ lässt sie nicht durch.

#### *Wahlen der Parteiorgane*

Die Besetzung der führenden Organe ist von den internen Wahlsystemen der einzelnen Parteien abhängig. In den parlamentarischen Parteien, die untersucht worden sind, las-

<sup>318</sup> Filadelfiová et al. 2000: 41.

sen sich zwei Formen des Zugangs zu führenden Positionen unterscheiden. Erstens sind das wählbare Posten, die regulär durch Parteiwahlen bzw. durch einzelne Ortswahlen für bestimmte Organe verteilt werden. Zweitens sind das Posten, die man ex officio (kraft Amtes) erhält, das heißt, kraft eines schon erreichten Postens wird dem Politiker automatisch noch ein weiterer Posten gegeben. Dies gilt vor allem für Parlamentsabgeordnete und Regierungsmitglieder, die kraft ihrer Posten gleichzeitig auch Spitzenpositionen in der Partei besitzen. Dieses Verfahren betrifft vor allem Regionalorgane und Republikorgane der Parteien. Von den untersuchten parlamentarischen Parteien haben alle mindestens auf der Regional- oder Replibekene das ex-offizio-Prinzip in Kraft.<sup>319</sup> So entsteht in allen Parteien ein Zustand, in dem die führende Parteipolitik nur von wenigen Politikern durchgeführt wird. Trotz der Nachteile des vorhandenen ex-offizio Prinzips, kann man in diesem Bereich nicht direkt über ein geschlechterspezifisches Hindernis sprechen, da diese Strukturen auch vielen Männern den Zugang zu wichtigen Posten blockieren. Es ist anzunehmen, dass falls Frauen einmal den Weg in den Kreis der Spitzenpolitik schaffen, wird ihr Anteil parallel auch in den entsprechenden Parteiorganen steigen.

#### *Aufbau der Wahllisten für die Parlamentswahlen*

Da die slowakischen Parteien keine Quotenregelungen akzeptieren und für Parlamentswahlen einsetzen, blieb der Aufbau der Kandidatenlisten von dem guten Willen der Parteien abhängig.

Bei den Wahlen für den Nationalrat der Slowakei ist es möglich, einerseits die gewünschte Partei zu wählen, andererseits kann noch eine Präferenzstimme einem beliebten Politiker gegeben werden. So ist es theoretisch möglich, eine Politikerin oder einen Politiker trotz eines weit hinten liegenden Wahllistenplatzes durch Präferenzstimmen in das Parlament zu wählen. Dieses Prinzip wird allerdings sehr selten von den Wählern angewendet und deswegen erhalten im Parlament immer die Kandidaten einen Sitz, die auf den „wählbaren“ (vorderen) Positionen nominiert waren. Dieses System scheint gerade für Frauen ein Hindernis zu sein, da Frauen nur selten auf den oberen Listenpositionen aufgestellt sind.

---

<sup>319</sup> Filadelfiová et al. 2000: 39–40.

Nach den Parlamentswahlen 1998 wurde dieses Problem breit diskutiert, und daraus resultierte die Quotendiskussion. Bei der Aufstellung der Wahllisten 1998 waren die Frauen immer weiter nach hinten gerutscht, was sich später bei der Mandatsverteilung im Parlament widerspiegelte, wo der Frauenanteil bei lediglich 14 Prozent lag. Problematisch waren vor allem die *Koalitionsparteien*, die aus mehreren Parteien fusionierten. Es reichte nicht mehr, dass Parteien koalieren, sie mussten ihre Organisationsstrukturen ändern und fusionieren, da sich das Wahlgesetz geändert hatte. Bis dahin galt für 2-3 Partei-Koalitionen eine 7%-Hürde, für größere Koalitionen eine 10%-Hürde. Nach dem neuen Gesetz musste jede einzelne Partei der Koalition die 5%-Hürde erreichen, dies war aber für die kleinen Koalitionsparteien unrealistisch, somit hätten die Koalitionen Stimmen verloren. Um diesem Gesetz ausweichen zu können, wurden beide Koalitionen (SMK, SDK) formal zu großen Parteien für die die 5%-Hürde galt. Eine der interviewten Politikerinnen hat die Lage in ihrer Partei als sehr nachteilig für Frauen bezeichnet: „In der Koalition waren weniger Posten vorhanden, als wenn wir einzeln in die Wahlen gegangen wären. Meistens mussten Frauen auf ihre Posten verzichten.“ Die Spitzenrepräsentanten von vier oder mehr Parteien mussten auf einer Kandidatenliste positioniert werden (da sie durch die Wahlgesetzänderung formal eine Partei waren), und zwar nach Möglichkeit so, dass die Spitzenkandidaten auf den aussichtsreichen Plätzen bleiben. So wurde zum Beispiel, die erste Frau auf der gemeinsamen Liste der SDK für den 32. Platz bei insgesamt 150 Listenplätzen nominiert.



**Tabelle 5-22 Frauen auf den Kandidatenlisten für die Nationalratswahlen der Slowakischen Republik (nur parlamentarische Parteien) im Jahr 1998**

Partei	Kandidierende Frauen				Erste Frau auf Platz (von 150)	Weibliche Abgeordnete im Nationalrat	
	Insgesamt		In der ersten Hälfte der Liste (in %)	Im ersten Viertel der Liste (in %)		absolut	%
	absolut	%					
HZDS	30	20,0	16,0	10,5	11	6 von 43	13,9
SDK	18	12,0	5,3	5,3	32	3 von 42	7,1
SNS	28	18,7	16,0	15,8	2	3 von 14	21,4
SDL	24	16,0	13,3	7,9	2	2 von 23	8,7
SMK	12	8,0	8,0	10,5	7	3 von 15	20,0
SOP	19	12,7	17,3	15,8	8	4 von 13	30,8

*Quelle: Filadelfiová, J. et al.: Ženy v politike – dôsledok tranzície verejnej politiky? Bratislava 2000, S. 18.*

Eine viel günstigere Lage als in der SDK entwickelte sich auch in den restlichen Parteien nicht. Der gesamte Anteil der Kandidatinnen hat nur in einem Fall 20 Prozent erreicht (HZDS), im allgemeinen waren die Kandidatenlisten für Frauen ungünstig aufgestellt. Im ersten Viertel hat der Frauenanteil in keiner Partei 16 Prozent überschritten. Und in der ersten Hälfte ging die Anzahl der Frauen nie über 18 Prozent, dementsprechend waren auch die Ergebnisse der Wahlen. Nur im Fall der SOP haben Frauen die Grenze eines Drittels erreicht. Alle restlichen Parteien sind mehr oder weniger mit dem erreichten Frauenanteil zurückgeblieben. Insgesamt haben die gewählten Parteien 21 Frauen ins Parlament delegiert.

Nach den Wahlen verbreiterte sich vor allem unter den NGO's Enttäuschung über die erreichten Ergebnisse. Wie schon oben beschrieben wurde, hatte die Regierung für die drauffolgenden Wahlen eine Reform des Wahlsystems versprochen um gleichem Misserfolg der weiblichen Kandidaten auszuweichen. Das Versprechen wurde nicht erfüllt. Bei der Aufstellung der Listen für die Wahlen im Jahr 2002 war wieder bei keiner Partei ein Muster erkennbar, das Frauen unterstützte und förderte. Nur im Fall der HZDS wurde berichtet, dass die Landesbezirke beim Aufbau der Wahllisten nach konkreten Schlüsseln vorgehen, was bedeutete: eine Frau, eine Person bis 35 Jahre alt und zwei

Männer.<sup>320</sup> Es waren aber nur Empfehlungen der Kandidaten, denen danach der Republikrat noch zustimmen musste. In der letzten Phase wurden offensichtlich alle Vorgaben übergangen und es wurde keine Regelmäßigkeit auch im Fall der HZDS gefunden.

Da abzusehen war, dass die Parlamentswahlen 2002 wieder ohne verbindliche Regelungen für die Erhöhung des Frauenanteils stattfinden, wurden keine besonderen Veränderungen des Frauenanteils in der nationalen Vertretung erwartet. Um so mehr überraschten die Ergebnisse.

**Tabelle 5-23 Frauen auf den Kandidatenlisten für die Nationalratswahlen der Slowakischen Republik (nur parlamentarische Parteien) – Wahlen 2002**

Partei	Kandidierende Frauen				Erste Frau auf Platz (von 150)	Gewählte weibliche Abgeordnete	
	Insgesamt		In der ersten Hälfte der Liste (in %)	Im ersten Viertel der Liste (in %)		absolut	%
	absolut	%					
HZDS	49	32,7	24,0	13,5	2	5 von 36	14
SDKU <sup>321</sup>	30	20,0	25,3	24,3	5	6 von 28	21
SNS	18	12,0	5,3	2,7	1	~	
SDL	31	20,7	17,3	13,5	2	~	
SMK	20	13,3	12,0	13,5	17	1 von 20	5
KDH <sup>322</sup>	25	16,7	14,6	18,9	9	2 von 15	13
Smer*	29	19,3	22,6	18,9	2	5 von 25	20
ano*	32	21,3	13,3	21,6	4	2 von 15	13
KSS*	14	9,3	9,3	10,8	7	1 von 11	9

\* Partei trat erstmals zu Parlamentswahlen an

~ Partei zog nicht ins Parlament ein

Quelle: Wahllisten der Parteien 2002, Sme 23.9. 2002, Wahlergebnisse Sme 27.9. 2002, zusammengestellt von K. Mallok.

[www.nrsr.sk/main.aspx?sid=poslanci/zoznam\\_abc](http://www.nrsr.sk/main.aspx?sid=poslanci/zoznam_abc)

Aus Tabelle 5-23 wird deutlich, dass die meisten Parteien doch Verbesserungen bei der Positionierung der Frauen erreichten. Schon im Blick auf die absoluten Zahlen der kan-

<sup>320</sup> Čavoječ, J.: Pravidlá zostavovania volebných listín. Sme 9.April. 2002, S. 2.

<sup>321</sup> Frühere SDK (Slowakische Demokratische Koalition).

<sup>322</sup> Zu den Wahlen 1998 ist KDH als eine Koalitionspartei der SDK gegangen.

didierenden Frauen zeigt sich, dass HZDS, SDKÚ, SMK, SDĽ einen Zuwachs von 5 bis zu 13 Prozent erzielten, lediglich bei der SNS erlitt die Frauenquote einen Verlust von 6 Prozent. Eine bessere Platzierung haben die Frauen auch in der ersten Hälfte der Listen erfahren, im Fall der SDKÚ wurde der Frauenanteil um fast 20 Prozent erhöht. SDKÚ hat einen 20prozentigen Zuwachs an weiblichen Kandidaten auch im ersten Viertel der Liste erzielt, womit die SDKÚ die höchsten Quoten bei der Platzierung der Frauen auf den Wahllisten erreicht hat. Vermutlich spielte hier die öffentliche Kritik an der SDKÚ eine wichtige Rolle. Der 32. Platz für die erste weibliche Kandidatin aus den Wahllisten 1998 wurde durch die Medien zu einer berühmten Zahl. Für die Partei, gerade als regierende Partei, war diese Kritik sehr belastend und deshalb haben sie reagiert, zunächst ohne Quotenregelungen. Bei HZDS, SMK wurde eine Verbesserung der Platzierung von Frauen im ersten Viertel von 3 Prozent erreicht, bei SDĽ von 6 Prozent. Trotz dieser Verbesserungen war ihre Auswirkung bei den Wahlergebnissen sehr gering. Dies lässt sich vor allem durch die zwar bessere, aber immer noch nicht ausreichende Platzierung der Frauen im wichtigen ersten Viertel der Liste erklären. Hier hat der Frauenanteil nur in einem Fall knappe 25 Prozent erreicht. In einem Fall lag er bei 22 Prozent und in zwei weiteren Fällen bei 19 Prozent. In fünf Fällen lag er unter 15 Prozent. Interessant ist, dass gerade die zwei Parteien (HZDS, SDĽ) die sich für eine pauschale Förderung der Frauen bei den Wahlen ausgesprochen haben, ihren eigenen Kandidatinnen nur einen Anteil von 13,5 Prozent der Posten im ersten Viertel der Liste zur Verfügung gestellt haben.

Interessant ist ebenfalls die Analyse der Daten der drei neuen parlamentarischen Parteien (Smer, ANO und KSS). Viele Politiker, aber auch Politologen und Soziologen, haben in den laufenden Diskussionen behauptet, dass in den neuen Parteien ohne feste Strukturen weibliche Kandidaten größere Chancen haben werden, als in den weitentwickelten und etablierten Parteien, wo die politischen Posten schon in festen Händen sind. Diese Vermutung hat sich nicht bestätigt. In Smer und ANO waren Frauen mit ca. 20 Prozent auf der Wahlliste vertreten und in der KSS mit 9 Prozent, was vergleichbar mit den anderen Parteien ist. Auch die Positionierung der Frauen auf den Listen zeigte keine großen Unterschiede zwischen den „alten“ und den „neuen“ Parteien. Die Frauen haben in beiden Parteiformen vergleichbare Möglichkeiten.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Einzelne Verbesserungen bei der Platzierung der Frauen waren vorhanden, trotzdem brachten die Wahlergebnisse eine Enttäuschung. In der Legislaturperiode 1998–2002 waren 21 Frauen im Parlament vertreten, im September 2002 war es nur eine Frau mehr, eine minimale Verbesserung. Allerdings im November, beim Ablegen des Gelöbnisses der Abgeordneten, standen auf der Abgeordnetenliste des Parlaments plötzlich 29 Frauennamen. Da einige Männer aus unterschiedlichen Gründen ihr Mandat nicht antraten, wurden Ersatzleute gesucht. In sieben Fällen sind Frauen nachgerückt. Die aktuelle Besetzung des Parlaments sah im November 2002 folgendermaßen aus.

**Tabelle 5-24 Veränderungen der Zusammensetzung des Nationalrates zwei Monate nach den Wahlergebnissen**

Partei	HZDS	SDKU	SMK	KDH	Smer	Ano	KSS
Abgeordnete insgesamt	36	28	20	15	25	15	11
davon Frauen	5	7	3	4	5	4	1
nachnominierte Frauen	keine	1	2	2	keine	2	keine

*Quelle: Archiv NR SR, Januar 2003. [www.nrsr.sk/main.aspx?sid=poslanci/zoznam\\_abc](http://www.nrsr.sk/main.aspx?sid=poslanci/zoznam_abc)*

Außer den Oppositionsparteien HZDS, Smer und KSS, konnten bei den anderen Parteien noch Kandidaten nachrücken, unter ihnen auch einige Frauen, da sie auf den Listen als Nächstplatzierte standen. Damit hat sich der knapp 15-prozentige Frauenanteil im Parlament um mehr als vier Prozent verbessert. Dieses Ergebnis lässt sich vor allem durch die bessere Positionierung der Frauen in der ersten Hälfte, ausgenommen das erste Viertel, der Wahllisten erklären.

Trotz dieser Erhöhung des Frauenanteils unter den Parlamentabgeordneten, darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass dieses Verfahren nur bei den gewinnenden Parteien zu Stande gekommen ist. Hier haben Männer auf einen Posten im Parlament verzichtet und auf der Regierungsbank Platz genommen und erst dadurch sind mehrere Plätze im Parlament für Ersatzpersonal frei geworden, sieben von diesen für Frauen. Damit scheinen die männlichen Spitzenpolitiker weiterhin wesentlich erfolgsträchtiger positioniert zu sein als ihre Kolleginnen, da einige im Fall des Wahlsieges zwischen einem Sitz im Parlament oder der Regierung wählen dürfen und im Fall des Verlustes wenigstens einen Posten im Parlament sicher haben. Wichtig ist, dass vor den Wahlen 2002 der Wahlsieg des Anti-Mečiarlagers nicht sicher war. Nach den Prognosen wurde der Wahlsieg von

HZDS und Smer erwartet, was im Grunde genommen auch passierte, da die HZDS die meisten Stimmen erhalten hat. Die vier Parteien wurden durch eine schnelle Bildung von Regierungskoalition gerettet. Auf diesem Hintergrund erscheint das Nachrutschen der Frauen ins Parlament nicht mehr so großzügig. Andererseits bleibt die Erhöhung des Frauenanteils im Parlament Realität, schließlich hätte das Ersatzpersonal auch rein männlich sein können. So konnte seit dem Fall des Kommunismus erstmals über eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils im Parlament gesprochen werden.

Obwohl die Wahlen 2002 eine Verbesserung erzielt haben, sollte hier noch nicht von einer kontinuierlichen Tendenz gesprochen werden. Vielleicht ist die kleine Verbesserung nur eine kurzfristige Reaktion auf die Quotendiskussion und sollte beweisen, dass eine günstige Wahlliste auch ohne Regelungen möglich ist. Es besteht das Risiko, dass falls vor den nächsten Wahlen keine weitere Diskussion zum Thema geführt wird, und die Parteien sich zu keiner festen Regelung bei der Platzierung der Frauen verpflichten, da sie vorher keine gebilligt haben, wird der Frauenanteil im Parlament wieder zurückgehen. Erst die Wahlen 2006 können eine Antwort auf diese Frage geben.

#### *Frauenorganisationen – schwache Partner*

Die vorherigen Kapitel haben anhand der Verteilung der Posten in den Parteiorganen und im Parlament bewiesen, wie schwer sich Frauen in diesen Strukturen durchsetzen und positionieren können. Eine hilfreiche Maßnahme zugunsten der Frauen könnte eine effektive Frauenorganisation im Rahmen der Partei sein. Frauenorganisationen sind in den slowakischen Parteien noch eine unausgeschöpfte Möglichkeit, die Frauen einerseits für politische Aktivität gewinnen könnten und andererseits den Frauen bei ihren Karrierewegen innerhalb der politischen Strukturen behilflich sein könnten. Dabei sind innerparteiliche Organisationen, die sich an bestimmte Gesellschaftsgruppen wenden und ihre Interessen vertreten auch in der slowakischen Politik keine revolutionäre Idee. Bei jeder parlamentarischen Partei funktioniert inzwischen eine aktive Jugendorganisation, die versucht die junge Generation anzusprechen und für ihre Politik zu gewinnen. Jährlich gewinnen sie so junge Leute für die Parteipolitik, auch wenn der Profit nicht immer auf beiden Seiten liegt, da die jungen Politiker nicht immer den Weg in die Parteistrukturen schaffen und so in der Rolle der Sympathisanten bleiben. Aber wenigstens funktioniert hier eine Art von gemeinsamer Kommunikation, die sich später auch zum Vorteil des Nachwuchses entwickeln kann. Gleiche Maßnahmen mit Motivation- und

Förderungszielen wären auch bei den Frauenorganisationen denkbar, aber ihnen schreiben die Parteien keine so wichtige Rolle wie den Jugendorganisationen zu. Frauenorganisationen sind ein fast tabuisiertes Thema und das nicht nur für die Parteien, sondern auch für Frauen selbst. Marie Čermáková hat bei ihren Untersuchungen festgestellt, dass tschechische Frauen sich nur schwer über Frauenorganisationen politisch engagieren. Ungeachtet ihrer Bildung und ihres sozialen Standes äußern sich die Frauen: „Ich fürchte mich in einer Frauenorganisation zu engagieren, da ich weiß, was für eine morbide Organisation in der Vergangenheit die Frauenunion<sup>323</sup> war.“<sup>324</sup> Das Trauma aus dem Kommunismus spielt hier eine wichtige Rolle, und die Parteien versuchen es durch Schweigen vorsichtig umzugehen. Fraglich ist nur, wieso das gleiche Vorgehen bei den Jugendorganisationen nicht zu merken ist, da auch sie einen schwarzen Fleck aus der Zeit des Kommunismus mit sich schleppen. Während die Jugendorganisationen auf dem Vormarsch sind, müssen die Frauenorganisationen offenbar noch auf ihre Zeit warten.

Eigene Frauenorganisationen hatten im Jahr 2002 nur zwei parlamentarische Parteien, die KDĽ und die SDKÚ. Ihre Arbeit ist allerdings nicht ganz durchsichtig und ihre Aufgaben sind nicht klar definiert. Die slowakischen Parteien vermissen selbst Daten über Aktivitäten der eigenen Organe und über ihre Frauenorganisationen, so war es möglich nur allgemeine Antworten über Rolle der Frauenorganisation in der Partei zu bekommen: gegenseitige Kontakte, Weckung Interesse der Frauen an der Politik, interessante Arbeit mit Frauen in den Regionen, Förderung von Frauen bei politischen Aktivitäten, Einbindung der Frauen in die Politik. Es ist nicht gelungen zu erfahren, welche konkreten Aufgaben und Programme für die Frauenorganisationen innerhalb der Partei vorliegen, wie viele Frauen dort tätig sind und welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der Frauen durchgeführt werden und wie die Organisationen finanziell unterstützt werden. Über ihren Einfluss in bestimmten Parteiorganen und in den Organen der Nationalvertretung war ebenfalls keine Auskunft zu erhalten. Es muss sich in diesem Fall nicht unbedingt um eine Informationssperre handeln, die Parteien haben tatsächlich keine Informationen über die Arbeit der Organisationen, die noch sehr provisorisch zu sein scheint und meistens nur auf zentralen Ebene stattfindet. Verbindungen in die Regionen sind noch nicht etabliert und kaum kontrolliert.

---

<sup>323</sup> Frauenunion = Svaz žen, Frauenorganisation aus der kommunistischen Ära.

<sup>324</sup> Čermáková 1996: 8.

In der HZDS und der SDL gibt es eine Kooperation mit externen Frauenorganisationen (Únia žien, Združenie ľavicových žien). In beiden Fällen handelte es sich um entwickelte Frauenorganisationen mit schon festen Aufgaben und Strukturen. Vor allem die mit der HZDS kooperierende Frauenorganisation (Únia žien) ist eine Organisation mit einem festen Platz in der Gesellschaft, obwohl eher kulturell orientiert. Offen ist, welche Früchte diese Art der Zusammenarbeit trägt. Eine starke externe Organisation kann separat sehr aktiv und erfolgreich sein, aber solange feste Kanäle zur Partei fehlen, kann sie auch nicht ein stärkeres Engagement von Frauen innerhalb der Partei sichern.

Die restlichen zwei Parteien SMK und SNS haben keine Zusammenarbeit mit irgendeiner Frauenorganisation nachgewiesen. Interessant ist die Lage im Fall der SMK, die durch Fusion von mehreren Parteien entstanden ist. Keine der beteiligten Parteien hat in die neue Koalition eine Frauenorganisation eingebracht. Andererseits wäre für die SMK, solange keine interne Frauenorganisation vorhanden ist, eine Kooperation mit kulturellen Frauenorganisationen möglich, die für Frauen ungarischer Nationalität bestehen, fehlt aber bisher.

Insgesamt wird deutlich, dass die Frauenorganisationen ihren Platz in den Parteien erst noch suchen. Die Parteien haben auch noch keine genauen Vorstellungen ihrer Aufgaben und Einbindungen. Es scheint so zu sein, dass von den Frauenorganisationen eher Leistungen nach außen als nach innen erwartet werden, z. B. Frauen als Wählerinnen für eine Partei gewinnen und nicht Frauen von außen zu politischen Aktivitäten in der Partei zu animieren. Den Organisationen, vor allem der mit der HZDS verbundenen - Union der Frauen (Únia žien), wurde in der Legislaturperiode 1994-1998 von den Medien vorgeworfen, sie hätten nach außen als ein verlängerter Arm der Partei funktioniert und für die Politik der Partei unter den Frauen geworben. Insgesamt muss sich noch viel ändern, bis man über eine wirksame Zusammenarbeit von Parteien und Frauenorganisationen sprechen kann, die vor allem Vorteile der Frauen im Visier hat.

Die Lücke werden bis dahin wahrscheinlich nichtregierende Organisationen ausfüllen müssen. Ein Beispiel bietet die Organisation „Professionelle Frauen“. Sie kümmert sich seit 1995 um den weiblichen Nachwuchs für politische Organe, führt Schulungen und Seminare für Frauen durch, die eine Rolle in der Politik suchen. Sie bildet professionelle Politikerinnen weiter und das in unterschiedlichen Regionen der Slowakei. Wie aber

eine Repräsentantin dieses Projektes vermittelte, bis jetzt positionieren sich die von ihnen geschulten Frauen vorwiegend in den Organen der territorialen Selbstverwaltung und meistens als unparteiliche Politikerinnen. Der Zugriff zur zentralen Politik bleibt weiterhin gering.

### *Karrierewege der Frauen in die führenden Positionen*

Frauen sind in führenden Positionen in den Parteien und Staatsorganen immer noch Einzelfälle. Trotzdem ist es wichtig gerade in diesen Ausnahmefällen zu fragen: Wie haben es diese Frauen geschafft? Wie sehen diese erfolgreichen Karrierewege aus? Können sie ein Modell sein?

Einer repräsentativen Umfrage nach haben Politiker (Männer und Frauen) in den führenden Positionen mehrere Möglichkeiten für den Aufstieg von Frauen in die Spitzenpolitik beschrieben:<sup>325</sup>

1. *Die Frau wurde auf Grund ihrer Professionalität direkt von der Partei angesprochen und ihr wurde ohne vorherige politische Aktivität ein Posten angeboten, also ein direkter Umstieg von einer beruflichen in eine politische Laufbahn,*
2. *Die Frau war im entscheidenden Jahr 1989-1990 bei der Transformation von existierenden Parteien oder beim Aufbau neuer politischer Subjekte aktiv,*
3. *Die Frau war schon vor dem Jahr 1989 politisch tätig, entweder in den legalen Strukturen (Kommunistische Partei, Jugendverein, Massenorganisationen) oder in den illegalen Strukturen (Kirchen, Umweltvereine, Oppositionsgruppen),*
4. *Die Frau war in einem Beratungsteam von Spitzenpolitikern tätig oder sie war Mitglied einer Schattenregierung,*
5. *Die Frau fand ihren Weg durch vorhandene Parteistrukturen, vor allem über Jugendorganisationen oder interne professionelle politische Vereinigungen,*
6. *Familientradition, das heißt besonderes Interesse an der Politik in der Familie, vor allem aus den Jahren vor dem Krieg.*

Diese Zusammenstellung vorhandener Möglichkeiten für Frauen stellen die am häufigsten auftretenden Karrierewege dar. Sie schließen andere nicht aus. Die Interviews mit

---

<sup>325</sup> Filadelfiová et al. 2000: 52–53.



den Abgeordneten haben diese Karrierenwege bestätigt, in manchen Fällen sind Überlappungen von mehreren Einflüssen zu erkennen.

Die erste Möglichkeit bestätigte sich bei einer Abgeordneten. Sie war im akademischen Bereich tätig und hat dort sehr gute Arbeit geleistet. Beim Aufbau der Partei Anfang 1990 haben sie zwei Politiker und gleichzeitig Bekannte angesprochen, ob sie die Partei unterstützen möchte. Sie hat von Anfang an wichtige Rolle in den zentralen Organen erhalten.

Sechs Politikerinnen schafften ihren Weg nach dem zweiten Karrierenmuster. In der Revolutionszeit haben sie ihre Aktivitäten entwickelt, die ihnen den Weg in die Zentrale ermöglichte. Die Umbruchsphase nach dem November 1989 hat eine sehr wichtige Rolle für viele Politiker gespielt. Es war eine Zeit mit vielen offenen Chancen, da die alte Elite durch neues Personal ersetzt wurde, der Zugang in die Spitzenpolitik war relativ einfach. Wie Matějů und Hanley schreiben, kam es zu einer massenhaften Ablösung der alten Elite und es gab nicht genug qualifizierten Nachwuchs. Der Aufstieg in führende Positionen war also auch für viele Frauen eindeutig einfacher als schon ein Jahr später.

Der dritte Mobilitätsweg kennzeichnet die politische Karriere von drei der befragten Abgeordneten. Eine von ihnen war in der KP sehr aktiv und sie besaß schon dort eine leitende Position. Ihre Erfahrungen hat die reformierte SDL weiter genutzt. Die zwei anderen Frauen waren in illegalen Strukturen tätig. In beiden Fällen handelt es sich um Frauen aus der ungarischen Minorität, die mit ihren Mitmenschen unterschiedliche Protestaktionen oder kulturelle Aktivitäten entwickelten. Für beide haben die aufgebauten Freundschaften aus der „kommunistischen Zeit“ und die Zugehörigkeit zur ungarischen Minorität eine wichtige Rolle gespielt.

Die vierte Variante der Mobilitätswege hat sich bei keiner der Befragten bestätigt. Es ist möglich, dass dieser Weg zusammen mit der fünften Möglichkeit eine viel wichtigere Rolle in der Zukunft spielen wird. Die Interviews haben sich auf die Abgeordneten aus den Jahren 1998–2002 beschränkt, deshalb hat sich auf ihren Wegen die breite Diskussion über Frauenförderung in der Politik noch nicht ausgewertet. Nach den Parlamentswahlen 2002 sind wenige neue, auch junge Frauen ins Parlament gekommen. Es muss erst noch näher überprüft werden, aber einiges weist darauf hin, dass das in-

nerparteiliche Frauenpotenzial in Zukunft stärker genutzt werden muss, da die Nachfrage nach weiblichen Politikern von einem Teil der Gesellschaft vorhanden ist.

Der fünfte Mobilitätsweg kam bei einer der befragten Abgeordneten vor. Sie war zwar nicht in einer innerparteilichen Organisation tätig, aber bei einer, die sehr enge Kontakte zu der Partei pflegte. Da die Partei für bestimmte Aufgaben Menschen suchte, setzte sie sich mit der Organisation in Verbindung und diese hat die Frau empfohlen.

Die letzte Möglichkeit hat eine Frau bestätigt. Ihre Familienangehörigen waren in der Vorkriegszeit in einer politischen Partei tätig und die Kontakte, die sie dort aufgebaut haben, wurden durch die Jahre des Kommunismus nicht unterbrochen. Alte Parteigenossen aus ihrem Bekanntenkreis haben ihr den Weg in die Spitzenpolitik erleichtert.

Die Wege in die zentrale Politik sind unterschiedlich, manche Einstiegsmöglichkeiten verlieren an Bedeutung, während andere gewinnen. Der politische Umbruch 1989 hat für viele Politikerinnen eine wichtige und sehr positive Rolle gespielt. Ein so offenes politisches Umfeld wird es wahrscheinlich nie wieder geben. Alle Befragten haben die Vorteile der politischen Atmosphäre aus den ersten Aufbaujahren bestätigt. Zum einen sind die allgemeinen Umstände, in denen die Frauen den Weg in die Politik suchen, wichtig; zum anderen sind, wie fünf von acht Frauen bestätigt haben, vorhandene Kontakte zu Menschen, zu Freunden und Bekannten, sehr bedeutend, die den Frauen auf ihrem Weg in die führenden Posten helfen können.

#### *Männernetzwerke in den Parteien*

Der Karriereweg von manchen Politikerinnen führt in die führenden Organe, womit die erste wichtige Etappe geschafft wurde. Dafür, dass Frauen auf den erreichten Posten auch bleiben und ihre Aufgaben durchführen können, müssen sie noch viel tun. In diesem Abschnitt geht es nicht um professionelle Leistungen, sondern um das Überleben der Frauen in einem Umfeld mit Männerdominanz. In der Spitzenpolitik besetzen die Männer die meisten Posten und dominieren das Feld. Es wurde schon viel darüber geschrieben, wie Männer unter sich eigene Netzwerke aufbauen, von denen Frauen ausgeschlossen bleiben. Damit Frauen ihre politischen Entscheidungen auch durchsetzen können, brauchen sie Partner, die ihre Tätigkeit unterstützen. Politische Arbeit und Entscheidungen sind von Teamarbeit abhängig, eine Einzelkämpferin kommt nicht durch. Die Männer kennen diese Prinzipien und haben untereinander „ritualisierte Ver-

haltensweisen“ entwickelt, aus denen Frauen meistens noch ausgeschlossen bleiben. Schöler-Macher vergleicht diese männerbündischen Gruppen mit klassischen Militärmodellen, in denen die Individualität aufgegeben wird und der Entscheidungsspielraum eingeschränkt ist. Dafür gibt es Lohn in unbeschränkter Loyalität.<sup>326</sup> Frauen kommen mit diesen Regeln nicht immer zurecht, abgesehen davon, dass sie in die Männerbünde häufig gar nicht eingelassen werden.

Alle Interviewten haben den starken Zusammenhalt der Männer auch in ihren Parteien bestätigt. Alle haben über so genannte Bierfreundschaften gesprochen, die Männer beschränken ihre Mitarbeit nicht nur auf die Bürodiskussionen, sie treffen sich häufig nach den offiziellen Diskussionen noch beim Glas Wein oder Bier und besprechen, in freundlicher Atmosphäre, einige Themen weiter. Wie alle Befragten berichteten, bleiben die Frauen von diesen Treffen meistens ausgeschlossen, schon aus dem Grund, dass sie auch Pflichten zu Hause haben, denen sie nachkommen müssen. Da sie diese Treffen verpassen, fehlen ihnen wichtige Informationen wie auch ein offener Zugang zu den Kollegen.

Aufgrund der Interviews können dann zwei Reaktionen der Frauen auf die herrschende Situation und auf die männlichen Netzwerke unterschieden werden. Im ersten Fall versuchen Frauen in die vorhandenen Netzwerke einzutreten, oder wenigstens ihre Regeln anzunehmen. „Die Männer sprechen unter sich offener, mir haben viele wichtige Informationen am Anfang gefehlt, vieles wurde mir, als Frau, nicht berichtet. Inzwischen kann ich aber Sachen voraussehen und dementsprechend reagieren, ich orientiere mich schon besser,“ berichtete eine Befragte.

Die zweite Variante der Auseinandersetzung mit den männlichen Netzwerken hat zum Aufbau eigene Netzwerke geführt. „Männer haben unter sich vieles durch Freundschaften gelöst, gegenseitige Dienste sind bei ihnen angesagt. Bei uns in der Partei haben Frauen versucht mit gleichen Waffen zu kämpfen und wollten eigene Netzwerke aufbauen, mir ist so was aber sehr fremd.“ Eine Abgeordnete aus einer anderen Partei hat gleiche Tendenzen in ihrer Partei beobachtet. Nur die Frauen aus ihrer Partei konnten nicht eine so tiefe Loyalität entwickeln, wie es bei den Männern war. „Die Frauen waren sehr offenherzig zueinander, das hat unseren Zusammenhalt zerstört. Ich kann mich

---

<sup>326</sup> Schöler- Macher 1994: 74-76.

heute auf die Frauen genauso wenig bzw. genauso viel verlassen wie auf die Männer. Irgendwann haben wir uns nur noch gestritten.“ Viele Frauen haben offenbar Schwierigkeiten mit den rein weiblichen Netzwerken wie mit denen ihrer männlichen Kollegen, was ihre Tätigkeit einschränkt und behindert. Sie versuchen sich auf unterschiedliche Weise damit abzufinden und dagegen durchzusetzen. Das wirksamste Mittel scheint ein Zusammenwachsen von beiden Gruppen zu sein. Drei von den Befragten haben über eine Besserung in der Kooperation zwischen Männern und Frauen berichtet, allerdings hat dies Zeit gebraucht und den „vollen Einsatz der Frauen“.

### *Zeitbudget*

Schlechte Zeitplanung der Parteiarbeit wird oft als wichtiges Hindernis für politische Aktivitäten von Frauen dargestellt. Frauen in den führenden Organen von Partei und Staat sind zeitlich stark beansprucht. Zwar sind männliche Politiker genauso belastet, aber die Frauen haben objektiv sehr viel mehr Pflichten im Haushalt und Familie als die Männer. Den Parteien wurde deshalb vorgeworfen, dass die zeitliche Struktur der Arbeit innerhalb der Parteien, die Sitzungen von Arbeitskreisen, Gremien, Parteiversammlungen, aber auch die Parlamentssitzungen nicht auf die Gegebenheiten des Privatbereiches (z. B. auf die Öffnungszeiten der Kindergärten, Schulen und Geschäfte) abgestimmt sind.<sup>327</sup> Obwohl dieses Problem häufig als Grund niedriger Frauenaktivität genannt wird, waren die befragten Abgeordneten in diesem Punkt sehr zurückhaltend. Sie haben zwar alle ohne Ausnahme zugegeben, dass man über keine familienfreundliche Arbeitsplanung sprechen kann, gleichzeitig haben sie sich aber auch damit abgefunden und dem angepasst. Alle sind der Meinung, dass einer Frau, die in die führende Politik aufsteigt, bewusst sein muss, was auf sie zukommt. „Ausnahmen für Frauen wären nicht gut. Sie könnten die Parteiarbeit und ihre Ergebnisse beeinflussen, es könnte die Partei schwächen und die Partei muss stark sein und erst an sich denken.“ Die höchste Priorität für diese Frau schien das Wohl ihrer Partei zu sein, und diese Einstellung erwartet sie auch von anderen Frauen. Sie hat sich in den Dienst der Partei gestellt und deshalb stehen für sie an erster Position die Bedürfnisse der Partei und nicht die des einzelnen. Eine andere Abgeordnete hat ähnlich reagiert: „Die Parteiarbeit kann nicht genau geplant werden, wir müssen flexibel sein. Während einer Wahlkampagne können sie nicht die Sitzung unterbrechen und sagen – jetzt gehe ich nach Hause Abendessen kochen.“

---

<sup>327</sup> Schöler-Macher 1994: 89.

Die Frauen verstehen die strengen Bedingungen und erwarten für sich keine Sondermaßnahmen. Trotzdem finden sie die Arbeit nicht immer einfach und sie geben zu, dass sie ihre eigenen Kräfte teilweise überschätzt haben. Wie eine berichtete: „Ich habe mit so einer Anstrengung nicht gerechnet, meine Mutter musste mir mit meinem Sohn helfen, jetzt freue ich mich auf das Ende dieser Legislaturperiode. Ich möchte in der Politik bleiben, aber für das Parlament werde ich nicht mehr kandidieren.“ Offen ist, ob man aus diesem Beispiel ableiten kann, dass falls eine Frau in der Spitzenpolitik auch Schwierigkeiten mit der Zeitplanung bekommt, sie keinen Druck auf die Partei ausübt, sondern lieber ihren Posten verlässt.

Neben dem Argument, dass die Partei sich keine Abweichungen und Ausnahmen leisten kann, wurden noch andere Begründungen für die strengen Regeln genannt. Eine Abgeordnete argumentierte: „Alle möchten, dass Frau und Mann gleichberechtigt werden und ich frage mich, wie soll es funktionieren, wenn für Frauen andere Regeln gelten sollen als für Männer? Jede Ausnahme für Frauen wird alles zerstören.“ Dieses Argument scheint nicht ganz unbegründet zu sein. Eine Abweichung für Frauen könnte unter Umständen wirklich ein falsches Signal in die Gesellschaft senden. Erstens, wieso Ausnahmen für Frauen mit Kindern und nicht für politisch aktive Väter? Viele könnten dann fragen, ob eine Mutter für die Familie wichtiger als der Vater ist? Und da sich die slowakische Gesellschaft von solchen Stereotypen langsam befreien sollte, könnte dies ein Schritt zurück bedeuten. Gleichzeitig könnte es auch andeuten, dass eine Frau für eine so hohe Leistung und Anstrengung nicht geschaffen ist. Auf jeden Fall müssen alle Ausnahmen sehr sorgfältig überlegt werden, damit sie nicht mehr schaden als helfen. Die Parlamentsabgeordneten haben diese Risiken sehr gut erkannt und sie persönlich erwarten überhaupt keine Umstellung der Arbeitszeiten. Ihnen ist dabei auch die Gefahr bewusst, dass unter diesen Bedingungen keine jungen Frauen mit Familien Freude an der aktiven Politik finden. Aber wie es eine Befragte bewertet hat „deshalb kann man nicht die gesamten Strukturen umbauen.“

#### **5.3.3.5 Psychologische Aspekte**

Die Gründe für Unterrepräsentation von Frauen in den Spitzenpositionen der Partei scheinen sehr differenziert zu sein. Hoecker glaubt, „dass die Unterrepräsentation von Frauen in innerparteilichen wie öffentlichen Ämtern weder auf mangelnde individuelle Bereitschaft noch auf Bildungsdefizite noch auf unzureichende Aktivität zurückgeführt

werden kann.“<sup>328</sup> Der Fall der Slowakei unterstützt diese Vermutung und deshalb müssen die Gründe des niedrigen Frauenanteils in den führenden Parteiorganen woanders gesucht werden. Neben den Ängsten vor konkurrenzfähigen Frauen, die Posten der Männer gefährden könnten, wirken sich hier auch viele kulturelle Stereotype aus, nach denen sich nicht nur Männer, sondern auch die Frauen richten.

#### *Mit Frauen Wähler verlieren*

Hana Havelková sieht die Gründe der Unterrepräsentation von Frauen in den führenden Organen vom Staat und Partei in der Anpassung der Parteien an herrschende Stereotype. Frauen als Politikerinnen waren vor wenigen Jahren in der mittelosteuropäischen Region, und das trotz der kommunistischer Vergangenheit, ein unbekanntes und teilweise unakzeptables Element. Viele Wähler akzeptieren immer noch nicht Frauen in der Spitzenpolitik. Deshalb kann der Einsatz von Frauen für die Partei ein Risiko bedeuten, das die Parteien nicht eingehen möchten.<sup>329</sup> Die SNS ist die einzige Partei, an deren Spitze eine Frau stand, und an diesem Beispiel kann man erkennen, wie viele Kritiken voller Ironie an die Partei gerichtet wurden nicht auf Grund ihrer Politik, sondern auf Grund ihrer weiblichen Vorsitzenden. Es ist interessant, dass gerade eine rechtsextremistische Partei das Risiko eingegangen ist und eine Frau an die Spitze gewählt hat. Andere Parteien bleiben noch zurückhaltend, da sie beim Kampf um Wählerstimmen die gesellschaftlichen Stereotype, nach denen eine Frau nicht in die Politik gehört, immer noch berücksichtigen.

#### *Der Boss hat männliches Geschlecht*

Nicht selten wurde im Blick auf die Blockade des Einzugs von Frauen in die leitenden Parteiorgane den männlichen Politikern eine Unterschätzung und Minderbewertung ihrer Kolleginnen vorgeworfen. Schöler-Macher beschreibt die Mechanismen der Etablierung innerhalb der Partei als Systeme, die gezielt für Frauen verschlossen bleiben.<sup>330</sup> Fünf der befragten Abgeordneten haben eine gezielte Ausschließung der Frauen aus den oberen Kreisen der Parteihierarchie bestätigt. Eine Befragte berichtete über persönliche Empfindungen in ihrer Partei folgendermaßen: „Die Männer verkraften nicht, wenn eine Frau erfolgreicher ist als sie und die Spitze erreicht.“ Eine andere Abgeord-

---

<sup>328</sup> Hoecker in Höschele-Frank 1990: 48.

<sup>329</sup> Vgl. ebd.: 316.

<sup>330</sup> Schöler-Macher 1994: 76.

nete aus einer anderen Partei beschwerte sich, dass „die meisten Männer immer noch die Vorstellung haben, dass eine Frau höchstens entscheiden kann, wie der Kaffee gekocht wird, alles andere ist Männersache.“ Die anderen haben es nicht so eindeutig ausgedrückt, aber sie haben zugegeben, dass von den Frauen meistens Routinearbeit erwartet wird, während die Männer für wichtige Entscheidungen im Rahmen der Parteiorgane zuständig sind. Es fehlt eine partnerschaftliche Atmosphäre zwischen Männern und Frauen. Wie es eine weitere Abgeordnete definiert hat: „Eine Frau wird immer noch nicht als gleichberechtigter Partner von den Männern verstanden und das spiegelt sich in der Besetzung der Organe.“ Mit dem Blick auf die kulturelle Tradition der Geschlechterbeziehungen erkennen wir, dass in der Slowakei die Dominanz des Mannes tiefe Wurzeln hat und dies hat sich auch in der kommunistischen Zeit nicht verändert. Die patriarchalischen Züge sind noch heute weiterhin erkennbar in den Familien, am Arbeitsplatz und auch in der Politik.

### *Frauen sind scheu*

Für die niedrige Vertretungsrate der Frauen in den Parteiorganen wurde auch den Frauen Schuld gegeben, in dem ihnen ein zu geringes Durchsetzungsvermögen vorgeworfen wird. Frauen trauen sich nicht, um ihre Positionen zu kämpfen, und sie geben im Duell mit Männern schnell auf. Schöler-Macher erwähnt in diesem Zusammenhang, dass die entwicklungspsychologische Forschung ergeben hat, dass Jungen in ihren Spielen den Umgang mit Spielregeln und Konkurrenzdruck einüben und formale Verfahren für die Beilegung von Konflikten entwickeln, während Mädchen in ihren Spielen die Konkurrenz eher vermeiden, Ausnahmen und Veränderungen der Spielregeln akzeptieren und in Konfliktfällen das Spiel eher beenden.<sup>331</sup> Dieses Verhalten, das Mädchen und Jungen schon im frühen Alter lernen, ist, ihrer Meinung nach, später in verschiedenen Konfliktsituationen wieder erkennbar. Dies kann sich auch im Kampf um wichtige Positionen spiegeln, in dem Frauen ein geringeres Durchsetzungsvermögen als Männer beweisen. Auf diesen Punkt ist allerdings keine der Befragten eingegangen und keine von ihnen hat direkt zugegeben, dass sie nicht bereit sei, mit den Männern Konflikte auszutragen. Bei den Interviews mit den Politikerinnen aus den Koalitionen (SDKÚ, SMK) wurde dann aber berichtet, dass bei der Parteienfusion in die neue Koalition bei den Wahlen 1998 Männer die führenden Posten in den neuen Fraktionen erhielten, obwohl die Aus-

---

<sup>331</sup> Schöler-Macher 1994: 78.

gangspositionen von Männern und Frauen aus den vorherigen Parteien gleich waren. In diesen Entscheidungsprozessen ging es eindeutig um Durchsetzungsvermögen und Frauen waren die, die nachgegeben haben.

#### *Gleiche Einstellung – unterschiedliche Akzeptanz*

Ein nächster Grund für die geringe Durchsetzung der Frauen kann in der allgemein niedrigen Akzeptanz der politischen Einstellungen und Ansichten von Frauen stecken. Wie Höschele-Frank auf Grund von Ergebnissen aus der politischen Psychologie feststellte: „Eine Erklärung der politischen Psychologie für das mindere aktive politische Engagement von Frauen besteht darin, dass Frauen als stärker external eingeordnet werden. D.h. obwohl Frauen oft ähnliche Einstellungen wie Männer haben, werden sie nicht im selben Ausmaß aktiv, weil sie weniger Einflussmöglichkeiten empfinden als Männer.“<sup>332</sup> Es kann dann zu einer gewissen Apathie bei Frauen führen, da es schwierig ist, Aktivität in einem Umfeld zu entwickeln, wo die notwendige Aufmerksamkeit fehlt und Frau sich keinen Erfolg verspricht. Eine Abgeordnete berichtete zu diesem Punkt: „Ich habe zu einem Thema ein Entwurf bearbeitet, den ich weiter präsentieren wollte. Mir wurde aber von Anfang an klar, dass wenn der Entwurf als Werk einer Frau präsentiert wird, gewinnt er nicht die richtige Akzeptanz. Ich habe einen Kollegen um Vertretung gefragt, er hat es dann als seinen Entwurf präsentiert und er wurde angenommen. Aber das tat richtig weh, ich werde es nicht noch einmal machen. Entweder präsentiere ich es selber oder ich lasse es ganz sein.“ Zwei weitere Befragte haben bestätigt, dass es entscheidend ist, ob ein Gedanke aus dem Mund einer Frau oder eines Mannes ausgesprochen wird. Sie haben ebenso bezweifelt, dass sich daran etwas ändern würde, wenn sie höhere Positionen erreichen. Es handelte sich um Frauen aus der SDĽ und SDKÚ.

Die fünf anderen Abgeordneten haben diese niedrigere Akzeptanz von ihren legislativen Entwürfen unter den männlichen Kollegen nicht bestätigt, es handelte sich um Frauen, die aus der HZDS, KDĽ und SMK kamen.

---

<sup>332</sup> Höschele-Frank 1990: 51.



### 5.3.4 Zusammenfassung

Die Parlamentswahlen 1998 brachten zwei wichtige Veränderungen: zum einen kam die Anti-Mečiar-Koalition, die eine bessere Stellung der Frauen in der Politik versprach, an die Macht; zum anderen wurde klar, dass das Erfüllen ihrer Versprechen dringend notwendig war, da Frauen in den Wahlen 1998 sehr schlecht abgeschnitten hatten. In der Gesellschaft wurden neue Hoffnungen geweckt, dass es nun eine effektive Förderung politisch aktiver Frauen geben werde. Die Medien, NGO`s und internationale Organisationen haben auf konkrete Maßnahmen gewartet. Doch die Regierung konnte die Änderungen des Wahlgesetzes zugunsten der Frauen nicht durchsetzen. Sie scheiterte nach mehreren Versuchen und Verhandlungen zur Quotenregelung an ihrer Zögerlichkeit vor den Wahlen, an der eigenen unklaren Position, an Widerständen in den Parteien und im Parlament. Nun sollten die Parteien auf innerparteilicher Ebene für die Erhöhung der Repräsentation der Frauen in der zentralen Politik sorgen. Sie taten es jedoch nur mit bescheidenen Resultaten, obwohl Voraussetzungen zur höheren Repräsentation der Frauen vorhanden waren.

Frauen beteiligen sich als Parteimitglieder in vielen Parteien ähnlich stark wie die Männer. Der Anteil der weiblichen Parteimitglieder ist also nicht Ursache des niedrigen Frauenanteils in den führenden Parteiorganen und in den zentralen politischen Institutionen. Der Mangel an Frauen in den Spitzenpositionen lässt sich eher durch eine Kombination von programmatischen, strukturell-organisatorischen und subjektiv-psychologischen Faktoren erklären. Was die programmatischen Inhalte der Parteipolitik angeht, lassen sich zwei Linien unterscheiden. Die erste betrifft Programme zur Förderung der Frauen in den eigenen Organen wie auch in den nationalen staatlichen Institutionen. Selbst die zwei Parteien (SDL und HZDS), die Regelungen eingeführt haben, haben keine entscheidende Erhöhung der Frauenrepräsentation erreicht. Andere parlamentarische Parteien haben die Frage der Einführung von Quoten noch nicht geklärt bzw. auf Eis gelegt.

Die zweite Linie der parteilichen Programmatik betrifft die Aufnahme von Frauenthemata in die Parteiagenda, die eine positive Mobilisierungswirkung erzielen könnten. Mit einer Ausnahme (SDK) haben die Parteien jedoch keine ausführliche Agenda entwickelt.

Die Orientierung und Durchsetzung der Frauen in den Parteistrukturen ist durch verschiedene Barrieren gekennzeichnet. Die Führungspositionen waren traditionell nur für Männer vorgesehen, in den Parteien, wie in Parlament und Regierung. Dementsprechend werden auch die Wahllisten so aufgebaut, dass sie den Frauen nur geringe Möglichkeiten zum Eintritt ins Parlament bieten. Eine kleine Besserung hat die laut gewordene Stimme der Öffentlichkeit erreicht. In der Legislaturperiode von 1998–2002 war die Frauenbeteiligung im Parlament noch sehr niedrig. Sie lag bei 14 Prozent. Allerdings muss diese Legislaturperiode als Ausdruck der Phase vor dem Jahr 1998 gesehen werden. Sie war im Grunde genommen erst der Auslöser der neuen Diskussion, die nach den Wahlen '98 zu Stande gekommen ist. Als Ergebnis der Diskussion kann erst der Frauenanteil im Parlament nach den Wahlen 2002 gesehen werden. Und der lag schon bei 19 Prozent. Es ist ein deutlicher Zuwachs zum vorherigen Jahr, obwohl hier mit den Zahlen noch vorsichtig umgegangen werden muss. Die Parteien haben den Frauenanteil eindeutig auf Grund des Drucks aus der Öffentlichkeit erhöht. Diskussionen in den Medien, Kampagnen, die Wähler zur Unterstützung von frauenfreundlichen Parteien aufgerufen haben, dies alles hat eine positive Wirkung gezeigt.

Es entsteht aber auch die Frage, ob die Entwicklung weiter vorangehen wird, falls die Medien und nichtregierenden Organisationen an dem Thema nicht mehr „dran“ bleiben. Nach den Parlamentswahlen ist die Exklusivität des Themas rasant zurückgegangen, unabhängig von den Ergebnissen. Die Wahlergebnisse wurden kaum analysiert, ein Zustand der Stille ist entstanden. Mit den Wahlen war schließlich alles entschieden und es ließ sich auch nichts mehr ändern. Die Medien und anschließend auch die Öffentlichkeit haben der weiteren Entwicklung sehr geringe Aufmerksamkeit gewidmet, was sich am folgenden Aufbau der Regierung ablesen lässt. Politiker, so scheint es, fühlten sich weder kontrolliert noch verantwortlich.

Bei der Verteilung der Posten in der Regierung im November 2002 wurden Frauen komplett außen vorgehalten. Das erste Mal seit 11 Jahren wurde die 16köpfige Regierung der Slowakei ohne Beteiligung einer einzigen Frau gebildet. Da entstehen Fragezeichen, welche Bedeutung und Wirkung die Diskussion zur Frauenbeteiligung in der Periode 1998–2002 eigentlich hatte. Diese Periode hat einen Prozess begonnen, der die Frauenrepräsentation in den politischen Institutionen positiv umlenken kann. Es hat sich aber auch gezeigt, wie notwendig es ist, dass die öffentliche Kontrolle nicht nachlässt und kontinuierlich Ergebnisse verlangt.

## **6 Schluss: Zusammenfassung und Ausblick**

*Konsolidierte Demokratie ist Demokratie unter gleichberechtigten Einschluss von Frauen*, lautete der zentrale Gedanke dieser Arbeit. Die Arbeit ging davon aus, dass die Demokratisierung der Slowakei ohne eine neue Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse nicht gelingen kann. Frauen bilden die Hälfte der slowakischen Bevölkerung, daher ist es für eine Demokratie undenkbar, die Bedürfnisse und Chancen dieser Bevölkerungsgruppe im sozialen, kulturellen oder politischen Bereich zu missachten bzw. ihre Interessen unberücksichtigt zu lassen. Die Geschichte kennt verschiedene Modelle der Einbindung, aber auch des Ausschlusses von Frauen in den bzw. aus dem öffentlichen Bereich. Sowohl das Modell der untergeordneten als auch der emanzipierten Frau haben die Sicht der Frau und ihrer Rolle in der Slowakei beeinflusst. Die Transitionsgesellschaft steht vor der Aufgabe, neue Modelle zu entwickeln, die den neuen demokratischen Ansprüchen und internationalen Vereinbarungen genügen. Wie entwickelt sich in der neuen politischen Ordnung das Programm der Gleichstellung der Frauen? Welche Hindernisse sind zu überwinden und an welchem Punkt steht die Praxis der Gleichstellung fünfzehn Jahre nach der Revolution von 1989?

### **6.1 Ergebnisse der Faktorenanalyse**

Die Entwicklung der politischen Repräsentation von Frauen in der Slowakei untersucht diese Arbeit im Blick auf die *politisch-kulturelle* und *sozioökonomische Faktoren* und auf die *politischen Institutionen*. Die Analyse dieser Faktoren bietet eine Erklärung des Verlaufes und der Ergebnisse dieses Prozesses. Die Arbeit wollte außerdem Überlegungen anbieten, wohin die Entwicklung unter Berücksichtigung der slowakischen Besonderheiten führen kann und soll.

#### **6.1.1 Apathisch und unpolitisch**

Anhand der historischen Entwicklung im letzten Jahrhundert wurde geschildert, dass das slowakische Volk in dieser Periode nur sehr begrenzte politische Selbständigkeit genoss. Vor dem Zerfall der Habsburger Monarchie waren Slowaken nur ein kleiner Teil des Imperiums. Der niedrige Stand der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen

Entwicklung war charakteristisch für das kleine Volk. Nur in kleinen, intellektuellen Kreisen wurden Grundlagen für politische Aktivitäten entwickelt, deren Wirkung aber bis zum Ende des ersten Weltkrieges und dem Zerfall der Monarchie sehr gering blieb. Mit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik haben die Slowaken zum ersten Mal politische Freiheiten, jedoch *keine politische Selbständigkeit* erlebt. Es entwickelte sich ein politischer Zentralismus, bei dem die Tschechen das Ruder in die Hand bekamen. Auch der autoritäre Nationalstaat bot für die Slowaken auf Grund des Krieges und der Abhängigkeit vom Nazi-Deutschland nur geringe Möglichkeiten, politische Eigenständigkeit zu entwickeln. Nach dem Krieg wurde durch die Machtübernahme der Kommunisten der gerade begonnene Weg zur Demokratie abgebrochen, als im Februar 1948 die vierzigjährige Ära des Kommunismus begann. In dieser Periode wurden die meisten Bestrebungen der Slowaken nach politischer Selbständigkeit, Autonomie und freiem Denken unterbunden. Politische Apathie breitete sich als Ergebnis der historisch-politischen Erfahrungen unter den Slowaken aus, da die politischen Entscheidungen nicht im eigenen Land, sondern immer in Budapest, Prag oder Moskau fielen.

Abgesehen von der kurzen Periode des Prager Frühlings 1968 brachte erst die Revolution von 1989 wirkliche politische Freiheiten. Erst in der postkommunistischen Periode, vor allem nach der Entstehung der Slowakischen Republik (1993), als einer der beiden Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei, sammelten die Slowaken umfangreiche Erfahrungen mit selbständigen politischen Aktivitäten und Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen im eigenen Land. Langfristig gesehen hat das Land vorwiegend autoritäre Regime erlebt und einige kurze Perioden, in denen eine freiheitlich-demokratische Einstellung zur Politik wachsen konnte und damit auch die Überzeugung, dass politische Aktivität eine sinnvolle, etwas bewirkende Tätigkeit sein kann, aus der sich wiederum eine krisenbezogene Partizipationsbereitschaft entwickelte. Seit kurzem lernen die Slowaken die Bedeutung kontinuierlicher politischer Partizipation und der Selbstverwaltung kennen. Es ist für alle ein langer Lernprozess. Die geringe Bereitschaft zu politischem Engagement ist bei Männern wie bei Frauen zu beobachten, es handelt sich zunächst um keine geschlechtsspezifische Problematik. Den Frauen wird die politische Aktivität aber noch durch zusätzliche Belastungen erschwert, die mit den Stereotypen über ihre Rolle wie auch mit allgemeinen Vorstellungen der Gesellschaft von Politik zusammenhängen.

## 6.1.2 Der Wandel gesellschaftlicher Vorstellungen über die Rolle der Frau

Seit jeher können wir in der europäischen Region eine Dichotomie beobachten, die die *klare Rollenverteilung zwischen der Frau und dem Mann* charakterisiert. Während der Mann für den öffentlichen und damit auch für den politischen Bereich bestimmt ist, bleibt die Frau in der Privatheit mit ihren Rollen innerhalb des Hauses und der Familie eingeschlossen. Dieser Trend zog sich durch verschiedene Philosophien und verfestigte immer wieder die vorhandene Rollenverteilung. Vorwiegend in den intellektuellen Kreisen des 19. Jahrhunderts waren diese Anschauungen tief verankert und bestimmten bis zum Sozialismus die Sicht der gesellschaftlichen Position der Frau. Während unter Intellektuellen traditionelle Vorstellungen die Wahrnehmung der Frau leiteten, verbreitete sich unter dem einfachen Volk ein ähnliches Bild der untergeordneten Frau, das auf christlichem Glauben, Mythen, Legenden und Aberglauben beruhte. Seine Inhalte prädisponierten die Frau in erster Linie zu einem untergeordneten Wesen an der Seite des Mannes. Das Bild der dem Mann untergebenen Frau entwickelte sich im slowakischen Raum zum Idealtypus der Frau.

Eine neue Alternative zu diesen historischen Erfahrungen brachte nach dem Zweiten Weltkrieg die kommunistische Ära, die von einer diametral anderen Sicht der Frau ausging. Das vorherige Bild der Frau beruhte auf ihrer Unterordnung dem Mann gegenüber, somit erschien die *kommunistische These der sozialen, kulturellen und politischen Gleichheit* der Geschlechter revolutionär. Diese These wurde im realen Leben zwar nicht umfassend umgesetzt, trotzdem hatte sie große Bedeutung bei der Suche nach einer neuen Rolle für die Frauen. Viele Frauen haben die Chancen, die der Kommunismus bot, genutzt und angefangen, durch den Weg aus der Privatheit in die Öffentlichkeit ihre Eigenständigkeit zu entwickeln. Frauen erreichten ökonomische Unabhängigkeit vom Mann, in Verbindung damit auch eine soziale und teilweise kulturelle Unabhängigkeit. Der „Machismo“ des Mannes wurde gebrochen,<sup>333</sup> die Frau wurde in gewisser Hinsicht zur Schmiedin des eigenen Glücks. Ein Teil der Gesellschaft hat die begonnenen Änderungen begrüßt, ein Teil verstand sie als Angriff auf die patriarchalische Tradition mit negativen Auswirkungen auf die Beziehungen in den Familien. Die

---

<sup>333</sup> Šiklová 1998: 42.

Skepsis gegenüber dem Emanzipationsprozess wurde nach dem Zerfall des Kommunismus immer stärker.

In der neuen Phase postkommunistischer Demokratisierung, aufgrund der extremen *Abwehr von allem Negativen, was mit dem Kommunismus verbunden* war (oder so erschien), traten vorkommunistische Traditionen wieder in den Vordergrund. Sie haben sich teilweise wieder durchgesetzt, konnten aber die Erfahrungen und Folgen kommunistischer Umgestaltung nicht ganz auslöschen. So stießen zwei diametral verschiedene Erfahrungen aufeinander. Einerseits setzte sich das Bild der untergeordneten Frau aus der vorkommunistischen Periode in der öffentlichen Meinung durch und andererseits lebte das Bild der emanzipierten Frau aus der kommunistischen Zeit weiter. Die Auswirkung dieser verschiedenen Ideologien und Praxen lässt sich noch heute in der Gesellschaft ablesen, vor allem an den widersprüchlichen Vorstellungen über die Rolle der Frau in Familie, Gesellschaft und Politik. Ein Teil der Gesellschaft tendiert zur traditionellen Rollenverteilung, ein anderer Teil sehnt sich nach der Fortsetzung der Emanzipation, die im Kommunismus begann und mit Änderungen fortgeführt werden sollte. Die traditionellen Vorstellungen von der Rolle der Frauen wurden aber in den 90er Jahren wieder dominant, und der Emanzipationsprozess geriet ins Stocken. Die neue liberal-demokratische Alternative der Frauenemanzipation wurde immer noch stark mit dem Kommunismus in Verbindung gebracht, was ihr zum Nachteil wurde. So entwickelte sich in den 90er Jahren in der Slowakei ein Idealtypus der Frau, der wieder sehr einseitig orientiert war und die Rolle der Frau vor allem auf die Familie und den privaten Bereich bezog. Öffentliche Aktivitäten, damit auch politische Tätigkeit wurden wieder als Domäne des Mannes definiert. Sehr gefährlich zeigte sich die *Zustimmung eines Teils der Frauen* zu diesen Ideen, in deren Folge sie ihre eigenen Möglichkeiten und Kräfte in Frage stellten. Volle 70 Prozent der slowakischen Frauen behaupteten, Mitte der 90er Jahre, von Politik nichts zu verstehen.<sup>334</sup> Dies behinderte wesentlich ihr Engagement und ihre politische Aktivität. Die Frauen übernahmen das Bild der häuslichen Frau als Messlatte und aus Angst, dass sie wegen politischer Aktivität Schaden an ihrer Weiblichkeit nehmen könnten, entschieden sie sich gegen Aktivitäten in der Politik. Die Gründung einer Familie ist bei den slowakischen Frauen von zentraler

---

<sup>334</sup> Bútorová 1996: 153.

Bedeutung<sup>335</sup> und sie scheint nur schwer erreichbar zu sein, wenn die Gefahr besteht, im eigenen Sozialumfeld als unweiblich betrachtet zu werden.

Bei der Ablösung von diesen kulturellen Stereotypen könnten die *Medien* eine wichtige Rolle übernehmen. Sie haben in der heutigen Zeit eine enorme Macht bei der Verbreitung von neuen Werten, die Medien erfreuen sich in der Slowakei eines hohen Vertrauens.<sup>336</sup> Wie sich aber gezeigt hat, bleiben die slowakischen Medien den Stereotypen ebenso verhaftet und damit leisten sie zur Ablösung der alten Werte einen sehr geringen Beitrag. Frauen werden in den Medien weiterhin entweder als Sexobjekte oder als auf Haushalt und Familie orientierte Wesen dargestellt. Neben dem allgemeinen Bild der Frau erweist sich, im Hinblick auf die politische Partizipation der Frauen, auch das mediale Bild der Politikerinnen als entscheidend. Die Medien unterschätzen häufig die politisch tätigen Frauen. Sie konzentrieren sich mehr auf ihr Äußeres als auf ihre Professionalität. Bei dem Umgang mit dem Thema: *Frauen in der zentralen Politik*, wird nur geringe analytische Arbeit geleistet. Dadurch werden viele Signale und Meldungen in die Öffentlichkeit geleitet, die dann eine falsche Einstellung zu politisch aktiven Frauen erzeugen und falsche Vorstellungen über die laufende Diskussion über die Gleichstellung der Frauen verursachen.

Schließlich wurde die Vermittlung der Werte in den Erziehungsprozessen diskutiert. Hier wurde die *Anwesenheit der traditionellen Modelle* festgestellt, die eine strenge Trennung der Rollen der Geschlechter in Familie und öffentlichem Bereich weiter am Leben hält. So beschränkt man die Bereitschaft der neuen Generation die Frauen als politisch tätige Wesen zu akzeptieren.

Zwar ist ein gewisses Bedürfnis, über die neue Rolle der Frauen zu diskutieren vorhanden, aber es *fehlen Träger*, die eine klare Richtung angeben und die neuen Werte der Gleichberechtigung in der Gesellschaft verankern. Die Medien tun dies nicht, die Schulen auch nicht, die Mehrheit der Politiker meidet das Thema auf Staats- wie auf Parteiebene. Es ist ein äußerst sensibles Thema, bei dem jede neue Überlegung fast ketzerisch erscheint. Damit hat sich auch der Wandel verlangsamt. Es ist anzunehmen, dass beim politisch-kulturellen Wandel die politisch tätigen Frauen selbst die entscheidende

---

<sup>335</sup> Bútorová 1996: 69.

<sup>336</sup> Vgl. ebd.: 146.

Rolle werden spielen müssen. Frauen müssen in die Politik eintreten und die Gesellschaft von ihrer Fähigkeit politisch aktiv, kompetent und erfolgreich zu sein überzeugen.

### **6.1.3 Frauen im Postkommunismus: zwischen Tradition und Moderne**

Wie bei den vorherigen Faktoren zeigt sich auch bei den sozio-ökonomischen Faktoren die Bipolarität der traditionellen Stereotype der *untergeordneten Frau* und der *kommunistischen Emanzipationserfahrung*. Damit haben wir es mit zwei starken Gegensätzen zu tun: Einerseits erkennen wir in der Gesellschaft weiterhin eine starke Tendenz zur Abwertung und Diskriminierung, sowie Gewalt und Misshandlung von Frauen; andererseits ist das Modell der *nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit strebenden Frau* weit verbreitet.

Slowakische Frauen haben bereits nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie angefangen, ihren Weg in die Öffentlichkeit zu suchen. Ein wachsendes Bildungsniveau war die wichtigste Voraussetzung. Erste Erfahrungen mit der Erwerbstätigkeit verhalfen ihnen zu ökonomischer Unabhängigkeit. Nach dieser Phase kam die wichtige Periode des Kommunismus mit ihrer umfassend neu ausgerichteten Sozialisation. Im Kommunismus haben Frauen ihren Weg aus der Häuslichkeit fortgesetzt und unterstützt durch ein großzügiges Sozialsystem haben sie erfolgreich Erwerbstätigkeit mit Mutterschaft in Einklang gebracht. Das erfolgreiche Meistern mehrerer Aufgaben, ein erheblicher Zugewinn an professioneller und intellektueller Erfahrung erhöhte das Selbstvertrauen der Frauen.

Die slowakischen Frauen gingen dank der im Kommunismus gewonnenen Erfahrungen mit vielen Trümpfen in die neue postkommunistische Ära – *hohe Bildung, Berufserfahrung, Flexibilität bei der Bewältigung multipler Aufgaben* – die sie aber in den neuen schweren sozialen Bedingungen nicht ganz ausgeschöpft haben bzw. nicht ausschöpfen konnten. Die Umbruchsphase müssen wir uns als eine radikale Trennung von allem „Kommunistischen“ vorstellen. In dieser Zeit wurde vieles in Frage gestellt, auch die Tätigkeit der Frauen im öffentlichen Bereich. Die alten, vorkommunistischen Stereotype gewannen wieder an Kraft. Eine Rückkehr an den Herd wurde bei den slowakischen Frauen in der unmittelbaren Umbruchsphase beobachtet. Dies passierte nicht nur auf



Wunsch der Frauen, von Seite des Staates wurde auch systematisch Druck erzeugt. Wie Zuzana Bútorová angibt, es war nicht nur moralischer Druck auf die Frauen, dass sie in die Privatheit zu den Familien zurückkehren sollten (obwohl sie sie im Grunde genommen nie verlassen haben), sondern auch durch Abbau der günstigen Einrichtungen zur Kinderbetreuung aus der Zeit des Kommunismus blieb für viele Frauen keine andere Wahl.<sup>337</sup> Durch die Rückkehr der Frauen in die Privatheit konnten schließlich zwei Probleme teilweise gelöst werden: die steigende Arbeitslosigkeit und das nicht mehr finanzierbare Betreuungssystem.

Diese Ausgrenzung der Frauen funktionierte aber nicht lange, da die Frauen ihre Aktivitäten außerhalb der Familien sehr geschätzt haben und fortsetzen wollten. Daher haben Frauen seit Mitte der 90er Jahre wieder versucht, vor allem in den Arbeitsmarkt zurück zu kehren, obwohl die Auswirkung der traditionellen Stereotype der auf Haushalt und Familie orientierten Frau weiterhin präsent blieb und den Frauen ihre Rückkehr in die Öffentlichkeit erschwerte. Falls wir im Zusammenhang mit dem Kommunismus über die Zwangsemanzipation sprechen, wäre es angemessen, bei der Betrachtung der 90er Jahre über eine „*Ent-Emanzipation*“ zu sprechen. Es scheint in der Slowakei seit jeher so zu sein, dass Frauen häufig als Mittel zu bestimmten politischen Zielen verstanden werden und nicht als selbständige Subjekte, die selber über ihr Leben entscheiden können. In der Vergangenheit hat der kommunistische Staat Frauen-Arbeiterinnen gebraucht, heute braucht er vorwiegend „private“ Frauen. Die slowakischen Frauen orientieren sich nur schwer in der neuen sozialen Ordnung. Einerseits würden sie gerne ihre Doppelrolle weiter leben, andererseits fühlen sie den Druck, sich umorientieren zu müssen und an den Herd zurückkehren. Sie haben eine eindeutige Tendenz in den westlichen Gesellschaften gesucht, aber von dort strömen in das Land ebenso traditionelle Ideen von der häuslichen wie auch moderne Vorstellungen von der hochemanzipierten, berufstätigen Frau, die die Bindung an die Familie ganz verdrängt. Die slowakischen Frauen schwanken zwischen diesen zwei Modellen. Und obwohl die Slowaken zum staatlichen Paternalismus neigen, kann nicht davon die Rede sein, dass Frauen bei ihrem Streben nach Selbstverwirklichung im öffentlichen Bereich ihre eigene Verantwortung verleugnen. Sie unternehmen große Anstrengungen, um ihre *Doppelrolle (Beruf und Familie)* unter den neuen schweren Bedingungen erhalten zu können. Die sinkende Ge-

---

<sup>337</sup> Bútorová et al. 1999: 694.

burtenrate der letzten fünf Jahre deutet jedoch darauf hin, dass Frauen alleine ihren Traum der Doppelrolle ohne gesellschaftliche Unterstützung in der Zukunft nicht meistern werden und als Resultat immer mehr auf die Familienbindungen verzichten werden. Dies bedeutet zwar keinen Nachteil für eine professionelle Selbstverwirklichung der Frauen. Allerdings wächst hiermit eine neue Generation auf, die ganz neue Prioritäten (Karriere, persönliche Bedürfnisse und Erfolg) in den Vordergrund stellt und ganz andere Erfahrungen (zwischenmenschliche Beziehungen, das Meistern von multiplen Aufgaben) sammelt als die „kommunistische Generation“ der politisch aktiven Frauen, was in keinem Fall unterschätzt werden sollte.

#### **6.1.4 Bescheidene Förderprogramme – bescheidene Ergebnisse**

Bei der Analyse der institutionellen Faktoren wurden zwei Dimensionen berücksichtigt: die formale und die praktische Dimension. Es ging zuerst darum, die Voraussetzungen politischer Partizipation der Frauen zu erforschen, die durch die Verfassung und durch die Politik zentraler politischer Institutionen geprägt wurde. Anschließend wurden die Auswirkungen der formalen Voraussetzungen anhand konkreter Daten über die Partizipation der Frauen belegt. Frauen waren in der Slowakei seit der ersten Staatlichkeit von 1918 *kaum an der Macht beteiligt*, und das obwohl bereits die Verfassung aus dem Jahr 1920 Frauen und Männern gleiche politische Rechte verlieh. Im Jahr 1948 kamen die Kommunisten an die Macht und damit bekam auch die Idee der Gleichberechtigung der Frauen eine neue Bedeutung. Emanzipation der Frauen, eines der Ziele des Kommunismus, wurde in die politischen Programme eingearbeitet. In der realen Umsetzung bedeutete es, dass in der ersten Periode, zwischen 1954 und 1968, zwei Frauen in der tschechoslowakischen Regierung vertreten waren. Die nationale slowakische Regierung hatte nur für zwei Jahre ein weibliches Mitglied. Damit hat auch die kommunistische Periode für die Repräsentation der Frauen in der exekutiven Macht nur sehr geringe Fortschritte gebracht.

Eine andere Situation herrschte in den Nationalen Versammlungen. In der Ersten Tschechoslowakischen Republik lag ihr Anteil weit unter 5 Prozent. Nach dem Krieg begann der Frauenanteil zu steigen, in den 50er und 60er Jahren lag er jeweils schon bei ca. 20 Prozent. Den Umschwung brachte ab Anfang der 70er die *Einführung von Quoten*, die in den folgenden Jahren den Frauenanteil bei 30 Prozent hielten, sowohl im föderalen tschechoslowakischen als auch im nationalen slowakischen Parlament.

Obwohl der Frauenanteil im Parlament während des Kommunismus gestiegen ist, bezweifeln einige Forscher seine reale Auswirkung auf die wahre Beteiligung der Frauen an der Macht.<sup>338</sup> Die tatsächliche Macht lag in den Händen der Kommunistischen Partei. Die Partei wurde über alle Organe des Staates gestellt und damit wurden alle Entscheidungsprozesse aus der Parteizentrale geleitet. Und in der hatten Frauen nur sehr geringen Einfluss. Unter den Mitgliedern waren Frauen zwar paritätisch vertreten, aber die Vorstände der KP der Tschechoslowakei waren seit dem Jahr 1954 pure Männerclubs. Eine ähnliche Lage herrschte auch in den Vorständen der KP der Slowakei. Erst im Jahr 1971 wurde eine Frau in den Vorstand gewählt, die hier bis zum politischen Umbruch 1989 tätig blieb.

Abgesehen von der Diskussion zur realen Bedeutung der einzelnen Institutionen in den politischen Entscheidungsprozessen, bleibt es eine unbestrittene Realität, dass es gerade Kommunisten waren, die die Quoten ins Leben gerufen haben und damit den Frauenanteil im Parlament deutlich erhöht haben. Wichtig ist, dass nach dem politischen Wandel 1989 die Quoten, im Grunde genommen bis dahin einziges wirksames Mittel, sofort als ungewollter Rest des Kommunismus abgeschafft wurden, und sie haben sich bis heute nicht vom Makel eines kommunistischen Regulierungsinstrument befreit. Die Quoten gelten bei einem Teil der Bevölkerung weiterhin als ein Steuerungselement, das in einer liberalen Demokratie keinen Platz hat.

Quoten wurden nach dem politischen Wandel vorerst annulliert und Frauen mussten neue Möglichkeiten suchen, um in die Politik zu kommen. Direkt nach der Revolution war es relativ einfach, da eine umfangreiche *Elitenrekrutierung* begonnen hatte. Die Repräsentanten der kommunistischen Macht hatten ihre Posten in der zentralen Politik verlassen, die Nachfrage nach neuen Politikern stieg. Die Chancen des einfachen Einstiegs haben auch einige Frauen genutzt. Der Anfang erschien vielen leicht, nur das Verbleiben auf den Posten wurde immer schwieriger. Machtkämpfe folgten auf die revolutionäre Euphorie, in deren Folge viele Politiker die Politik verließen, unter ihnen auch einige Frauen. Viele ahnten zu der Zeit nicht, dass eine spätere Rückkehr in die Politik wesentlich schwieriger wurde. Eine fiktive „gläserne Decke“<sup>339</sup> breitete sich aus, die den Zugang zur zentralen Politik für den Nachwuchs fast unmöglich machte. Frau-

---

<sup>338</sup> Filadelfiová et al. 1999: 23.

<sup>339</sup> Vgl. ebd.: 265.

en, die in der Politik blieben, wurden immer weniger gefördert, manchmal wurden sie sogar gezielt herausgedrängt. Vor allem bei der Aufstellung der Wahllisten für wichtige Positionen wurden Frauen immer mehr benachteiligt. Sie wurden als nicht aussichtsreiche Kandidaten betrachtet, die in einer – faktisch noch immer patriarchalischorientierten - Gesellschaft den Parteien keinen Erfolg sichern können.<sup>340</sup>

Das Ergebnis der neuen Personalpolitik zeigte sich in einer wachsenden Unterrepräsentation der Frauen. Der Frauenanteil im Parlament lag am Anfang der 90er Jahre bei knappen 14 Prozent und der Anteil von Frauen in der Regierung lag in den 90er Jahren meist unter 10 Prozent. Die Slowakei hat sich, seit dem Zusammenbruch des Kommunismus, aber um den Eintritt in die europäischen Strukturen bemüht, vor allem in die EU. Dies wurde an mehrere Bedingungen geknüpft, eine davon betraf auch die Beseitigung der politischen Unterrepräsentation der Frauen. So startete die slowakische Regierung unter Führung von V. Mečiar (HZDS) nach dem Peking Kongress 1995 eine Suche nach effektiven Lösungen. Ein neues Koordinationsorgan der Regierung, der Ausschuss für die Frauenprobleme, wurde eingerichtet. Seine Aufgabe lag nicht nur darin, *neue Förderprogramme* zu entwickeln, sondern auch für die vorhandenen gesetzlichen Regelungen zur Gleichstellung der Frauen nach praktischen Umsetzungen zu suchen. Die Meinung der Bevölkerung sollte durch verschiedene Programme beeinflusst und ein höheres Bewusstsein für die Gleichberechtigung der Frauen geweckt werden. Die Parteien wurden von Seiten der Regierung und der europäischen Organe aufgefordert, die Frauen in den eigenen Reihen stärker zu unterstützen. Aber es wurde wenig erreicht, die innenpolitische Szene wurde durch andere Probleme geprägt. Der Konflikt zwischen dem Mečiar- und dem Anti-Mečiar-Lager stand im Mittelpunkt, und für die Problematik der Unterrepräsentation der Frauen blieb in den Parteiprogrammen kein Platz, und es fand auch sehr wenig Interesse von Seiten der Wähler. Erst der Machtwechsel nach den Wahlen von 1998 eröffnete neue Horizonte und bot Raum für neue Themen. So kamen mit dem Jahr 1998 auch die Frauenthemen wieder auf den Tisch.

---

<sup>340</sup> Čermáková 1996: 8.

### 6.1.5 1998 – 2002 Die Unterrepräsentation der Frauen wird zum Thema

Wir können drei Gründe für den Beginn einer neuen politischen Diskussion über Probleme der Gleichstellung von Frauen erkennen, zum einen brachten die Ergebnisse der Wahlen 1998 wieder keine Besserung für die Frauenrepräsentation in der zentralen Politik, der Frauenanteil im Parlament blieb bei 14 Prozent. Darauf haben mehrere *NGO's* reagiert, die eine Besserstellung der Frauen in der Politik schon immer verlangten. Da jetzt aber eine neue Regierung an der Macht war, erhofften sie sich von ihrem erhöhten Druck auf die Regierung und die Parteien größere Resonanz. Zum anderen fühlte sich die neue Regierung unter der Führung von M. Dzurinda nicht nur den einheimischen, sondern auch den *europäischen Kritikern* bei der Behebung der Unterrepräsentation der Frauen in der zentralen Politik stärker verpflichtet als ihre Vorgänger. Schließlich wurde die *Aufmerksamkeit der Medien* geweckt, die ein neues Thema brauchten, da der Konflikt von Mečiar und Anti-Mečiar-Lager mit den Wahlergebnissen 1998 an Bedeutung verlor.

Obwohl die Reaktion der Regierung relativ schnell war und in das Regierungsprogramm unter anderem auch Änderungen des Wahlgesetzes durch Quotenregelungen aufgenommen worden waren, ließ ihre effektive Umsetzung in einem Gesetz zu wünschen übrig. Im November 2001, als die Legislaturperiode 1998-2002 zu Ende ging, berief die für Frauenthemen zuständige Kommission der Regierung zum ersten Mal ein Treffen aller parlamentarischen Parteien ein, bei dem die Bereitschaft der Parteien für eine Wahlgesetzänderung besprochen werden sollte. Bei dem Treffen wurde jedoch klar, dass eine schnelle und einheitliche Lösung nicht einfach zu erreichen war. Da die Regierung auf der nationalen Ebene aus vielfältigen Gründen keine Änderungen erreicht hatte, wurde in den letzten Monaten vor den Wahlen Druck auf die Parteien ausgeübt, um sie wenigstens noch auf der internen Ebene zum Handeln zu bringen. Aber auch hier war die Bereitschaft, Verbesserungen bei der Aufstellung von Wahllisten vorzunehmen, sehr niedrig. Die Ablehnung hatte mehrere Gründe. Erstens der späte Zeitpunkt, viele Parteien hatten ihre Wahllisten bereits fertig; zweitens wegen umstrittener Verfassungskonformität der Quotenregelungen für Wahllisten; drittens fehlte es an Mut, solch eine Regelung umzusetzen. Das nächste Argument betraf das geringe weibliche Potenzial in der Parteimitgliedschaft. Aufgrund dieser und anderer Gründe wurde *der Entwurf des neuen Wahlrechtes abgelehnt* und die Wahlen 2002 fanden wieder oh-

ne eine umfassende gesetzliche Regelung des Frauenanteils auf den Kandidatenlisten statt. Die Förderung von Frauen ließ nicht nur auf der staatlichen Ebene, sondern auch in den Parteien zu wünschen übrig.

Die Analyse der programmatischen und organisatorischen Faktoren im Bereich der Parteien zeigt, dass Parteien zu einer systematischen Förderung der Frauen weder bereit noch in der Lage sind. Was die Programmatik betrifft, ist unter den Parteien weiterhin eine mangelnde Bereitschaft zu beobachten, sich mit Frauenthemen und damit auch mit der politischen Partizipation der Frauen in der zentralen Politik zu beschäftigen. In der Periode 1998-2002 hatte nur eine Partei, die SDKÚ, gezielt Frauenthemen in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Die anderen Parteien haben Frauenthemen nur marginal als Teil der Sozialthemen in den Parteiprogrammen angesprochen.

Was die organisatorischen und strukturellen Faktoren angeht, wirken sich hier mehrere Momente aus. An erster Stelle zu nennen ist das Wahlverfahren für die internen Organe sowie für die Parlamentswahlen. Da es innerhalb der nationalen Institutionen keine Förderprogramme für Frauen gibt, setzen sich prinzipiell ihre männlichen Kollegen durch und auf Grund des „ex officio- Prinzips“ bei der Besetzung der Parteiposten kommen in die Spitzenorgane der Parteien die gleichen Männer, die schon in den staatlichen Organen tätig sind. Damit bleiben die wichtigen Positionen in den Händen einer kleinen Gruppe, zu der Frauen kaum Zutritt haben. Bei anderen Parteiorganen, bei denen gewählt wird, setzen sich Frauen auf Grund ihrer immer noch niedrigeren Akzeptanz bei den Kollegen wie auch bei den Wählern nicht durch. Man kann sehen, dass mit der wachsenden Bedeutung des Amtes immer weniger Frauen aufgestellt bzw. rekrutiert werden, deshalb wird im Zusammenhang mit der Positionierung der Frauen in den Parteiorganen vom „Trichterprinzip“ gesprochen. Hilfe beim Durchsetzen der Frauen könnten die Frauenorganisationen der Parteien leisten. Dies ist aber in der Slowakei noch eine unausgeschöpfte Möglichkeit. Nur zwei der untersuchten parlamentarischen Parteien hatten eine eigene Frauenorganisation, und auch in diesen Fällen waren Aufgaben und Einflussmöglichkeiten der Organisationen nicht klar definiert, was ihre geringe Wirkung erklärt.

Ein weiteres Problem stellt der ständige Wandel der Parteiformationen dar. Parteifusionen und Spaltungen der Parteien sind auf der Tagesordnung. Die Strukturen ändern sich

häufig, wodurch auch die Programmatik der Parteien und jede kontinuierliche Politik der Frauenförderung enorm gefährdet wird.

An diesen Beispielen wird deutlich, dass auch fünfzehn Jahre nach der Revolution nicht nur die zentralen politischen Institutionen, sondern auch die Parteien keine kontinuierliche und vor allem wirksame Politik in Sachen Frauenförderung betreiben. Jeder Entwurf eines Ministeriums wird von anderen Ministerien der gleichen Regierung in Frage gestellt. Ebenso wenig Unterstützung finden die Entwürfe auch im Parlament, nicht nur bei den oppositionellen, sondern auch bei den regierenden Parteien. Im Grunde genommen ist der Mehrheit der Politiker bewusst, dass die slowakische Spitzenpolitik Zeichen der Unterrepräsentation der Frauen zeigt, aber es fehlen der Wille und der Mut dies zu bekämpfen. Die Angst, dass mit Frauen in den Spitzenpositionen die Parteien Wähler verlieren, ist weit verbreitet, ebenso wie die Scheu Quoten zuzulassen, die als kommunistisches Instrument verstanden werden. Aber es gibt auch die Angst, die eigenen Plätze durch weiblichen Nachwuchs zu verlieren. Eine Hoffnung auf Besserung bei der Suche nach Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen hat die breite Diskussion in der Periode 1998 – 2002 geweckt. Das Thema der Frauenpartizipation in der zentralen Politik stand für kurze Zeit im Mittelpunkt des medialen und gesellschaftlichen Interesses und die Politiker waren auf Grund des wachsenden gesellschaftlichen Druckes gezwungen, nach Lösungen zu suchen. Geringe, aber nur vorübergehende Verbesserungen wurden erreicht. Der Frauenanteil ist im Parlament nach den Wahlen 2002 auf 19 Prozent gestiegen. Zufriedenheit breitete sich aus und die Kontrolle durch die Öffentlichkeit ließ nach. Dies spiegelte sich sofort beim Aufbau der Regierung im November 2002 wider: Alle Posten wurden ausschließlich mit männlichen Politikern besetzt. Daran wird deutlich, dass die politischen Institutionen nur dann bereit sind zu handeln, solange die öffentliche Kontrolle, Druck und ein Verlangen in der Gesellschaft nach Änderungen vorhanden sind.

## **6.2 Auf der Suche bleiben**

Die Slowakei kämpft im wahren Sinne des Wortes mit der Unterrepräsentation der Frauen in der zentralen Politik. Das Bild der emanzipierten Frau ist der slowakischen Kultur immer noch fremd. In der Vergangenheit wurde es zum Teil als aufgezwungenes Element des Kommunismus verstanden, heute kommen die Bedürfnisse nach Emanzi-

pation der Frauen auch vorwiegend von außen. Die Emanzipation wurde in diesem Sinne mal als *Moskauer Produkt*, mal als *Produkt von Brüssel* verstanden und immer noch nicht ganz als Produkt bzw. Bedürfnis von Bratislava.

In Frage steht vor allem, wie das neue Modell der Gleichberechtigung aussehen soll. Soll er den westlichen Demokratien folgen, oder sollte sich eine spezifische slowakische Form entwickeln?

Falls wir Demokratisierung als *Ziel* und *Prozess* verstehen, können wir davon ausgehen, dass zwar das Ziel – gleiche Chancen für alle - einheitlich bleiben muss, der Weg zum Ziel aber unterschiedlich sein kann. Das Tempo und Strategien des Wandels können aufgrund der regionalen und nationalen Gegebenheiten verschieden sein. Der *slowakische Weg* wird durch viele historische, kulturelle, politische, soziale und ökonomische Besonderheiten beeinflusst. Es müssen sehr spezifische Hindernisse überwunden werden, so dass andere, z. B. westeuropäische Modelle sich nur schwer auf die Slowakei übertragen lassen. Die Soziologin Jiřina Šiklová hält die Besonderheiten der Region für entscheidend und warnt davor, östliche Gesellschaften mit westlichem Maßstab zu messen, auch in der Diskussion über die Gleichstellung der Frauen: „Die westlichen Feministinnen machen manchmal die gleichen Fehler, die der ‚weiße Mann‘ gegenüber den Entwicklungsländern gemacht hat und noch macht. Das verfolgte Problem ‚die sich ändernde Lage der Frau‘ versuchen sie durch Kategorien, die im Westen gelten, zu erfassen.“<sup>341</sup> Das führt ihrer Meinung nach häufig zu falschen Urteilen und Vorschlägen, die allerdings nicht nur Einfluss auf die Betrachtung der Problematik durch westliche Experten, sondern auch auf Experten aus dem Osten haben. Beeinflusst durch ihre negativen Einstellungen beurteilen dann auch einheimische Experten die Lage im eigenen Land zu kritisch und falsch. Durch diese Betrachtung unterschätzen sie häufig die Möglichkeiten und Chancen ihrer Länder, sich dem demokratischen Modell auf eigene Weise zu nähern. Skepsis und Enttäuschung verbreitet sich in den östlichen Ländern, da sie sich dem westlichen Weg zu entfernt fühlen. Wie Šiklová weiter hinzufügt: „Bis in die letzte Zeit haben wir uns nach dem Muster der Sowjetunion bewertet. Jetzt sollen wir uns selbst nach der Anzahl der Automobile und Funktelefone und Rechner pro Kopf einschätzen? Die Frauen in den postkommunistischen Ländern haben eigene bedeutende Erfahrungen, ..., haben eine eigene Geschichte, die sie selbst zu reflektieren haben, be-

---

<sup>341</sup> Vgl. ebd.: 333



werten und neue Kriterien für eine Selbstbeurteilung bilden. Die Lage der Frauen soll nicht aufgrund der aus dem Westen importierten externen Kriterien bewertet werden.<sup>342</sup>

Raimund Krämer hebt bei seiner Analyse der ostdeutschen Gesellschaft ebenfalls die Besonderheiten der Region hervor und betont, dass die postkommunistischen Gesellschaften bei ihrem Umbau eigene Wege mit eigener Prägung gehen werden. „Die Erfahrung eines totalitären politischen Systems und von dessen [eigenständiger, friedlicher, revolutionärer] Überwindung gehört gewiss zu dem konstitutiven Elementen dieses Sonderbewusstseins und hat zu einer normativen Autonomie der Bevölkerung dieses Raumes geführt. In diesem Kontext gewinnt die These an Akzeptanz, dass die ostdeutsche Transformationsgesellschaft über einen längeren Zeitraum als ‚Gesellschaft eigener Prägung‘ weiter existieren wird.“<sup>343</sup>

Die Slowakei geht im Rahmen des vereinten Europas ihren eigenen Entwicklungsweg, so auch in der Gleichberechtigung und im Verhältnis der Geschlechter. Das heißt aber nicht, dass der Spielraum für Besonderheiten unbegrenzt sein darf. Gleiche Rechte, gleiche Chancen auf Selbstverwirklichung für beide Geschlechter müssen als demokratische Werte auch in der postkommunistischen Region beachtet werden. Es muss aber auch anerkannt werden, dass die Umsetzung der Gleichberechtigung kein schneller und einfacher Prozess sein wird, wenn wir außer der formalen auch die reale Gleichberechtigung anstreben. Ralf Dahrendorf hat in seinem Buch „Reflections on the Revolution in Europe“ treffend gesagt, dass, während sich die politischen Institutionen in sechs Monaten umbauen lassen, und die ökonomischen Verhältnisse in sechs Jahren, benötigt der Wandel des Verhaltens, der Kultur, der Tradition sechzig Jahre.<sup>344</sup> Wir dürfen auch beim Wandel der Rolle der Frauen kein rasantes Tempo erwarten. Frauen waren jahrelang aus der Spitzenpolitik ausgeschlossen, und das, obwohl die formale Gleichberechtigung schon lange hergestellt war. Es wäre falsch zu erwarten, dass sich im Rahmen der Demokratisierung hier ein schneller Wandel vollzieht. Die praktische Umsetzung der politischen Rechte der Frauen wird die Arbeit von mehreren Generationen benötigen. Und dabei bleibt ungewiss, ob dieser Prozess eine tatsächliche

---

<sup>342</sup> Vgl. ebd.: 333

<sup>343</sup> Krämer 1999: 318.

<sup>344</sup> Dahrendorf in Musilová 2/1999: 200.

paritätische Repräsentation der Geschlechter in der zentralen Politik bringt. Die Parität sollte aber nicht zum einzigen Kriterium werden, falls sie nicht erreicht wird, sollte nicht am Ziel und an den relativen Erfolgen der Demokratisierung gezweifelt werden. Als Kriterium muss die Chancengleichheit für Frauen auf freien Zugang zur und Aufstieg in der Politik gelten. Dieses Kriterium bezieht sich nicht nur auf die formalen und rechtlichen, sondern auch auf die sozialen und kulturellen Voraussetzungen für eine effektive Partizipation von Frauen in der Politik und für gleiche Aufstiegchancen auf allen Ebenen. Auch wenn die Parität nicht als Ziel gesetzt wird, sollte bei dem Bemühen um Gleichberechtigung davon ausgegangen werden, dass Frauen eines Tages ihre Chancen tatsächlich nutzen und umsetzen werden. Letztendlich muss aber die Entscheidung - in die Spitzenpolitik zu treten - ihnen überlassen werden. Es darf keine neue Zwangsemanzipation stattfinden, um die Zahlen nach irgendeinem Muster maximal zu steigern. Es darf allerdings auch nicht frühzeitig geurteilt werden, ob Frauen ihre Chancen genutzt haben oder nicht, um anschließend vorzeitig alle vorhandenen Förderprogramme zu stoppen. Da es vor allem um einen Wandel der kulturellen Tradition geht, werden die Gesellschaft und damit auch die Frauen selbst wohl die „sechzig Jahre“ schon benötigen. Vom heutigem Standpunkt aus, ist es befriedigend, dass sich hier endlich ein Wandel vollzogen hat, obwohl solche Versuche von vielen skeptisch bewertet werden. Vlasta Jalušič zweifelt ebenfalls am Sinn dieser „verspäteten“ Diskussionen zur Chancengleichheit in den postkommunistischen Ländern. Sie vertritt die Meinung, dass sich die Gesellschaften schon in einer fortgeschrittenen Konsolidierungsphase befinden, wo die neuen Prinzipien schon so weit betoniert sind, dass sie sich nicht mehr umstellen lassen; die Diskussion komme möglicherweise zu spät.<sup>345</sup> Jedoch erscheint sehr fraglich, ob Länder der MOE (und in diesem konkreten Fall die Slowakei) zum Beginn der Gleichberechtigungsdiskussion (die hier Ende der 90er begann), tatsächlich so weit konsolidiert waren, dass sie keine neue Debatte zu neuen Themen vertragen könnten. Andererseits präjudiziert diese These einen gewissen Endpunkt der Demokratie, an dem Diskussionen zu neuen Themen, Bedürfnissen, Überlegungen irrelevant sind. Dass dies der Realität widerspricht und dass die Demokratie ein offenes Regime für neue Anreize bleibt, belegen diverse Diskussionen, die heute in konsolidierten und stabilen Demokratien geführt werden.

---

<sup>345</sup> Jalušič 1997: 471-472.

Die Diskussion zur Repräsentation der Frauen in der Politik hat bereits begonnen und das sie noch nicht die erwarteten Erfolge erzielt hat und kurzfristig nachgelassen hat, ist zwar zu bedauern, aber noch kein Misserfolg auf Dauer. Es wäre sehr verfrüht fünfzehn Jahre nach der Revolution 1989 über verspielte Chancen der Slowakei zu sprechen, auch wenn die Entwicklung bisher nur kleine Erfolge aufweist. Es ist ein Prozess und seit neuestem gibt es wieder Versuche, die Diskussion nach der Pause zwischen Herbst 2002 und Winter 2003 fortzusetzen.<sup>346</sup> Das Thema ist bereits auf dem Tisch und es bleibt da. Die Notwendigkeit es zu behandeln wurde von einem Teil der Politiker und der interessierten Öffentlichkeit erkannt und das ist für sich schon ein großer Erfolg der Demokratisierung. Diese Bereitschaft einiger Politiker, aber auch der Bürger, auf dieses Thema immer wieder einzugehen, solange die Partizipation der Frauen an der Macht nicht stärker wird, lässt hoffen, dass die slowakische Demokratie tatsächlich eine Chance auf Demokratie unter Einschluss von Frauen hat, auch wenn es ein Projekt für mehrere Generationen wird.

---

<sup>346</sup> Die neue Aktivität der Partei ANO die Quoten für Parlament einzusetzen. Vgl. mit: Pataj, R.: Strany hovoria, že na kandidátky nenájdu dost žien. In: Sme 27.2. 2004, S. 3.



## **Literaturverzeichnis**

- Almond, G. A.: The Intellectual History of the Civic Culture Concept. In: Almond, G. A., Verba, S. (Hg.): The Civic Culture Revisited.. Boston 1980, S. 1-37.
- Aslama, M.: Screening gender means good business. In: *Intermedia* 2/27. Mai 1998.
- Bebel, A.: Žena a socializmus. Bratislava 1977.
- Brown, J.F.: Das neue Osteuropa. Europa Union Verlag 1967.
- Buchvaldek, M. et al.: Československé dějiny v datech. Praha 1986.
- Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. Bonn 1963.
- Bútorová, Z. (Hg.): Ona a on na Slovensku. Bratislava 1996.
- Bútorová, Z. et al.: Rodové očakávania. In: Mesežnikov, G., Ivantyšin, M. (Hg.): Slovensko 1998-1999. Bratislava 1999.
- Bútorová, Z.: Krehká sila. Bratislava 2001.
- Čavojeec, J.: Pravidlá zostavovania volebných listín. In: *Sme* 9.4. 2002, S. 2.
- Čermáková, M.: K vývoji ženskej otázky. In: *Nadace Gender Studies* (Hg.): Politika s ženami či bez žen? Praha 1996, S. 8-10.
- Cviková, J.: Čo má čadar spoločné s vatikánskou zmluvou. In: Cviková, J., Juráňová, J. (Hg.): Možnosť voľby. Bratislava 2001, S. 90-95.
- Dahrendorf, R.: After 1989. Oxford 1997.
- Darmo, J.: Vzdelávanie novinárov – Otázka ďalej otvorená. In: *Otázky žurnalistiky* 3/1993, S. 169-170.
- Darmo, J.: Novinárstvo v duchovnej revolúcii. In: *Otázky žurnalistiky* 3/1993, S. 129-135.
- Dörner, A.: Politische Kulturforschung und Cultural Studies. In: Haberl, O. N., Korenke, T. (Hg.): Politische Deutungskulturen. Nomos Verlagsgesellschaft 1999, S. 93-111.
- Drgonec, J.: Úvod. In: Ústava Slovenskej republiky. Heuréka 2001.
- Farkašová, E.: Überlegung über die Frau in der Situation der „Doppelbelastung“ vor dem Hintergrund von Nachforschungen und Literatur. In: Avallone, S. (Hg.): Frauen in Mitteleuropa heute. Bratislava 1998, S. 55-63.
- Federální statistický úřad (Hg.): Historická statistická ročenka ČSSR. Praha 1985.

- Filadelfiová, J. et al.: Ženy v politike – Dôsledok tranzície verejnej politiky? Bratislava 2000.
- Filadelfiová, J., Guráň, P., Šútorová, D.: Rodové štatistiky na Slovensku. Bratislava 1999.
- Filadelfiová, J., Guráň, P.: Demografické trendy a rodina v postkomunistických krajinách európy. Bratislava 1997.
- Freud, S.: Psychológia masy a analýza ja. Bratislava 1996.
- Fuchs, D., Roller, E.: Cultural Conditions of the Transition to Liberal Democracy in Central and Eastern Europe. In: Barnes, S.H., Simon, J. (Hg.): The Postcommunist Citizen. Budapest 1998, S. 35-79.
- Gáliková, M.: Zidealizovaný svet našich čítaniek môže deťom ublížiť. Sme 12.2. 2002, S. 15.
- Gerhard, U.: Die Verfügbarkeit der Frauen. Arbeitspolitik gegen Frauen. In: Gerhard, U. (Hg.): Auf Kosten der Frauen. Beltz Verlag 1988, S. 39-79.
- Gornic, V.: Prečo sa ženy boja úspechu. In: Aspekt 2-3/1995, S. 76-79.
- Harrison, L.E.: Warum Kultur wichtig ist? In: Harrison, L.E., Huntington, S.P. (Hg.): Streit um Werte. Europa Verlag 2002, S. 13-37.
- Hartmann, J.: Politik und Gesellschaft in Osteuropa. Campus Verlag 1983.
- Havelková, H.: Problematika žen v politike. In: Nadace Gender Studies (Hg.): Politika s ženami či bez žen? Praha 1996, S. 5-7.
- Hellén, T., Berglund, S., Aarebrot, F.: The Challenge of History in Eastern Europe. In: Berglund, S., Hellén, T., Aarebrot, F. (Hg.): The Handbook of Political Change in Eastern Europe. Cornwall 1998, S. 13-55.
- Heywood, A.: Politické ideologie. Praha 1994.
- Hoecker, B.: Politische Partizipation von Frauen. Opladen 1995.
- Höschele-Frank, C.: Biographie und Politik. Stuttgart 1990.
- Huntington, S.P.: Political Order in Changing Societies. Yale University Press 1971.
- Huntington, S.P.: Kulturen zählen. In: Harrison, L.E., Huntington, S.P. (Hg.): Streit um Werte. Europa Verlag 2002, S. 7-13.
- Jalušič, V.: Die Geschlechterfrage und die Transformation in Ostmitteleuropa. In: Kreisky, E. (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, PVS 28/1997, S. 450-475.
- Kaase, M.: Partizipation. In: Nohlen, D. (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik. München, Zürich 1995.
- Kahl, W.: das Grundrechtsverständnis der postsozialistischen Verfassungen Osteuropas. Berlin 1994.

- Karatajewa, M.: Soziale und Arbeitsaktivität der Frauen Tschetscheno-Inguschetiens als Faktor der Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins. In: Gesellschaftliche Entwicklung der Frau. Symposien und Kolloquien. Berlin 1988.
- Kipke, R.; Vodička, K.: Slowakische Republik. Tschechien und Mitteleuropa Bd. 3, 2000.
- Kipke, R.: Die politischen Systeme Tschechiens und der Slowakei. Westdeutscher Verlag 2002.
- Kliment, M.: Základná zmluva medzi SR a Svätou stolicou z hľadiska sexuálnych a reprodukčných práv zdravia. In: Cviková, J., Juráňová, J. (Hg.): Možnosť voľby. Bratislava 2001, S. 84-90.
- Klimešová, H.: Kvóty. In: Nadace Gender Studies (Hg.): Politika s ženami či bez žen? Praha 1996, S. 14-15.
- Kovačevičová, S.: Postavenie a právo žien v Uhorsku. In: Hlôšková, H., Leščák, M. (Hg.): Žena z pohľadu etnológie. Bratislava 1998, S. 14-20.
- Kraatz, S., de Néve, D., Steinsdorf, S. von: Osteuropaforschung ohne Frauen? In: Osteuropa 5/2003, S. 635-647.
- Krämer, R.: Von Interessen, östlicher Eigenart und karolingischen Europa. In: Haberl, O. N., Korenke, T. (Hg.): Politische Deutungskulturen. Baden-Baden 1999, S. 315-355.
- Kvapilová, E.: Další útok na ľudské práva žien. In: Sme 30.7. 2002, S. 9.
- La Font, S.: One step forward, two steps back: women in the post-communist state. In: Communist and Post-Communist Studies 34/2001, NY, S. 203-220.
- Lábadyová, N.: Žena je len vtedy dobrá, keď je bitá. In: Hlôšková, H., Leščák, M. (Hg.): Žena z pohľadu etnológie. Bratislava 1998, S. 98-108.
- Leščák, M.: Postavenie ženy v slovenskej rozprávke. In: Hlôšková, H., Leščák, M. (Hg.): Žena z pohľadu etnológie. Bratislava 1998, S. 168-173.
- Lipták, L.: Slovensko v 20. storočí. Bratislava 1998.
- Lisowska, E.: Die Situation der Frauen in der Familie und Gesellschaft in Polen in der Zeitperiode der Transformation. In: Avallone, S. (Hg.): Frauen in Mitteleuropa heute. Bratislava 1998, S. 143-148.
- Listy – Občasník k otázkam žien a politiky. 1/2001, S. 3.
- Lorencová, V.: Masmédiá a zmeny stereotypov v rodových rolách na Slovensku. In: Aspekt 2-3/1995, S. 160-164.
- Lovenduski, J.: Introduction: the Dynamics of Gender and Party. In: Lovenduski, J., Pippa, N. (Hg.): Gender and Party Politics. Sage Publications 1993, S. 1-16.

- Matějů, P., Hanley, E.: Die Herausbildung ökonomischer und politischer Eliten in Ostmitteleuropa. In: Magarditsch A. Hatschikjan, Altmann, F. (Hg.): Eliten in Wandel. Paderborn 1998, S 145-173.
- Matjan, G.: Politische Repräsentation und Symbolisierung der Geschlechter in der medialen Vermittlung der Politik. In: Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, PVS 28/1997, S. 243-262.
- Mencl, V., Hájek, M., Otáhal, M., Kadlecová, E.: Křižovatky 20. století. Praha 1990.
- Merkel, W., Sandschneide, E.: Systemwechsel 3. Opladen 1997.
- Mesežnikov, G., Ivantyšin, M. (Hg.): Slovensko 1998-1999. Bratislava 1999.
- Mészáros, O.: Žena a okamih. In: Ivaničková, Z. (Hg.): Slovensko a systémové zmeny v spoločnosti. Bratislava 1992, S. 47-53.
- Meyer, G.: Die Machtelite der DDR in der Ära Honecker. Tübingen 1990.
- Meyer, G.: Introduction: Two European Nations in Search of Participatory Democracy. In: Meyer, G., Ryzska, F. (Hg.): Political Participation and Democracy in Poland and West Germany. Warsaw 1991, S. 7-37.
- Meyer, G.: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch. In: Meyer, G. (Hg.): Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch. Tübingen 1993, S. 13-38.
- Meyer, G., Bauer, M., Krause, E.: Die Regierungssysteme Ostmitteleuropas im Überblick. In: Der Bürger im Staat 3/1997, S. 199-205.
- Mickel, W. (Hg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft. München 1983.
- Mill, J.S.: Poddanstvo žien. Bratislava 2003.
- Ministerstvo školstva SR (Hg.): Slovenské školstvo na križovatke tisícročí. Bratislava 2000.
- Musilová, M.: Equal Opportunity as a Matter of Public Interest. In: Czech Sociological Review 2/1999, S. 195-205.
- Osvaldová, B.: Reklama jako posilování Mýtú. In: Aspekt 2-3/1995, S. 210-211.
- Otava, J., Tigrid, P.: Zpráva o stavu střední Evropy. In: Tigrid, P. (Hg.): Svědectví 89-90/1990, S. 227-261.
- Pataj, R.: Strany hovoria, že na kandidátky nenájdu dosť žien. In: Sme27.2. 2004, S. 3.
- Pateman, C.: Participation and Democratic Theory. Cambridge 1970.
- Pehe, J.: Role analyzy a výzkumu v žurnalistice. In: KMIT 7/1995-96, S. 20-22.



- Pelinka, A.: Politik und moderne Demokratie. Kronberg 1976.
- Pietruchová, O.: Chlieb a hry a kvóty. In: Sme 14.2. 2002, S. 8.
- Piscová, M.: Mužské a ženské elity a ich vízie spoločenského vývoja. Internmaterial des Institutes für Soziologie, SAV, Bratislava 1998.
- Plasser, F., Ulram, P., Waldrauch, H.: Democratic Consolidation in East-Central Europe. Macmillan Press Ltd. 1998.
- Poliach, J.: Žena ilúziami pokorovaná. Bratislava 1964.
- Prätorius, R.: Politische Kultur im bürokratischen Sozialstaat. In: Meyer, G., Ryzska, F. (Hg.): Political Partizipation and Democracy in Poland and West Germany. Warsaw 1991, S. 261-275.
- Rebrová, S.: Muž má byť silný a žena citlivá. In: Sme 12.2. 2002, S. 15.
- Rosenberger, S.K.: Privatheit und Politik. In: Geschlechtsverhältnisse im Kontext politischer Transformation. PVS Nr. 28/1997, S. 120-137.
- Rundesová, T.: Nadvládu mužov v politike treba rozbíjať umelo. In: Sme 23.10. 2001, S. 5.
- Rundesová, T.: Treba na ženy zákon? In: Sme 23.10. 2001, S. 5.
- Rundesová, T.: V politike máme málo žien. Prečo? In: Sme 20.2. 2002, S. 5.
- Schöler-Macher, B.: Die Fremdheit der Politik. Weinheim 1994.
- Schönfeld, R.: Slowakei. Südosteuropa-Gesellschaft München 2000.
- Schütze, H. (Hg.): Argumente und Zitate. Bonn 1959.
- Segert, D.: Mittel und Osteuropa: Eine neue politische Klasse? In: Politik als Beruf. Opladen 1997, S. 482-503.
- Sekcia sociálnej štatistiky a demografie (Hg.): Trendy sociálneho vývoja v SR, Bratislava 2000.
- Šiklová, J.: Die Einstellung gegenüber Feminismus und die Wurzeln der politischen Apathie der Frauen in der Tschechischen Republik nach dem November 1989. In: Avallone, S. (Hg.): Frauen in Mitteleuropa heute. Bratislava 1998, S. 40-42.
- Škovierová, Z.: Žena v komunite. In: Hlôšková, H., Leščák, M. (Hg.): Žena z pohľadu etnológie. Bratislava 1998, S. 108-115.
- Sláviková, N.: Formovanie mediálnej politiky – otázky vzťahu žien a médií. In: Otázky žurnalistiky 1-2/2001, S. 6-13.

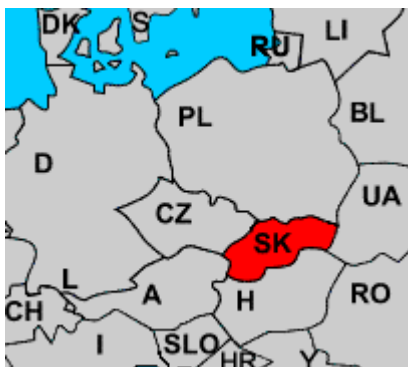
- Sobolewska, A.: Žena, alebo človek? In: Cviková, J., Juráňová, J. (Hg.): Možnosť voľby. Bratislava 2001, S. 128-137.
- Šrámek, L.: Dôvera občanov k slovenským masmédiám. In: Otázky žurnalistiky 3/1994, 256-257.
- Ströhl, A.: Zvoní novinárom hrana? In: KMIT 8/1996, S. 38-39.
- Ústava Slovenskej republiky. Heuréka 2001.
- Vilmar, F.: Partizipation. In: Mickel, W. (Hg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft. München 1983, S. 339-344.
- Vodička, K.: Slowakei. In: Der Bürger im Staat 3/1997, S. 192-198.
- Wagnerová, A.: Kvótování. In: Nadace Gender Studies (Hg.): Politika s ženami či bez žen? Praha 1996, S. 11-13.
- Walzer, M.: Hrubý a tenký. Bratislava 2002.
- Westle, B.: Politische Partizipation. In: Gabriel, Oscar W., Brettschneider, F. (Hg.): Die EU- Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 137-173.
- Wilde, G.: Geschlecht und das Prinzip der Ungleichheit. In: Kreisky, E., Sauer, B. (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Campus Verlag 1995, S. 122-161.
- Wolchik, S.: Czech and Slovak Women and Political Leadership. In: Women's History Review, Nr. 4/1996, S. 525-538.
- Wolchik, S.: Demography, Political Reform and Women's Issues in Czechoslovakia. In: Rendel, M. (Hg.): Women, power, and political systems. NY 1981, S. 135-151.
- Zajonc, J.: Strigy, bosorky, bohyne a iné ženy, ktoré „vedia“. In: Hlôšková, H., Leščák, M. (Hg.): Žena z pohľadu etnológie. Bratislava 1998, S. 37-48.
- Zavacká, K.: Prerušenie tehotenstva v práve na území Slovenska. In: Cviková, J., Juráňová, J. (Hg.): Možnosť voľby. Bratislava 2001, S. 23-31.
- Zinner, P.E.: Československo: štyřicet let. In: Tigrid, P. (Hg.): Svědectví 89-90/1990, S. 25-61.

## **Anhang**

### **Parteienabkürzungen**

ANO	Aliancia nového občana – Allianz des neuen Bürgers
DÚ	Demokratická únia – Demokratische Union
ES	Porozumenie – Verständigung
HZD	Hnutie za demokraciu – Bewegung für die Demokratie
HZDS	Hnutie za demokratické Slovensko – Bewegung für die demokratische Slowakei
KDH	Kresťansko demokratické hnutie – Christlich-demokratische Bewegung
KSČS	Komunistická strana Československa – Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KSS	Komunistická strana Slovenska – Kommunistische Partei der Slowakei
MKDH	Maďarské kresťansko-demokratické hnutie – Ungarische christlich-demokratische Bewegung
OKS	Občianska konzervatívna strana – Bürgerlich-konservative Partei
PSNS	Pravá slovenská národná strana – Echte slowakische nationale Partei
RSS	Roľnícka strana Slovenska – Agrarpartei der Slowakei
SDA	Sociálnodemokratická alternatíva – Sozialdemokratische Alternative
SDK	Slovenská demokratická koalícia – Slowakische demokratische Koalition
SDKÚ	Slovenská demokratická a kresťanská únia – Slowakische demokratische und christliche Union
SDE	Strana demokratickej ľavice – Partei der demokratischen Linke
SDSS	Sociálnodemokratická strana Slovenska – Sozialdemokratische Partei der Slowakei
Smer	Smer – Die Richtung
SMK	Strana maďarskej koalície – Partei der ungarischen Koalition
SNS	Slovenská nacionálna strana – Slowakische nationale Partei
SOP	Strana občianskeho porozumenia – Partei der bürgerlichen Verständigung
SZS	Strana zelených na Slovensku – Partei der Grünen der Slowakei
VPN	Verejnost' proti násiliu – Öffentlichkeit gegen Gewalt
ZRS	Združenie robotníkov Slovenska – Verein der Arbeiter der Slowakei

## ***Slowakei – Daten im Überblick*** (Stand 2002)



Quelle: <http://www.slovakia.org/sk-map11.gif>

Hauptstadt – Bratislava

Fläche – 49 036 km<sup>2</sup>

Bevölkerung – 5,34 Mio.

Bevölkerungsdichte – 110 Einwohner / km<sup>2</sup>

Nachbarländer – Tschechien, Polen, Ukraine, Ungarn, Österreich

Regionale Gliederung – 8 Länder (Kraj)

79 Landkreise (Okres)

Nationalitäten (in %): 85,8 slowakisch; 9,7 ungarisch; 1,7 Roma; 0,8 tschechisch; 0,45 ruthenisch; 0,2 ukrainisch; 0,1 deutsch und 0,05 polnisch

Religionen (in %): 68,9 römisch-katholisch; 4,1 griechisch-katholisch; 6,9 evangelisch; 2,0 reformierte Kirchen; 0,65 griechisch-orthodox

Industrie: Metallurgie, Autoindustrie, Schwermaschinenbau, Rüstungsindustrie, Chemieindustrie, Textilindustrie

Landwirtschaft (bis Mitte 20. Jahrhunderts von zentraler Bedeutung): Schafhaltung, Rinderhaltung, Getreideanbau

Quelle: Halčínová, K. (Hg.): *Naša vlasť. Bratislava 2000.*  
<http://www.mfa.sk/zu/index/tlac.php?id02746>

## **Zeittafel**

- Ab 6. Jh. Landnahme slawischer Stämme im Gebiet der heutigen Slowakei
- 623 Der fränkische Kaufmann Samo eint die slawische Stämme
- 833 Fürst Mojmir I. gründet Groß-Mahren
- 863 Die oströmischen Mönche Kyrill und Method beginnen ihr Missionswerk im Reich des Fürsten Rastislav von Nitra
- Ab 10. Jh. Die Ungarn beginnen mit der Unterwerfung der slawischen Stämmen; die Dynastie der Arpaden kommt auf Thron und startet den systematischen Aufbau des Ungarischen Staates, einschließlich der heutigen Slowakei als Oberungarn
- 1241 Mongolensturm und Entvölkerung
- ab 1255 König Béla IV. verleiht Stadtrechte an oberungarische Bergbauorte
- 1271 Königliche Privilegien für die Zipser Freistädte
- 1344 Bund der 24 Zipser Städte
- 1412 König Sigismund von Luxemburg verpfändet 13 Zipser Städte an den polnischen König (1772 kamen sie an Ungarn zurück)
- ab 1428 Überfälle der Hussiten in Oberungarn
- 1458 Matey Hunyady Corvinus kommt auf den Thron und begrenzt Macht des Adels
- 1467 Corvinus gründet die Academia Istropolitana
- 1491 Die Dynastie der Jagiellonen kommt auf den Thron, die Adligen gewinnen wieder an Bedeutung
- 1526 29. August: Niederlage der Ungarn gegen die Türken bei Mohács
- 1541 Die Türken übernehmen einen großen Teil Ungarns (Süd- und Mittelungarn)

- 1549 Beginn der Reformation in Oberungarn
- 1563 Krönung Maximilian II. – Entstehung der Habsburger Monarchie
- 1593 Der 15jährige Krieg gegen die Türken beginnt
- 1604 Rebellion des protestantischen ungarischen Adels gegen die Habsburger
- 1686 Schlacht bei Mohács, die Türken werden definitiv geschlagen, Ende der türkischen Herrschaft auf dem Territorium der Habsburger Monarchie
- 1711 Der Friede von Szatmár beendet ein Jahrhundert der Religionskriege in Oberungarn
- 1740 Maria Theresia kommt auf den Thron, Beginn der Ära der Reformen
- 1781 Toleranzedikt – Religionsfreiheit für protestantische und orthodoxe Gläubige; Abschaffung der Leibeigenschaft
- 1787 Erste slowakische Grammatik und Rechtschreibung des katholischen Geistlichen Anton Bernolák
- 1792 Bernolák gründet die Slowakische Gelehrte Gesellschaft in Trnava
- 1846 Der lutherische Geistliche Ľudovít Štúr veröffentlicht eine Sprachlehre des Slowakischen
- 1848 Abschaffung des Status des Untertans
- 1848 11. Mai: Forderung der slowakischen Nationalbewegung nach Selbstverwaltung der Slowakei, die ungarische Regierung lehnt sie ab und reagiert mit Standrecht in Oberungarn
- 1861 Entstehung der Slowakischen Nationalpartei
- 1863 Gründung des Kulturinstituts Matica Slovenská
- 1875 Österreich-ungarischer Ausgleich, Beginn der Magyarisierung Oberungarns, Schließung der 3 slowakischen Gymnasien und der Matica Slovenská
- Anfang 20Jh. Gründung politischer Parteien: Slowakische Volkspartei, Slowakische sozialdemokratische Partei, Partei rund um die Zeitschrift Hlas – tschechoslowakische Zusammenarbeit

- 1915 Das ausländische Aktionskomitee der Tschechen und Slowaken wird in Paris gegründet
- 1918 14. Oktober: Bildung einer Provisorischen Regierung der Tschechoslowakei in Paris;  
28. Oktober: Gründung der Tschechoslowakischen Republik
- 1925 November: bei den Wahlen zur Nationalversammlung wird die Slowakische Volkspartei stärkste politische Kraft der Slowakei
- 1927 Januar: die Volkspartei tritt in die Regierungskoalition ein – die Slowakei erhält einen eigenen Landtag mit stark eingeschränkten Befugnissen
- 1930 Mai: die Nationalversammlung lehnt den verfassungsändernden Gesetzesantrag auf Autonomie für die Slowakei erneut ab
- 1938 30. September: Münchner Abkommen;  
5. Oktober: Staatspräsident Beneš tritt zurück;  
19. November: durch Änderung der Verfassung wird die Slowakei autonome Provinz
- 1939 14. März: nach der Unterredung Tiso in Berlin beschließt der Slowakische Landtag die Unabhängigkeit der Slowakei
- 1940 21. Juni: Beneš bildet die Provisorische Regierung der Tschechoslowakei in London
- 1943 24. Dezember: demokratische Oppositionelle und Kommunisten im Untergrund gründen den Slowakischen Nationalrat
- 1944 August: Beginn des Slowakischen Nationalaufstandes; deutsche Truppen rücken in die Slowakei ein;  
Oktober: endgültige Niederschlagung des Aufstandes
- 1945 Januar: die sowjetische Armee dringt in der Slowakei vor;  
März: Verhandlungen der Exilparteien mit den Kommunisten in Moskau – Bildung einer Übergangsregierung;  
4. April: Bratislava wird erobert, Tiso unterzeichnet die Kapitulation der Slowakei;  
28. Oktober: Provisorische Nationalversammlung in Prag
- 1946 26. Mai: Parlamentswahlen: die Kommunisten werden stärkste politische Kraft

- 1948 9. Mai: Verfassung nach sowjetischem Vorbild – Volksdemokratie;  
30. Mai: Parlamentswahlen, Machtübernahme der Kommunisten
- 1949 Oktober: die religiösen Gemeinschaften werden der Staatsaufsicht unterstellt, Beginn der Verfolgung der katholischen Kirche, Beginn der Säuberung der Kommunistischen Partei
- 1956 Beginn der Entstalinisierung
- 1960 Wirtschaftskrise
- 1962 Die politischen Urteile gegen Kommunisten werden überprüft; Dissidentenbewegung in der Slowakei
- 1963 September: Alexander Dubček wird Erster Sekretär der Slowakischen Kommunistischen Partei
- 1968 Januar: Antonín Novotný tritt als Parteichef zurück, Dubček wird sein Nachfolger;  
März: Abschaffung der Zensur;  
April: Aktionsprogramm der Partei für politische und wirtschaftliche Reformen;  
Juni: Manifest der „Zweitausend Worte“;  
August: Invasion der Warschauer Pakt-Truppen;  
28. Oktober: Föderalisierung der Tschechoslowakei
- 1969 April: Dubček wird abgesetzt; Beginn der „Normalisierung“
- 1977 Manifest der Charta 77
- 1989 17. November: Beginn der Samtenen Revolution, Parteichef Miloš Jakeš tritt zurück, Beginn der Gespräche zwischen Regierung und Dissidenten
- 1990 April: der „Bindestrich Krieg“ über die Bezeichnung der neuen Republik, die Bundesversammlung einigt sich auf die Formel „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“
- 1992 Juli: der slowakische Nationalrat erklärt die Slowakei zum souveränen Staat, Klaus und Mečiar unterzeichnen Abkommen über die Auflösung der Föderation
- 1993 1. Januar: Trennung der Tschechoslowakei, Entstehung zweier unabhängiger Staaten: Slowakischen und Tschechischen Republik



- 1994 März: die Regierung Mečiar wird durch ein Misstrauensvotum gestürzt;  
Oktober: bei den Neuwahlen erzielt Mečiar's HZDS eindeutigen Sieg
- 1998 September: Parlamentswahlen führen zur Regierungsbildung einer Koalition  
der Oppositionsparteien unter dem Christdemokraten Mikuláš Dzurinda
- 2002 September: nach knappem Sieg bleibt die Koalitionsregierung Dzurinda an  
der Macht
- 2004 1. Mai: die Slowakei tritt der Europäischen Union bei

*Quelle: Schönfeld, R.: Slowakei. Südosteuropa – Gesellschaft München 2000.  
Halčínová, K. (Hg.): Naša vlasť. Bratislava 2000.*